



## Protokoll

der 4. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 11. März 2026, um 9:00 Uhr

<b>Vorsitz:</b>	<i>Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin</i>
<b>Protokoll:</b>	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
<b>Abwesende:</b>	<i>Melanie Eberhard (SP), Lydia Isler-Christ (LDP), David Jenny (FDP), Alex Ebi (LDP).</i>

### Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung .....	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte .....	3
3.	Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1748) .....	3
4.	Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Fleur Weibel, Grüne/jgb) .....	6
5.	Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Erich Bucher, FDP) .....	7
6.	Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Erich Bucher, FDP) .....	8
7.	Wahl eines Mitglieds der IGPK Schweizer Rheinhäfen (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, WAK) .....	8
8.	Kantonale Volksinitiative "Für die Einrichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)", Fristverlängerung, Bericht der WAK .....	9
9.	Neues Werbe- und Wegführungskonzept im Umfeld der St. Jakobshalle, Bericht der WAK .....	10
10.	Ausrichtung einer Finanzhilfe für die Berufs- und Weiterbildungsmesse in Basel-Stadt in den Jahren 2026 und 2027, Bericht der BKK .....	14
11.	Kantonale Volksinitiative "Für mehr Geld im Portemonnaie (Kaufkraft-Initiative)", Bericht des RR .....	15
12.	Kantonale Volksinitiative «für mehr Natur & Biodiversität (Biodiversitätsinitiative)», Bericht des RR .....	17
13.	Kantonale Volksinitiative "für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)", Bericht der BRK .....	19
14.	Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zur Kantonspolizei Basel-Stadt .....	25



## Beginn der 4. Sitzung

Mittwoch, 11. März 2026, 09:00 Uhr

### 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[11.03.26 09:00:04]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Neues Ratsmitglied: Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen. Christophe Haller, FDP, nimmt den Platz des zurückgetretenen Erich Bucher ein. Ich bitte Christophe Haller, sich kurz von seinem Sitz zu erheben. (*Applaus*). Ich wünsche ihm für seine verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse ihn hier herzlich willkommen.

Neue Interpellationen: Es sind 15 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 14, 15, 17, 18, 20, 22, 23, 24, 27 und 28 werden mündlich beantwortet.

Kaffeespense: Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass Lorenz Amiet letzte Woche einen runden Geburtstag feierte und aus diesem Grund heute Vormittag den Kaffee spendiert. (*Applaus*) Ich gratuliere Lorenz Amiet im Namen des Grossen Rates ganz herzlich zu seinem Geburtstag und bedanke mich für die grosszügige Spende.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung. Es liegt eine Wortmeldung von Erich Weber vor.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich rede nachher nicht, aber zur Tagesordnung muss ich noch reden. Ich muss das ein bisschen begründen. Ich habe einen Antrag, und ich weiss, jetzt ist der Saal voll, darum rede ich jetzt, sonst brauche ich nicht zu reden. Ich beantrage, dass die Begnadigung heute Nachmittag auf 15 Uhr kommt, nach den Interpellationen und nicht jetzt am Morgen. Das ist mein Antrag als Grossrat und ich möchte das kurz begründen.

Wir sind alle Grossräte, wir sind 100 Grossräte, wir müssen gleich lange Spiesse haben für alle. Es geht nicht, dass ich den Text der Begnadigung eine Viertelstunde vor Sitzungsbeginn bekomme. Obwohl ich Journalist bin und Angestellter war bei der grössten Zeitung Europas, Bild, kann ich schnell schreiben, aber auch ich bin nicht mehr so jung und merke das Alter langsam kommen. Es geht nicht, dass ich den Text eine Viertelstunde vor der Sitzung bekomme. Ich habe dann auch eine Rede geschrieben und ich werde noch zu dieser Begnadigung reden, denn die hat es in sich. Ich möchte die Präsidentin, die Mitglied des Büros des Grossen Rats ist, auch den Stadthalter bitten, dass mal besprochen wird, wann ich den Text der Begnadigung lesen darf. Ich musste hier vorne sitzen, ich durfte den Text nicht einmal an meinem Platz lesen. Ich werde einfach als Grossrat schachmatt gesetzt und das sehe ich nicht ein.

Es ist traurig, dass ich in meinem Vorstand Liste Ausländer Stopp drei Juristen habe neben mir als Grossrat, dass man sich so einsetzen muss. Ich bin Grossrat wie Sie, aber nicht gleichberechtigt. Gleiches Recht für alle. Ich will die Rede in Ruhe schreiben und nicht aufgeregt in fünf Minuten. Ich bin extra aus den Fasnachtsferien angereist, heute vor einer Woche, am Mittwoch. Ich war hier im Rathaus, ich habe gesagt, ich möchte die Begnadigung, die liegt ja vor. Ich habe sie nicht bekommen. Ich bin extra aus den Ferien angereist, ich reise nicht mehr aus den Fasnachtsferien extra an. Ich nehme meinen Job ernst, ich habe die Begnadigung letzte Woche nicht bekommen, das geht nicht, das ist gegen unsere Geschäftsordnung, und ich will meine Hausaufgaben machen.

Ich bekomme Tausende von Franken als Grossrat und ich möchte meine Hausaufgaben machen. Aber wenn man mir die Unterlagen als Grossrat nicht gibt, oder erst eine Viertelstunde vor Sitzungsbeginn, finde ich das nicht okay. Und Sie wissen, ich bin ein Profi, ich bin ein Profi durch und durch. Ich werde nachher die Rede von Edibe Gölgeli genau strukturieren, einordnen und auseinandernehmen. Aber ich möchte wirklich das Büro des Grossen Rats bitten, darüber zu reden und dem Grossen Rat Eric Weber zu sagen, wann er die Begnadigung im Rathaus einschauen darf. Und ich möchte nicht an einem Katzentisch sitzen. Ich möchte im Büro sitzen und ich möchte die Begnadigung sehen. Es kann einfach nicht sein, dass man da übergangen wird bei wichtigen Sachen und darum habe ich geredet und ich lasse Sie nachher in Ruhe. Aber das wollte ich sagen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung von Antrag Eric Weber. Er beantragt, dass der Bericht der Begnadigungskommission für heute Nachmittag traktandiert wird. Wir stimmen also darüber ab.



### Abstimmung

JA heisst Traktandum 3 auf den Nachmittag verschieben, NEIN heisst die Traktandenliste belassen.

### Ergebnis der Abstimmung

**1 Ja, 84 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008376, 11.03.26 09:06:35]

### Der Grosse Rat beschliesst

Traktandum 3 nicht zu verschieben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Antrag mit 84 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme abgelehnt. Die Tagesordnung bleibt wie gehabt.

## 2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[11.03.26 09:06:51]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Neben den im Geschäftsverzeichnis aufgeführten Zuweisungsanträgen gibt es noch einen weiteren Zuweisungsantrag. Am Freitag wurde Ihnen per Mail der Ratschlag des Gerichtsrats betreffend Erhöhung des Pensums des Präsidiums des Gerichts für vorsorgerische Unterbringung von 50% auf 70% zugestellt. Dieser soll der JSSK zugewiesen werden.

Gibt es Wortmeldungen zu den Zuweisungen im Geschäftsverzeichnis oder zum Zuweisungsantrag des Ratschlags des Gerichtsrats? Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

## 3. Bericht der Begnadigungskommission zu einem Begnadigungsgesuch (Nr. 1748)

[11.03.26 09:07:39]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Begnadigungskommission beantragt, das Gesuch gutzuheissen. Gemäss § 6 Abs. 2 des Begnadigungsgesetzes ist für eine Begnadigung die Teilnahme von 60 Mitgliedern des Grossen Rates an der Abstimmung notwendig sowie die Zustimmung einer Mehrheit des Rates, welche mindestens 40 Mitglieder umfasst. Das Wort hat die Kommissionssprecherin Edibe Gölgeli.

*Edibe Gölgeli (SP):* Der Gesuchsteller mit Jahrgang 1978 lebt seit 2003 in der Schweiz. Er ist ledig, hat keine Kinder und hat seinen Lebensunterhalt über Jahre mit unregelmässiger Arbeit in der Gastronomie und Partyservice bestritten. Am 15. September 2025 wurde für den Gesuchsteller eine Beistandschaft errichtet. Seine Beiständin unterstützt und vertritt ihn in administrativen, finanziellen, gesundheitlichen und alltäglichen Angelegenheiten sowie im täglichen Verkehr auch mit den Behörden.

Er ist schwer krank, HIV-Infektion und Tumorerkrankung, derzeit auch stationär im Universitätsspital mit notwendigen Therapien mindestens bis Oktober 2026 und gemäss Arztbericht vom 20. November 2025 ist unklar, ob er grundsätzlich die nächsten sechs Monate überleben wird. Mit Strafbefehl der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt vom 5. Februar 2021 wurde der Gesuchsteller wegen rechtswidrigem Aufenthalt zu einer unbedingten Freiheitsstrafe von 60 Tagen verurteilt. Hinzu kommen



frühere Strafbefehle wegen Vergehen und Übertretung gegen das Betäubungsmittelgesetz, wegen rechtswidriger Einreise, rechtswidrigem Aufenthalt und Erwerbstätigkeit ohne Bewilligung, die zu Geldbussen und Freiheitsstrafen geführt haben.

Die Beiständin stellte am 1. Dezember 2025 ein Begnadigungsgesuch mit dem Antrag auf Erlass der 60-tägigen unbedingten Freiheitsstrafe. Sie begründet dies insbesondere damit, dass dem Gesuchsteller inzwischen eine B-Bewilligung im Härtefall ausgestellt wurde, dass er seit Jahren schwer krank ist und dies seine Fähigkeiten, sich um administrative Belange zu kümmern, massiv beeinträchtigt hat. Die wenigen Tage Haft Anfang November 2025 nach seiner freiwilligen Vorsprache beim Polizeiposten hätten seinen Gesundheitszustand erheblich verschlechtert, unter anderem wegen Problemen bei der rechtzeitigen HIV-Medikamentengabe.

Die Staatsanwaltschaft beantragt die Abweisung des Begnadigungsgesuchs. Sie verwies darauf, dass die medizinischen Unterlagen für sich allein eine Begnadigung des mehrfach einschlägig vorbestraften Gesuchstellers nicht rechtfertigen und dass im Begnadigungsverfahren keine materielle Überprüfung rechtsträchtiger Entscheide vorgesehen sei. Nach Übermittlung des aktuellen Aufenthaltstitels, der Kommunikation mit dem Migrationsamt und des Gesundheitsberichts verzichtete sie auf eine weitere Stellungnahme, hielt jedoch am rechtmässigen Strafbefehl fest.

Die Beiständin beschreibt den Gesuchsteller als liebenswürdig, freundlich, sehr dankbar und kooperativ. Er wird von einer engen Freundin, bei der er seit Jahren leben durfte, und einem Schweizer Freund unterstützt, der wesentlich bei der Beschaffung der migrationsrechtlichen relevanten Unterlagen geholfen hat. Bis zum Eintritt der schweren Erkrankung hat der Gesuchsteller seinen Lebensunterhalt selbst erarbeitet und keine staatlichen Leistungen bezogen. Er wünscht sich soweit gesundheitlich möglich wieder arbeiten und unabhängig leben zu können.

Zwischen dem vorgesehenen Haftantritt im Juni 2021 und der Festnahme im Oktober 2025 lebte der Gesuchsteller bei seiner Freundin, war dort aber nicht angemeldet, hatte keine Postumleitung und spricht kein Deutsch. Nach Darstellung der Beiständin wusste er vom Haftantritt nichts und war der Meinung, er habe seine Strafe aufgrund der bereits abgesessenen Haft verbüsst. Nachdem das Migrationsamt gegenüber der Beiständin auf eine offene Repol-Ausschreibung hingewiesen hatte, stellte er sich am 30. Oktober 2025 freiwillig beim Polizeiposten vor und wurde sofort in Haft genommen. Kurz darauf wurde er wegen der massiven gesundheitlichen Probleme wieder ins Unispital verlegt, wobei schon dieser kurze Vollzug zu einem erheblichen gesundheitlichen Rückschlag geführt hat.

Rechtlich ist festzuhalten, die Begnadigung ist ein ausserhalb des normalen Strafverfahrens stehender Eingriff in den Strafvollzug. Sie durchbricht das Prinzip der Gewaltentrennung und kommt nur subsidiär und in besonderen begründeten Ausnahmefällen zum Tragen. Ein Rechtsanspruch besteht nicht. Voraussetzung für die Gutheissung eines Begnadigungsgesuchs sind zum einen die Begnadigungswürdigkeit der gesuchstellenden Person und zum anderen das Vorliegen mindestens eines speziellen Begnadigungsgrundes.

Zur Begnadigungswürdigkeit: Negativ ins Gewicht fallen die Vorstrafen des Gesuchstellers, rechtswidrige Einreise, rechtswidriger Aufenthalt, Arbeiten ohne Bewilligung, Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz sowie der einschlägige Strafbefehl vom 5. Februar 2021. Die wiederholten Straftaten sprechen grundsätzlich gegen die Begnadigungswürdigkeit. Eine Minderheit der Kommission störte sich insbesondere daran, dass der Gesuchsteller dem Haftantritt ferngeblieben war und über Jahre nicht aufgefunden werden konnte. Die Kommissionsmehrheit hat aber aufgrund der Abklärungen gewichtet, dass sich der Gesuchsteller seit 2014 nachweislich mehrheitlich in der Schweiz aufgehalten hat, dass bei ihm bereits im Jahre 2021 starke gesundheitliche Probleme bestanden und dass seine Lebensumstände, fehlende Anmeldung, keine Postumleitung, kaum Deutschkenntnisse dafür sprechen, dass er vom Haftantritt liegt. tatsächlich keine Kenntnis hatte. Begnadigungswürdig wirkt sich zudem aus, dass der Gesuchsteller seit September 2025 über eine Beiständin verfügt, mit deren Unterstützung ein gültiger Aufenthaltstitel erwirkt wurde.

Für die Delikte im Bereich rechtswidrige Einreise, rechtswidriger Aufenthalt und Arbeit ohne Bewilligung kann damit eine positive Legalprognose gestellt werden? Die positive Legalprognose gilt auch hinsichtlich der Widerhandlung gegen das Betäubungsmittelgesetz, da der Gesuchsteller seit knapp über sieben Jahren keine entsprechenden Delikte mehr begangen hat. Hinzu kommt auch das Verhalten im frühen Strafvollzug, das zu einer bedingten Entlastung nach zwei Dritteln der Strafe geführt hatte. Mildernd und positiv sind darüber hinaus die Tatumstände ins Feld zu führen. Dem Gesuchsteller wurde im Juni und Oktober 2019 Strafbefehle bezüglich zweier Vorstrafen eröffnet, wobei er jeweils zur unbedingten Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Im Juli 2020 trat er diesbezüglich die Haftstrafe an.

Von der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt wurde dem Gesuchsteller im einschlägigen, also hier aktuellen Strafbefehl vom 5. Februar 2021 vorgeworfen, dass er die Zeit bis zur Haft im Juli 2020, zu welcher er von dieser Staatsanwaltschaft verurteilt worden war, in der Schweiz verbracht hatte. Es ist unklar, woher der Gesuchsteller als Laie hätte wissen können, dass die Ausreise der Abwartung der Freiheitsstrafe vorgeht. Die Begnadigungskommission konnte eine diesbezüglich erfolgte Information an den Gesuchsteller weder durch das Migrationsamt noch durch die Staatsanwaltschaft noch durch den Straf- und Massnahmevollzug ausmachen.

In einer Gesamtschau kommt die Kommissionsmehrheit trotz einschlägiger Vorstrafen zum Schluss, dass die Begnadigungswürdigkeit bejaht werden kann, weil die positive Legalprognose überwiegt. Zu den speziellen



Begnadigungsgründen: Die Begnadigungskommission prüfte insbesondere den Wegfall des Strafzwecks, Gnade aus Gründen der Kriminalpolitik, Gnade zur Verwirklichung humanitärer Ziele sowie Gnade aufgrund von Veränderungen in den persönlichen Verhältnissen. Angesichts der schweren Entkränkung des Gesuchstellers, der unsicheren Überlebensprognose und der erforderlich dauerhaften stationären Behandlung ist fraglich, ob eine 60-tägige Freiheitsstrafe überhaupt noch je eine Bestrafungswirkung entfalten oder Resozialisierung im Sinne von Artikel 75 Absatz 1 StGB beitragen kann. Aus Sicht der Kommission ist deshalb die Gnade wegen Wegfalls des Strafzwecks und aus Gründen der Kriminalpolitik, die sich vor allem auf die Resozialisierung richtet, zu bejahen.

Besonders zurückhaltend ist die Kommission grundsätzlich bei der Gnade zur Verwirklichung humanitärer Ziele. Eine Begnadigung allein aus Rücksicht auf den Gesundheitszustand rechtfertigt sich nur in ganz besonders gelagerten Einzelfällen, bei extrem hoher Strafempfindlichkeit und sehr kurzer prognostizierter Überlebenszeit. Im vorliegenden Fall ist unklar, ob der Gesuchsteller die nächsten Monate überleben wird und die kurze Haft im Jahre 2025 bereits zu einer massiven Verschlechterung der Situation geführt hätte.

Schliesslich liegen auch die Veränderungen in den persönlichen Verhältnissen vor. Der Gesuchsteller verfügt heute über einen gültigen Aufenthaltstitel, über eine Beiständin, die ihn eng begleitet und über zwei tragende soziale Bezugspersonen, die ihm Unterkunft gewähren und bei der Klärung seiner rechtlichen Situation massgeblich unterstützt haben.

Diese Kumulation von positiven Entwicklungsschritten markiert eine Zäsur im Leben des Gesuchstellers. Die Begnadigungskommission anerkennt somit als spezielle Begnadigungsgründe Gnade wegen Wegfalls des Strafzwecks, Gnade aus Gründen der Kriminalpolitik, Gnade zur Verwirklichung humanitärer Ziele und Gnade aufgrund von Veränderungen in den persönlichen Verhältnissen. In der materiellen Beratung lagen zwei Anträge vor, erstens der Antrag auf vollständige Begnadigung, also vollständiger Erlass der 60-tägigen unbedingten Freiheitsstrafe, zweitens der Antrag auf bedingte Begnadigung mit einer zweijährigen Probezeit. Der Antrag auf vollständige Begnadigung wurde mit 6 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung gutgeheissen.

Gestützt auf diese Erwägungen beantragt die Begnadigungskommission dem Grossen Rat, das Gesuch gutzuheissen und den Gesuchsteller vollständig zu begnadigen und ihm die 60-tägige Freiheitsstrafe zu erlassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Ich habe keine Fraktionsprechenden eingetragen. Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Erich Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Die Ränge sind voll, darum rede ich jetzt, danach nicht mehr, aber ich geniesse das, wenn die Ränge voll sind.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Zum Thema, Erich Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Als Präsident der Liste Ausländer Stopp muss ich natürlich beruflich bedingt die Begnadigung dieses Manns, der aus Thailand kommt, ablehnen. Ich lasse meine Rede nicht verhindern. Bitte berücksichtigen Sie bei meiner Rede, dass ich diesen Text erst um 8.45 Uhr einlesen konnte. Seit einer halben Stunde weiss ich von diesem Fall. Aber ich bezeichne mich als Profi, der schnell reagieren kann und darum reagiere ich jetzt ganz klar.

Meine Damen und Herren, der Thailänder, ein Ausländer, ist seit 2003 in der Schweiz. Wir haben gehört, er hat mehrere Erkrankungen, er hat HIV. Er hat eine Tumorerkrankung. Und jetzt wird es spannend, was ist verschwiegen worden? Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt sagt, es liegen uns keine Arztberichte vor. Die Staatsanwaltschaft Basel hat recht und die Staatsanwaltschaft Basel sagt, dass das Gesuch abgelehnt werden soll, und das sagt auch Eric Weber. Das ist verschwiegen worden von Edibe Gölgeli. Es liegen keine Arztberichte vor.

Sie wissen, heute in der Welt von Social Media, ist vieles Fake. Es ist einfach nicht richtig. Es werden Sachen behauptet, ich habe HIV, ich habe einen Tumor. Aber man muss einen Bericht haben, einen Arztbericht, in dem ein Arzt das bestätigt. Es zählt einfach nicht, wenn man bla bla bla macht, man muss das schriftlich vorlegen und die Arztberichte liegen auch der Begnadigungskommission nicht vor. Ich muss Edibe Gölgeli bitten, tief in sich zu gehen. Und ich frage sie als Präsidentin der Begnadigungskommission, warum sie diesen Arztbericht nicht angefordert haben. Das ist ein grosser Mangel, und das darf ich sagen, und die Staatsanwaltschaft Basel sagt das Gleiche.

Und dann haben Sie, Edibe Gölgeli, selber gesagt, dass der Thailänder hospitalisiert sei. Wer zahlt das? Wir Schweizer Steuerzahler zahlen das. Und dann gibt es noch eine weitere Ungenauigkeit. In diesem Text steht, dass seine Freundin ebenfalls aus Thailand sei. Später steht, er habe ein Verhältnis zu dieser Frau wie eine Schwester. Ja, wer ist sie jetzt, ist es



die richtige Freundin, wie Mann und Frau? Oder ist sie eine Kollegin, eine Schwester? Der Bericht widerspricht sich. Und arbeitet die Schwester überhaupt etwas?

Wenn Sie sich daran erinnern, auch politische Verbrecher werden freigelassen aus dem Gefängnis wegen Krankheit. Erich Honegger, Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ist auch aus der Haft entlassen worden wegen Krankheit. Auch er ist entlassen worden wegen der Krankheit und das ist okay. Und der Mann, der jetzt das Gesuch gestellt hat, der muss die Haft nicht antreten, wenn dreimal gesagt wird, dass er vielleicht in sechs Monaten nicht mehr lebt. Ich werde das überprüfen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Erich Weber, Ihre Zeit ist um.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Begnadigungskommission und zur Begnadigung, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Begnadigungskommission und der Begnadigung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**54 Ja, 32 Nein, 5 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008379, 11.03.26 09:25:12]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Zustimmung zum Antrag der Begnadigungskommission und der Begnadigung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 54 Ja-Stimmen und 32 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen dem Antrag der Begnadigungskommission zugestimmt.

## **4. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Fleur Weibel, Grüne/jgb)**

[11.03.26 09:25:27]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 4 bis 7 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrers, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über offene Wahlen.

### **Abstimmung**

JA heisst offene Wahlen, NEIN heisst geheime Wahlen.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008381, 11.03.26 09:26:39]

### **Der Grosse Rat beschliesst**



die Wahlen bei den Traktanden 4-7 offen durchzuführen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben sich mit 93 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme für offene Wahlen entschieden. Gemäss Artikel 14 Absatz 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion GRÜNE/jgb lauten.

Für die Wahl als Mitglied der Finanzkommission von der Fraktion GRÜNE/jgb vorgeschlagen wurde Annina Ineichen. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

#### **Abstimmung**

JA heisst Wahl von Annina Ineichen, NEIN heisst keine Wahl.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**92 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008383, 11.03.26 09:27:47]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Annina Ineichen als Mitglied der Finanzkommission zu wählen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Mit 92 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung wurde Annina Ineichen gewählt. Ich gratuliere Annina Ineichen zur Wahl als Mitglied der Finanzkommission und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.

### **5. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Erich Bucher, FDP)**

[11.03.26 09:28:01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Für die Wahl als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission von der Fraktion FDP vorgeschlagen wurde Christophe Haller. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion FDP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

#### **Abstimmung**

JA heisst Wahl von Christophe Haller, NEIN heisst keine Wahl.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008385, 11.03.26 09:28:57]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Christophe Haller als Mitglied der GPK zu wählen.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Christophe Haller wurde mit 91 Ja-Stimmen und einer Enthaltung gewählt. Ich gratuliere Christophe Haller zur Wahl als Mitglied der GPK und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

## **6. Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Erich Bucher, FDP)**

[11.03.26 09:29:17]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Für die Wahl als Mitglied der Regiokommission von der Fraktion FDP vorgeschlagen wurde Christian Moesch. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion FDP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

### **Abstimmung**

JA heisst Wahl von Christian Moesch, NEIN heisst keine Wahl.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**92 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008388, 11.03.26 09:30:08]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Christian Moesch als Mitglied der Regiokommission zu wählen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Mit 92 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung ist Christian Moesch gewählt. Ich gratuliere Christian Moesch zur Wahl als Mitglied der Regiokommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

## **7. Wahl eines Mitglieds der IGPK Schweizer Rheinhäfen (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, WAK)**

[11.03.26 09:30:28]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Für die Wahl als Mitglied der IGPK Rheinhäfen von der WAK vorgeschlagen wurde Laetizia Block. Wählbar sind Mitglieder der WAK. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

### **Abstimmung**

JA heisst Wahl von Laetizia Block, NEIN heisst keine Wahl.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**89 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008391, 11.03.26 09:31:18]



### Der Grosse Rat beschliesst

Laetizia Block als Mitglied der IGPK Rheinhäfen zu wählen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Laetizia Block wurde mit 89 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung gewählt. Ich gratuliere Laetizia Block zur Wahl als Mitglied der IGPK Rheinhäfen und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.

## 8. Kantonale Volksinitiative "Für die Einrichtung eines Sammlungsentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)", Fristverlängerung, Bericht der WAK

[11.03.26 09:31:36, 24.1910.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 6. Juli 2027 zu verlängern. Für die Kommission das Wort hat Daniel Albietz.

*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Die Geschichte zu dieser Vorlage ist schnell erzählt. Die Volksinitiative für die Einrichtung eines Sammlungsentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel, die sogenannte Sammlungszentrum-Volksinitiative, ist am 28. Dezember 2024 zustande gekommen. Und gemäss Gesetz betreffend Initiative und Referendum endet die Frist für die Volksabstimmung ohne Gegenvorschlag am 6. Juli 2026 und mit Gegenvorschlag am 6. Januar 2027.

Um den Volksabstimmungstermin bei allfälligem Verzicht auf einen Gegenvorschlag einzuhalten, hätte das Geschäft bereits in der aktuellen Grossratssession behandelt werden müssen. Da das Geschäft erst in der Dezembersitzung an die WAK überwiesen wurde, war die Zeit dafür deutlich zu knapp. Aus diesem Grund wurde eine Fristerstreckung notwendig. Das erfordert ein Einverständnis des Initiativkomitees und diese liegt vor, weshalb ich Sie namens der WAK die Frist für die Volksabstimmung um ein Jahr bis zum 6. Juli 2026 zu verlängern bitte. Selbstverständlich ist die WAK bemüht, diese Frist nicht auszuschöpfen, sondern wird so bald als möglich zur Initiative berichten. Besten Dank für die Gutheissung dieses Antrags.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Ich habe keine Fraktionssprechenden eingetragen. Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008393, 11.03.26 09:34:16]

### Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung über die kantonale Volksinitiative «für die Einrichtung eines Sammlungsentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)» wird gemäss § 24a Abs. 4 des Gesetzes betreffend Initiative und Referendum bis zum 6. Juli 2027 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 92 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme dem Grossratsbeschluss zugestimmt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort für die Kommission hat Pascal Pfister.

*Pascal Pfister (SP):* Aufgrund des Interregnums zwischen dem neuen Präsidenten und der alten Präsidentin der WAK werde ich jetzt nun berichten zur Ausgabenbewilligung für das neue Werbe- und Wegführungskonzept im Umfeld der St. Jakobshalle.

Die Kommission hat dieses Geschäft in zwei Sitzungen beraten und dabei sowohl die Vertreter:innen des Regierungsrats als auch externe Fachpersonen angehört. Ziel der Beratungen war es, die Notwendigkeit, die Ausgestaltung sowie die Kosten- und Verhältnismässigkeit des beantragten Konzepts kritisch zu prüfen.

Die Ausgangslage ist bekannt. Im Zuge der Bauarbeiten musste der bisherige provisorische Werbeturm entfernt werden. Seither fehlten im Umfeld der St. Jakobshalle adäquate Werbemöglichkeiten, eine zeitgemässe Wegführung für Besucherinnen und Besucher. Der Regierungsrat hat daraufhin ein Gesamtkonzept vorgelegt, das diese Lücke schliessen soll.

Die Kommission ist zum Schluss gekommen, dass der Handlungsbedarf grundsätzlich unbestritten ist. Die St. Jakobshalle ist ein zentraler Veranstaltungsort mit einer gewissen Bedeutung für Kultur, Sport und Wirtschaft. Eine funktionierende Besucherinformation und Lenkung sowie eine angemessene Sichtbarkeit im öffentlichen Raum sind deshalb legitim und notwendig. Positiv beurteilt die Kommission insbesondere den integralen Ansatz des Projektes. Anstelle eines neuen isolierten Werbeturms setzt das Konzept auf eine Kombination aus Bildschirmen auf dem Dach des Tramhauses sowie zusätzlichen Informationsstellen. Diese Lösung ermöglicht eine flexible Nutzung, verbindet Werbung mit Wegführung und fühlt sich aus Sicht der Kommission grundsätzlich gut in das städtebauliche Umfeld ein, besser als das frühere Provisorium.

Gleichzeitig hat die WAK das Projekt nicht unkritisch begleitet. In den Beratungen wurde deutlich, dass die zeitliche Koordination zwischen den Bauprojekten und dem Wegfall der bisherigen Werbemöglichkeiten ungenügend war. Die Kommission hält fest, dass gewisse Elemente des nun vorliegenden Konzepts bereits früher hätten mitgedacht werden können und sollen. Diese Feststellung richtet sich ausdrücklich nicht gegen das aktuelle Projekt, sondern soll als Lehre für zukünftige Infrastruktur- und Bauvorhaben verstanden werden. Auch die Höhe der beantragten Ausgaben wurde intensiv diskutiert. Nach Abwägen der Alternativen, der Lebensdauer der Anlagen sowie des funktionalen Mehrwerts ist die Mehrheit der Kommission jedoch zum Schluss gekommen, dass die Kosten im Verhältnis zum Nutzen stehen und sachlich begründet sind.

In der Schlussabstimmung hat die WAK dem Antrag des Regierungsrats mit Mehrheit zugestimmt. Eine Minderheit hat sich kritisch zu einzelnen Aspekten der Projektplanung und der Prioritätensetzung geäussert. Diese Vorbehalte sind im Bericht auch festgehalten. Zusammenfassend beantrage ich Ihnen im Namen der WAK deshalb, dem vorliegenden Ausgabenbeschluss zuzustimmen.

## **9. Neues Werbe- und Wegführungskonzept im Umfeld der St. Jakobshalle, Bericht der WAK**

[11.03.26 09:37:52, 25.0830.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher für den Regierungsrat ist Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Der Anlass für das Projekt ist der Rückbau des bisherigen provisorischen Werbeturms an der Kreuzung St. Jakobs-/Bürglingerstrasse im Zuge der Erneuerung der St. Jakobsstrasse. Damit verliert die St.



Jakobshalle eine zentrale und gut sichtbare Werbefläche. Der Regierungsrat schlägt deshalb eine neue Lösung vor, die zwei Ziele verfolgt. Erstens, Ersatz der bisherigen Werbemöglichkeiten für Veranstaltungen der St. Jakobshalle, zweitens, Verbesserung der Orientierung und Besucherführung im gesamten Umfeld der Halle.

Die neuen digitalen Werbeflächen sollen nicht nur von der St. Jakobshalle genutzt werden, sondern auch für Veranstaltungen im gesamten St. Jakob-Areal, etwa im St. Jakob-Park, in der Eisarena oder im Leichtathletikstadion. Zudem bringt diese Werbefläche im Betrieb der St. Jakobshalle einige Verbesserungen mit sich. So können zum Beispiel kurzfristige Änderungen in der Werbung oder bei den Besucherinformationen ohne grossen Aufwand direkt aufgespielt werden. Es braucht keinen teuren Ersatz von grossformatigen Werbeplakaten mehr. Eine Änderung kann einfach und digital auf die Bildschirme gespielt werden.

Wie im Bericht der Kommission erwähnt wird, die St. Jakobshalle ist für die Bewerbung von Veranstaltungen auf sichtbare Werbeflächen im öffentlichen Raum angewiesen. Ohne Ersatz für den Werbeturm würde die Halle an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Und die bisherigen Blachen verursachten hohen Aufwand, zusätzliche Kosten und Abfall. Die von der Kommission geäusserten Kritikpunkte betreffend den Zeitplan und die Forderung nach mehr Flexibilität bei Zwischenlösungen hat der Regierungsrat zur Kenntnis genommen. Dies wird, wo immer möglich, bei Bauprojekten berücksichtigt.

Alles in allem wird die St. Jakobshalle mit dem Projekt eine sichtbare und zeitgemässe Werbefläche und ein gutes Wegführungskonzept erhalten. Daher bitte ich Sie, dem Antrag des Regierungsrats und der WAK, diese Ausgabenbewilligung zu sprechen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Erster Fraktionssprecher für die GLP ist Niggi Daniel Rechsteiner.

*Niggi Daniel Rechsteiner (GLP):* Es ist ja ein Geschäft mit nicht der höchsten Bausumme, die wir je behandelt haben, aber doch gibt es Anlass dazu, das etwas zu reflektieren. Wieder einmal beraten wir über Ausgaben für die St. Jakobshalle. Dieses Mal geht es um die neue Werbe- und Wegführungsinfrastruktur. Allein schon der Begriff wirft Fragen auf. Geht es um Wegführung im Sinne von Orientierung oder eher um Wegführung im Sinne von Verjagen?

Die WAK hat die Verantwortlichen der St. Jakobshalle, wie wir gehört haben, des BVD, von Immobilien Basel-Stadt angehört und die notwendigen Fragen gestellt. Zur Debatte steht ein Betrag von 2,2 Mio. Franken. Die Kommission empfiehlt einstimmig, diese Mittel zu bewilligen. Nach eingehender Lektüre des Berichts lässt sich festhalten, die Investition ist grundsätzlich begründet, betrieblich nachvollziehbar und im Gesamtkontext sinnvoll. Das vorliegende Konzept geht über die reine Ersatzbeschaffung hinaus. Mit den geplanten LED-Flächen auf dem Dach des neuen Tramhauses entsteht eine moderne und flexible Werbemöglichkeit, die nicht nur der St. Jakobshalle, sondern dem gesamten St. Jakobsareal zugutekommt. Was will man mehr? Ergänzt wird dies durch digitale Plakatstellen, verbesserte Signaletik und Besucherführung. Eine bessere Orientierung für das Publikum ist zweifellos sinnvoll.

Trotzdem bleiben Fragen. Insbesondere ist schwer nachvollziehbar, weshalb gewisse Massnahmen, etwa eine klare Beschriftung der Eingänge, nicht bereits im Rahmen der grossen Sanierung oder spätestens bei den Projektoptimierungen von 2022 umgesetzt wurden. Bei einem Projekt mit erheblichen Planungskosten sollte man eigentlich erwarten dürfen, dass elementare Dinge wie Beschriftung und Wegführung mitgedacht werden. Natürlich ist es normal, dass nach der Inbetriebnahme Anpassungen notwendig werden. Nutzungen entwickeln sich, Erfahrungen werden gesammelt, es ist auch unternehmerisch richtig, darauf zu reagieren und Verbesserungen umzusetzen. Was jedoch schwer verständlich bleibt, ist etwa die mangelhafte Beleuchtung im Eingangsbereich, die nun eine kostspielige Nachbesserung erforderlich macht. Die Planung erfolgte schliesslich durch professionelle Büros, begleitet von Verwaltung, Fachstellen und dem hochgelobten Management der Halle.

Ähnlich verhält es sich mit der Signaletik. Besucherströme lassen sich bei einer Multifunktionshalle durchaus im Voraus berechnen und simulieren. Man erfindet solche Hallen nicht jedes Mal neu. Die Antworten auf entsprechende Fragen in der Kommission waren jedoch eher ernüchternd. Man müsse halt auch lernen. Die Frage ist nur, lernen wir in ein paar Jahren wieder, wenn sich zeigt, dass auch diese Massnahmen nachgebessert werden müssen. Bei Projektkosten von rund 2,2 Mio. Franken fallen Honorare von fast einer halben Million für Architekten, Fachplaner und Spezialisten an. Da darf man erwarten, dass Planung und Umsetzung von Anfang an sitzen. In der Privatwirtschaft wäre ein solches Vorgehen kaum vorstellbar. Ist ein Budget aufgebraucht, gibt es keine Nachfinanzierung und die Verantwortlichen müssen sich erklären. Bei öffentlichen Projekten hingegen scheint das selten Konsequenz zu haben. Das wird wohl nicht einmal im Mitarbeitendengespräch erwähnt oder bei der nächsten Auftragsvergabe berücksichtigt.

Ein weiterer Punkt verdient ebenfalls Aufmerksamkeit. Im Ratschlag wird als Vorteil der neuen Screens erwähnt, dass sie für Public Viewings genutzt werden könnten. Auf Nachfrage hin stellte sich jedoch heraus, dass bislang kein Veranstalter Interesse daran gezeigt hat, die Angefragten hätten abgelehnt. Alles in allem höchst unbefriedigend oder vielleicht einfach



eine «Heulgeschichte». Oder einfach eine Ernüchterung für all jene, die vorausschauend planen und die Mittel gezielt und verhandlungsvoll einsetzen.

Trotz dieser kritischen Punkte unterstützt die Fraktion der Grünliberalen den Antrag der WAK und stimmt der Ausgabenbewilligung zu, zugegeben mit leichten Zähneknirschen, aber der Sache wegen, in der Hoffnung, dass die St. Jakobshalle damit bessere Voraussetzungen erhält und künftig wieder vermehrt grosse Veranstaltungen nach Basel bringt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprechende für die SP ist Nicole Amacher.

*Nicole Amacher (SP):* Auch die SP sieht die Notwendigkeit der neuen Informations- und Werbeflächen und stimmt somit dem Ratschlag und der Ausgabenbewilligung zu. Sie entnehmen das ja auch der Kreuztabelle.

Aber eben, auch bei uns kommt die Scheibentaktik nicht so gut an. Kaum wurde die Halle voller Freude und Stolz 2018 in Betrieb genommen, sprachen wir 2022 rund 7,5 Mio. Franken für die so nötige Projektoptimierung. Und da es sich jetzt bei der Beschriftung um Massnahmen am Gebäude handelt, hätten diese aus unserer Sicht von Anfang an in die Planung gehört. Okay, das war damals nicht geplant, wurde vergessen, wie auch immer. Aber dann hätte diese zumindest allerspätestens im Rahmen dieser Projektoptimierung im 2022 geplant und realisiert werden müssen.

Ich gehe jetzt nicht mehr auf alle Details ein, es wurde schon im Bericht erwähnt und Niggi Rechsteiner war auch schon sehr ausführlich. Aber angesichts der Geschichte stellt sich auch bei uns halt die Frage, what's next und da hoffen wir nicht, dass wir in Zukunft alle Jahre wieder uns mit diesem Thema beschäftigen müssen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der nächste Fraktionssprecher für die LDP ist Daniel Hettich.

*Daniel Hettich (LDP):* Auch die LDP stimmt diesem Geschäft zu. Wie im Bericht und auch in den vorhergehenden Voten erwähnt, finden wir es schade, dass es in Zusammenarbeit mit der Stadtbildkommission nicht gelungen ist, schnell genug hier eine Zwischenlösung zu finden am Tramhaus und dass das jetzt über die Zeit etwas desolat daherkam. Aber vielleicht hat mit der damit gewonnenen Zeit eine gute und zukunftsfähige Lösung mit diesen LED-Bildschirmen gefunden werden können. Wir sind gespannt, wie es am Schluss daherkommt und ob die gesamte Werbung um die Halle besser damit abgestimmt wird.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Als ich im letzten Herbst an den Swiss Indoors war, durfte ich wieder mal in der St. Jakobshalle sein und es war wirklich ein toller Event und gut organisiert. Man hat das Gefühl, es gibt eine tolle Halle. Als dann diese Swiss Indoors vorbei waren, die Essenstände waren noch zu, ausser einem ganz aussen, wo man Hot-Dogs kaufen konnte. Ich habe mir einen Hot-Dog gekauft. Und da das der einzige Stand war, der noch offen war (das ist keine Kritik, das ist normal, es lohnt sich ja auch nicht mehr so sehr), gingen alle Leute dort Hot-Dogs kaufen, das heisst, es hatte sehr schnell keine Hot-Dogs mehr. Die Verkaufskraft dort kam dann auf die Idee und meldete das, so dass jemand mit neuen Hot-Dogs kommen konnte. Und weil man ja in der St. Jakobshalle nicht kochen kann, kamen dann die gekochten Hot-Dogs im Plastik in gekochten Hot-Dogs und wurden dann aufgeschnitten und gekocht aus dieser Plastikpackung eingeworfen, so dass man wieder Hot-Dogs austeilten konnte. Das kam mir in den Sinn, als ich dann wieder einmal einen Ratschlag zu diesem Konzept lesen konnte. Das einfach kurz als Einführung.

Unsere Fraktion hat zur Kenntnis genommen, dass diese Machbarkeitsstudie erst 2024 erstellt wurde, dass das Gesamtkonzept erst 2025 kam, dass im Hallenkonzept offensichtlich nicht drin war, dass man auch am Tag eine Veranstaltung macht und deshalb falsche Scheiben eingebaut hat. Wir haben auch zur Kenntnis genommen die Stellungnahme des Regierungsrats zum Bericht der Geschäftsprüfungskommission und der Finanzkommission, in der er deutlich sagt, dass die Kostenqualität dem Terminplan untergeordnet wurden. Und auch zur Kenntnis genommen haben wir, dass die in Aussicht gestellte Bauabrechnung und der Schlussbericht seit 2024 ausstehend ist. Sie können mich noch korrigieren.

Nicole Amacher hat das schon gesagt. Diese scheinbarweise Vorlagen zu dieser St. Jakobshalle möchten wir nicht mehr mittragen und stellen deshalb auch einen Rückweisungsantrag an den Regierungsrat, auch wenn die Massnahmen vielleicht gut sein mögen. Wir hätten noch etwas Kritik bezüglich dieser LED-Anzeigen. Sind die wirklich so nachhaltig und so effizient,



wie sie daherkommen? Und sind sie auch für behinderte Menschen, gerade im neu reagierenden Spektrum, wirklich die ideale Lösung oder schliessen sie einfach wieder neue Menschen von einem öffentlichen Ort in der Tendenz aus?

Es ist keine Kritik an Ihnen, Regierungsrat Mustafa Atici, Sie haben das ja nicht verbochen, aber wir möchten wirklich, dass der Regierungsrat jetzt mal mit einem Ratschlag kommt oder einem Bericht kommt, wo wirklich klar ist, welche Kosten entstanden sind, welche Kosten folgen werden, was wir bei dieser St. Jakobshalle zu erwarten haben. Und deshalb beantragen wir Ihnen Rückweisung an den Regierungsrat.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat und auch der Kommissionssprecher verzichten auf ein zweites Votum. Eintreten wurde nicht bestritten. Oliver Thommen beantragt, den Ratschlag an den Regierungsrat zurückzuweisen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**11 Ja, 79 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008395, 11.03.26 09:52:56]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

keine Rückweisung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 79 Nein-Stimmen, 11 Ja-Stimmen und einer Enthaltung den Bericht nicht zurückgewiesen. Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 5 des Berichts und Schlussabstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**86 Ja, 1 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008397, 11.03.26 09:53:47]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Für die Projektierung und Realisierung des neuen Werbe- und Wegführungskonzepts im Aussenbereich der St. Jakobshalle werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 2'290'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 6, Bildung, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 86 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 4 Enthaltungen zugestimmt. Das Geschäft ist erledigt.



## 10. Ausrichtung einer Finanzhilfe für die Berufs- und Weiterbildungsmesse in Basel-Stadt in den Jahren 2026 und 2027, Bericht der BKK

[11.03.26 09:54:01, 25.1569.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort für die Kommission hat Catherine Alioth.

*Catherine Alioth (LDP):* Aufgrund des Interregnums auch hier in der BKK zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Berichts darf ich Ihnen heute über die Ausrichtung einer Finanzhilfe für die Berufs- und Weiterbildungsmesse in Basel-Stadt für die Jahre 2026 und 2027 berichten.

Ursprünglich war eine Unterstützung für die Jahre 2024 bis 2027 vorgesehen. Im Januar 2025 hat die Kommission hier im Grossen Rat über die Ausrichtung der Finanzhilfe berichtet und beantragt, die geplanten Ausgaben zunächst auf die Jahre 2024 und 2025 zu beschränken. Hintergrund waren verschiedene umstrittene Punkte, insbesondere bezüglich der vorgesehenen ökologischen Massnahmen, der Kosten der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Plausibilität einzelner Budgetposten.

Der Grosse Rat ist diesem Antrag mit grosser Mehrheit gefolgt und hat für die Jahre 2024 und 2025 jeweils 250'000 Franken, insgesamt also 500'000 Franken bewilligt. Gleichzeitig wurde festgelegt, dass das zuständige Departement für die Jahre 2026 und 2027 rechtzeitig eine neue Ausgabenbewilligung einholen muss. Dabei sollten sämtliche Budgetposten detailliert aufgeschlüsselt und nachvollziehbar begründet werden.

Mit dem vorliegenden Ausgabenbericht wird diesem Auftrag Rechnung getragen. Die Kommission hat den Bericht erneut eingehend beraten. Anwesend waren dabei der Vorsteher des Erziehungsdepartements, der Leiter der Berufs- und Mittelschulen sowie die Leiterin der Berufsbildung und Berufsintegration. Dadurch konnte eine erneute Prüfung der Rahmenbedingungen erfolgen, so dass die Unterstützung an die aktuellen Gegebenheiten sowie an die Erfahrungen aus den beiden Jahren 2024 und 2025 angepasst werden konnte.

Die Kommission kommt zum Schluss, dass die zuvor kritisierten Punkte mit dem vorliegenden Bericht für die Jahre 2026 und 2027 weitgehend geklärt werden konnten. So fällt das Budget für das Jahr 2026 um rund 90'000 Franken geringer aus als jenes für 2025, ohne dass dadurch die Attraktivität der Messe beeinträchtigt werden dürfte. Deutlich reduziert wurde der Budgetposten für klimafreundliche Massnahmen, der von 82'000 Franken auf 30'000 Franken gesenkt wurde. Zudem wird die in der Kommission umstrittene Zusammenarbeit mit dem Ökozentrum Liestal gemäss Angaben der Verwaltung ab dem Jahr 2026 vorläufig beendet. Positiv bewertet die Kommission, dass eine externe Evaluation des Begleitprogramms der Messe vorgesehen ist. Diese Evaluation ist bereits im Budget 2026 eingeplant und soll dazu beitragen, die Wirkung und Qualität der Angebote künftig noch besser beurteilen zu können.

Die Basler Berufs- und Weiterbildungsmesse ist eine etablierte und breit besuchte Veranstaltung, die alle zwei Jahre stattfindet und Jugendlichen sowie weiteren Interessierten praxisnahe Einblicke in die Vielfalt und Anforderungen der in der Region erlernbaren Berufe ermöglicht. Die 11. Ausgabe der Messe soll vom 15. bis zum 17. Oktober 2026 durchgeführt werden. Initiatorin und Organisatorin ist der Gewerbeverband Basel-Stadt. Die Messe ist ein zentrales Element der Laufbahnorientierung im Kanton. Sie trägt wesentlich dazu bei, dass sich Jugendliche frühzeitig und niederschwellig mit verschiedenen Berufsbildern auseinandersetzen können. Damit leistet die Berufs- und Weiterbildungsmesse einen wichtigen Beitrag zur Förderung der beruflichen Grundbildung im Kanton Basel-Stadt.

Die BKK stimmt dem Ausgabenbericht betreffend die Ausrichtung einer Finanzhilfe für die Berufs- und Weiterbildungsmesse in Basel-Stadt in den Jahren 2026 und 2027 mit 8 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu. Die BKK beantragt dem Grossen Rat, für die Berufs- und Weiterbildungsmesse Ausgaben für die Jahre 2026 und 2027 von insgesamt 500'000 Franken zu bewilligen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Die Berufs- und Weiterbildungsmesse bringt Jugendliche, Eltern, Schulen und Branchenverbände oder Lehrbetriebe an einem Ort zusammen. Jugendliche können Berufe direkt erleben, mit Lernenden sprechen und sehen, welche Wege ihnen offenstehen, von der Lehre über die Berufsmaturität bis hin zu den höheren Fachschulen und Hochschulen. Besonders wichtig ist die Messe für Jugendliche aus bildungsfernen Familien und mit Migrationshintergrund. Für sie ist es oft schwieriger, einen Überblick über das Bildungsangebot zu bekommen und Kontakte zu Betrieben aufzubauen. Die Messe senkt Hürden, schafft Orientierung und stärkt die Chancengleichheit. Gleichzeitig hilft



sie den Betrieben und Branchenverbänden, potenzielle Lernende auf ihren Beruf aufmerksam zu machen und so den Nachwuchs und damit wichtige Fachkräfte für unsere Region zu sichern.

Damit ist die Messe nicht einfach eine Veranstaltung, sondern ein zentrales Instrument unserer Bildungs- und Standortpolitik. Mit der beantragten Finanzhilfe wollen wir dieses bewährte Instrument sichern und weiterentwickeln. Ohne die Finanzhilfe ist eine Durchführung dieser wichtigen Messe gefährdet. Die Trägerschaft, der Gewerbeverband Basel-Stadt, müsste ohne eine Finanzhilfe die Aufwände zum grössten Teil auf die Ausstellenden abwälzen oder von den Besuchenden Eintritt verlangen. Wie die Kommissionssprecherin erwähnt hat, die von der BKK in der letzten Vertragsperiode bemängelten Punkte konnten mit dem vorliegenden Ausgabenbericht behoben werden. Deshalb bitten wir Sie, die Ausgaben für die Berufs- und Weiterbildungsmesse in der Höhe von insgesamt 500'000 Franken für die Jahre 2026 und 2027 zu bewilligen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hätte nochmals die Kommissionssprecherin. Sie verzichtet auf ein weiteres Votum. Wir kommen damit zum nächsten Schritt. Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt. Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 5 des Berichts, und zur Schlussabstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008399, 11.03.26 10:02:39]

### Der Grosse Rat beschliesst

Für die Berufs- und Weiterbildungsmesse in Basel-Stadt werden dem Gewerbeverband Basel-Stadt für die Jahre 2026 und 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 500'000 (Fr. 250'000 p.a.) bewilligt.

Die Berufs- und Weiterbildungsmesse leistet einen wirksamen Beitrag zur Förderung der beruflichen Grundbildung im Kanton Basel-Stadt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 87 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und keiner Enthaltung zugestimmt.

## 11. Kantonale Volksinitiative "Für mehr Geld im Portemonnaie (Kaufkraft-Initiative)", Bericht des RR

[11.03.26 10:02:52, 25.1540.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, im Initiativtext eine Inkrafttretensklausel zu ergänzen und die Initiative als rechtlich zulässig zu erklären. Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie verzichtet. Ich habe keine Fraktionssprecher eingetragen, auch keine Einzelsprecher. Die Regierungsrätin verzichtet ebenfalls nochmals. Eintreten ist obligatorisch. Wir kommen zu Grossratsbeschluss 1 und zur Abstimmung über die Inkrafttretensklausel.



### Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur Einfügung der Inkrafttretensklausel, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**86 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008401, 11.03.26 10:04:18]

### Der Grosse Rat beschliesst

Dem Initiativtext der mit 3'690 Unterschriften zustande gekommenen, formulierten Volksinitiative «Für mehr Geld im Portemonnaie (Kaufkraft-Initiative)» wird folgende Inkrafttretensklausel beigefügt:

*Die Änderung von § 36 gemäss der formulierten Volksinitiative «Für mehr Geld im Portemonnaie (Kaufkraft-Initiative)» tritt nach Annahme durch die Stimmberechtigten auf den dem Abstimmungstermin folgenden 1. Januar in Kraft und gilt ab dieser Steuerperiode.*

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen, vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 86 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme bei keiner Enthaltung der Einfügung der Inkrafttretensklausel zugestimmt.

Grossratsbeschluss 2, Abstimmung zur rechtlichen Zulässigkeit. Der Regierungsrat beantragt, die Initiative für rechtlich zulässig zu erklären. Die Abstimmung erfolgt jetzt.

### Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**84 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008403, 11.03.26 10:05:13]

### Der Grosse Rat beschliesst

Die mit 3'690 Unterschriften zustande gekommenen, formulierten Volksinitiative «Für mehr Geld im Portemonnaie (Kaufkraft-Initiative)» wird für rechtlich zulässig erklärt:

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen, vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben dem Antrag mit 84 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und keiner Enthaltung zugestimmt. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Ich habe keine Wortmeldung eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben die Initiative stillschweigend dem Regierungsrat zur Berichterstattung innerhalb von sechs Monaten überwiesen.

## **12. Kantonale Volksinitiative «für mehr Natur & Biodiversität (Biodiversitätsinitiative)», Bericht des RR**

[11.03.26 10:05:45, 25.1737.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, unumgängliche Ergänzungen im Initiativtext vorzunehmen und die Initiative als rechtlich zulässig zu erklären. Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Ich habe als Fraktionssprecher Béla Bartha eingetragen.

*Béla Bartha (GRÜNE/jgb):* Zuerst einmal möchte ich mich bedanken, dass man diese Initiative doch überweist an die Regierung. Mit der Biodiversitätsinitiative wollen wir auf kantonaler Ebene nachvollziehen, was auf nationaler Ebene schon Ende der Neunzigerjahre vollzogen wurde, als der Begriff der Biodiversität in das nationale Natur- und Heimatschutzgesetz aufgenommen wurde. Dies als Konsequenz auf die Ratifizierung der Biodiversitätskonvention von Rio 1992, als sich auf globaler Ebene etwa 130 Länder dazu verpflichtet haben, die Biodiversität in ihren Ländern zu schützen und zu fördern. Neben dem reinen Schutzgedanken wurde dort erstmals auch die Nutzung der Biodiversität einbezogen und ein ressourcenschonender Umgang mit der Biodiversität gefordert und die Verantwortung für die Vielfalt der Pflanzen und Tiere als bis dahin Allgemeingut der Menschheit in die Hände der Länder gelegt, heisst, dass die Länder selbst für die Erhaltung ihrer Ressourcen Biodiversität verantwortlich gemacht wurden und damit auch zur Rechenschaft gezogen werden konnten, wenn sie dieser Verantwortung nicht nachkommen.

Erstmals in der Geschichte der industrialisierten Welt wurde damit auch anerkannt, dass es sich bei der Biodiversität um eine Ressource handelt, die von Menschen, wie gesagt, schon genutzt werden soll und die gleichsam wie jede andere Ressource endlich ist. Mit der Definition der Biodiversität als endliche Ressource ging natürlich auch ein Gesinnungswandel einher, bei dem die globale Welt sich eingestand, dass sie auf vielfältige Weise direkt von dieser Ressource Biodiversität auf Verleih und Verderb abhängig ist und sich nicht, wie bis zu diesem Zeitpunkt, lediglich als mitfühlender Betrachter oder Schützerin von Vögeln und Blumen gebaren kann, sondern einsehen muss, dass sie mit dem Schutz der Biodiversität nicht mehr und nicht weniger als den Schutz ihrer eigenen Spezies betreibt und deren Überleben sichert.

Unsere Forderungen in der Initiative sollen dazu dienen, diesen wichtigen Gesinnungswandel, der sich in der Naturschutzgemeinschaft bereits in den Achtzigerjahren mit der Ökologisierung des Naturschutzes, das heisst mit dem Denken in Systemen und Netzwerken vollzogen, nun auch auf Gesetzesebene festzuzurren und praxis- und umsetzungstauglich zu machen ist. Denn die Strategien und Aktionspläne haben wir bereits, auch auf Kantonsebene, aber es fehlt ihnen die Verankerung und damit auch häufig die Durchsetzungskraft.

Ich möchte hier auch noch kurz erwähnen, dass die Regierung bei der Beforderung betreffend der Einrichtung einer kantonalen Fachstelle einen Vorschlag macht, der auch für uns ein gangbarer Weg wäre und wir gerne dazu Hand bieten, eine Fachstelle dort anzubieten, wo sie die meiste Wirkung erzielen kann. Zur Finanzierung möchte ich mehr bemerken, dass, so wie es heute aussieht, die zusätzlichen Mittel, die generiert werden, lediglich die Einsparung auf Bundesebene, die wir schon in diesem Jahr hinnehmen mussten, auszugleichen vermögen. Also nochmal herzlichen Dank für die Überweisung dieser Initiative an die Regierung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Auch Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Eintreten ist obligatorisch.

Grossratsbeschluss 1, unumgängliche Ergänzung und Änderung im Initiativtext, Seite 11 des Berichts. Der Regierungsrat beantragt eine Ergänzung sowie Änderungen im Initiativtext. Wir kommen damit zur Abstimmung.



## Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur Ergänzung und Änderung des Initiativtextes, NEIN heisst Ablehnung.

## Ergebnis der Abstimmung

**86 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008407, 11.03.26 10:11:10]

## Der Grosse Rat beschliesst

Die im Kantonsblatt vom 5. Juni 2024 mit Titel und Text veröffentlichte und inzwischen mit 3'173 Unterschriften zustande gekommene formulierte Volksinitiative «für mehr Natur & Biodiversität (Biodiversitätsinitiative)» wird gemäss § 20 Abs. 2 IRG wie folgt geändert:

Die im Text der formulierten Volksinitiative «für mehr Natur & Biodiversität (Biodiversitätsinitiative)» in § 1 Absatz 1 enthaltene durchgestrichene Textpassage «in der Absicht,» wird entfernt.

Der Text der formulierten Volksinitiative «für mehr Natur & Biodiversität (Biodiversitätsinitiative)» lautet demnach neu wie folgt:

Das Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz (SG 789.100) wird wie folgt geändert:

Titel ergänzt:

Gesetz über den Natur-, Biodiversitäts- und Landschaftsschutz.

§1 Absatz 1 ergänzt:

1 Dieses Gesetz bezweckt Natur, Landschaft und Biodiversität zu schützen und die Wohn- und Lebensqualität im Kanton Basel-Stadt zu fördern und dabei insbesondere:

§1 Absatz 1 lit. d neu:

d) die Biodiversität im Allgemeinen und insbesondere die Vielfalt von Ökosystemen und der Arten von Tieren, Pflanzen, Pilzen und Mikroorganismen sowie deren innerartliche genetische Diversität zu erhalten und zu fördern.

§ 2 Titel ergänzt:

Aufgaben und Pflichten im Natur-, Biodiversitäts- und Landschaftsschutz

§ 2, Absatz 1 ergänzt:

1 Kanton, Land- und Bürgergemeinden sorgen zusammen mit der Wohnbevölkerung für die Erhaltung eines möglichst intakten Naturhaushaltes. Sie fördern die Biodiversität, wirken dem Aussterben der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt entgegen, und schützen deren Lebensräume und Lebensgemeinschaften.

§ 6a neu:

§ 6a Kantonale Biodiversitätsstrategie

1 Der Regierungsrat verabschiedet eine kantonale Biodiversitätsstrategie mit Aktionsplan, welche alle acht Jahre aktualisiert wird. Er berichtet dem Grossen Rat regelmässig über deren Umsetzung.

2 Die kantonale Biodiversitätsstrategie mit Aktionsplan orientiert sich an den strategischen Grundsätzen und Massnahmen der Biodiversitätsstrategie des Bundes, an der Bedeutung der Biodiversität als überlebensnotwendige Ressource und Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung sowie an der Agro-Biodiversität als Grundlage der Ernährungssicherheit.

3 Eine kantonale Fachstelle für Biodiversitätsschutz koordiniert die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie als kantonale Querschnittsaufgabe und in Zusammenarbeit mit den Landgemeinden.

4 Der Regierungsrat stellt sicher, dass die für die Umsetzung der Strategie notwendigen Mittel ins laufende Budget eingestellt werden, neben Beiträgen des Bundes sind dies auch kantonale Mittel von jährlich mindestens einem Promille der Gesamtausgaben des Kantons.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.



Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 86 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und keiner Enthaltung der Änderung zugestimmt.

Wir kommen zur nächsten Abstimmung. Grossratsbeschluss 2, Abstimmung zur rechtlichen Zulässigkeit, Seite 13 des Berichts. Der Regierungsrat beantragt, die Initiative für rechtlich zulässig zu erklären. Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008409, 11.03.26 10:12:11]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Die mit 3'173 Unterschriften zustande gekommene formulierte kantonale Volksinitiative «für mehr Natur & Biodiversität (Biodiversitätsinitiative)» wird für rechtlich zulässig erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 88 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und keiner Enthaltung dem Antrag zugestimmt.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben die Initiative stillschweigend dem Regierungsrat zur Berichterstattung innerhalb von sechs Monaten überwiesen.

## **13. Kantonale Volksinitiative "für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)", Bericht der BRK**

[11.03.26 10:12:39, 25.0033.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, die Initiative ohne Gegenvorschlag der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung vorzulegen. Für die Kommission das Wort hat Jo Vergeat.

*Jo Vergeat (GRÜNE/jgb):* Die umformulierte kantonale Initiative für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel, kurz Klybeckinsel-Volksinitiative, wurde von 3'388 stimmberechtigten Personen eingereicht und



fordert die Umzonung des Gebiets der ehemaligen Klybeckinsel in eine Grünzone. Nach der Beseitigung der industriellen Altlasten soll das Gebiet durch die Freilegung des aufgeschütteten Altrheins bis 2035 als Insel wiederhergestellt und mit einheimischen Bäumen und Sträuchern aufgeforstet werden. Die Initiative ist als unformulierte Volksinitiative eingestuft. Die Klybeckinsel hat eine besondere historische Bedeutung für Basel. Ursprünglich eine Rheininsel, wurde sie im Laufe der Industrialisierung aufgeschüttet und für industrielle Zwecke genutzt. Heute steht das Gebiet im Fokus der Stadtentwicklung, insbesondere im Zusammenhang mit der Transformation des Hafensareals und der Schaffung von Wohn- und Freiräumen.

Der Grosse Rat hat die BRK mit der Prüfung des Ratschlags des Regierungsrats zur Klybeck-Initiative beauftragt. Die Kommission ist auf den Ratschlag eingetreten und hat sich in einer Sitzung über die Inhalte beraten. Das Initiativkomitee hat bereits im Vorfeld der Beratungen klar signalisiert, auf eine Anhörung zu verzichten und eine Fristverlängerung auszuschliessen. Da bei der Behandlung von Initiativen die gesetzlich vorgegebenen Fristen für die Volksabstimmungen einzuhalten sind, ergaben sich für die BRK daher zwei Handlungsoptionen. Entweder hätte das Geschäft ohne Gegenvorschlag bis spätestens zum 11. März 2026 oder im Falle der Ausarbeitung eines Gegenvorschlags bis spätestens am 25. Juni 2026 im Grossen Rat beraten werden müssen. Aufgrund der klaren Haltung des Initiativkomitees sowie der Regierung und der gesetzlich vorgegebenen Fristen für die Volksabstimmung hat die BRK auf eine Anhörung der Verwaltung verzichtet. Stattdessen wurde das Geschäft beschleunigt behandelt, um die gesetzlichen Vorgaben und den Wunsch der Initianten einzuhalten.

Die BRK sieht die ökologischen Vorteile der Initiative, insbesondere die Schaffung eines landschaftstypischen Auwalds, der einen bedeutenden Beitrag zum Erhalt der Naturwerte und zur Sicherung der Biotopverbundsachsen leisten würde. Zudem würden vielfältige Biotope Lebensräume für geschützte und bedrohte Arten bieten. Die Grösse des Areals würde auch die Ausbildung grosser Kernlebensräume ermöglichen.

Trotz dieser positiven Aspekte der Initiative sieht die Bau- und Raumplanungskommission die Ziele der Klybeckinsel-Initiative als nicht vereinbar mit den zentralen Zielsetzungen der kantonalen Wohn- und Arealtransformationspolitik, welche eine ausgewogene Berücksichtigung der Interessen von Bevölkerung und Kanton anstrebt. Stark gewichtet wurde bei dem Entscheid auch der Kompromiss zum Gegenvorschlag zur Initiative «Hafen für alle, Freiraum statt Luxusprojekte». Damit setzte sich die BRK für eine wohnpolitisch geleitete Entwicklung des Gebietes ein. Dabei wurden 50% der Flächen für öffentliche Grün- und Freiräume gesichert, um dem hohen Bedarf an Natur- und Erholungsflächen gerecht zu werden. An diesen Zielen hält die Kommission fest, besonders vor dem Hintergrund der bereits fortgeschrittenen Planung für den Klybeck- und den Westquai, die im August 2025 von der Verwaltung vorgelegt wurden.

Weitere Gründe sprechen aus Sicht der BRK gegen eine Umsetzung der Initiative. Die Kommission stützt sich dabei im Wesentlichen auf die Würdigung der Regierung. Umgehung der partizipativen Planungsprozesse: Die Initiative würde den etablierten partizipativen Planungs- und Beteiligungsprozess durchbrechen. In den letzten Jahren wurden in öffentlichen Verfahren zu Arealentwicklungen und Stadtteilrichtplänen verschiedene Interessen sorgfältig abgewogen und in einen politischen Konsens überführt. Die Initiative setzt ein einzelnes Anliegen absolut und übergeordnet einer ausgewogenen Gesamtlösung zu.

Verlust von dringend benötigtem Wohnraum: Die Umsetzung der Initiative hätte den Verzicht auf dringend benötigten und preisgünstigen Wohnraum in der Region Klybeck-Kleinhüningen zur Folge. Die Renaturierung der Klybeckinsel würde das Wohnraumpotenzial im Perimeter erheblich reduzieren. Angesichts der anhaltend hohen Nachfragen nach Wohnraum in Basel wäre mit steigenden Mieten und einer Zunahme des Pendelverkehrs zu rechnen.

Kosten-Nutzen-Verhältnis: Die vom Regierungsrat veranschlagten Gesamtkosten von rund 500 Mio. Franken ohne mögliche Entschädigungszahlungen an die Grundeigentümerin stehen in keinem angemessenen Verhältnis zur Schaffung von lediglich 22'000 m<sup>2</sup> zusätzlicher Freiflächen.

Die Klybeck-Initiative ist nicht die erste Volksinitiative, die sich mit der zukünftigen Nutzung des Perimeters auseinandersetzt. Die unformulierte kantonale Volksinitiative, wir haben es schon gehört, «Hafen für alle, Freiräume statt Luxusprojekte» verfolgte das Ziel, die Areale Klybeck und Westquai vollständig in öffentlichem Eigentum zu belassen. Der Gegenvorschlag der BRK zu dieser Initiative wurde intensiv ausgehandelt. Dieser Gegenvorschlag wurde mit einer deutlichen Mehrheit verabschiedet und führte zum Rückzug der Hafensinitiative. Am ausgewogenen Kompromiss, der sowohl die Anliegen der Quartierbevölkerung als auch den Interessen des Kantons und der verschiedenen Parteien Rechnung trägt, möchte die BRK festhalten.

Zudem hat im Jahr 2025 die Verwaltung einen Planungsvorschlag für den Klybeck- und den Westquai vorgelegt, der grosszügige Grünflächen und eine durchmischte Nutzung vorsieht, im November 2025 ausserdem das Richtprojekt Klybeckplus veröffentlicht, das die Entwicklung des Planungspereimeters zu einem offenen, grünen und durchmischten Stadtteil anstrebt. Die BRK wird sich nach Abschluss der Nutzungsplanung vertieft mit dem ganzen Stadtteil und diesen Projekten auseinandersetzen und möchte das auch in diesem Rahmen diskutieren.

Zur Empfehlung der BRK: Die BRK folgt dem Antrag des Regierungsrates und empfiehlt dem Grossen Rat mit 11 Stimmen bei einer Enthaltung, die kantonale Volksinitiative für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen



Klybeckinsel ohne Gegenvorschlag der Stimmbevölkerung mit der Empfehlung auf Ablehnung zur Abstimmung vorzulegen. Die Kommission hat diesen Bericht am 5. Februar 2026 einstimmig verabschiedet.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Nach diesen sehr guten Ausführungen durch Jo Vergeat, stellvertretend für die Kommission, wurde inhaltlich sehr viel gesagt. Der Regierungsrat ist der Kommission sehr dankbar für die speditive Behandlung dieser Initiative. Wie gesagt wurde, hat diese Initiative potenziell grosse Auswirkungen auf viele laufende Grossprojekte in diesem Perimeter, und je früher wir da Bescheid wissen, desto besser.

Eine grosse Schwierigkeit der Initiative ist tatsächlich, dass sie ein Gut, das sehr wichtig ist, nämlich das Grün, die Biodiversität herausnimmt und bevor man quasi in eine umfassende Güterabwägung kommt, was dort auch noch stattfinden soll, das könnten ja auch Sportflächen sein oder eben Wohnungen, was auch immer, dies festsetzen will. Und ich denke, wie immer, wenn ein Areal Potenzial hat zum Entwickeln, dann kommen ganz viele Bedürfnisse, was man dort machen könnte. Ich habe nun Sport oder Wohnen genannt, Zwischennutzungen, was auch immer. Ich glaube, es ist sinnvoll, wenn wir den langjährigen Weg, den wir bisher beschreiten, dass wir mit den Menschen vor Ort und generell mit der Bevölkerung Lösungen suchen, was dort vor Ort die besten Angebote sind, dass wir diesen Weg weitergehen und jetzt nicht vorschnell etwas setzen, was dann die anderen Bedürfnisse dominiert.

Dann sind wir natürlich im Kanton auf Wohnraum angewiesen. Sie wissen, dass grundsätzlich die Mieten und der Preis für Wohnraum steigt. Wir möchten mehr Wohnraum bieten hier in der Nähe, damit auch die Pendlerwege kürzer werden. Auch da gibt es sehr viel Potenzial genau in diesem Perimeter und, last but not least, der Vorschlag löst sehr hohe Kosten aus, bei, wenn ich es so wirtschaftlich nennen darf, geringem Return on Investment.

Also das alles hält der Regierungsrat für schwierig und möchte deshalb auch keinen Gegenvorschlag präsentieren, sondern der Stimmbevölkerung empfehlen, diese Initiative abzulehnen. Wir sind sehr dankbar, dass dieser Vorschlag von der Kommission gestützt wurde und ich bin jetzt gespannt auf die Debatte und hoffe, dass auch hier drin dieses Vorgehen Konsens findet.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Erste Fraktionssprecherin für die BastA ist Brigitta Gerber.

*Brigitta Gerber (BastA):* Wir von BastA halten das Anliegen und die Bemühungen für die Thematik grundsätzlich für sehr wertvoll, wir bedauern, dass die Initianten von Anfang an einen Gegenvorschlag ausschlossen und auch keine Fristverlängerung für die Kommission offen liessen. Damit macht es für die BRK tatsächlich nicht gross Sinn zu versuchen, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, zumal ja der Gegenvorschlag zur Initiative «Hafen für alle, Freiräume statt Luxusprojekte» im Raum steht und auch noch der Richtplan. Vorliegt und demnächst zur Diskussion kommt.

Wir werden also von BastA hier sicher einen genauen Blick auf die Thematik werfen bezüglich Zugänglichkeit der Grünflächen für das Quartier und auch Massstäblichkeit der Blockrandüberbauungen. Einmal mehr haben wir den Eindruck, dass die maximale Ausnutzung und Investitionen vor allem ins Zentrum gestellt werden. Die Ängste im Klybeckquartier sollen ernst genommen, anerkannt werden, Lebensqualität im traditionellen Industriequartier, das ist richtig und wichtig. In der Behandlung des Richtplans werden wir also hier vor allem unsere Schwerpunkte sehen. Wir von BastA werden uns deshalb bei diesem Geschäft nun enthalten, besonders weil wir auch hier den Kern des Anliegens als wichtig erachten und ihm ein Gewicht geben möchten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Bülent Pekerman.

*Bülent Pekerman (GLP):* Mit der Klybeckinsel-Initiative steht heute die Frage im Raum, ob wir den partizipativ erarbeiteten Weg für das Hafeneareal bestätigen oder zugunsten eines umfangreichen Renaturierungsprojekts darauf verzichten wollen. Zunächst möchte ich Folgendes festhalten: Die ökologischen Anliegen der Initiative nehmen wir ernst. Mehr Natur am Rhein, bessere Biodiversität und kühlende Grünräume gehören zu den Kernanliegen der GLP. Die Klybeckinsel-Initiative beantwortet diese Anliegen jedoch mit einem überzogenen Programm. Vollständiges Umzonen in Grünzone, Freilegung des alten Rheinlaufs und Aufforstung der gesamten Insel, damit würde die bestehende Planung buchstäblich auf den Kopf gestellt.



Die BRK zeigt in ihrem Bericht überzeugend auf, weshalb sie diese Initiative ablehnt. Erstens durchbricht diese Initiative den partizipativen Planungsprozess. Für Klybeck- und Westquai wurden umfangreiche Mitwirkungsverfahren durchgeführt, ein Stadtteilrichtplan erstellt und zahlreiche Gespräche mit Quartierbewohnern, Fachstellen und Eigentümern geführt. In diesem Rahmen wurden die Bereiche Wohnen, Arbeiten, Freiräume und Natur sorgfältig austariert. Die Initiative verfolgt jedoch ein einziges Ziel, die maximale Renaturierung, und verdrängt damit alle anderen öffentlichen Interessen.

Zweitens würde das Wohnraumpotenzial im Perimeter deutlich reduziert. In einer Stadt mit angespanntem Wohnungsmarkt wäre das aus Sicht der GLP der falsche Weg. Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen im Stadtgebiet, nicht weniger. Der Gegenvorschlag der BRK zur Hafeninitiative geht hier den besseren Weg. Er kombiniert Baurechtsmodelle, Kostenmiete und selbst benutztes Wohneigentum mit grosszügigen Grün- und Freiräumen. Das ist die Art von ökologisch-sozialer Stadtentwicklung, die wir unterstützen.

Drittens sind die Kosten und das Verhältnis von Aufwand und Nutzen zu beachten. Der Regierungsrat rechnet mit Gesamtkosten von rund 500 Mio. Franken ohne allfällige Entschädigungen für die Grundeigentümerin, wie auch schon bereits erwähnt wurde. Dafür würden lediglich gut zwei Hektaren Freifläche gewonnen, während gleichzeitig bestehende Planungen, Hafenprozesse und Eigentumsverhältnisse massiv tangiert würden. Vor dem Hintergrund von anderem grossen Investitionsbedarf im Kanton müssen wir uns fragen, ob dies ein verantwortbarer Einsatz öffentlicher Mittel ist.

Wichtig ist auch zu betonen, was bereits gesichert ist. Mit dem Gegenvorschlag zur Hafeninitiative bleibt garantiert, dass mindestens 50% des Areals öffentliche Grün- und Freiflächen sind. Heute steht rund die Hälfte des Gebiets unter Naturschutz und dieser Anteil soll nicht unterschritten werden. Zudem sind vielfältige Nutzungen wie Kultur, Freizeit, Arbeiten und Gastronomie vorgesehen. So entsteht ein durchmischter, lebendiger Stadtteil statt einer monofunktionalen Insel. Aus Sicht der GLP liegt damit bereits ein ausgewogener Ansatz vor, der Klima, Biodiversität, Wohnen und Arbeiten vereint. Die Klybeckinsel-Initiative gefährdet diesen Ansatz.

Deshalb beantragt die BRK und auch der Regierungsrat, die Initiative der Stimmbevölkerung ohne Gegenvorschlag mit der Empfehlung zur Ablehnung zu unterbreiten. Dies ist kein Rückzug aus der Diskussion, sondern eine klare inhaltliche Position. Ja zu viel Grün und hochwertigen Freiräumen, ja zu bezahlbarem Wohnraum im Baurecht, ja zu einem fairen partizipativen Planungsprozess, aber nein zu einer einseitigen Maximalforderung, die den sorgsam erarbeiteten Kompromiss zunichte macht. Die GLP-Fraktion unterstützt den Bericht der BRK, die Klybeckinsel-Volksinitiative der Stimmbevölkerung mit Empfehlung zur Ablehnung und ohne Gegenvorschlag zu unterbreiten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher ist Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Auch die SVP-Fraktion empfiehlt Ihnen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, ohne Gegenvorschlag. Wir haben grundsätzlich sehr viele Sympathien für Volksinitiativen, welche eingereicht werden, insbesondere auch wenn sie nicht zwingend aus dem parteipolitischen Establishments stammen oder aus einer Organisation, welche in der Gesellschaft eine grosse Lobby hat, sondern wenn eine Volksinitiative von der Bevölkerung, vom einfachen Volk eingereicht werden und nicht eine grosse Lobby dahintersteht. Dafür haben wir immer auch etwas Sympathien und wir sind auch der Meinung, dass Volksrechte wie Initiativen und Referendum ein wichtiges Gut sind für die politische Stabilität in unserem Land.

Umso bedauerlicher ist es aber, dass in diesem Fall auch das Initiativkomitee den Dialog mit der BRK. verweigert hat und keinen Dialog finden wollte und nicht zu einem Hearing kommen wollte. Ich denke, wir hätten hier einige Punkte auch direkt klären können. Das ist insofern bedauerlich, da wir auch von der SVP-Fraktion diese Initiative. sorgfältig geprüft haben auf den Inhalt. Das ist das Formelle unserer Meinung in diesem Fall.

Inhaltlich können wir uns dem anschliessen, was bereits gesagt wurde. Wir lehnen diese Initiative inhaltlich ab. Die Kosten, welche diese Initiative mit sich bringen würde, stehen in keinem Verhältnis zum Ertrag, den man sich erhofft. Wir haben mit dem Gegenvorschlag zur Hafeninitiative relativ viele Anspruchsgruppen befriedigen können. Wir haben mehr Wohnraum geschaffen, oder der Plan ist es, mehr Wohnraum zu schaffen, wir haben 50% Grünflächen gesprochen, wir haben Freizeitmöglichkeiten gesprochen, hier sind alle zufrieden und entsprechend haben wir hier einen relativ guten Mix gefunden, den auch die breite Bevölkerung zufriedenstellt und das ist jetzt auch nicht etwas, von dem wir unbedingt abweichen möchten.

Jetzt noch zur Frage, ob Gegenvorschlag ja oder nein. Leider hatten wir hier als BRK beschränkt Möglichkeiten, hier noch einen Gegenvorschlag auszuarbeiten wegen der Frist. Und es ist natürlich auch vertretbar, dass man eine Initiative zur Ablehnung empfiehlt, ohne Gegenvorschlag, wenn die Meinungen derart weit auseinanderliegen und ein Gegenvorschlag auch nicht dazu geführt hätte, dass die Initiative zurückgezogen worden wäre. Entsprechend bitten wir Sie hier, wie auch die anderen Fraktionssprecher bereits schon gesagt haben, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, ohne Gegenvorschlag.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprecherin für die FDP ist Silvia Schweizer.

*Silvia Schweizer (FDP):* Die FDP-Fraktion lehnt diese Initiative klar ab, nicht, weil wir gegen Grünräume wären, nicht, weil wir gegen ökologische Aufwertung wären, im Gegenteil. Die bestehenden Planungen für das Klybeckareal sehen grosszügige Freiräume und mindestens 50% Grünflächen vor. Natur ist also längst ein Teil der Planung. Aber diese Initiative geht einen falschen und auch extremen Weg.

Erstens, sie zerstört eine ausgewogene Planung. Für Klybeckquai und Westquai wurde über Jahre ein Konzept erarbeitet, das Wohnen, Arbeiten, Kultur, Freizeit und Grünflächen miteinander verbindet. Eine moderne Stadtentwicklung lebt genau von diesem Gleichgewicht. Die Initiative kippt dieses Gleichgewicht radikal zugunsten einer vollständigen Renaturierung.

Zweitens, sie verhindert dringend benötigten Wohnraum. Basel braucht Wohnungen, besonders auch bezahlbare Wohnungen an zentraler Lage. Wenn wir dieses Areal faktisch zu einem Wald erklären, verzichten wir bewusst auf wertvollen Wohnraum. Das treibt die Mieten weiter nach oben und verlagert den Wohnbedarf ins Umland.

Drittens, das haben wir schon mehrfach gehört, sie ist finanziell unverhältnismässig. Zu den rund 500 Mio. Franken kommt nämlich auch noch für 22'000 m<sup>2</sup> Grünfläche auch noch ein jährlicher Unterhalt von rund 100'000 Franken dazu. Das ist schlicht kein verantwortungsvoller Umgang mit öffentlichen Mitteln.

Und viertens, sie ignoriert demokratische Entscheide. Der Grosse Rat hat beim Hafenableit bereits einen abgestützten Weg beschlossen, eine gemischte Nutzung mit viel Grün und öffentlichem Zugang. Genau daran orientieren sich die heutigen Planungen. Die Initiative stellt diesen Kompromiss wieder in Frage.

Die FDP steht für eine nachhaltige, ausgewogene und verantwortungsvolle Stadtentwicklung, eine Stadt, die Grünräume schafft, aber auch Wohnraum ermöglicht, eine Stadt, die ökologische Ziele verfolgt, ohne wirtschaftliche und soziale Realität auszublenden. Nur so werden Investitionen, städtische Nutzung und Naturschutz besser in Einklang gebracht. Genau deshalb folgt die FDP-Fraktion der Mehrheit der Bau- und Raumplanungskommission und dem Regierungsrat. Wir empfehlen dem Grossen Rat, diese Initiative abzulehnen und sie ohne Gegenvorschlag den Stimmberechtigten zur Ablehnung vorzulegen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprechende für die SP ist Maria Ioana Schäfer.

*Maria Ioana Schäfer (SP):* Wir haben es gehört, die Klybeckinsel bewegt. Wir sprechen über einen Ort, an dem es eine breite Bewegung gegeben hat, die gesagt hat, dieses Areal darf nicht zum Luxusprojekt werden, dieses Areal muss der Bevölkerung gehören, dieses Areal muss grün, zugänglich, lebendig sein und bezahlbaren Wohnraum bieten.

Ein zentraler Grundpfeiler und Weckruf war hier die JUSO-Initiative «Hafen für alle». Dass diese Initiative später zugunsten des Gegenvorschlags zurückgezogen wurde, zeigt zweierlei. Erstens Kompromissbereitschaft und zweitens, dass der Gegenvorschlag der BRK die Stossrichtung und auch die konkreten Forderungen dieser Initiative klar aufgenommen hat. Mit diesem Gegenvorschlag bleibt das Areal in öffentlichem Eigentum und es wurde ein politischer Kompromiss gefunden, der versucht, so viele Interessen der Bevölkerung wie möglich abzudecken.

Nun verlangt die Klybeck-Volksinitiative eine komplette Umzonung in Grünzone mit Auwald, Biotopverbundsachsen und Räumen für bedrohte Arten. Ja, das sind wichtige Aspekte und wir müssen ökologisch denken und der Gegenvorschlag zu «Hafen für alle» ist nicht die unökologische Alternative zur Renaturierung. Er ist selbst ein ökologisches Projekt. Das Klybeck ist heute kein unberührter Naturraum, sondern seit Jahrzehnten urban und industriell geprägtes Hafenableit. Gerade deshalb ist es ökologisch richtig, hier auf bereits genutztem Boden Wohnen, Grünräume, Freiraum und Naturwerte zusammenzudenken. Der Gegenvorschlag sichert mindestens 50% öffentliche Grün- und Freifläche, eine grosszügige Grünanlage am Rhein, klima- und umweltschonendes Bauen bis Netto Null 37 und eine dichte Entwicklung, die Boden spart und Pendlerverkehr reduziert. Das ist keine Absage an Ökologie, das ist urbane Ökologie.

Zudem, das Initiativkomitee wollte weder eine Anhörung noch eine Fristverlängerung, und es ist schon fragwürdig, eine derart weitreichende Initiative zu formulieren, ohne ernsthaft den Willen zu zeigen, sich auf partizipative Mitgestaltung mit Politik und Bevölkerung einzulassen. Hart gesagt will die Klybeck-Volksinitiative das ganze Projekt, den politischen Kompromiss, die investierte Arbeit und auch die Mitgestaltung der Bevölkerung, die darin bereits stattgefunden hat, über den Haufen werfen. Das wollen wir nicht. Deshalb bitten wir Sie, diese Klybeck-Volksinitiative ohne Gegenvorschlag der Bevölkerung mit Empfehlung auf Ablehnung vorzulegen.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Fina Girard.

*Fina Girard (GRÜNE/jgb):* Auch für die Fraktion GRÜNE/jgb ist die fehlende Grünraumversorgung im Kleinbasel und vor allem in Klybeck und Kleinhüningen schon seit Jahren ein dringliches Thema auf der politischen Tagesordnung. Es sind Quartiere, die besonders dicht bebaut sind, Quartiere, in denen die meisten keinen eigenen Garten haben, und es fehlt an schattigen Plätzen unter grosskrönigen Bäumen, an Rasenflächen zum Fussballspielen und an grünen Oasen zum Durchatmen. Die anstehenden Entwicklungen auf den Arealen Klybeck- und Westquai und auf dem Gebiet von Klybeck plus stellen eine riesige Chance dar, diese Lücken endlich zu schliessen. Und als GRÜNE(jgb sind wir immer und an vorderster Front dabei, wenn es darum geht, mehr, bessere und vor allem auch naturnahe Grünflächen für die Basler Bevölkerung zu sichern.

Wir haben daher grundsätzlich viel Sympathie für die Idee, die Klybeckinsel zu begrünen. Und sie klingt verlockend. Dennoch unterstützen wir die Initiative nicht. Uns ist es mit dem Gegenvorschlag für die Hafeninitiative der JUSO gelungen, in einem breiten Konsens eine Entwicklung auf dem Klybeck- und Westquai anzustossen, bei der mindestens 50% des Areals als öffentliche Grün- und Freiräume gestaltet werden müssen. Das ist ein grosser politischer Gewinn, und mit Annahme der Initiative würde dieser wichtige Schritt für eine nachhaltige grüne Stadtentwicklung wieder auf Null gesetzt. Dieses Rad der Zeit möchten wir nicht zurückdrehen.

Als Fraktion GRÜNE/jgb werden wir weiter sehr genau hinschauen, wie sich die Schaffung von Grünraum in Klybeck und Kleinhüningen ausgestaltet, und wir werden weiterhin darauf pochen, dass diese grosszügig, naturnah, biodivers und entlang der Bedürfnisse des Quartiers, die notabene auch schon geäussert wurden in den aktuellen Planungen, umgesetzt werden. Die Klybeckinsel-Initiative erachten wir nicht für zielführend und lehnen sie deshalb ab.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Gabriel Nigon.

*Gabriel Nigon (LDP):* Der guten Ordnung halber halte ich fest, dass die LDP den Empfehlungen der BRK und der Regierung folgt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zu den Einzelsprechern. Eingetragen hat sich Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich bin jetzt ein bisschen irritiert. Einerseits höre ich von Grünen und Grünliberalen, dass zwei Hektar Grünflächen, die doch drei Fussballfeldern entsprechen, lediglich ein bisschen sind. Aber das werde ich mir notieren für das nächste Mal.

Ich möchte gerne kurz ein bisschen auf die Geschichte eingehen. Ich sage nicht, dass ich für diese Initiative bin, ich spreche für mich selber, aber ich möchte kurz ein bisschen die Geschichte von diesem Klybeckquai anschauen. Ich habe mir erlaubt, die drei Bilder aufzuschalten. Ganz links war der ursprüngliche Vorschlag der Regierung mit dem grünen Park im Hintergrund von der Blockrandüberbauung. Sie sehen das, grosszügige grüne Fläche. Wir haben seinerzeit im Rahmen der Hafenabstimmung uns mit der Landschaftsarchitektin auseinandergesetzt und auch das angeschaut und da war die Aussage eigentlich relativ klar, wenn ihr so eine Fläche habt in der Stadt, dann macht doch bitte den Park direkt vorne am Rhein.

Der mittlere Teil ist dann natürlich die radikale Variante, mit der wir sagen, wir machen das alles grün. Das fände ich nach wie vor eine sehr spannende Variante. Wir haben hier drin den Gegenvorschlag zur Hafeninitiative besprochen, in dem eigentlich auch der Anzug von Grossrat Marc Eichner war, dieser grosszügige grüne Park. Der sollte aber von der Wiese bis zum Hafenkran direkt am Rhein stattfinden. Er hat im BRK-Bericht auch so stattgefunden und wurde auch darin aufgenommen.

Wenn ich mir jetzt auf der rechten Seite die heutigen Planvorlage vom letzten August von der Regierung anschau, muss ich schon sagen, ja, da gibt es eine Horburgparkverlängerung, wenn ich da richtig liege, direkt vorne am Rhein, aber der grösste Teil dieser Grünfläche, die wir hier jetzt drin diskutiert haben in den letzten 10 Minuten, finden innerhalb dieser Blockrandüberbauung statt. Das finde ich nach wie vor schade. Daher habe ich nach wie vor gewisse Sympathien für diese Initiative.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Auch die Kommissionssprechende verzichtet.



Wir kommen damit zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**84 Ja, 0 Nein, 7 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008412, 11.03.26 10:44:46]

### Der Grosse Rat beschliesst

I. Die von 3'388 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichte unformulierte Volksinitiative «Für die Wiederherstellung und Wiederaufforstung der ehemaligen Klybeckinsel (Klybeckinsel-Volksinitiative)» mit folgendem Wortlaut:

«Die unterzeichnenden im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigten Personen verlangen, dass das Gebiet der ehemaligen Klybeckinsel (vgl. StABS Planarchiv T 130 Section F Nr. XI: Klybeckteich) in die Grünzone umgezont wird. Nach Beseitigung der industriellen Altlasten soll das Gebiet durch die Freilegung des aufgeschütteten Altrheins bis 2035 als Insel wiederhergestellt und mit einheimischen Bäumen und Sträuchern wiederaufgeforstet werden.»

ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Verwerfung und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung vorzulegen.

### II. Publikation

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 84 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und 7 Enthaltungen zugestimmt.

## 14. Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zur Kantonspolizei Basel-Stadt

[11.03.26 10:45:00, 26.5029.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Geschäftsprüfungskommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Kommission hat das Wort deren Präsident Tim Cuénod.

*Tim Cuénod (SP):* Unser am 5. Februar publizierte Bericht hat viel Aufmerksamkeit gefunden, aufgrund der Wichtigkeit der Kantonspolizei für unser Gemeinwesen und die Tatsache, dass die jüngere Vergangenheit der Kantonspolizei sowie ihre weiteren Perspektiven ein Thema sind, das in unserem Kanton und zum Teil sehr weit über seine Grenzen hinaus auf grosses Interesse stösst.

Einleitend zur heutigen Debatte möchte ich betonen, was ich auch schon an der Medienkonferenz zur Präsentation unseres Berichtes gesagt habe. Uns als Kommission, und zwar explizit allen GPK-Mitgliedern, ist es ein Anliegen, unsere Wertschätzung für die Arbeit jeder einzelnen und jedes einzelnen Polizisten zum Ausdruck zu bringen. Die Kantonspolizei erfüllt für unseren Stadtkanton und das gesellschaftliche Zusammenleben unbestritten eine enorm wichtige Aufgabe. Wir alle wünschen uns eine vorbildliche Polizei, mit genügend Personal und eine Polizei, in der möglichst alle gerne arbeiten. Dazu braucht es neben einer spannenden, abwechslungsreichen und verantwortungsvollen Tätigkeit auch gute



Arbeitsbedingungen sowie ein Teamspirit und eine Stimmung, in der sich alle Mitarbeitenden wohlfühlen. In diesem Geist haben wir unseren Bericht formuliert mit all seinen Feststellungen und Empfehlungen.

Eigentlich wollte ich an dieser Stelle die zentralen Punkte unseres Berichts erläutern. Nun aber gibt es einen Einschub. Ich habe vorgestern festgestellt, dass der Regierungsrat letzte Woche eine Stellungnahme zu unserem Bericht publiziert hat, die also heute mitverhandelt und mitdiskutiert wird. Wir hatten keine Zeit als Kommission, diese Stellungnahme zu besprechen. Ich habe auch festgestellt, dass wohl die meisten Grossratsmitglieder diese Stellungnahme gar nicht gesehen haben. Sie finden diese im Ordner zum Geschäft, sie trägt die Nummer 26.5029.02. Bevor ich also auf die zentralen Aspekte unseres Berichtes eingehe, möchte ich noch drei Bemerkungen zu dieser für uns sicher etwas irritierenden Stellungnahme machen.

Erstens ist mir deren Stellenwert nicht ganz klar. Ist das eine Art Primärstellungnahme? Wird es noch eine ausführlichere Stellungnahme zu allen Feststellungen und Empfehlungen geben? Wir hoffen also schon noch auf eine etwas differenziertere Stellungnahme, die etwas ausführlicher ist.

Zweitens hat der Regierungsrat unsere Feststellung 41 kritisiert, die lautet: Die GPK stellt fest, dass dem damaligen Kommandanten und der damaligen Polizeileitung kein Fehlverhalten nachgewiesen wurde. Vielmehr wollte der damalige Kommandant die Kulturprobleme im Korps angehen. Der Regierungsrat bezeichnet als zweifelhaft, wie wir zu dieser Aussage gekommen sind und findet, wir hätten sie nicht begründet. Wir haben uns bei dieser Aussage auf eine Antwort des JSD im Vorfeld des Hearings vom 18. September 2025 gestützt. Da haben wir explizit danach gefragt, ob es personalrechtliche und finanzrechtliche Verfehlungen gab, welche die Entlassung der ehemaligen Mitglieder der Polizeileitung rechtfertigen, ob es andere Gründe gab, die ein Ausscheiden aus dem Korps zwingend machten. Die Antwort lautete, der Bericht Schefer habe erhebliche Missstände bezüglich Strategie, Organisation, Führung und Betriebskultur aufgezeigt und das Vertrauen der Mitarbeitenden in die Führung sei nachhaltig erschüttert. Das habe verunmöglicht, die Arbeit der Polizeileitung in derselben personellen Zusammensetzung weiterzuführen. Niemand wurde entlassen, die ehemaligen Polizeileitungsmitglieder, welche die Kantonspolizei verlassen haben, taten dies, nachdem Trennungswahlen darum getroffen wurden.

Es wurde also auf diese explizite Frage nach Verfehlung keine personal- und finanzrechtliche Verfehlung genannt, sondern im Bericht werden Missstände genannt, etwas pauschaler, und den unbefriedigenden Gesamtzustand der Kantonspolizei, das verlorengegangene Vertrauen. Dass der damalige Kommandant der Kapo die Kulturprobleme im Korps angehen wollte, nachdem er Kenntnis von einigen besonders schockierenden Fällen hatte, das lässt sich nicht bestreiten. Mit der Auftragsvergabe an Professor Schefer hat er diesem Willen auch Taten folgen lassen. Dass er bei dieser Auftragsvergabe etwas gar gutgläubig, ja vielleicht dilettantisch vorgegangen ist und sich und anderen Mitgliedern der Polizeileitung selbst letztlich massiven Schaden zugefügt hat, steht auf einem anderen Blatt. Unsere Feststellung war also auch hier durchaus fundiert.

Drittens irritiert mich der Vorwurf, wir hätten uns in Kapitel 1.5 zur Mitarbeiterbefragung nicht an die zugesicherte Geheimhaltung gehalten, ja diese gebrochen. Dazu ist Folgendes zu sagen: Wir haben als Kommission gemäss Artikel 69 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Grossen Rats Einsichtsrecht in sämtliche staatliche Akten, wenn nicht schwerwiegende private öffentliche Interessen dem entgegenstehen. Der Regierungsrat wollte uns zuerst keine Einsicht geben in die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung. Danach haben wir als GPK nach der Rechtsgrundlage dieses Entscheides gefragt und ausgeführt, dass wir nicht nachvollziehen können, inwiefern durch die Einsicht in anonymisierte Ergebnisse der Mitarbeitendenumfrage auf der Ebene der Hauptabteilung sowie der Abteilung private Rechte verletzt würden. Zudem haben wir darauf verwiesen, dass das gesamte Geschäft unter Geheimhaltung stehe. Daraufhin hat die Kommission Einsicht in die Resultate der Mitarbeitendenumfrage erhalten auf Ebene der Hauptabteilung und Abteilung.

Der Regierungsrat hat uns also diese Zahlen zugänglich gemacht, mit Ausnahme kleinerer Abteilungen. Die Geheimhaltung der Kommission, auf die wir verwiesen haben, ist gemäss Artikel 61 der Geschäftsordnung immer nur zeitlich befristet und das meist bis zur Publikation des Berichtes. Wir haben, so wie wir das immer auch bei anderen als geheim bezeichneten Dokumenten gemacht haben, einige Ergebnisse summarisch zusammengefasst und sind nicht einmal auf Differenzen bei den verschiedenen Hauptabteilungen mit mehreren 100 Mitarbeitenden eingegangen. Der massive Vorwurf des Regierungsrats an unsere Adresse, wir hätten also eine zugesicherte Geheimhaltung gebrochen, erscheint angesichts dessen als absolut haltlos. Soviel zur Stellungnahme zum Bericht.

Jetzt zu unseren zentralen Ausführungen. Es gab mehrere Themenkomplexe, die wir angegangen sind. Wie Sie wissen, haben Sie mit einer knappen Mehrheit keine parlamentarische Untersuchungskommission gewollt. Die Geschäftsprüfungskommission hat sich nach einigen Diskussionen aber doch dazu entschieden, der Frage des Zustandes der Kantonspolizei viel Zeit zu widmen und ist verschiedensten Fragestellungen nachgegangen, unter anderem der Frage des Personalunterbestandes und der Kulturprobleme. Entsprechend haben wir versucht zu schauen, wie es zum Beispiel zu den vielen Kündigungen und dem Personalunterbestand kommen konnte, unter welchen Umständen es zum sogenannten Schefer-Bericht gekommen ist, wie die Befunde dieses Berichtes einzuschätzen sind, wie es zur Trennung vom früheren Polizeikommandanten und anderen Mitgliedern der Polizeileitung gekommen ist und was man unternommen oder eben nicht unternommen hat, um Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.



All das hat einige Zeit in Anspruch genommen, ja nehmen müssen. Es sind nun ja über anderthalb Jahre vergangen, seit dieser Bericht publiziert wurde, seit es auch zur Trennung von mehreren Mitgliedern der Polizeileitung gekommen ist. Jede Behauptung oder Erwartung, es sei uns dabei darum gegangen, eine Regierungsrätin oder einen Polizeikommandanten zu schützen, ist dabei ebenso abwegig oder absurd wie die umgekehrte Behauptung oder Erwartung, wir wollten oder sollten diese demontieren und stützen. 13 Grossrätinnen und Grossräte von BastA bis SVP mit komplett unterschiedlichen Vorstellungen haben es hier geschafft, einen Bericht zu einem so strittigen Thema wie der Kantonspolizei zu beschliessen, sich zu einigen auf die Feststellung und Empfehlung. Das ist bei diesem strittigen und facettenreichen Thema und bei dieser dramatischen Vorgeschichte alles andere als selbstverständlich.

Unsere Arbeit war definitiv notwendig. Zum einen haben wir dazu schon fast einen Auftrag erhalten angesichts der knappen Anlehnung der PUK. Wir waren auch bereit, uns der Thematik anzunehmen. Unsere Arbeit war aber auch notwendig, um zu versuchen, Verantwortlichkeiten zu klären, um die Ursachen gewisser Fehlentwicklungen besser verstehen zu können, um das Ausmass bestimmter Probleme besser einschätzen zu können, um die Diskussion zu versachlichen, um die Aufmerksamkeit auf einige wichtige Punkte zu lenken, die in der Hitze des politischen Gefechtes zu kurz gekommen sind und teilweise immer noch zu kurz kommen, um auf Korrektur und Reformbedarf aufmerksam zu machen und dann dafür zu sorgen, dass die Lektionen der jüngeren Vergangenheit der Kantonspolizei gelernt werden.

Nun erlauben Sie mir einige zentrale Feststellungen zu unserem Bericht. Erstens zur Personalsituation. Die Personalsituation bei der Kantonspolizei ist und bleibt dramatisch, ein Turnaround ist und wird sehr schwierig, weil es in den kommenden Jahren zu vielen Pensionierungen kommen wird, andere Polizeikorps dieses Problem eines Unterbestandes, wenn auch nicht im gleichen Ausmass und der vielen Pensionierungen auch haben und andere Polizeikorps ihre Korps sogar aufstocken. Dieser massive Unterbestand führt zu einer Mehrbelastung des Korps, es hätte nie so weit kommen dürfen. Trotzdem ist zu betonen, die öffentliche Sicherheit war jederzeit gewährleistet, doch konnten und können insbesondere gewisse Ordnungsaufgaben nur noch eingeschränkt wahrgenommen werden. Wir haben ja hier im Grossen Rat schon unter anderem über Velos und Veloparkplätze uns unterhalten beispielsweise. Und es ist und wird jetzt sehr kostspielig, aus diesem Unterbestandsloch wieder herauszukommen.

Als nicht stichhaltig hat sich die weit verbreitete pauschale Behauptung erwiesen, der nicht wettbewerbsfähige Lohn sei eine Hauptursache für die vielen Kündigungen. Dies stimmt zumindest seit der Einführung der Arbeitsmarktzulage so pauschal nicht, dass die Kapo ein Lohnproblem hat. Zu tief im interkantonalen Vergleich sind die Einstiegsgehälter, problematisch sind vor allem die im Vergleich mit anderen Korps vielen Wochenend- und sonstigen Zusatzeinsätzen. Der Personalunterbestand hängt offensichtlich auch stark mit den sogenannten Kulturproblemen bei der Kantonspolizei zusammen. Der Anteil der Frauen an den Kündigungen der letzten Jahre war stark überdurchschnittlich, dies gilt ganz besonders für die Jahre 2019 bis 2021, also als der Personalunterbestand anging. Dies führte zu einem Teufelskreis und einer stärkeren Mehrbelastung. Das Krisenmanagement der beteiligten Stelle und die interdepartementale Zusammenarbeit war bis 2023 ungenügend. Die Arbeitsmarktzulage hätte nach unserer Einschätzung schon viel früher beschlossen werden müssen, also zu einem Zeitpunkt, als noch nicht über 100, sondern vielleicht erst 50 Polizistinnen und Polizisten gefehlt haben.

Generell kann man sagen, wenn bei systemrelevanten Funktionen so viel Personal fehlt, dann muss schneller und entschlossener gehandelt und reagiert werden. Finanzpolitisch sollte bei kurzfristigen Massnahmen auch beachtet werden, dass die zweijährige Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten seitens des Kantons viel Geld gekostet hat, ungefähr 350'000 Franken pro Polizistin und Polizist, und Abgänge entsprechend auch finanzpolitisch als schmerzhaft zu betrachten sind.

Zweitens zum Schefer-Bericht und seinen Folgen: Ausgangspunkt für den Schefer-Bericht waren neben den vielen Kündigungen und dem wachsenden Unterbestand Kulturprobleme, konkret einige krasse Fälle von internem Sexismus. Der Auftrag des Berichts Schefer lautete, diese Kulturprobleme zu überprüfen und Problemlösungen zu erarbeiten. Mindestens das hat der Bericht nach Ansicht der GPK nur bedingt getan. Der Auftrag an Professor Schefer und die Polizeiexpertin Frau Dr. Pulisi aus Niedersachsen erfolgte durch den damaligen Polizeikommandanten. Diese Auftragsvergabe geschah in Kenntnis der Sicherheitsdirektorin, aber sie geschah rechtswidrig. Der damalige Polizeikommandant hätte diesen Auftrag nicht alleine unterschreiben dürfen. Auch gab es erstaunlich wenig Auflagen für die Methodik und die Ausgestaltung dieses Berichtes. Dass der damalige Polizeikommandant eine umfassende interne Befragung und einen Bericht in Auftrag gegeben hat, war mutig und richtig. Wie der Auftrag für diesen Bericht erfolgte und wie er ausgestaltet worden ist, das war Ausdruck einer Führungskrise bei der Kantonspolizei.

Die Aussagen im Bericht Schefer liessen sich für uns als GPK kaum überprüfen, da bekanntlich alle Interview-Protokolle zerstört wurden und wir nicht wissen, wie oft welche Probleme von den Befragten genannt worden sind. Aus unserer Sicht handelt es sich bei der Protokollvernichtung um eine klare Vertragsverletzung und diese hat unsere Arbeit sehr erschwert. Zu unseren Erkenntnissen mussten wir also durch andere Quellen kommen, namentlich durch Statistiken, Antworten auf Fragen sowie diverse Berichte und Hearings. Da über ein Drittel der Polizistinnen und Polizisten zu den Befragungen zum Schefer-Bericht teilgenommen haben, können die Aussagen dieses Berichts aber dennoch als relevant bezeichnet werden. Der Bericht ist insofern ein wichtiges Stimmungsbild, auch wenn er nicht frei von Widersprüchen ist.



Professor Schefer war dabei mehr als ein simpler externer Berichtsverfasser. Er stand in konstantem informellen Austausch, nicht mit seinem Auftraggeber Martin Roth, aber mit der Sicherheitsdirektorin, er hat uns auch mehrfach Telefontermine und die Dauer der Gespräche genannt. Diese war also nach eigener Aussage zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Berichts über wesentliche Inhalte informiert. Auch hatte Professor Schefer offenbar eine beratende Funktion. Nach Aussage der Sicherheitsdirektorin erfolgte insbesondere die Trennung vom Polizeikommandanten auf seine explizite Empfehlung hin.

Arbeits- und personalrechtlich haben die Mitglieder der Polizeileitung, von denen man sich infolge der Berichtspublikation getrennt hat, nichts getan, was man ihnen anlasten müsste, dabei bleiben wir. Was man aber feststellen musste, ist, dass die damalige Leitung bei einem Teil des Korps das Vertrauen verloren hatte und für die Probleme verantwortlich gemacht wurde, die insbesondere infolge des Unterbestandes entstanden sind.

Drittens zu den Kulturproblemen: Was die Kulturprobleme anbelangt, so gab es in einzelnen Bereichen der Kapo Verhaltensweisen, die eindeutig als sexistisch, rassistisch oder antisemitisch bezeichnet werden müssen. Bei besonders problematischen Einzelfällen hat die alte Polizeileitung gehandelt, der neue Polizeikommandant handelt diesbezüglich sicher besonders konsequent. Die GPK ist aber klar der Meinung, dass es bei diesen Problemen um mehr geht als um wenige besonders problematische Einzelfälle. Einige strukturelle Massnahmen, die von der alten Polizeileitung bereits eingeleitet und unter dem neuen Polizeikommandanten umgesetzt worden sind, wie die Rotation von Mitarbeitenden oder die Neuorganisation der betreffenden Organisationseinheiten, sind diesbezüglich sehr wichtig. Es braucht aber darüber hinaus auch Sensibilisierungsmassnahmen. Wir kommen abschliessend dazu, wenn es um den weiteren Reformbedarf geht.

Und wenn wir von Polizeikultur reden, dann sprechen wir nicht nur über Rassismus und Sexismus, da geht es um weit mehr. Es geht auch um den polizeiinternen kollegialen Umgang miteinander, um Fragen der Führungskultur, um Vertrauen, um Teamspirit, aber auch um die Lernfähigkeit einer Organisation auf Grundlage auch selbstkritischer Reflexion.

Zuletzt einige Bemerkungen zu unseren Empfehlungen: Es braucht auf jeden Fall einen schonenden haushälterischen Umgang mit den knappen Personalressourcen. Wie gesagt, ich bleibe dabei, es ist nicht sicher, dass der Turnaround beim Personal glücken wird. Bei Bedarf muss die Kantonspolizei zu Grosseinsätzen selbstverständlich fähig sein. Aber bei präventiven Grossaufgeboten zu Spielen und Demonstrationen ist eine gewisse Zurückhaltung geboten, wenn einem so viele Leute fehlen, wenn man die Belastung der Polizistinnen und Polizisten mit Zusatzeinsätzen in Grenzen halten möchte. Es wurden ja bereits viele Massnahmen in die Wege geleitet, um die Belastung von Polizistinnen und Polizisten etwas zu reduzieren. Die konsequente Wirkungsorientierung des aktuellen Polizeikommandanten erscheint aus dieser Perspektive als sehr sinnvoll.

Auch die Erhöhung der auszubildenden Polizistinnen und Polizisten ist begrüssenswert und war dringend notwendig. Ausdrücklich begrüssen wir als Geschäftsprüfungskommission auch die Vereinheitlichung der Beförderungssystematik, denn dass das vorher uneinheitlich war in den verschiedenen Hauptabteilungen, war eine wesentliche Ursache für internen Zoff und interne Auseinandersetzungen.

Wie schon erwähnt, bedarf es einer Verbesserung der Einstiegsgehälter und einer besseren Entgeltung von Zusatzdiensten und Wochenendeinsätzen. Letzteres wäre auch eine ausgesprochen familienfreundliche Massnahme. Das Massnahmenpaket des Regierungsrates zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität liegt ja aktuell bei der WAK, dazu möchten wir uns nicht äussern, aber eben bei der Frage der besseren Entgeltung von Zusatzdiensten und Wochenendeinsätzen haben wir einige Punkte formuliert, die über das hinausgehen, was in dem Sinn momentan dort diskutiert wird.

Wenn Ordnungsdienstleistungen besser entlohnt wären, dann wären beispielsweise mehr Polizisten ohne Familienpflichten freiwillig bereit, solche zu leisten. Dies würde dann umgekehrt Polizistinnen und Polizisten entlasten, die Familienpflichten haben und lieber nicht jedes Wochenende im Einsatz stehen möchten. Die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Herstellung einer besseren Planbarkeit der Arbeitszeiten ist ohne jeden Zweifel ein sehr wichtiger Faktor.

Nun noch einige Bemerkungen zu den Kulturproblemen und dem von uns eingeforderten Kulturwandel: Wir haben es uns bei diesem Thema nicht leicht gemacht, und Sie können sich vorstellen, dass Reizwörter wie Rassismus und Sexismus zu besonders vielen Diskussionen Anlass gegeben haben. Und doch haben wir uns schliesslich auf einige sehr konkrete Empfehlungen einigen können. Diese Empfehlungen haben wir nach Konsultation von viel Fachliteratur zum Thema Polizeikultur ausgestellt sowie nach einem Hearing mit einem ausgesprochenen Experten für Fragen des Kulturwandels bei hierarchisch geführten Organisationen. Kulturwandel bei einer Organisation wie der Kantonspolizei braucht Zeit und Beharrlichkeit. Kurzfristig sollten folgende Massnahmen ergriffen werden. Es braucht eine Möglichkeit zu geschützten Meldungen bei rassistischem Fehlverhalten. Die Rekrutierungswerbung der Kantonspolizei sollten stärker auch auf Frauen ausgerichtet werden, damit auch der Frauenanteil bei der Kantonspolizei wieder gesteigert werden kann, auch damit sich das Image der Polizei diesbezüglich ein wenig wandelt. Und es braucht eine dauerhaft bestehende polizeiexterne Beschwerdestelle, momentan gibt es diese Beschwerdestelle, sie ist aber noch provisorisch und bei der Ombudsstelle angesiedelt. Wir möchten diese permanent haben.



Und es braucht polizeiinterne Austauschformate, die offene Kritik ermöglichen, ohne dass die Kritisierenden deswegen mit negativen Konsequenzen rechnen müssen. Generell braucht es eine Kultur des Hinschauens auf allen Führungsebenen. Mittel- und langfristig braucht es regelmässige Schulung zum Thema Sexismus, besonders bei solchen Mitarbeitenden, die mit Prostitution und häuslicher Gewalt befasst sind. Es braucht Supervisionsprozesse, um Erfahrungen aus dem eigenen Polizeialltag offen und kritisch reflektieren zu können. Ich möchte sagen, ich habe zwei Rückmeldungen bekommen, die mich ein wenig irritiert haben nach der Publikation unseres Berichtes, und diesen Berichten zufolge hat es solche regelmässigen Schulungen früher gegeben, es hätte auch Supervisionsprozesse früher gegeben, mir ist allerdings nicht bekannt, wann es da zu einer Veränderung gekommen ist. Und es braucht die Erarbeitung eines breit abgestützten neuen Polizeileitbildes.

Perspektivisch wichtig ist aus Sicht der GPK auch die verstärkte Polizeizusammenarbeit in der Nordwestschweiz, denn die Kantonspolizei Basel-Stadt ist zu klein, um in allen Bereichen hochspezialisiert zu sein. Es braucht Spezialisierungen und Kompetenzzentren, deswegen sollte man auch nicht alle Spezialisierungen abbauen. Zudem erhöht es auch die Qualität der Arbeit, wenn seltener gefragte polizeitechnische Tätigkeiten nicht nur in jedem Schaltjahr angewandt werden. Da ist es gleich wie bei der Medizin, ein Arzt, der eine Operation jedes Schaltjahr nur vollzieht, macht das meist in geringerer Qualität als jemand, der eine Operation regelmässig vornimmt.

Was die anstehenden Reformen anbelangt, so scheint uns als GPK wichtig, dass das JSD und der Polizeikommandant laufend im Dialog sind mit der zuständigen grossrätlichen Sachkommission, also der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission. Zudem fordern wir einen umfassenden Bericht bis Ende 2027 über die bis dann in Angriff genommenen und umgesetzten Reformschritte.

Zusammengefasst lässt sich sagen, es ist in den letzten Jahren einiges schief gelaufen in und rund um die Kantonspolizei Basel-Stadt. Dazu geführt haben sehr unterschiedliche Faktoren und es gibt auch sehr unterschiedliche Verantwortliche. Die Ankündigung mancher in den Medien, es werde heute zum grossen Schwarz-Peter-Spiel kommen hat mich auch ein bisschen überrascht. Ich finde, es würde unserem Bericht nicht gerecht werden, wenn wir heute hier vor allem ein politisches Schwarz-Peter-Spiel betreiben. Wir haben auch als Grossrätinnen und Grossräte eine gemeinsame Verantwortung, dafür zu sorgen, dazu beizutragen, dass sich die Zustände verbessern und sollten auch uns mit den sachlichen Perspektiven der Kantonspolizei auseinandersetzen. Viele Probleme bei der Kantonspolizei wurden bereits angegangen, zum Teil auch schon unter der alten Führung. In einigen Bereichen besteht unmittelbarer Handlungsbedarf und in einigen mittel- bis langfristiger Reformbedarf. Wir alle wünschen uns im Interesse der Basler Bevölkerung eine gut funktionierende Kantonspolizei mit genügend Personal, auf die wir zu Recht stolz sein können.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat die zuständige Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Danke für die Berichterstattung, auch für die, die jetzt mündlich erfolgt ist. Ich habe ja im Nachgang zur Medienkonferenz der GPK zum Spezialbericht schon mehrfach auch öffentlich Stellung genommen zu den Empfehlungen. Heute darf ich Stellung nehmen im Namen des Gesamtregierungsrates. Wir haben, wie der GPK-Präsident gesagt hat, ja auch schriftlich Stellung genommen, er hat erwähnt, dass das kurzfristig war. Vielleicht dazu auch ein paar Worte.

Wir wollten als Regierungsrat schnell Stellung nehmen und es ist ja eine ein bisschen spezielle Situation. Das JSD als hauptbetroffenes Departement hat separat ja schon Stellung genommen, das ist auch Teil des Spezialberichtes zu den spezifischen kantonspolizeilichen, aber auch JSD-spezifischen Empfehlungen. Der Regierungsrat hat diese Empfehlungen kommentiert und aufgenommen, die auch den Gesamtregierungsrat adressieren. Deshalb ist hier eine gewisse Kürze drin in der Stellungnahme. Das einfach zur Einordnung, das war nicht irgendwie böser Wille, sondern im Gegenteil, es war einfach genau diese Warte, die der Regierungsrat in dieser Situation eines Spezialberichts einnehmen wollte und einnehmen konnte.

Die Geschäftsprüfungskommission hat sich vertieft mit der Situation der Kantonspolizei Basel-Stadt auseinandergesetzt und der Regierungsrat dankt für diese sorgfältige Arbeit und die umfassende Analyse. Die parlamentarische Oberaufsicht ist ein zentraler Bestandteil unseres Systems, und der Bericht der GPK leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Der Regierungsrat nimmt die Feststellungen und Empfehlungen der Kommission sehr ernst. Gleichzeitig ist es dem Regierungsrat wichtig, einige Punkte einzuordnen.

Zunächst zur Frage der Rollen und Zuständigkeiten: Die Organisation unseres Kantons ist bewusst dezentral ausgestaltet. Der Regierungsrat setzt die strategischen Leitlinien und sorgt für die politischen, finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Die Führung der einzelnen Verwaltungseinheiten liegt dem gegenüber bei den zuständigen Departementen und ihren Organisationseinheiten. Bei der Kantonspolizei trägt das Polizeikommando die Führungsverantwortung. Diese umfasst nicht nur den operativen Einsatzbetrieb, sondern auch die Verantwortung für die organisatorische und kulturelle Weiterentwicklung der Kantonspolizei. Die Vorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartements trägt die politische Verantwortung für das gesamte Departement. Auch im Personalsbereich gilt ein



vergleichbares Modell mit einer Aufgabenteilung zwischen dem zentralen Personaldienst, also HR BS, und den dezentralen HR-Stellen der Departemente.

Ein zweiter Punkt betrifft das Tempo einzelner Massnahmen. Die GPK-Fraktion beurteilt einzelne Schritte des Regierungsrates kritisch. Der Regierungsrat teilt diese Einschätzung nicht in allen Punkten. Als sich die Personalsituation bei der Kantonspolizei deutlich zuspitzte, wurden rasch zusätzliche Massnahmen ergriffen, etwa die Einführung einer Arbeitsmarktzulage. Gleichzeitig wurde innert kurzer Zeit mit dem Lohnmassnahmenpaket ein umfassender Ansatz erarbeitet, um die Arbeitgeberattraktivität langfristig zu stärken. Dieses Paket liegt bekanntlich in der Beratung in der zuständigen Kommission und wird im Grossen Rat hoffentlich demnächst beraten.

Ein dritter Punkt betrifft die frühere Führung der Kantonspolizei. Sowohl der Bericht Schefer als auch die Feststellung der GPK zeigen, dass es in der damaligen Führung erhebliche Führungsmängel gab, insbesondere bei der Führungskultur und bei der Bereitschaft, notwendige Veränderungen aktiv anzugehen. In einer Organisation wie der Kantonspolizei ist Vertrauen in die Führung zentral. Wenn dieses Vertrauen fehlt oder verloren geht, ist die weitere Zusammenarbeit schwierig. Vor diesem Hintergrund wurden die entsprechenden personellen Konsequenzen gezogen.

Wichtig ist auch der Blick nach vorne. Seit dem Führungswechsel hat sich bei der Kantonspolizei bereits einiges bewegt. Unter der neuen Leitung wurden organisatorische und strukturelle Veränderungen angestossen und es wurde begonnen, auch die Führungskultur weiterzuentwickeln. Auffällig ist dabei, dass viele dieser Schritte in vergleichsweise kurzer Zeit möglich waren. Das zeigt, dass durchaus Handlungsspielräume bestanden haben, die zuvor offenbar nicht im gleichen Umfang erkannt und genutzt wurden. Viele der eingeleiteten Massnahmen entsprechen denn auch den Empfehlungen, die die GPK-Fraktion nun formuliert. Es ist festzuhalten, dass der neue Polizeikommandant in kurzer Zeit wichtige Impulse gesetzt und eine anspruchsvolle Situation mit grossem Engagement angepackt hat. Der eingeschlagene Weg zeigt, dass sich die Organisation Schritt für Schritt stabilisiert und weiterentwickelt.

Ein letzter Punkt betrifft die Frage der Geheimhaltung. Der GPK-Präsident hat es eingangs erläutert, dennoch, der Regierungsrat war überrascht, dass im Bericht der GPK die Ergebnisse aus der Mitarbeitendenbefragung veröffentlicht wurden, obwohl bei der Herausgabe dieser Unterlagen Vertraulichkeit zugesichert worden war. Aus Sicht des Regierungsrats wäre es wichtig gewesen, dies auch so zu handhaben.

Geschätzte Damen und Herren Grossrätinnen und Grossräte, der Bericht der GPK zeigt grosse Herausforderungen, insbesondere beim personellen Unterbestand und bei der Führungskultur. Gleichzeitig wird deutlich, dass die notwendigen Veränderungen angestossen wurden. Entscheidend ist nun, diesen Weg konsequent weiterzugehen. Der Regierungsrat dankt Ihnen, dass Sie ihn sowie das Justiz- und Sicherheitsdepartement und vor allem unsere Kantonspolizei auf diesem Weg unterstützen. Denn unser gemeinsames Ziel ist klar eine leistungsfähige, integere und gut geführte Kantonspolizei Basel-Stadt und ein attraktiver Arbeitgeber für ihre Mitarbeitenden. Wir stehen selbstverständlich als Regierungsrat für die GPK weiterhin zur Verfügung. Wir kommen in die Hearings, wenn wir da Klärungsbedarf haben, dies sei einfach auch noch an dieser Stelle explizit erwähnt. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bin gespannt auf die Debatte.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden,. Als erster eingetragen hat sich Lukas Faesch für die LDP.

*Lukas Faesch (LDP):* Als erstes möchte ich namens der LDP-Fraktion der GPK unseren Dank aussprechen für die geleistete wertvolle Arbeit, die sehr erhellend ist. Danken möchte ich auch persönlich meinen Kolleginnen und Kollegen in der GPK für die gute und stets auch den anderen achtende Zusammenarbeit, für die fairen, teils kontradiktorisch geführten Diskussionen bis hin zum Ringen über einzelne Formulierungen. Als Fraktionssprecher werde ich Ihnen den Ihnen allen bekannten Bericht zusammenfassen, sondern auf einige, aus liberaler Sicht besonders bemerkenswerte Punkte hinweisen.

Zuerst möchte ich auf die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen HR und den Departementen zu sprechen kommen. Der GPK-Bericht kommt zum klaren Schluss, dass die Zusammenarbeit zwischen HR BS und HR JSD einerseits und den Departementen JSD und FD andererseits bei der Bewältigung des Personalunterbestandes bei der Polizei mangelhaft war. Die GPK stellt fest, dass das unflexible Verhalten von HR BS ein Hauptgrund dafür gewesen sei, dass dem Personalunterbestand zu wenig entgegengewirkt werden konnte. Dies bestätigt auch der frühere Polizeikommandant gemäss dem GPK-Bericht und spricht in einem BAZ-Interview vom 18. Februar 2026 sogar davon, dass das Finanzdepartement die Bemühungen der Polizeileitung geradezu ausgebremst habe.

Die GPK-Fraktion stellt in diesem Zusammenhang nach einer entsprechenden Rücksprache bei dem Regierungsrat ernüchert fest, dass der Regierungsrat keine Bereitschaft zeige, diese mögliche Konfliktquelle genau anzuschauen. Diese Reibungsverluste haben ihre Ursache darin, dass HR BS dem Finanzdepartement unterstellt ist. Da Arbeits- und Lohnbedingungen dafür beim gesamten Regierungskollegium liegen, darf es nicht sein, dass nur schon die Möglichkeit besteht, dass ein einzelnes Departement die Macht hat, Personalvorhaben anderer Departemente faktisch zu steuern, zu



priorisieren oder eben zu verzögern. Solches darf sich nicht wiederholen und die Zusammenarbeit zwischen den Departementen muss in Zukunft reibungslos und effizient vonstatten gehen.

Einige Worte zur Einordnung des Schäfer-Berichtes: Die GPK-Fraktion kommt bei der Einordnung dieser Mandatsvergabe an Professor Schäfer und dessen Bericht zu einem verheerenden Urteil, das die LDP voll und ganz teilt. Ein Drittel des Korps aller Hierarchiestufen nahm an den Gesprächen teil. Die Gespräche wurden auf 750 Seiten zwar protokolliert, entgegen der klaren schriftlichen Vereinbarung wurden diese Protokolle aus Gründen der sogenannten Vertraulichkeit anschliessend vernichtet, obwohl es durchaus andere Mittel gegeben hätte, die zugesicherte Vertraulichkeit zu wahren. So wäre beispielsweise ein anonymisiertes Mengengerüst zu den befragten Themenfeldern eine Möglichkeit gewesen, aber auch ein solches fehlt komplett.

Auch bezüglich Methodik und Vorgehensweise bestehen keinerlei schriftliche Aufzeichnungen. Die GPK stellt zu Recht weiter fest, dass bei der Vergabe gegen die kantonale Unterschriftenregelung und gegen Submissionsvorschriften verstossen wurde. Der abschliessende Bericht hält keinen akademischen, wissenschaftlichen Kriterien stand und ist als solcher nicht belastbar, geschweige denn überprüfbar. Dies ist umso gravierender, als dem Verfasser bewusst sein musste, welche Wellen seine Arbeit werfen würden. Umso mehr wäre ein sorgfältiges, wissenschaftlich abgestütztes Vorgehen angezeigt gewesen. Der vorliegende, mit all diesen Mängeln behaftete Bericht beziehungsweise das abgelieferte sogenannte Stimmungsbild erfüllt den ursprünglich erteilten Auftrag in keiner Weise. Auftrag war Prüfung von Kulturproblemen und Empfehlungen zu Problemlösungen. Wie die GPK zu Recht feststellt, lassen sich aus dem Bericht nur bedingt gesicherte Erkenntnisse über die bestehende Kultur in der Kantonspolizei ableiten.

Noch einige Worte zur Auflösung der Arbeitsverträge mit dem Kommandanten und der Polizeileitung: Kurze Zeit nach der Veröffentlichung des Schefer-Berichtes wurde der damalige Kommandant und etwas später die damalige Polizeileitung freigestellt beziehungsweise wurde auf ihre Arbeitsleistung verzichtet. In der Folge wurden mit allen einvernehmliche Auflösungsvereinbarungen abgeschlossen. Die GPK stellt dazu fest, dass dem Kommandanten und der Polizeileitung kein Fehlverhalten nachgewiesen wurde. Daraus aber den Schluss zu ziehen, die Arbeitsverträge seien quasi grundlos und damit eigentlich ungerichtfertig aufgelöst worden, ist falsch. Es lag zwar kein von den betreffenden Kaderangehörigen verschuldetes individuelles Fehlverhalten vor, aber es gab selbstverständlich objektive Gründe, die eine Weiterarbeit an diesen exponierten Stellen ausschlossen. Aufgrund der verfahrenen Situation kam die Departementsvorsteherin zum völlig nachvollziehbaren Schluss, dass das Vertrauen in die Polizeileitung, den Turnaround zu schaffen, zerstört war und eine Weiterarbeit damit unmöglich wurde. Das haben offensichtlich auch die betreffenden Kader so gesehen, sonst hätten sie nicht zu einer einvernehmlichen Vertragsauflösung Hand geboten.

Jeder GPK-Bericht ist ein Blick in den Rückspiegel, darum ist es wichtig, auch nach vorne zu blicken. Wie sich dem GPK-Bericht entnehmen lässt, wurden bereits ab 2021 diverse Massnahmen ergriffen, also auch vom früheren Kommandanten, um dem wachsenden Unterbestand zu begegnen. So sollte die Attraktivität des Polizeiberufs erhöht werden, mehr Frauen in Leitungspositionen gebracht werden und eine frauenintegrierende Arbeitskultur geschaffen werden. Trotz Unterbestand attestiert die GPK-Fraktion, und das ist für mich zentral wichtig, dass die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit zu keiner Zeit gefährdet war.

Viele der 24 GPK-Empfehlungen sind nun bereits konsequent umgesetzt oder wirkungsvoll bereits in Umsetzung begriffen. Zu erwähnen sind die personellen Wechsel auf der Stufe Polizeileitung, bis zur Stufe Ressort wurden die Stellen neu ausgeschrieben und neu besetzt mit einheitlichem Vorgehen und mit Schwerpunkt auf Führungsthemen. Es wurde eine einheitliche transparente Beförderungssystematik etabliert, die Rotation der Mitarbeitenden wurde eingeführt. Zur Entlastung wurden die Einheiten stärker zusammengenommen, es hat mehr Frauen im Korps und zum zweiten Mal in Folge gibt es eine vollbesetzte Polizeischule. Und ein wichtiger Indikator: Zu anderen Korps abgesprungene Polizistinnen und Polizisten kehren nach Basel-Stadt zurück. Der Umgang im Korps und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde verbessert und aufgelegte Lohnverbesserungen stecken zurzeit in der parlamentarischen Beratung.

Trotz aller politischen Stürme von verschiedenen Seiten, Vorwürfen und Generalverdächtigungen ist es ein Faktum, dass unsere Polizistinnen und Polizisten ihren Dienst täglich mit hohem Verantwortungsbewusstsein, grossem Engagement und Empathie und unter oft herausfordernden Bedingungen im Interesse und zum Schutz von uns allen wahrnehmen. Kulturwandel und Fachkräftemangel lassen sich nicht über Nacht beheben. Geben wir also der Polizeileitung und dem Departement die erforderliche Zeit, um alle eingeleiteten Massnahmen umzusetzen. Dazu gehört zwingend auch die Umsetzung der höheren Polizeilöhne, damit der Beruf attraktiver und das Korps den Vollbestand erreichen kann. Die LDP stimmt allen Anträgen der GPK zu.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprecherin ist Barbara Heer für die SP.

*Barbara Heer (SP):* Im Namen der SP-Fraktion nehme ich kritisch Stellung zum Bericht der GPK. Mindestens seit 2021 gibt es eine Kündigungswelle bei der Basler Polizei, besonders viele Frauen haben gekündigt. Das hat mindestens drei Gründe.



Erstens struktureller Sexismus und Rassismus, zweitens die Belastung der Polizistinnen, welche die Vereinbarkeit praktisch verunmöglicht und drittens tiefe Einstiegsgehälter.

Das Ziel der heutigen Debatte muss sein, Verantwortung auf verschiedenen Stufen klar zu benennen und sie nicht wie eine heisse Kartoffel hin und her zu schieben. Wir haben das direkt im vorangehenden Votum auch schon gesehen, man schiebt die Schuld zur Regierungsrätin eines anderen Departements, zu Professor Schefer, dann wiederum zur Regierungsrätin vom JSD, dem Kommandanten. Für uns ist es wichtig, es gibt eine mehrstufige Verantwortung für diese Missstände. Es gibt die individuelle, die organisatorische und die politische Verantwortung und die Bevölkerung erwartet auch von uns, dass wir hier diese Transparenz leisten und eben nicht die Schuld hin- und herschieben.

Wer hat auf individueller Ebene versagt? Das sind in erster Linie die Täter, die Mobbing, Diskriminierung oder Machtmissbrauch innerhalb der Polizei ausgeübt haben, an zweiter Stelle direkte Vorgesetzte, welche ihre Fürsorgepflicht nicht wahrgenommen haben und Fehlverhalten entweder toleriert oder sogar befeuert haben.

Wer hat auf organisatorischer Ebene versagt? In einer hierarchischen Organisation wie der Polizei und der Verwaltung trägt der Kommandant die Verantwortung für die Organisationskultur. Wenn die unteren Ebenen versagen, steht er oder sie in der Verantwortung. Die von der GPK aufgearbeitete unprofessionelle Auftragsvergabe an Professor Schefer war aus unserer Sicht letztlich Ausdruck von der Handlungsfähigkeit des damaligen Kommandanten, von fehlender Durchsetzungskraft, sie war konzeptlos und ohne Methodik. Da hilft auch nicht, dass gute Absicht dahinter war. Die Feststellung der GPK, dass dem damaligen Kommandanten kein individuelles Fehlverhalten nachgewiesen wurde, kritisieren wir deshalb. Er trug letztlich die organisatorische Verantwortung für die vielen Verletzungen der Fürsorgepflicht der Polizei als Arbeitgeberin und letztlich auch die Kündigungswelle.

Wer hat auf den politischen Ebenen versagt? Was war dann ab 2021 anders? Das JSD hatte eine neue Regierungsrätin, die politische Linie änderte sich. Die präventiv-repressive Demostrategie führte zu massivem Personaleinsatz und grosser Belastung der Polizei. Ein Teil der Kündigungen ging darauf zurück. Wir anerkennen aber explizit, dass aus Fehlern gelernt worden ist und inzwischen eine dialogorientierte Strategie verfolgt wird, die die Polizei spürbar entlastet. Die Departementsvorsteherin sagte in den Medien, Mitarbeitende seien mit Themen zu ihr gekommen, auch mit Fällen im Bereich der persönlichen Integrität. Sie hat einzelne Massnahmen getroffen, aber sie hat es unterlassen, ihre Führungsverantwortung wahrzunehmen und zu prüfen, ob dahinter strukturelle Probleme oder organisatorische Risiken stehen.

Die Departementsvorsteherin sagte gegenüber der GPK, der Masterplan des Kommandanten sei ohne Konzept und Priorisierung gewesen. Doch gerade deshalb hätte sie doch eingreifen müssen. Dass bei der Auftragsvergabe die Doppelunterschrift nicht eingehalten wurde, zeigt für uns wiederum, dass sie die Führungsverantwortung nicht wahrgenommen hat. Es war ihr offenbar nicht genug wichtig, dass diese Auftragsvergabe über ihren Tisch geht. Sie hat nicht sichergestellt, dass der Kommandant das damals noch vorhandene interne Know-how der Polizeiwissenschaften oder Organisationsentwicklung in eine methodisch saubere Auftragsvergabe einbezog.

Sie hat auch zu verantworten, dass im Budget des JSD die Lohnsumme von über 100 unbesetzten Stellen verschwunden ist – die Finanzkommission hatte das aufgearbeitet – und andere Ausgaben getätigt worden sind. Wir stellen uns die Frage, wenn diese Gelder vorhanden gewesen wären, hätte das JSD möglicherweise rasch selber auch Lohnmassnahmen im Rahmen der gesetzlichen Kompetenzen treffen können, ohne den Umweg über die Regierung gehen zu müssen.

Kommen wir nun zur Departementsvorsteherin des Finanzdepartements. Der Bericht zeigt, dass zwischenmenschliche Konflikte zwischen den HR-Stellen in unterschiedlichen Departementen den Prozess verlangsamt haben. Auf dieser Ebene der Verantwortung darf das aus unserer Sicht schlicht nicht passieren. Wir erkennen aber auch, dass daraus gelernt wurde und dass es heute auch aufgrund personeller Veränderungen beim Kommandanten und HRBS deutlich besser funktioniert. Dass jetzt das Lohnmassnahmenpaket vorliegt, ist der guten Zusammenarbeit der zwei Departementsvorsteherinnen sowie der beteiligten Einheiten zu verdanken. Dieser Ball liegt jetzt bei der WAK und dem Grossen Rat.

Mit einer Lohnerhöhung lassen sich Kulturprobleme nicht lösen, aber die Erfahrung zeigt, nicht konkurrenzfähige Löhne können zu Kündigungswellen beitragen. Deshalb müssen wir auch bei anderen Berufsgruppen frühzeitig handeln. Es braucht eine mehrheitsfähige Lösung, wie sie die Regierung im Lohnmassnahmenpaket erarbeitet hat.

Die politische Verantwortung für die Fürsorgepflicht als Arbeitgeberin liegt letztlich bei der Vorsteherin des JSD, aber auch das Gesamtgremium steht in der Verantwortung. Es stellt sich uns schon die Frage, wieso der Gesamtregierungsrat nicht eingreifen kann, wenn Missstände in einem Departement schon lange bekannt sind, aber Führung offenbar nicht wahrgenommen wird.

Blicken wir jetzt aber in die Zukunft, die nötige Reform der Polizei. Bisher ergriffene Massnahmen zur Transformation der Polizei bleiben aus unserer Sicht punktuell und nicht gesamthaft. Wir anerkennen, dass die laufende Reorganisation viele organisatorische Probleme verbessert, beim Stoppen der Kündigungen von Frauen, bei der psychologischen Sicherheit und beim Schutz vor Machtmissbrauch und Diskriminierung sehen wir aber weiterhin ein konzeptloses Vorgehen, das geprägt ist von einzelnen öffentlichkeitswirksamen Massnahmen. Wir sind der Meinung, hier braucht es jetzt das Parlament. Wir müssen



handeln, damit die Polizei wirklich auf guten Kurs kommt. Wir laden Sie deshalb alle hier im Saal ein, mit uns an entsprechenden Vorstössen zu arbeiten. Diese Vorstösse, Entwürfe habe ich dabei, kommen Sie nachher zu mir, um diese Diskussionen gemeinsam weiterzuführen. Die Polizeikrise ist letztlich eine Frauenkrise. Wir müssen Frauen für die Polizei gewinnen, anstatt verlieren. Deshalb möchten wir gemeinsam mit Ihnen eine Strategie zur Vereinbarkeit Beruf und Familie und zur Erhöhung des Frauenanteils bei der Kantonspolizei fordern, mit regelmässiger Berichterstattung an das Parlament.

Die Departementsvorsteherin und der Interimkommandant proklamieren neu eine Nulltoleranz. Nulltoleranz ist aber nicht nur eine Haltung. Nulltoleranz braucht ein System. Wir fordern deswegen ein Gesamtkonzept zum Schutz der persönlichen Integrität. Trotz dem Bericht Schefer, trotz dem GPK-Bericht wissen wir immer noch nicht, wie viele Polizistinnen Rassismus, Sexismus oder Mobbing erlebt haben. Ein Stimmungsbild genügt hier einfach nicht. Wir brauchen eine echte Bestandesaufnahme, ein Monitoring in Anlehnung an die Studie zur sexualisierten Gewalt bei der Armee. Nur so können wir wieder Vertrauen aufbauen, aufzeigen, dass die Missstände tatsächlich besser werden und sich die Polizei als Arbeitgeberin das Vertrauen ihrer Mitarbeitenden und der Bevölkerung verdient.

Wir nehmen den Bericht der GPK dankend, aber eben auch kritisch zur Kenntnis. Die Aufarbeitung der Basler Polizeikrise ist wichtig für die Betroffenen von Rassismus und Sexismus, die das Recht haben zu wissen, wer sie nicht geschützt hat, für die Führungskräfte, die aus Fehlern lernen müssen und auch für Transparenz gegenüber der Bevölkerung, welche letztlich die politisch Verantwortlichen wählt. Bei der Lektüre des Berichts hat uns immer wieder die durchscheinende Solidarität mit dem damaligen Kommandanten gestört. Akribisch hat die GPK aufgearbeitet, wie mit ihm umgegangen worden ist. Dieselbe Aufmerksamkeit vermissen wir aber gegenüber den Betroffenen, gegenüber Mitarbeitenden, die Rassismus oder Sexismus erleben mussten und die nicht adäquat unterstützt wurden. Kein einziger solcher Fall wurde aufgearbeitet. Diese Schiefelage im Bericht ermöglicht es letztendlich, dass sich der Kommandant als Bauernopfer inszenieren kann. Um solche Verletzungen der Fürsorgepflicht wirklich aufzuarbeiten, hätte es wohl letztlich eine PUK gebraucht, wie wir sie vor letztem Sommer gefordert haben.

Wir wollen jetzt aber nach vorne schauen, arbeiten Sie zusammen mit uns an den Vorstossentwürfen. Wir wollen nicht nur eine Polizei, die für Sicherheit in der Stadt sorgen kann, sondern eine Polizei, bei der sich die Mitarbeitenden sicher fühlen dürfen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprecherin ist Andrea Strahm für die Mitte-EVP.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Wir möchten an dieser Stelle einen Aspekt aufgreifen, der uns bereits am 23. Juli 2024 zu einer Interpellation veranlasste, die aus damals nachvollziehbaren Gründen wenig ausführlich beantwortet wurde. Es geht um die Vorgehensweise rund um die de facto-Entlassung des damaligen Kommandanten und von zwei Dritteln der Polizeileitung.

Ordnen wir ein. Der Polizei ging es schlecht, der Unterbestand spitzte sich in und nach der Pandemie zu. Der damalige Kommandant und die Polizeileitung erstellten deshalb bereits im März 2023 einen Masterplan Futura, der der GPK vorliegt. Darin wurden verschiedene Problemfelder benannt und weitere Schritte zu deren Lösung definiert. Eines der Problemfelder waren Vorkommnisse von sexuellen und rassistischen Diskriminierungen. Um hier genau die Herde herauszufinden und allfällige weitere Probleme zu erkennen, gab der Kommandant den Bericht Schefer in Auftrag.

Die Auftragsvergabe wies Mängel auf, wie die GPK ausführte und wir auch schon hörten. Zu beachten ist aber die Flughöhe, die dem Bericht damals zugeordnet gewesen war. Er war als Arbeitsinstrument gedacht, um gezielter die erforderlichen Massnahmen zur Bekämpfung von kulturellen Problemen ergreifen zu können. Der Polizeileitung waren die Probleme also bekannt, aber nicht, wo genau die Herde lagen. Deshalb eine anonymisierte Befragung des Korps. Die Publikation war vorgesehen, um dem Korps die Ernsthaftigkeit der Bemühungen der Polizeileitung zu zeigen.

Der Bericht Schefer war nicht als wissenschaftlich fundierte Betriebsanalyse gedacht. Wie Professor Schefer selbst ausführt, erhob er keinerlei wissenschaftlichen Anspruch. Er ist Hear say, Hörensagen, eine unverbindliche Mitarbeiterbefragung, bei der jeder seinen Kopf leeren konnte und an der jeder teilnehmen konnte, der wollte, aber niemand musste. Die logischen weiteren Schritte nach der Publikation des Berichtes wären die Konkretisierung der bereits angedachten oder anderen Massnahmen durch den Kommandanten und die Polizeileitung gewesen. Die wertvollen Rückmeldungen aus dem Korps hätten es ermöglichen sollen, die notwendigen strukturellen und personellen Massnahmen zu ergreifen. Auch die Führungsdefizite hätten analysiert und allenfalls durch eine wissenschaftlich fundierte Betriebsanalyse eines externen Gutachters erhärtet oder entkräftet werden können.

Nichts dergleichen geschah. Vielmehr suchte Professor Schefer ohne das Wissen des Kommandanten, der ihn beauftragt hatte, den direkten Kontakt zur Departementsvorsteherin. Dazu ist zu bemerken, dass Professor Schefer auch andere Mandate für das JSD führt und in regelmässigem Kontakt zur DV steht. Er eskalierte die Sache somit eigenmächtig auf die nächsthöhere Ebene. Die Departementsvorsteherin erschrak, liess sich darauf ein, die Sache wurde zur Chefsache, der



Bericht schlug ein wie eine Bombe. Dem Kommandanten und der Polizeileitung wurde damit jegliche Möglichkeit genommen, selbst die weiteren notwendigen Massnahmen zu ergreifen.

Die Departementsvorsteherin, so steht es im GPK-Bericht, fragte Professor Schefer, ob er der Meinung sei, dass der Kommandant den Turnaround schaffen würde. Schefer verneinte. Allein aufgrund dieser Aussage wurde eine beispiellose japanische Flucht nach vorne ergriffen, eine Aussage, die Professor Schefer einzig aufgrund seines Eindrucks aus den Interviews gewonnen hatte. Er kannte weder den Masterplan noch die bereits aufgelegten Massnahmen, und sein subjektiver Eindruck konnte auch nicht weiter überprüft werden, denn sämtliche Protokolle der Interviews hatte er entgegen der Vereinbarung mit dem Kommandanten vernichtet.

Die Departementsvorsteherin setzte den Kommandanten und vier von sechs Mitgliedern in der Folge ohne Begründung von einer Minute zur anderen Knall auf Fall vor die Türe. Es wurden keinerlei Gespräche geführt. Es wurde schon gar nicht gefragt, was die Betroffenen zum Bericht Schefer zu sagen hatten. Eine ordentliche Freistellung oder gar Kündigung, die den Betroffenen ermöglicht hätte, sich zu wehren, wurde nie ausgesprochen. Bei den Betroffenen handelt es sich samt und sonders um langjährige, erfahrene Kaderleute, die sich über viele Jahre – im Falle des Kommandanten waren es über 25 Jahre – engagiert für die Polizei und den Kanton eingesetzt hatten, Menschen mit Familien aus dem Alltag gerissen. Sie alle fielen danach in ein Loch. Sie alle sind stigmatisiert, beruflich abgeschossen, eine weitere Karriere bei der Polizei, ihrem Fachgebiet ist ausgeschlossen.

Nun ist die Anstellung oder Entlassung des Polizeikommandanten alleinige Sache der Gesamtregierung, nicht der Departementsvorsteherin. In der Verantwortung steht hier also die Gesamtregierung, sie hat versagt. Es wurden Basics verletzt, das rechtliche Gehör nicht gewährt, keine Mitarbeitergespräche geführt, keines der Mitglieder der Regierung äusserte offenbar Bedenken, keines legte ein Veto ein, verlangte Augenmass, jedenfalls ist nichts dergleichen bekannt. Wenn eine Regierung so mit ihrem Polizeikommandanten umgeht, dann schadet sie der Polizei, dem Korps, dem Ruf des Kantons als Arbeitgeber. Wer möchte schon in einem Korps arbeiten, in welchem mit Mitarbeitenden so umgegangen wird? Wer möchte hier Kommandantin sein oder in die Polizeileitung wechseln, wenn derart rasch Schluss sein kann?

Wie die Regierung hier nun wieder Glaubwürdigkeit erlangen kann, muss sie sich gut überlegen. Die Mitglieder des Korps und die Leitung müssen sich wohlfühlen, müssen alle Unterstützung erhalten, die die Arbeit der Polizei attraktiver macht. Sie dürfen nicht den Eindruck haben, es herrsche Willkür. Auch das Lohnpaket muss endlich Tatsache werden. Hier ist das Parlament gefragt. Basel ist ein schwieriges Pflaster für die Polizei, deshalb braucht sie bessere Konditionen als anderswo und eine breite wohlwollende Unterstützung durch Parlament und Regierung und Rechtssicherheit im Verhältnis zur Arbeitgeberschaft. Wünschen wir also der Polizei, dass dies bald geschieht und wünschen wir uns, dass das Korps die nötige Geduld für die langwierigen politischen Prozesse noch aufbringt.

Der Bericht der GPK ist natürlich zu genehmigen und ich bitte Sie, auch die Feststellungen und Empfehlungen wie beantragt, zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Ich unterbreche ganz kurz und begrüsse auf der Tribüne eine Klasse der FMS Basel mit Lehrperson Boas Kirchofer. Schön, seid ihr da und interessiert euch für die Basler Politik. (*Applaus*)

Nächster Sprecher für die Fraktion BastA ist Nicolas Goepfert.

*Nicola Goepfert (BastA):* BastA nimmt den vorliegenden GPK-Bericht zur Kantonspolizei zur Kenntnis und dankt der Geschäftsprüfungskommission für ihre umfangreiche Arbeit. Diese war dringend nötig. Die GPK hat ihre übertragene Aufgabe gleichwohl ernst genommen und einen Bericht vorgelegt, der klar benennt, was schiefgelaufen ist. Und trotz aller Kritik am Bericht Schefer, der vorliegende Bericht der GPK unterstreicht zu grossen Teil genau das, was auch die Erkenntnisse aus dem Bericht Schefer sind. Die GPK zeigt auf, dass es sich nicht einfach um einzelne problematische Vorfälle handelt, sondern strukturelle Probleme dahinterliegen. Der Bericht beschreibt eine Organisationskultur, in der Kritik keinen Raum hatte. Es geht um Sexismus und es geht um rassistische Vorfälle.

Das ist nicht nur ein internes Problem der Polizei, es ist ein demokratisches Problem, denn die Polizei trägt eine besondere Verantwortung. Sie setzt das staatliche Gewaltmonopol um. Sie entscheidet täglich darüber, wie Menschen Kontrolle, Sicherheit und staatliche Autorität erleben. Genau deshalb muss sie auch höchsten Standards bei Gleichstellung, Antidiskriminierung und Transparenz genügen.

Der Bericht zeigt, dass wir nicht dort sind, wo wir sein sollten. Der Personalmangel ist kein Schicksal, er ist politisch mitverursacht. Der Bericht zeigt schonungslos, der Personalunterbestand hat sich in nur drei Jahren mehr als verdreifacht, von 36 offenen Stellen im Jahr 2021 auf 129 im Jahr 2024. Regierungsrätin Stephanie Eymann ist seit 2021 für das Justiz- und Sicherheitsdepartement verantwortlich, genau jene Jahre, in denen sich die Krise dramatisch zugespitzt hat. Das ist keine Kritik an der Ausgangslage, die sie nicht selbst geschaffen hat. Die Probleme bestanden vor ihr, sie reichen weiter



zurück. Aber es ist eine klare Kritik daran, dass unter ihrer Verantwortung zu lange gewartet und zu wenig unternommen wurde. Ja, das Ganze kam schlussendlich auch nur dank der Initiative, vielleicht auch widerrechtlicher Initiative, vom ehemaligen Kommandanten überhaupt ins Rollen.

Der Lohn ist nicht der einzige Faktor, aber es ist ein wichtiger Faktor, gerade wenn es auch um neues Personal geht, um dieses zu finden. Die GPK stellt fest, dass die Einführung der Arbeitsmarktzulage zu spät erfolgte. Das mag sein. Wo stehen wir aber heute? Das dringend notwendige Lohn- und Entlastungspaket steckt seit letztem Sommer in der bürgerlich dominierten Wirtschafts- und Abgabekommission fest. Das ist nicht nur ärgerlich, das ist verantwortungslos, nicht nur gegenüber den Polizistinnen und Polizisten, die täglich ihre Arbeit leisten. Es geht um ein grundsätzliches Signal, wer den Service Public ernst nimmt, in der Sicherheit, in der Gesundheitsversorgung, in der Bildung, muss bereit sein, für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen. Dieses Paket zu blockieren, heisst, den Service Public insgesamt zu schwächen. Es heisst, die Polizist:innen ein weiteres Mal zu verdrösten.

Die Krise ist nicht nur eine Personalfrage, sie ist eine Kulturfrage. Besonders gravierend sind die Feststellungen zu strukturellem Sexismus und Rassismus. Die GPK stellt klar fest, in einzelnen Bereichen gab es Verhaltensweisen, die eindeutig als sexistisch, rassistisch oder antisemitisch zu beurteilen sind. Es gibt Hinweise auf strukturellen Sexismus und es gab vor allem auch eine Kultur des Wegschauens. Frauen haben überproportional häufig gekündigt, sowohl im Vergleich zum Gesamtkorps als auch im Vergleich zu früheren Jahren. Sexistische Sprache, Bodyshaming, herabwürdigende Kommentare, Grenzüberschreitungen von Vorgesetzten, das ist dokumentiert. Frauen, die Missstände gemeldet haben, kamen unter Druck, und das muss uns alle hier im Saal beunruhigen. Und mit Blick auf die heutige Führungsstruktur der Kapo stellen wir fest, die Führungsebene ist noch weniger divers aufgestellt als zuvor. Das ist die falsche Richtung. Ohne eine Polizei, welche die Vielfalt der Basler Bevölkerung widerspiegelt, werden tief verankerte Probleme nicht nachhaltig gelöst.

Nur eine diskriminierungsfreie Polizei kann das Gewaltmonopol vertrauenswürdig ausüben. Das Gewaltmonopol des Staates ist ein fundamentales demokratisches Gut. Es ist kein Selbstzweck, sondern ein Versprechen, dass der Staat alle Menschen gleich schützt, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialer Stellung. Eine Polizei, in der Diskriminierung stattfindet und in der Mitarbeitende wegschauen, wenn Kolleginnen und Kollegen rassistisch oder sexistisch handeln, eine solche Polizei kann dieses Versprechen nicht einlösen. Deshalb ist die Bekämpfung von Sexismus und Rassismus kein internes Verwaltungsproblem, es ist eine Frage der demokratischen Legitimität. Es braucht strukturelle Veränderungen und externe Kontrolle, nicht bloss Personalwechsel.

Dass der Regierungsrat nach der Publikation des Berichts Schefers rasch und konsequent gehandelt hat mit der Absetzung des Kommandanten und Teilen der Polizeileitung, zeigt, wie ernst die Regierung selbst den Bericht genommen hatte. Wenn man eine gesamte Führungsebene auswechselt, dann muss man aber auch bereit sein, aus den Ursachen dieser Krise die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Und genau da mahnen wir an. Einige Veränderungen wurden schon vorgenommen, aber ein langfristiger Kulturwandel entsteht nicht automatisch durch neue Gesichter an der Spitze. Es reicht nicht, über eine längere Übergangszeit hinweg mit einer Interimslösung zu arbeiten und zu hoffen, dass sich die Dinge damit normalisieren. Was es braucht, sind strukturelle Anpassungen, die unabhängig vom jeweiligen Kommandanten oder der Polizeileitung greifen, transparente Beförderungsverfahren, sichere Meldekanäle, eine externe Beschwerdestelle mit echten Kompetenzen, verbindliche Schulungen. Und es braucht eine externe Kontrolle, die dauerhaft sicherstellt, dass Fortschritte gemessen und nachgewiesen werden. Kulturwandel kann nicht von oben verordnet werden, er muss strukturell herbeigeführt und politisch begleitet werden.

BastA wird diesen Bericht zur Kenntnis nehmen, ihm zustimmen und begrüsst die darin formulierten Feststellungen und Empfehlungen. Der Bericht hat Missstände sichtbar gemacht, das ist unbequem, aber notwendig. Wir werden jetzt vor allem auch deren Umsetzung eng verfolgen und sind offen, bei diesen Vorstössen, die Barbara Heer angesprochen hat, mitzuarbeiten. Der Bericht der GPK ist nicht der Abschluss dieser Diskussion, er ist ein Etappenpunkt. Die Bevölkerung von Basel-Stadt hat Anspruch auf eine Polizei, die demokratisch kontrolliert, diskriminierungsfrei und sozial verantwortlich arbeitet. Daran werden wir sie messen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher ist Luca Urgese für die FDP.

*Luca Urgese (FDP):* Der Präsident der GPK hat sich irritiert gezeigt, dass vom Schwarz-Peter-Spiel die Rede war. Das war ein Zitat von mir, und ich denke, wenn man sich die ersten Fraktionsvoten angehört hat, dann kann man sich bestätigt fühlen, was da gerade passiert ist. Und ein besonders anschauliches Beispiel nebst den Medienmitteilungen der verschiedenen Parteien und der Interviews in den Medien war jetzt zuerst Kritik an den öffentlichkeitswirksamen Massnahmen des JSD zu üben und dann nicht minder öffentlichkeitswirksam mit Vorstössentwürfen hier vorne herum zu wedeln und um Unterstützung zu bitten statt im direkten Gespräch.



Es lässt sich kaum bestreiten, dass unsere Kantonspolizei gerade eine turbulente Zeit durchläuft. Zu oft sprechen wir und müssen wir über negative Aspekte und Vorkommnisse sprechen. Dass sich diese negativ auf die Stimmung im Korps und auch auf die öffentliche Wahrnehmung gegenüber der Polizei auswirken, kann uns nicht überraschen, ist aber sehr bedauerlich. Man darf auch die Erkenntnis der GPK hervorheben, dass es nicht nur um spezifische Basler Probleme geht, sondern auch um generellere Herausforderungen der Polizeiarbeit, mit denen auch andere Polizeikorps konfrontiert sind.

Für die FDP ist wichtig herauszustreichen, wir wollen eine solide und gut aufgestellte Kantonspolizei Basel-Stadt, welche die Sicherheit und Ordnung in unserem Kanton sicherstellen kann, mit einer positiven Kultur, getragen von der Bevölkerung und mit dem vollen Rückhalt auch der Politik, also insbesondere von uns hier drin in diesem Saal. Und wir danken allen Mitarbeitenden der Kantonspolizei, die immer, aber besonders in dieser von Umbrüchen geprägten Zeit Tag für Tag, Nacht für Nacht für unsere Sicherheit auf der Strasse sind, auch unter erschwerten Bedingungen und sich wohl auch mehr als einen Spruch anhören mussten wegen den ganzen Berichten und öffentlichen Diskussionen. Der Bericht der GPK spricht viele verschiedene Aspekte an, die bereits unterschiedlich gewürdigt wurden. Ich möchte mich nachfolgend auf ausgewählte Problemfelder fokussieren.

Zunächst zum doch recht massiven Unterbestand: Das ist, es liegt auf der Hand, ein sich selbst verstärkendes Problem. Je mehr Stellen unbesetzt bleiben, desto grösser ist die Belastung für diejenigen, die übrig geblieben sind. Das hat negative Auswirkungen auf die Aufgabenerfüllung, auch wenn die öffentliche Sicherheit nicht gefährdet ist. Das Prinzip Sicherheit vor Ordnung, wie es die Polizei zur Prioritätensetzung anwendet, ist unter den gegebenen Umständen richtig. Damit können wir uns aber nicht zufrieden geben. Wir erinnern uns an die Praxis, bei Ladendiebstahl unter 300 Franken nicht mehr auszurücken. Das schadet dem Vertrauen in den Rechtsstaat und in die Polizei und das darf nicht sein. Unser Anspruch muss sein, dass sich die Kantonspolizei auch um die Ordnung in unserem Kanton kümmern kann.

Was uns doch sehr verwundert, und das gilt auch im Zusammenhang mit dem Lohnmassnahmenpaket, auf welches ich nachher noch zu sprechen komme, ist der Umstand, dass die Kündigungsgründe beim Kanton nicht systematisch erhoben werden, weder in den Departementen, geschweige denn departementsübergreifend. Für uns ist dieser Blindflug schwer nachvollziehbar. Man muss als Arbeitgeber doch wissen, warum Arbeitnehmende ihre Stelle kündigen. Wir haben die klare Erwartung, dass das zeitnah in Angriff genommen wird.

Zum Bericht Schefer wurde bei anderer Gelegenheit schon viel gesagt. Wir halten die Wahl von Professor Schefer als Gutachter bei aller Anerkennung seiner beruflichen Kompetenzen für unglücklich. Wer schon in anderer Funktion ein Mandat des Regierungsrates auf Antrag des Justiz- und Sicherheitsdepartements hat, ist nicht die geeignetste Person für eine unabhängige Untersuchung. Wie der Bericht der GPK klar aufzeigt, ist auch bei der Umsetzung des Berichts einiges schief gelaufen. Ohne die kulturellen Probleme im Korps klein zu reden, kann man doch sagen, wir haben heute keine Kenntnis über die quantitativen Dimensionen dieser Probleme. Etwas, was zu dem Bericht hätte beitragen können, wäre der Mandatsvertrag durch die Vernichtung der Protokolle nicht klar verletzt worden.

Zur Frage der Entlohnung: Wir diskutieren, das wissen Sie, derzeit in der WAK mit dem Lohnmassnahmenpaket ein umfassendes Paket zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wir haben den Anspruch an uns selbst, dass wir das sorgfältig beraten und auch die Auswirkungen von Änderungen mit der nötigen Sorgfalt anschauen. Wir lassen uns da keine Blockadehaltung vorwerfen. Und ob der Vorschlag des Regierungsrates tatsächlich mehrheitsfähig ist, wie es Barbara Heer hier vorne behauptet hat, das wird sich zeigen.

Gleichzeitig kann man aber auch festhalten, der Unterbestand bei der Kantonspolizei ist keine reine Lohnfrage. Die GPK stellt das deutlich und einstimmig, also inklusive der Stimmen der linken Ratshälfte, fest. Die Löhne der Kantonspolizei sind unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktzulage insgesamt konkurrenzfähig, mit Ausnahme der Einstiegsgehälter und auch bei den Zulagen für Zusatzdienste gibt es noch Verbesserungsbedarf, so schreibt es die GPK. Auf diese beiden Punkte werden wir beim Losenmassnahmenpaket unser Augenmerk richten.

Der Bericht spricht auch das Thema der Demonstrationen an und da kommen wir nicht umhin festzustellen, dass die Zahl der Demonstrationen deutlich zugenommen hat. Allein im Jahr 2025 betrug die Zunahme 45%, ohne Mahnwachen und ohne Standkundgebung. Insbesondere stieg die Zahl der unbewilligten Demonstrationen. Nicht umsonst ist die schiere Menge an Demonstrationen Stadtgespräch und das nicht im positiven Sinn. Nun sind Demonstrationen selbstverständlich ein unbestrittenes Grundrecht, es gibt aber eben auch noch die Grundrechte der anderen, die durch die starke Demo-Zunahme eingeschränkt und gestört werden.

Im Kontext des GPK-Berichts ist das natürlich vor allem relevant aufgrund der Auswirkungen auf die Kantonspolizei. Und da stellen wir fest, dass die Zunahme der Demonstrationen und insbesondere der unbewilligten Demonstrationen mit einer Zunahme der Belastung der Polizei einhergeht. Sie muss diese Demonstration begleiten und die öffentliche Ordnung gewährleisten, bei unbewilligten Demonstrationen oft auch sehr kurzfristig, das beansprucht erhebliche personelle Ressourcen. Die vorübergehende Verschärfung der Demopraxis hat den Ressourcenbedarf noch zusätzlich erhöht und konnte nicht aufrechterhalten werden. Mit Blick darauf, dass es oft immer wieder dieselben Themen sind, zu denen demonstriert wird und es sich dabei um internationale Themen handelt, auf die wir hier in unserem Kanton gar keinen Einfluss haben, könnten auch die Demonstranten einen Beitrag zur Problemlösung beitragen, indem sie die Anzahl der



Demonstrationen reduzieren und indem sie für ihre Demonstrationen jeweils ein Bewilligungsgesuch einreichen. Ich bin überzeugt, das würde den Anliegen der Demonstranten nicht schaden, denn heute überwiegt bei der Bevölkerung grösstenteils nur noch der Ärger, dass man schon wieder nicht mit dem Tram durch die Innenstadt kommt und dass viele Menschen samstags deswegen der Stadt fernbleiben.

Was uns irritiert, sind die gegenseitigen Schuldzuweisungen in der Öffentlichkeit, sei es zwischen den Departementen, aber auch durch den ehemaligen Polizeikommandanten, der seine Hände via Zeitung in Unschuld wäscht. Von den Beteiligten kann sich niemand aus der Verantwortung ziehen, das wird aus dem GPK-Bericht klar ersichtlich. Wtwas Selbstkritik wäre da durchaus angebracht.

Für die FDP steht im Vordergrund, die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Der Kanton braucht departementsübergreifend mehr Klarheit über die Fluktuation und ihre Gründe, es braucht klare Verantwortlichkeiten und Prozesse, die bei Uneinigkeit zwischen den Departementen eine rasche Klärung auf Stufe Regierungsrat ermöglichen und es braucht die Anpassung der rechtlichen Grundlagen im Personalgesetz, damit künftig keine Unklarheiten mehr bestehen, wenn der Regierungsrat sich dazu entscheidet, die Zusammenarbeit mit einer Person in leitender Position nicht mehr weiterzuführen.

Wir anerkennen die eingeleiteten Massnahmen zur Neuorganisation, zur Ausbildung und Rekrutierung von zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten sowie zur Stärkung einer positiven Kultur im Polizeikorps. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Kantonspolizei sich auf dem richtigen Weg befindet, damit wieder ruhigere Zeiten kommen. Und wir sind gefordert, diesen Prozess kritisch, aber auch mit der nötigen Wertschätzung gegenüber allen Polizistinnen und Polizisten zu begleiten, die Tag und Nacht für Sicherheit auf unseren Strassen sorgen.

Wir bedanken uns bei der Geschäftsprüfungskommission für die sehr umfassende und sehr sorgfältige Arbeit. Die FDP-Fraktion stimmt dem Bericht und den darin enthaltenen Feststellungen und Empfehlungen zu.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Ich unterbreche hier die Sitzung. Es gibt noch einen Ordnungsantrag von Eric Weber. Er beantragt, dass wir das Geschäft nicht erst um 15 Uhr weiterbehandeln, sondern jetzt direkt bis zum Schluss debattieren. Wir machen entsprechend auch eine Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Traktandum 14 vor der Mittagspause beenden, NEIN heisst jetzt die Sitzung zu unterbrechen.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**1 Ja, 73 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008414, 11.03.26 12:02:29]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Sitzung zu unterbrechen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben sich entschlossen, dass wir erst um 15 Uhr mit dem Geschäft weiterfahren.

#### **Schluss der 4. Sitzung**

12:02 Uhr



## Protokoll

der 5. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 11. März 2026, um 15:00 Uhr

<b>Vorsitz:</b>	<i>Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin</i>
<b>Protokoll:</b>	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
<b>Abwesende:</b>	<i>Melanie Eberhard (SP), Tim Cuénod (SP), Lydia Isler-Christ (LDP), David Jenny (FDP), Christoph Hochuli (die Mitte/EVP), Fina Girard (Grrüne/jgb).</i>

### Verhandlungsgegenstände:

14. Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zur Kantonspolizei Basel-Stadt.....	2
16.1. Interpellation Nr. 14 Brigitta Gerber betreffend Auszahlung der Arbeitslosengelder – technische Probleme auch in Basel? Was tut der Kanton Basel- Stadt? .....	17
16.2. Interpellation Nr. 15 Lukas Faesch betreffend Wechsel der Unterstellung des Zentralen Personaldienstes vom Finanzdepartement zum Regierungskollegium .....	19
16.3. Interpellation Nr. 16 Eric Weber betreffend Fragerecht des Abgeordneten, dass immer mehr bemängelt wird .....	20
16.4. Interpellation Nr. 17 Franziska Stier betreffend Militärübung Conex 26 im Raum Basel .....	21
16.5. Interpellation Nr. 18 Pascal Pfister betreffend Bedeutung zugewanderter Arbeitskräfte für die Grundversorgung und Funktionsfähigkeit systemrelevanter Branchen .....	21
16.6. Interpellation Nr. 19 Tobias Christ betreffend Digitalisierung im Gesundheitswesen – Auswirkungen der Auswahl des neuen Klinikinformationssystems (KIS) des Universitätsspital Basel (USB) Auswirkungen auf die Gesundheitsregion Basel.....	23
16.7. Interpellation Nr. 20 Nicola Goepfert betreffend Transparenz und OECD-Konformität bei der Verwendung der Mittel aus der OECD-Mindestbesteuerung.....	24
16.8. Interpellation Nr. 21 Joël Thüring betreffend missachtet Regierungsrätin Esther Keller bei Rekursentscheiden der Freizeitgartenkommission infolge eigener Abwesenheit das Gesetz? .....	26
16.9. Interpellation Nr. 22 Stefan Suter betreffend Rattenplage im unteren Kleinbasel und in Kleinhüningen....	26
16.10. Interpellation Nr. 23 Raoul Furlano betreffend gravierende Verletzung des zentralen demokratischen Grundrechts erfordert sofortiges Handeln .....	28
16.11. Interpellation Nr. 24 Luca Urgese betreffend «USB-Gate»: Das Debakel bei der Auszählung der elektronisch abgegebenen Stimmen bei der Abstimmung vom 8. März 2026 .....	29
16.12. Interpellation Nr. 25 Alex Ebi betreffend ungenügende Förderung des Sports und der Sport-Infrastruktur	32
16.13. Interpellation Nr. 26 Christine Keller betreffend alarmierender Legionellenbefunde in öffentlichen Duschanlagen und Alters – und Pflegeheimen .....	32
16.14. Interpellation Nr. 27 Annina von Falkenstein betreffend vorgesehene Änderung des Kooperationsvertrags zwischen der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und der Musik-Akademie Basel (MAB).....	32
16.15. Interpellation Nr. 28 Lorenz Amiet betreffend peinliche Panne beim e-Voting oder mehr? .....	33



## Beginn der 5. Sitzung

Mittwoch, 11. März 2026, 15:00 Uhr

### 14. Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zur Kantonspolizei Basel-Stadt

[11.03.26 15:00:06, 26.5029.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung. Wir fahren fort mit Traktandum 14 Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zur Kantonspolizei Basel-Stadt. Das Wort hat für die SVP-Fraktion Beat K. Schaller.

*Beat K. Schaller (SVP):* Die Polizei, dein Freund und Helfer und leider ständiger Begleiter der politischen Debatten. Leider, muss ich sagen, denn unsere Polizisten leisten eine für unsere Gesellschaft enorm wichtige Arbeit, eine Arbeit, welche sich angesichts der sich wandelnden Zusammenstellung unserer Gesellschaft immer schwieriger darstellt. Es ist der SVP ein grosses Anliegen, zuerst einmal ein Dankeschön an alle Polizisten für ihre enorme Arbeit auszurichten. Wir können es ihnen nicht hoch genug anrechnen, dass sie trotz massiven Unterbestands immer noch die öffentliche Sicherheit gewährleisten, Chapeau.

Wie der Bericht der GPK aufzeigt, sind die Polizisten aber nicht nur gegen aussen Schwierigkeiten ausgesetzt. Auch im Inneren bestehen Probleme, welche ihre Arbeit belasten. Das ist unnötig und muss schnellstens behoben werden. Die GPK macht dazu ja auch viele Feststellungen und Empfehlungen und die SVP erwartet, dass diese Empfehlungen nicht einfach nur für die Akten zur Kenntnis genommen werden, sondern schnelle und zielführende Massnahmen auslösen.

Herausstreichen in diesem Votum möchte ich folgende Punkte.

Zuerst zur Zusammenarbeit von HR BS und HR JSD: Die GPK spricht von mangelhafter interdepartementaler Zusammenarbeit bis mindestens 2023. Dass sich unsere Departemente gegenseitig Steine in den Weg legen und es nicht fertig bringen, gemeinsam an einem Strick, und zwar am gleichen Ende des Stricks, zu ziehen, das ist unseres Kantons unwürdig. Wir erwarten, dass sich diese Geisteshaltung sofort ändert und hier sind natürlich die Departementvorsteherinnen in der Pflicht, solches Verhalten sofort abzustellen respektive gar nicht entstehen zu lassen.

Kommen wir zum Bericht Schefer, ein Trauerspiel von Anfang bis Ende. Der damalige Kommandant hat Missstände im Korps wahrgenommen und aus eigenem Antrieb einen Bericht in Auftrag gegeben. Der Mandatnehmer wurde beauftragt, Kulturprobleme im Korps zu prüfen und Empfehlungen zu formulieren. Dass dafür ein Staatsrechtler beauftragt worden ist, dass ein Staatsrechtler die Federführung übernahm und nicht jemand, der auf solche Arbeiten spezialisiert ist, das ist völlig unverständlich, und dementsprechend ist der Bericht auch ausgefallen. Wir haben es gehört, ein starkes Drittel der Polizeiangehörigen hat an der Befragung teilgenommen. Der Bericht aus diesen Befragungen enthält keine statistisch belastbaren Schlüsse auf die Gesamtheit. Er wurde von beiden Autoren einfach euphemistisch als Stimmungsbild bezeichnet, mehr nicht.

Von einem Leitautor, der Professorentitel trägt, dürfen wir mehr als nur ein Stimmungsbild erwarten, nämlich statistisch belastbare Aussagen, welche nicht nur Korrelationen aufzeigen, sondern auch statistisch begründete Kausalitäten. Man kann sich gut vorstellen, dass eine professionelle Untersuchung Zusammenhänge an den Tag bringt, welche vorher nicht sichtbar waren. Nun, leider, diese Chance wurde gründlich vergeigt.

Kommt erschwerend hinzu, dass die Gesprächsprotokolle der Befragungen vernichtet worden sind, im Gegensatz zum Mandatsvertrag. Es ist deshalb unmöglich zu beurteilen, welche Fragen wie gestellt worden sind, wie die Antworten genau ausgefallen sind. Alles in allem wurde der Auftrag mit guten Absichten ausgelöst. Das Resultat ist aber, wie die GPK-Fraktion schreibt, nur teilweise erfüllt. Meines Erachtens nach ist teilweise ein Euphemismus, es ist klar ungenügend. Ich selber bezweifle, dass ein Student, der eine solche Arbeit abliefert, es sogar nur bis zu einem ungenügend gebracht hätte.

Ein grosses Problem ist die Entwicklung des Bestands, wir haben es gehört, massiver Unterbestand, Pensionierung, eine deutliche Anzahl von Kündigungen. Das sind nicht einfach nur Kulturprobleme, sondern auch ungenügende Anstellungsbedingungen, und dazu gehört zentral das Thema Lohn. Die GPK empfiehlt, die Einstiegsgehälter anzupassen. Das



ist aus Sicht der SVP zu wenig. Die Löhne unseres Polizeikorps sind konkurrenzfähig, aber wenn wir einen solchen massiven Unterbestand haben, dann müssen sich nicht nur die Anstellungsbedingungen, sondern auch die Löhne deutlich von anderen Korps abheben, sonst kommen wir nie aus diesem Jammertal heraus. Wir verweisen dazu auch auf die Motion Messerli und Hug betreffend Polizeiberuf in Basel-Stadt, Lohnerhöhung jetzt. Die Motion ist in der WAK in Beratung. Wir hoffen, dass die Mitglieder der WAK hier mit offenen Ohren und offenem Sinn zuhören.

Für junge Polizisten ist aber auch die Laufbahnentwicklung und die Beförderungsverfahren ein grosses Thema, sie haben das Recht zu wissen, nach welchen Kriterien sie wann Beförderungen erwarten können, wie die Laufbahn aussieht. Da erwarten wir, dass sich rasch konkrete Lösungen aufzeigen.

Auch die vielen unplanbaren Einsätze gerade bei Demonstrationen sind natürlich für Polizisten mit Familien ein sehr grosses Problem und die fehlende Planbarkeit der Freizeit wurde neben den Löhnen auch als Gründe für zunehmende Kündigungen genannt. Und *entre parenthèse* zum Thema Demonstrationen – zu Anfang ihrer Regierungszeit hat die Departementsvorsteherin eine konsequente Haltung zu unbewilligten Demonstrationen, Sachbeschädigungen, Störungen der Öffentlichkeit gezeigt. Diese Konsequenz ist leider so nicht mehr wahrnehmbar. Wir lesen mehr von unbewilligten Demos als von bewilligten. Deshalb, umso wichtiger ist es, dass die Antichaoteninitiative der SVP an der Urne angenommen wird.

Schlussendlich noch zum Thema Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, das darf natürlich bei einer Polizeidebatte in unserem Kanton nicht fehlen. Diese Themen, ganz richtig, die dürfen beileibe nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Diese Fehlverhalten werden aber von der Polizei anerkannt, sie werden behandelt, sie werden geahndet. Die diesbezüglichen sehr negativen Voten von heute Morgen weist die SVP zurück. Ganz schlimm ist der Ausdruck struktureller Sexismus, ein Lieblingsausdruck der linken Politik, den wir mit aller Deutlichkeit zurückweisen. Dieser Ausdruck ist falsch. Strukturell würde bedeuten, dass Sexismus ein integraler Bestandteil von Ausbildung und Arbeit der Polizei ist. Das ist eine unhaltbare Unterstellung. Sie weitet das Fehlverhalten Einzelner aus auf die Gesamtheit. Das ist falsch und das ist diskriminierend.

Die Ausdrücke struktureller Sexismus und Rassismus sind weniger Fakten, sondern mehr Ausdruck der politischen Gesinnung eines Teils der GPK. Es sind genau solche haltlosen Pauschalisierungen, welche immer mehr Polizisten zur Kündigung treiben. Und es ist endlich an der Zeit, dass sich die ewigen Polizeileugner in der Politik auf Ihre Verantwortung gegenüber den Polizisten als Menschen besinnen. Es ist endlich an der Zeit, dass sie aufhören, unsere Polizisten bei jeder Gelegenheit in die Pfanne zu hauen. Und dann wundert man sich, wenn immer mehr Polizisten kündigen. Nehmen Sie sich selbst an der Nase.

Ich habe meine Bemerkungen gemacht. Damit kann ich nur sagen, die SVP unterstützt die beiden Punkte des Grossratsbeschlusses.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Zufälligerweise startete ich heute vor sechs Jahren in den Grossen Rat, und in einer meiner ersten Kommissionssitzungen in der GPK ging es auch um die Absetzung eines Direktunterstellten des Regierungsrats. Als mittlerweile amtsältestes Mitglied der GPK bitte ich um Entschuldigung, dass ich diese Debatte von 2020 um eine Entlassung einer Führungsperson, die alle Rechtswege ordentlich durchschritt, heute in meine Überlegungen einbeziehe.

Zum Polizeibericht: Die Polizei ist wohl das zweitälteste Gewerbe, seit es Staaten gibt. Als Sicherheitsdienst setzte sie den Willen einer undemokratischen Obrigkeit durch. Seit zweihundert Jahren herrschen aber alle Bürger:innen in Form der Demokratie. Das schafft ein Spannungsverhältnis, denn der Wille der Bürger:innen ist ungleich pluralistischer als der einer Elite. Und die Polizei muss heute als Institution die Sperrspitze der Demokratie sein, denn sie setzt die Regeln durch, welche ihr die Staatsgewalten vorgeben. Die Polizei ist also ein sensibles Gewinde, das genauso vorsichtig wie aber auch resolut gegenüber seinen Bürger:innen sein muss. Wie wir heute weltweit allzu oft sehen, ist ohne Ordnung und Sicherheit kein Rechtsstaat zu haben. Wir als Parlament sind dazu da, dies zu kontrollieren, aber auch wertzuschätzen. Und so gilt unser Dank allen, die diesen Dienst an der Allgemeinheit leisten.

Bitte erlauben Sie mir, die nachfolgenden Ausführungen mit einem Bild, wie ich die Situation in den letzten sechs Jahren erlebt habe, zu illustrieren. Der König ist überall – ein Propagandabild von Robert Wartmüller aus dem 19. Jahrhundert. Und wie Sie hier in der Mitte sehen, die heisse Kartoffel im Bild ist die Kartoffel selbst. Wie bei jedem natürlichen Gebilde ist hier die Kultur entscheidend. Ich werde mich aber dazu nicht äussern, dazu wurde bereits sehr viel vom Kommissionspräsidenten gesagt und Fleur Weibel wird in einem Einzelvotum ebenfalls die Frage des weiteren Vorgehens ansprechen.

Nur so viel von mir: Die Kantonspolizei ist nicht rassistisch und nicht sexistisch. Das heisst nicht, dass es keinen Sexismus und Rassismus gibt. Die Polizei ist nicht besser als die Gesellschaft und es ist unsere gemeinsame Aufgabe als Gesellschaft und Aufgabe der Behörden, ein diskriminierungsfreies Umfeld zu schaffen. Wir bleiben noch etwas beim Bild.



Wir kommen zu den Polizist:innen in diesem Bild, die Bauern, die ausgedünnt Weidefelder bestellen müssen. Sie sind die Leidtragenden der Situation. Erschwerend hinzu kamen die Grosseinsätze in den letzten Jahren. Corona 2020/2021, Zikoba, ESC, Euro, daneben bis im Mai 2023 auch ein Grossaufgebot nach dem anderen. Die Überstunden häufen sich, die Personen gehen, Kulturprobleme lösen sich nicht auf. Es bräuchte zum Beispiel Kinderbetreuung für Familien oder psychologische Verstärkung. Die Öffentlichkeit – hier verdattert am rechten Bildrand zu sehen – sah die Probleme. Die GPK benannte sie zum Beispiel seit Jahren. Wie die Öffentlichkeitsbefragung zur Polizei durch das Band zeigt, geniesst sie aber Respekt und Vertrauen. Es gibt auch Vorbehalte, als Beispiel die Frage, ob alle Menschen gleich behandelt werden. Eine demokratische Polizei muss sich dieser Öffentlichkeit stellen, genau wie der Grosse Rat oder auch der Regierungsrat. Und um dies optimal zu können, muss die Polizei auch optimal aufgestellt sein.

Womit wir beim ehemaligen Kommandanten wären, hier die Figur in schöner weisser Uniform und gelben Hosen. Der Kommandant musste und wollte bei seinem Eintritt die Kultur verbessern, Frauen ins Korps integrieren, Personalfragen angehen, der Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen. In sechs Jahren in der GPK sah ich einen Kommandanten, der für bessere Löhne kämpfte, für Kinderbetreuung, für eine bessere Kultur, strukturelle Reformen, psychologische Betreuung. Gewisses hat er erreicht, bei vielem stand er an, gewisses hat er vielleicht auch selbst verschuldet. Seine Amtsführung wurde dabei aber nie von den Vorgesetzten in Frage gestellt. Auch beim letzten Jahreshearing der GPK mit der Departementsvorsteherin und dem damaligen Kommandanten Ende April 2024 deutete nichts darauf hin, dass er zwei Monate später auf die Strasse gestellt wird. Mit dem Bericht Schefer wollte der Kommandant offensichtlich alles, bei welchem er nicht weiterkam und an eine gläserne Decke stiess, ans Licht bringen, in die Öffentlichkeit. Und das haben Schefer, Puglisi und der damalige Kommandant geschafft. Unsere Fraktion teilt die Einschätzung, dass dies ungeschickt aufgegleist, ausgeführt und durch die Protokollvernichtung der parlamentarischen Kontrolle entzogen wurde.

Geschätzte Damen und Herren, wir sind nun im Juni 2024 und damit beim König hier im Bild, sprich der Departementsvorsteherin. Der König ist überall. Die Departementsvorsteherin redet mit den Polizisten an der Basis, sie ist nahe am Korps, sie ist im Austausch mit allen und auch mit dem Berichtsschreiber. Sie ist sogar eine der 372 Teilnehmenden an der Befragung für den Bericht Schefer. Was hat sie dort wohl gesagt?

Der König ist überall, und wenn er überall ist, warum geschieht dann nichts? Und wenn der Direktunterstellte es angeblich alleine nicht geschafft hat, warum wird dieser dann nicht geführt? In der Stellungnahme des Regierungsrats weist dieser auf Versäumnisse des Kommandanten hin und wie es nun besser laufe. Warum traf dann die Departementsvorsteherin früher keine personellen Massnahmen gemäss Personalgesetz, wenn der Kommandant angeblich etwas falsch gemacht hat? Warum gab sie nie einen Verweis oder warum wurde sein Aufgabengebiet nicht geändert? Der König ist überall, aber ist er auch über dem Gesetz?

Seien wir froh, die Zeiten der Könige sind vorbei. Das Volk ist nun König und es wählt seine Repräsentant:innen und uns alle hier im Grossen Rat und es wählt auch seinen Regierungsrat, auch wenn nur einer hier ist. Und damit sind wir bei den Wahlen 2024. Vor eineinhalb Jahren stand ich hier und erläuterte, warum die GPK diese Untersuchung zuerst führen sollte, ehe vielleicht eine PUK eingesetzt wurde. Und ich machte Sie vor allem darauf aufmerksam, dass es staatspolitisch falsch ist, das Instrument der PUK für den Wahlkampf gegen ein Regierungsratsmitglied zu missbrauchen. Wer den Sonderbericht der GPK zur Kantonspolizei gelesen hat, kann zum Schluss kommen, der damalige Kommandant und die Polizeileitung wurden auf die Strasse gestellt während des Wahlkampfes. Die Departementsvorsteherin hat selbst mehrfach gegenüber Medien gesagt, sie sei gezwungen gewesen, so zu handeln. Mag sein, aber um der Polizei willen? Die Aktion kostete den Kanton zudem viel Geld. Oder haben Sie schon einmal ausgerechnet, wie viel die Entlassung von Kommandanten und Polizeileitungsmitgliedern den Kanton gekostet hat?

Entschuldigend muss zugunsten der Departementsvorsteherin aber festgehalten werden, dass sie nicht die alleinige Verantwortung trägt. Wo waren die sechs Regierungsratsmitglieder am 28. Juli 2024? Warum haben Sie dieser Entlassung ohne rechtliche Grundlage zugestimmt? Wer von den sechs Regierungsratsmitgliedern von links bis rechts hat das Personalrecht verteidigt? Wir hören immer wieder, wie gut es die Regierungsmitglieder miteinander haben, wie gut das Team funktioniert. Aber in einer Demokratie muss es möglich sein, es gut miteinander zu haben und miteinander zu streiten, einander zu kontrollieren, sonst wird dem Rechtsstaat wie in diesem Fall geschadet.

Unsere Fraktion nimmt deshalb den Bericht der GPK zur Kantonspolizei mit grosser Sorge zur Kenntnis. Ob sich mit dieser fragwürdigen Aktion des Austausches der Polizeileitung wirklich eine Kehrtwende schaffen lässt? Wir hoffen und wünschen es. Es braucht nun Stabilität und einen langfristigen Plan und keine Hauruckaktionen, die gerade altgediente Mitglieder im Korps weiter verunsichert. Auch stellt sich die Fraktion die Frage, welches Ablaufdatum der jetzige Kommandant hat und wann endlich ein langfristiger Plan für die Führung der Polizei präsentiert wird. Wir bieten Hand dafür, erwarten aber auch, dass der Regierungsrat aus dieser Affäre seine Konsequenzen sieht.

Ich möchte den Mitgliedern der GPK für die Zusammenarbeit danken, auch dem Regierungsrat für die Begleitung und besonders der Kommissionssekretärin Kathrin Pavic, die hier Ausserordentliches geleistet hat.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zu den Einzelsprechenden. Eric Weber hat das Wort.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Raoul Furlano hat vorher noch eine Zwischenfrage, sie wird angenommen.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Mich nimmt etwas schon sehr wunder. Nehmen wir an, Sie wären Regierungsrat gewesen zu dieser Zeit. Wie hätten Sie reagiert als Regierungsrat, auch als Gruppe der Regierungsräte, wenn die Entlassung nicht passiert wäre nach diesem Bericht?

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Ich hätte Massnahmen getroffen, die gesetzeskonform sind mit dem Personalrecht.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen nun zu den Einzelsprechenden. Eric Weber hat das Wort.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich beantrage Rückweisung an die Geschäftsprüfungskommission und Nichteintreten. Die Medien interessieren sich für die Sache Sexismus und für alles andere nicht. Meine Vorrednerin Barbara Heer hat über Frauen bei der Polizei gesprochen. Barbara Heer, ich rede jetzt über Männer bei der Polizei. Männer sind einfach vom Körper her stärker, und darum ist der Polizeiberuf ein Männerberuf. Das ist statistisch erwiesen. Ich bin in Basel bisher nur von Männern verhaftet worden, und Frauen standen im Hintergrund oder waren nicht vorhanden. Ich würde mir einmal wünschen, dass mich eine Polizistin verhaftet.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich bitte das Bild einzublenden. Die Polizei hatte ja ein Bildchen von schönen Polizistinnen, ich sage jetzt nicht, wie sie hiessen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Eric Weber, ich bitte Sie, zum Thema zu sprechen.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ein paar grundsätzliche Bemerkungen. Ich muss zuerst etwas über die Vorgeschichte sagen, bevor ich auf das Bild zu sprechen komme. Auf meiner Homepage sind zwei Politiker von Basel, einerseits mein Lieblingspolitiker Baschi Dürr, Vorgänger von Regierungsrätin Stephanie Eymann. Aber er wurde nicht mehr gewählt, weil er zu wenig hart durchgegriffen hat. Ein Lob an Regierungsrätin Stephanie Eymann, sie greift durch. Mein Lieblingspolitiker Baschi Dürr hat zu wenig gemacht wegen den Demos. Ich muss Regierungsrätin Stephanie Eymann loben, sie macht es besser, darum ist sie auch wieder gewählt worden.

Ich mag Regierungsrätin Stephanie Eymann und ich habe schon öfters gesagt, sie hat den undankbarsten Job in unserem Kanton bei den Politikern. Kein SP-Politiker möchte Polizeiminister sein. Sie hat es nicht einfach, ich möchte den Job auch nicht machen, selbst als Regierungsrat, weil das ist ein Chaos.

Dennoch habe ich eine Kritik. Ich musste lachen, als ich in der Basler Zeitung, dass und Lachen ist gesund, ich habe gelesen in der Basler Zeitung, und ich sage es jetzt nicht, denn man darf ja darüber nicht reden, diese sind f.-bar und diese sind nicht f.-bar.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Eric Weber, es reicht jetzt, bleiben Sie bei der Sache, das ist sonst der erste Ordnungsruf.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Aber warum wurde das nicht benannt in dem Bericht bei Feststellung 33? Bei Feststellung 33 kann ich lesen als Grossrat, die GPK stellt fest, dass in einzelnen Bereichen der Kantonspolizei Basel-Stadt Verhaltensweisen vorkamen und potenziell weiterhin vorkommen können, die nach Einschätzung der GPK eindeutig als sexistisch, rassistisch zu beurteilen sind. Tim Cuénod, dann möchte ich schon bitten, dass man die Beispiele bringt, und die Beispiele habe ich gelesen in der Basler Zeitung. Darum frage ich auch, Tim Cuénod, und diese Frage ist legal, was ist mit diesen Fotoübersichten passiert, sind die abgehängt worden? Und wie lange haben die Fotoübersichten an der Wand gehängt von diesen Polizistinnen, wie lange haben die Bilder an der Wand gehängt? Ich erfinde es ja nicht, Frau Präsidentin,



es ist in der Basler Zeitung gestanden und die Zeitungen werden darauf eintreten. Ich komme zum Schluss, ich würde mir wünschen, wenn die Absicherung der Fussballspiele...

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Zeit ist um. Nächster Einzelsprecher ist Pascal Pfister.

*Pascal Pfister (SP):* Ich möchte Ihnen nochmal in Erinnerung rufen, worum es hier eigentlich geht. Wieso gab es den Bericht Schefer und danach auch den GPK-Bericht?

Wir haben seit der Coronazeit einen massiven Unterbestand bei der Basler Kantonspolizei und in dieser Zeit einen massiven Anstieg der Kündigungen, eine regelrechte Kündigungswelle. Das ist problematisch, darüber müssen wir nicht lange Worte verlieren. Die Gründe wurden genannt, unter anderem von Barbara Heer. Es gibt eine grosse Belastung auch aufgrund von Sondersituationen, einen im Vergleich relativ tiefen Lohn und das Thema der Kultur.

Viele Punkte wurden schon angesprochen, ich möchte hier das Thema der Kultur, einer explizit frauenfeindlichen Kultur, in den Vordergrund stellen. Die Polizeikrise ist zu grossen Teilen eine Krise im Umgang mit Frauen. Und das ist ein grosses Problem. Wenn Sie die Kündigungen anschauen, dann sehen Sie, dass die Frauen überdurchschnittlich gekündigt haben, Sie sehen, dass die Polizei heute ein Ungleichgewicht hat, dass sehr wenige Frauen noch bei der Polizei arbeiten im Vergleich zu anderen Korps oder auch zu anderen Berufen. Und das kommt daher, dass wir diese verschiedenen Ereignisse haben – ob wir die jetzt quantifizieren oder nicht, ist gar nicht so wichtig, sondern die sind vorgekommen. Da gab es gerichtliche Verfahren, da gab es Personalverfahren und das ist ja meistens die Spitze des Eisberges. Und was in dieser Situation besonders schwierig war, war die fehlende Unterstützung auf der mittleren Ebene. Es gab eine regelrechte Kultur des Wegschauens. Und das hat dazu geführt, dass sehr viele Frauen gekündigt haben in dieser Zeit und dass es nicht mehr attraktiv ist für Frauen, bei dieser Kantonspolizei zu arbeiten.

Jetzt gibt es aktuell Massnahmen, es gab einen Führungswechsel, darauf gehe ich jetzt nicht ein das wurde schon oft besprochen. Es gibt aktuelle Massnahmen, und die waren nicht wirklich der Gegenstand des GPK-Berichtes, aber ich sage das hier persönlich, ich habe das Gefühl, dass einige Massnahmen ergriffen wurden. Es gab die Reorganisation einzelner Einheiten, die besonders davon betroffen waren, da wurde strukturell etwas gemacht in der Organisation, in den Prozessen, das ist sehr wichtig. Dann wurde eine Anlaufstelle eingerichtet. Die Leitung, sowohl Departementsvorsteherin als auch der Polizeikommandant haben deutlich gesagt haben, dass sie das nicht tolerieren.

Aber, und das muss ich auch sagen, bei den Personen auf der mittleren Ebene gab es keine personellen Konsequenzen. Die Leute wurden zwar an andere Stellen umdisponiert, aber sie sind weiterhin bei der Polizei. Und da sehen wir auch das Problem. Es gab einen Gewaltfall, als ein Polizist im Auto gewalttätig wurde, und als das öffentlich wurde, hat der Kommandant gesagt, er habe von dem noch nie etwas gehört und hat die Person sofort freigestellt. Und das zeigt, dass wir hier nach wie vor ein Problem haben, das nicht gelöst ist. Natürlich, die obere Ebene hat sich klar geäussert und das ist auch sehr verdankenswert und das unterstützen wir. Aber es braucht eben auch eine nachhaltige, mittelfristige Strategie, die das Problem wirklich auch längerfristig löst.

Dann komme ich zum Ausblick. Es braucht mehr Frauen in der Basler Kantonspolizei. Das ist gut für die Kultur innen, das ist aber auch gut für die Kultur gegen aussen. Das führt dazu, dass die Polizei auch in der Bevölkerung besser wahrgenommen wird. Und wenn Sie nicht überzeugt sind davon, dass das ein Kulturproblem ist, kann ich hinzufügen, dass wir das auch für die Rekrutierung brauchen. Jedes Polizeikorps in der Schweiz sucht Leute. Wo haben wir das grösste Potenzial, Leute zu finden? Bei den Frauen. Die Polizei Baselland hat das erkannt, sie macht einen Workshop nur für Frauen, wo sie gezielt Frauen ansprechen wollen, damit sie den Polizeiberuf ergreifen.

Also wir brauchen eine Polizei, die ein Ort ist, wo Frauen gerne arbeiten und das können wir zusammen schaffen und sollten wir zusammen schaffen, und in diesem Sinn, Luca Urgese, ist das Angebot wirklich ernst gemeint, dass wir das zusammen machen, wenn wir irgendwie gefunden hätten, dass es eine Propagandashow werden soll, dann hätten wir die Vorstösse schon eingereicht. Wir laden alle dazu ein, die Polizei zu einer Ordnungsmacht zu machen, in der Frauen gerne arbeiten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Lukas Faesch.

*Lukas Faesch (LDP):* Wenn Oliver Thommen suggeriert, der Kommandant sei entlassen worden aus wahlpolitischen Gründen, dann ist das erstens mal eine rein parteipolitische Aussage und zweitens ist es etwas schamlos, weil Oliver Thommen wie ich während diesen ganzen langen Verhandlungen in der GPK dabei waren und kein einziges Mitglied, weder schriftlich noch mündlich, hat jemals einen solchen Vorwurf erhoben. Im ganzen Bericht, der über 70 Seiten lang ist, steht



kein Wort von einem solchen Vorwurf und ich finde, wenn ein Mitglied der GPK das hier lautstark vorbringt, dann finde ich das etwas stossend. Ich möchte, dass Sie das berücksichtigen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Fleur Weibel.

*Fleur Weibel (GRÜNE/jgb):* Ich kann mit meinem Votum direkt an das anschliessen, was Pascal Pfister gerade ausgeführt hat. Ich möchte jetzt nicht noch einmal auf die Feststellungen der GPK eingehen. Ich glaube, es ist gut, dass wir diesen Bericht haben, in dem auch viele Massnahmen und Empfehlungen ausgesprochen wurden. Ich glaube, das gibt uns eine gute Basis, um jetzt wirklich gemeinsam auch in die Zukunft der Basler Kantonspolizei schauen zu können.

Ich spreche jetzt noch einmal aus der Perspektive der JSSK. Wir hatten seit dem Erscheinen des Berichts Schefer immer wieder auch Hearings mit der Departementsvorsteherin und auch mit dem neuen Interimspolizeikommandanten in der JSSK geführt. Und ich fokussiere jetzt auch nochmal auf die Frage der Kulturprobleme, die Pascal Pfister schon gut umrissen hat und die auch heute Morgen gut umrissen wurden, und ich möchte einfach vor allem auf einen Punkt nochmal ganz explizit eingehen.

Es ist wirklich festzuhalten, dass in den letzten zwei Jahren Massnahmen ergriffen wurden. Es wurde eine externe Beratungsstelle beauftragt, dass sie als Anlaufstelle für Personen, die diskriminierende Erfahrungen machen, eingerichtet wurde. Das ist eine gute Massnahme. Es ist ebenfalls gut, und Pascal Pfister hat das auch ausgeführt, dass jetzt auf der obersten Führungsebene eine klare Positionierung gegen Diskriminierungen im Korps ausgesprochen wurden. Ich bin auch überzeugt, dass das von der Departementsvorsteherin und auch vom Kommandanten sehr klar so vorgelebt werden.

Was ich hingegen anmerken möchte – und da kommen wir zum entscheidenden Punkt – ist folgendes. Wenn wir über den Umgang mit Sexismus und Rassismus und diskriminierenden Vorfällen sprechen, dann reicht es schlicht und einfach nicht, eine Nulltoleranzpolitik zu verkünden und dann das Gefühl zu haben, dass Sexismus und Rassismus im Denken der Menschen verschwindet. Und das ist übrigens auch ein ganz wichtiger Punkt an Beat Schaller. Es geht hier überhaupt nicht nur um die Polizei, es geht auch nicht darum, die Polizei an den Pranger zu stellen und zu sagen, das ist jetzt der Ort von Rassismus und Sexismus, sondern wir leben tatsächlich in einer Gesellschaft, in der wir uns in allen Bereichen mit sexistischen und rassistischen Vorkommnissen beschäftigen müssen. Der Punkt ist, alleine zu sagen, wir tolerieren das jetzt nicht mehr, ändert in den Haltungen der ganzen Leute, die in einem Betrieb, in einer Organisation arbeiten, noch nicht. Denn die Frage ist immer, wo das Denken, wo die Einstellungen dann hingehen. Die verschwinden ja nicht einfach.

Und was ich sehr zentral finde, wäre zum Beispiel, dass wir dann in einer solchen Organisation mal die Frage stellen würden, was Rassismus eigentlich ist. Was bedeutet Diskriminierung eigentlich, wie sieht das aus, über welche Formen von Diskriminierung sprechen wir eigentlich, ab wann ist etwas sexistisch, wann ist es noch nicht sexistisch, mit was haben wir es zu tun? Denn ich glaube, wir haben es mit einer Organisation zu tun – und das kennen wir nicht nur von der Basler Polizei, wir kennen das von anderen Polizeikorps ebenfalls –, die sehr stark männlich geprägt ist, die sehr hierarchisch strukturiert ist, wo es klar auch um einen bestimmten Habitus geht. Und da kann man nicht von heute auf morgen sagen, jetzt gibt es kein diskriminierendes Verhalten mehr, sondern es ist eine lernende Organisation und die Mitarbeitenden müssen mitgenommen werden. Es braucht eine Auseinandersetzung. Womit haben wir es überhaupt zu tun.

Es müssen weiter Fehler gemacht werden können, man muss über die Fehler sprechen können und wenn man einfach sagt, es gibt eine Nulltoleranz, dann kann man die Fehler gar nicht mehr ansprechen, weil dann hat man keine Toleranz mehr dafür und das möchte ich sehr gerne Regierungsrätin Stephanie Eymann mit auf den Weg geben und ich möchte auch sehr anregen, dass dieser gute Dialog, der jetzt auch mit der JSSK aufgegleist wurde, weiterhin gesucht wird. Und es würde mich sehr interessieren, im Detail zu hören, wie auf den verschiedenen Ebenen der Polizei Massnahmen umgesetzt werden und nicht nur den Kommandanten hören, der sagt, dass er jetzt eine Null-Toleranz-Politik hat. Das genügt aus meiner Sicht nicht und ich möchte sehr gerne weiter in einen Dialog mit Ihnen gehen und ich bin sicher, dass Sie dazu auch bereit sind.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher-Steiger.

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Was für eine Debatte, was für ein schwieriges Thema. Ich bin froh, dass wir diese Debatte führen können. Was mich erstaunt ist, dass wir heute mehrfach gehört haben, dass alle Vorwürfe, die wir gegenüber der Polizei erhoben haben, auf einem Bericht beruhen, der eigentlich scharf kritisiert worden ist und dessen Aussagekraft massiv in Frage gestellt worden ist. Und trotzdem werden wir immer wieder hören jetzt und in den nächsten Wochen nochmals und nochmals, dass die Basler Polizei sexistisch und rassistisch sei. Wir haben keinerlei Belege dafür. Es gibt wohl einzelne, die möglicherweise sexistisch und rassistisch gewesen sind, aber diesen pauschalen Vorwurf an die



Polizei zu erheben, erachte ich als grundsätzlich falsch und das sollten wir auch nicht weiter tun. Dazu haben wir keine Grundlage.

Sicher ist, dass überall, wo gearbeitet wird, Fehler geschehen, das ist keine Frage, aber so einfach ist es nicht, wie es jetzt dargestellt worden ist, vor allem auch von Pascal Pfister, den ich sehr schätze, dass es ein Frauenproblem ist und dass, wenn wir mehr Frauen hätten, das Problem erledigt und gelöst wäre. Ich denke, wir als Grosser Rat tragen auch eine grosse Verantwortung, denn wir sind Vorbilder für die Menschen draussen. Wir sind die, die angeschaut werden und wenn wir zum Beispiel sagen, es ist toll, eine Demo, die unbewilligt ist, durchzuführen, das ist doch legal, das machen wir jetzt einfach und wenn wir dann in Kauf nehmen, dass Hunderte von Ordnungsdienstesätzen gemacht werden müssen, die eigentlich nicht so nötig wären, wenn wir uns auch hier drinnen so verhalten, dass wir eben als Vorbilder dienen können, dann wäre es wohl nicht passiert, dass vor allem auch Frauen gegangen sind aus dieser Arbeit. Denn das ist keine tolle Arbeit, wenn Sie noch vier Wochenende pro Jahr garantiert frei haben, wenn Sie eine junge Familie haben. So hat es ausgesehen in diesem Korps, weil ständig Spezialeinsätze nötig waren. Und das können wir zum Teil, glaube ich, mitsteuern, wenn wir weniger Verständnis aufbringen für illegale Demonstrationen beispielsweise, nicht nur, auch die Fussballmatches sind auch immer ganz schwierig und rundum, was alles auf diese Polizei zukommt.

Also wenn wir wollen, dass es der Polizei bei uns besser geht, müssen wir der Polizei unsere Wertschätzung geben. Und ich muss sagen, ich habe grössten Respekt vor der Arbeit der Polizei. Wie war das möglich, letzten Sonntag, als anlässlich dieser unbewilligten Demonstration gerufen worden ist, wir Basler:innen hassen die Polizei. Und dann eben Bummelsonntag, dass die Polizei es geschafft hat, hier diese Gruppen auseinanderzuhalten und deeskalierend zu wirken. Das war grossartige Polizeiarbeit.

Und jetzt die Vorsteherin macht es natürlich falsch und richtig, sie kann machen, was sie will, es ist fast nicht möglich, das richtig zu machen. Ich bin überzeugt, dass der Polizeikommandant eigentlich einen guten Job gemacht hat, Martin Roth ist ein völlig integrier Mensch und was hier gesagt wurde über seine positiven Eigenschaften, stimmt mit Sicherheit. Aber diese Übungsanlage zu diesem Bericht hat wohl dazu geführt, dass er aus Sicht der Regierung praktisch tatsächlich nicht mehr haltbar gewesen ist. Nicht, weil er etwas falsch gemacht hätte in seinem Job, aber diese Übungsanlage hat es fast verunmöglicht, mit ihm an der Spitze die Problemlösung anzugehen.

Also auch wenn ich nicht glücklich bin und nicht einverstanden bin mit der Art des Vorgehens, aber von der Idee her muss ich sagen, habe ich Verständnis für eine Regierung und eine Regierungsrätin, dass sie sagt, wir müssen die Probleme, die jetzt aufgepoppt sind, lösen, und wahrscheinlich können wir es jetzt leider nicht mehr mit diesem Kommandanten lösen, der aus meiner Sicht aber eigentlich eine gute Arbeit gemacht hat.

Wir sind mitverantwortlich für die gute Kultur, für die gute Stimmung in der Polizei und ich bitte Sie, das manchmal auch zu berücksichtigen bei Ihren Kolleginnen und Kollegen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Pfister. Diese wird angenommen.

*Pascal Pfister (SP):* Anerkennen Sie, dass sowohl im GPK-Bericht als auch in vielen öffentlichen Berichten und Aussagen auf allen Stufen der Polizeiebene klar zum Ausdruck kommt, dass es Teile der Polizei gibt, die ein Problem mit Sexismus haben?

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Ja, das anerkenne ich, einzelne haben wohl immer Probleme mit solchen Fragestellungen, das lässt sich leider nicht ganz vermeiden. Aber mit einer möglichst grossen Null-Toleranz-Politik kommen wir dem Ziel vielleicht näher.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Felix Wehrli.

*Felix Wehrli (SVP):* Nach den Voten von heute Morgen muss ich jetzt auch noch etwas sagen. Ich kann das so nicht stehen lassen.

Auch heute wurde von verschiedener, vor allem linker Seite und auch vom Präsidenten der GPK ausgeführt, dass wenige sexistische und rassistische Fälle bekannt seien. Diese werden auch verfolgt, das kann ich aus Erfahrung sagen, dass sie aber der Meinung sind, dass es weit verbreitet sei und vor allem strukturell vorhanden, also eine ausgesprochene, unbelegte Beschuldigung an alle Polizisten, aber auch Polizistinnen, weil auch dort kann das alles passieren.



Das darf Ihre Meinung sein, sie ist aber mit gar nichts belegbar und entspricht aus meiner 40-jährigen Polizeilaufbahn auch absolut nicht der Wahrheit. Es sind aber genau diese von der Politik geäusserten Vorwürfe, welche auch noch die letzten Polizistinnen und Polizisten dazu bewegen, das Polizeikorps zu verlassen. Ich kann da nur sagen «Denn Sie wissen nicht, was Sie tun». Nicht die Polizistinnen, denn genau damit müssen sich danach Polizistinnen und Polizisten im uniformierten, vor allem Aussendienst, auseinandersetzen und erschweren die Arbeit.

Stellen Sie sich vor, es würde uns Grossratsmitglieder betreffen, und Sie würden im Bekannten- und Verwandtenkreis, sowie auf der Strasse, im Umfeld oder sogar zu Hause immer wieder damit konfrontiert. Irgendwann würden auch Sie ihr Amt niederlegen. Und genau das wird weiterhin passieren nach einem Teil der Voten von heute. Ich verstehe jede rechtschaffende Polizistin und Polizisten, wenn sie das Korps verlassen, nachdem sie einige Voten der heutigen Debatte gehört haben. Zudem werden genau diese Themen Sexismus und Rassismus in der Ausbildung eines Polizisten auch geschult. Ich kann den Polizisten aber auch mitteilen, dass sehr viele hier im Saal wissen, dass die allermeisten von ihnen ihren Dienst mit all den grossen Herausforderungen hervorragend ausüben und ich bin dafür sehr dankbar.

Dann noch kurz etwas zu den überprozentualen Kündigungen von Frauen, welche Sie ja mit Sexismus begründen. Machen Sie doch einmal Vergleiche mit anderen Stadtpolizeien oder informieren Sie sich direkt bei den Polizistinnen, die noch arbeiten. Es ist doch durchaus auch so, dass es Frauen gibt, die den Job eigentlich gerne machen, aber merken, wie gefährlich der Job schlussendlich ist, oder sie werden Mutter und haben einen Grund, den Beruf wieder zu wechseln.

Dann noch etwas zur Königin, die erwähnt worden ist. Auch hier spreche ich aus Erfahrung. Ich kann Ihnen versichern, dass kein Exekutivmitglied ein König oder eine Königin ist, sondern es ist immer ein Gremium, das zusammen beschliesst.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ganz kurz zum Vorredner Bruno Lötscher. Es geht um das Bild, das ich vorher habe einblenden lassen, und ich habe vergessen, etwas zu sagen, was Bruno Lötscher nun angesprochen hat. Am Sonntag hatten wir den Bummelsonntag und eine unbewilligte Gegendemo. Ich habe das mitverfolgt. Das Bild wurde am Freitagabend, 6. März aufgenommen, es ist kein Tram gefahren. Ich habe das zwei Stunden von meinem Zimmer aus beobachtet.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Eric Weber, reden Sie bitte zur Sache.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Bruno Lötscher hat ja gesagt, viele würden kündigen und er hat gesagt, viele hätten nur vier Wochenende pro Jahr frei. Aber dann muss ich jetzt trotzdem richtigstellen, die Demo am Freitagabend war wegen den USA und Iran. Die Demo war nicht bewilligt, es ist kein Tram gefahren. Und ich habe auch gar keine Polizei gesehen. Wer hat das Bild aufgenommen? Das war ich. Ich muss schon den Kopf schütteln. Und am Sonntagabend hat sich noch einmal dasselbe wiederholt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Eric Weber, das hat nichts mit der Sache zu tun.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Claudio Miozzari.

*Claudio Miozzari (SP):* Auch die SP hat Kritik an Vergabe und Form des Berichts Schefer geäussert. Es ist mir aber wichtig, dazu noch etwas zu sagen. Wir sind nicht die Untersuchungsbehörde der wissenschaftlichen Tätigkeit von Herrn Schefer, sondern Oberaufsicht des Kantons. Als solche gibt es viel Wichtigeres festzustellen, als eine Meinung dazu zu haben, ob jetzt ein externer Gutachter seinen Vertrag gut oder schlecht erfüllt hat. Wirklich wichtig in dieser Sache ist, dass der Bericht Aussagen gemacht hat, die existenziell sind für unseren Kanton und Probleme benannt hat, die auch die GPK bestätigt hat.

Und nein, es geht nicht darum zu sagen, die Polizistinnen und Polizisten in diesem Kanton seien rassistisch oder sexistisch. Das ist nicht die Aussage und das habe ich persönlich auch nicht so erlebt. Sie müssen auch nicht besser sein als der Rest der Gesellschaft. Es geht darum, sie in Strukturen arbeiten zu lassen, in denen sie ihren Job gut machen können und wo sie selber auch nicht Opfer werden von Strukturen, die sie in ihrer Entwicklung behindern.

Seit Jahrzehnten ist die Kultur in hierarchischen Organisationen Forschungsthema, und es gibt Berge von Literatur dazu. In Basel-Stadt war man komplett unbeholfen, wie man mit Kulturfragen umgehen soll. Und vor diesem Hintergrund ist auch die Diskussion über die sonderbare Auftragserteilung des JSD zu lesen. Und es ist eben nicht Herrn Schäfer anzulasten, wenn



das JSD die eigenen Unterschriftsvorgaben verletzt und einen komplett undefinierten Auftrag vergibt. Nein, es ist Ausdruck eines Problems im JSD, das hier deutlich wurde und auch allzu deutlich, dass dann die Diskussion erschwert hat.

Lernen wir daraus. Ich glaube, es gibt viel Bereitschaft dazu. Es braucht aber auch einen Einsatz, der über diese Debatte und die letzten eineinhalb Jahre hinausgeht. Es braucht auch ein Monitoring. Es geht um die Ausübung des Gewaltmonopols des Staates, und das ist wichtig und ich glaube, hier kann man anknüpfen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Beat Schaller. Diese wird angenommen.

*Beat K. Schaller (SVP):* Sie haben gesagt, es sei nicht Aufgabe der GPK zu prüfen, ob ein Bericht gut sei oder nicht. Sind Sie nicht auch der Meinung, die GPK müsse sich darauf verlassen können, dass die Informationen, die sie bekommt, auch wirklich belastbar sind?

*Claudio Miozzari (SP):* Wir haben genügend Informationen gesammelt, um zu sagen, dass hier ein wichtiges Problem vorhanden ist, um das wir uns kümmern sollen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich habe dieser Diskussion zugehört und tatsächlich, und Bruno Lötscher hat es vorher richtig gesagt, wir sprechen hier jetzt schon seit bald drei Stunden über Dinge, die wir doch einfach nochmals richtig einordnen müssen. Schauen Sie sich doch einmal an, was die Basis dieses Sonderberichts der GPK ist, eine Untersuchung von Professor Schäfer, die aufgezeigt hat, dass er über keine Dokumente verfügt. Wir können nicht quantifizieren, wie viele Personen sich bei Herrn Schefer zu den gleichen Dingen geäussert haben. Vielleicht ist diese sogenannte Sexismus- und Rassismusdebatte, die nun auch gerne hier benutzt wird, um auf Themen überzugehen, die vielleicht nicht ganz so relevant sind, gar nicht so gross, wie Sie das Gefühl haben, weil wir es schlicht und ergreifend nicht wissen. Dieser Herr Professor Schefer hat ja sämtliche Unterlagen zerstört.

Und es ist schon sehr seltsam und da teile ich die Kritik der Geschäftsprüfungskommission, wie es überhaupt zu dieser Auftragsvergabe an diesen Herrn Professor Schefer gekommen ist. Herr Professor Schefer hat offenbar einen Auftrag erhalten, auf einem Dokument, das nicht rechtmässig unterschrieben ist. Diese Untersuchung ist eigentlich nicht korrekt gewesen. Sie entstammt einem Auftrag, der nicht korrekt vergeben wurde. Und dann hat er im Laufe dieser Untersuchung tatsächlich auch noch Dinge nicht eingehalten, die vereinbart wurden. Heute stehen wir nun an diesem Punkt, wo wir einen Sonderbericht der Geschäftsprüfungskommission haben, der bei weitem nicht so detailliert sein kann – und das ist keine Kritik an der GPK -, weil der Ursprung der Untersuchung ein Bericht von Professor Schefer ist, dessen Basis aber nicht existent ist.

Ich finde das wirklich sehr schwierig. Was mir heute etwas zu kurz war ist, dass Herr Professor Schäfer verschiedene Abhängigkeitsverhältnisse zu diesem Kanton hat. Er ist Präsident der Aufsicht über den Staatsschutz. Er ist nicht neutral. Er ist in diesem Kanton Auftragnehmer, unter anderem von dieser Regierung. Er arbeitet eng mit Regierungsrätin Stephanie Eymann zusammen, weil er eben beispielsweise diesen Staatsschutz beaufsichtigt. Also zu meinen, dass Professor Schefer nun der einzige ist, der die Weisheit mit Löffeln gefressen hat, finde ich ehrlich gesagt für die Basis eines solchen Berichts doch sehr schwierig.

Und ja, da bin ich bei Bruno Lötscher, ich habe das Gefühl bekommen in den letzten drei Stunden, dass wir etwas einseitig auf Dinge eingehen, die vielleicht auch ein Problem sind bei der Polizei. Wir wissen es nicht abschliessend, aber wenn Sie mit Polizistinnen und Polizisten sprechen, ist der Hauptgrund, weshalb sie uns verlassen, sind diese vielen Einsätze, die sie in ihrer Freizeit machen müssen, diese tausenden Überstunden, die sie haben wegen illegalen Demonstrationen, auch wegen Fussballspielen, die zu Sondereinsätzen führen, aber auch beispielsweise wegen dem ESC, wegen anderen Grossveranstaltungen, die der Kanton nach Basel holen möchte. Das ist doch der Kern des Problems. Und wenn Sie dann in ein anderes Korps wechseln können mit vielleicht vergleichsweise den gleichen Arbeitsbedingungen, vielleicht sogar mit einem besseren Lohn, aber ganz bestimmt mit weniger Zusatzaufwand und Zusatzstunden, dann entscheiden sie sich wahrscheinlich in einem Lebensabschnitt in ihrer Berufskarriere dafür, den Kanton zu wechseln.

Da müssen wir doch ansetzen, meine Damen und Herren. Wir müssen doch in diesem Parlament – und ich habe sehr geschätzt, was Bruno Lötscher gesagt hat - Vorbild sein und auch zeigen, dass wir die Arbeit der Polizei anerkennen und wertschätzen. Das ist nicht damit gemacht, indem wir es hier vorne sagen, sondern das geht auch so weit, dass wir es zum Beispiel nicht guteissen, wenn an einem Bummelsonntag Illegale durch die Stadt laufen, die halbe Stadt verschmieren und



man das dann auch noch auf den eigenen Social-Media-Kanälen zelebriert und toll findet, dass die halbe Stadt verschmiert worden ist. Das, glaube ich, ist der Hauptkern der Diskussion. Und wenn Sie mit Polizisten reden, Felix Wehrli hat das aus dem Alltag, aus der Praxis auch vorher berichtet, dann ist es das, was schwierig ist.

Dass es in hierarchischen Organisationen auch zu Problemen kommen kann, auch zu zwischenmenschlichen Problemen, das kennen wir, Schichtbetriebe haben dieses Problem ganz generell. Ich bin überzeugt, wenn dieser sogenannte Herr Professor Schefer eine Untersuchung in einem anderen Kanton in gleichem Ausmass machen würde oder in einer anderen Organisation, beispielsweise einer Feuerwehr oder in einem anderen Schichtbetrieb, könnte ich mir vorstellen, dass die Resultate relativ ähnlich ausfallen würden.

Also ich bitte Sie wirklich, nehmen Sie diesen Bericht Schefer nicht für bare Münze, nehmen Sie diese Empfehlungen, die die GPK zu Recht adressiert, ernst, das ist mein Appell an den Regierungsrat, aber arbeiten Sie vor allem daran, dass der Polizei Wertschätzung entgegengebracht wird und dass sie im Alltag weniger belastet wird. Dann klappt es auch mit den Rekrutierungen und dann klappt es auch mit dem Behalten von Polizisten und Polizistinnen, die hier ausgebildet werden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt zwei Zwischenfragen. Diese werden nicht angenommen.

*Pascal Pfister (SP):* Ich werde mit einem Zweitvotum auf die Äusserungen auch von Joël Thüring reagieren.

Wir haben ja gesagt, es gäbe einen Unterbestand, der ein Problem ist. Das ist eben in Basel massiv ein grösseres Problem als in anderen Korps. Wir haben hier in Basel wirklich ein ernstes Problem. Und es gibt drei Hauptgründe, wieso Polizistinnen und Polizisten kündigen, wie die GPK in ihrem Bericht ja auch darstellt. Das ist der Lohn, das ist diese Belastung, da kommt das ganze Thema auch der Demos und der Grossevents hinein, und es ist drittens das Thema der Kultur.

Hinsichtlich Lohn werden wir über das Lohnmassnahmenpaket uns lange über das Thema unterhalten können. Zu den Demos werden wir uns als Fraktion äussern, wenn die SVP-Initiative kommt. Das ist ein Thema, das wir sehr ernst nehmen, worüber wir gerne die Debatte mit Ihnen dann auch führen, aber wir wollen den dritten Punkt nicht ausser Acht lassen. Das ist einfach ein wichtiger Punkt, und der muss genügend Beachtung in dieser Debatte finden.

Wenn man jetzt den Scheferbericht in Frage stellt, oder wenn man sagt, das sind nur Einzelfälle, dann ist das doch zu einfach, damit nimmt man das Problem nicht ernst. Es ist ein ernstes Problem, und wir haben zu wenig Frauen in der Polizei und es ist wünschenswert aus verschiedenen Gründen, mehr Frauen in der Polizei zu haben. Wir sollten alle zusammen daran arbeiten. Es geht nicht darum, dass wir die heisse Kartoffel weitergeben, sondern es geht darum, dass wir Probleme angehen.

Joël Thüring, als Sie noch in der GPK waren, haben Sie vielleicht die Arbeit der GPK auch ein bisschen gnädiger beurteilt. Wir haben natürlich den Scheferbericht kritisiert, aber wir haben versucht, ihn zu plausibilisieren und wir haben verschiedene Leute befragt, Dokumente studiert. Die bringen uns zum Schluss in der GPK, dass das ein Thema ist, das ernst genommen werden muss. Und die anderen Themen sind auch wichtig, die werden wir zu gegebener Zeit auch behandeln, aber dieses Thema darf nicht unter den Tisch gekehrt werden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt zwei Zwischenfragen, eine von Felix Wehrli, eine von Roger Stalder. Sie werden entgegengenommen.

*Felix Wehrli (SVP):* Sie haben gesagt, wir haben extrem viel mehr Kündigungen als andere Kantone. Können Sie sich vorstellen, dass es auch damit einen Zusammenhang hat, dass wir ein reiner Stadtkanton sind und es in der Stadt für Polizisten viel schwieriger ist zu arbeiten als auf dem Land? Ich weiss, dass es so ist.

*Pascal Pfister (SP):* Es gibt verschiedene Faktoren, es geht eben auch um familienfreundliche Arbeitsbedingungen, das betrifft auch Männer, das ist jetzt ein bisschen zu kurz gekommen, es geht nicht nur um Diskriminierung, es geht auch um familienfreundliche Arbeitsbedingungen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Eine kurze Antwort bitte. Roger Stalder hat das Wort.



*Roger Stalder (SVP):* Sind wir uns einig, dass zwei Drittel der Polizisten und Polizistinnen zufrieden sind, da ja nur ein Drittel Herrn Schefer geantwortet hat?

*Pascal Pfister (SP):* Das kann ich Ihnen so nicht sagen, ich kann nur sagen, dass wenn ein Drittel der Population an einer Umfrage teilnimmt, ist das eine sehr schöne Situation für einen Sozialwissenschaftler. Leider wurde die Studie nicht sozialwissenschaftlich gemacht.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Ich möchte hier doch noch einmal klarstellen. Diese kulturellen Probleme Sexismus, Rassismus sind keine Erfindung von Herrn Professor Schefer, vielmehr waren die bereits im Masterplan adressiert, und der Auftrag an Professor Schefer ging gerade in die Richtung, abzuklären, wo die Herde dieser sexistischen oder rassistischen Vorkommnisse sind. Denn es ist selbstverständlich nicht die Gesamtpolizei. Es gab einfach Zellen, und man wusste nicht genau wo so eine Eigendynamik entstanden ist, die wirklich nicht erträglich gewesen ist. Da kam auch die Kündigung von den Polizistinnen her. Eine Idee zur Lösung dieses Problems war ja die Rotation, dass man nicht immer die gleichen Streifen zusammenlässt und sich dann eben solche Bubbles bilden, die vor allem auch in rassistischen Äusserungen gegenüber Drogendealern und ähnlichen kulminierten. Und das war ja der Punkt.

Also diese Rassismus-Sexismus-Debatte ist nicht neu und besteht auch nicht erst seit dem Schefer-Bericht. Aber sie ist auch keine Spezialität der Basler Polizei, das ist vollkommen richtig. Aber sie muss adressiert werden, wir hatten diese Aussagen von Polizistinnen, die deswegen gekündigt hatten. Aber die kamen aus ganz bestimmten Zellen, die eben hätten definiert werden sollen durch den Scheferbericht. Das war der Ansatz. Und man kann jetzt nicht sagen, das ist Peanuts, das ist nichts und das ist ja überall und das ist harmlos. Das geht an der Sache vorbei.

Aber die Polizei, der neue Kommandant nimmt das jetzt ja auf, das wird jetzt angegangen und ich finde den Ansatz von Fleur Weibel sehr wichtig, dass man das nicht einfach jetzt als Nulltoleranz unter den Teppich zu wischen, sondern dass man genau hinschaut, was ja auch der Sinn und Zweck dieser Umfrage gewesen wäre, dass man also hinschaut, wo die Ursachen sind. Es ist auch ein gesellschaftliches Problem, es ist nicht ein Polizeiproblem. Das muss man hier jetzt einfach noch klarstellen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher.

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Ich möchte mich nur noch ganz kurz nochmals äussern, weil Joël Thüring Herrn Schefer immer wieder in den Vordergrund gestellt hat. Mir liegt daran zu sagen und Ihnen auch mitzuteilen, dass Herr Professor Schefer ein ausserordentlich anerkannter Fachmann ist. Er ist einer der besten Grundrechtsspezialisten in der ganzen Schweiz, und dass dieser Bericht überhaupt vorliegt, ist eigentlich die grosse Stärke des Berichts. Ich denke, es ist nicht Professor Schefer anzulasten, dass nicht alles quantifizierbar ist, sondern die Übungslage war möglicherweise nicht genug ausdiskutiert. Aber es liegt mir schon daran, hier zu sagen, dass es nicht darum geht, den Bericht von Herrn Schefer zu kritisieren, sondern es geht darum, was wir jetzt damit machen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt keine weiteren Einzelsprechenden. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Im Namen des Regierungsrats danke ich dem Grossen Rat für die sehr intensive und lange Debatte, die in sehr vielen Aspekten wesentliche Punkte aufgenommen hat. Mir ist wichtig zu sagen, dass aus den Wortmeldungen schon ersichtlich geworden ist, dass das Wohlergehen der Kantonspolizei der Politik am Herzen liegt. Das entnehme ich als Quintessenz der Voten. Es liegt natürlich in der Natur der Sache eines Parlaments, dass sehr breit und sehr unterschiedliche Voten in verschiedene Richtungen, gestützt auf diesen Spezialbericht, gekommen sind. Ich unterlasse es jetzt wirklich, jedes einzelne Votum aufzugreifen. Ich setze jetzt auch noch einmal den Hut der Justiz- und Sicherheitsdirektorin auf, obwohl ich im Namen des Regierungsrat spreche, aber vieles ging doch ans JSD.

Es ist mir sehr wichtig festzustellen, dass gegen Ende der Debatte doch deutlich herauskam, dass seit der Publikation des Berichts Schefer sehr viel gegangen ist. Es sind seither eineinhalb Jahre vergangen. Ich sage mit keinem Wort, dass wir am Ziel sind, aber es ist auch nicht vernachlässigbar, dass wir diese Zeit seit Sommer 2024 sehr intensiv genutzt haben.



Insbesondere auch Kommandant Würzler hat deutliche und gut dokumentierte organisatorische und kulturelle Weiterentwicklungsschritte angestoßen. Ich möchte einfach ein paar nochmals erwähnen.

Es ist gesagt worden, es seien nur die Polizeileitung und der Kommandant ausgetauscht worden und das könne nicht die Lösung sein. Ich möchte daran erinnern, dass wir bis Stufe Ressortleitung alle Stellen neu ausgeschrieben haben nach einheitlichen Bewerbungskriterien, mit Assessments. Angesichts der Vorhalte, die auch inhärent sind in diesem Scheferbericht, dass nämlich ungleich besetzt wurde, dass es eben eine sogenannte Vetterle-Wirtschaft gab, wollten wir auch einen Strich ziehen und nachvollziehbar machen, wie man in eine Führungsfunktion kommt, was die Anforderungen an eine Führungsfunktion sind. Das war der erste Schritt. Und es sind doch mehrere Dutzend Stellen auf Führungsebene, die davon betroffen waren.

Wir haben seither auch alle Hauptabteilungen reorganisiert mit dem Ziel, zum einen den aktuellen Personalbestand effizienter einzusetzen und auch mehr Entlastung ins Korps zu bringen, weil wir den Unterbestand nicht von heute auf morgen beheben können, aber andererseits auch, diese historisch gewachsenen Einheiten etwas aufzubrechen, was sehr wohl einen kulturellen Impact hat. Diese Rochade sollte jetzt durchgesetzt und nicht nur als Idee geäußert werden.

Vielleicht hat da eine Verwechslung stattgefunden, aber auch wichtig zu erwähnen ist, dass wir sehr wohl eine externe Anlaufstelle haben, die auch immer noch *in charge* ist. Ich habe das am Anfang gesagt, dass es befristet ist, weil wir auch wissen wollten, ob das genutzt wird und das richtige Angebot ist. Daneben haben wir die Ombudsstelle. Wir haben diese beiden Möglichkeiten, an welche sich Mitarbeitende wenden können, wenn ihnen diskriminierendes Verhalten in irgendeiner Art auffällt. Gerade mit dieser Anlaufstelle wird die Anonymität hochgeschrieben. Wir erhalten da Meldungen, dank derer wir hoffentlich auch an die Kernprobleme noch näher herankommen. Ich kann Ihnen sagen, wir haben es auch publiziert, im Jahr 2025 hatten wir vier Personen, die sich an diese Stelle gewandt haben, da bekommen wir dann seitens Departement auch einen Bericht. Es muss auch geprüft werden, ob das vier isolierte Fälle sind und alles aus einer Einheit kommt usw. Das ist schon eingerichtet, aber es ist doch auch viel Aufwand, die Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten bei der Anonymität.

Bei der Rekrutierung, und das ist mir wichtig, stellen wir wirklich erste und gute Erfolge fest. Wir haben es gehört, wir haben zwei Mal in Folge eine volle Schule gehabt. Wir wollen jetzt ganz spezifisch das Thema, das auch oft vorgebracht wurde, angehen respektive wir haben die Massnahmen schon aufgegleist, und zwar die Rekrutierung von Frauen. Es gibt verschiedene Kantone, die da gute Erfahrung gemacht haben, auch mit separaten Veranstaltungen, denn es gibt vielleicht auch Fragen, die sich Frauen anders stellen als Männer. Und wenn man da gemeinsam am gleichen Anlass ist, werden diese Fragen vielleicht auch nicht gestellt. Da sind ganz viele Ideen im Raum respektive schon in der Umsetzung. Wir werden selbstverständlich wieder berichten.

Ein Aspekt der Debatte war für mich besonders interessant. Ich glaube, die Kritik an Professor Schefer, an seinem Bericht und seinem Vorgehen, ist irgendwo einhellig, auf verschiedene Art und Weise, und trotzdem hat niemand den Inhalt im Ganzen des Berichts in Zweifel gezogen. Wir gehen alle davon aus, sowohl die GPK als auch die Fraktionen, auch ich, aber auch ein Grossteil des Korps, dass dieser Bericht halt schon abgebildet hat die verschiedenen Probleme, die es gab und eben vielleicht zum Teil auch immer noch gibt in diesem Korps. Und nur zu sagen, das sei methodisch falsch gewesen, impliziert, dass diese Leute – das sind 370 Leute, die sich da den Mut gefasst haben – irgendwie negiert werden. Das finde ich ein ganz schlechtes Signal, denn ich denke, sie haben Dinge angesprochen, die brachliegen, die wir angehen müssen, auch schon angegangen haben.

Und vielleicht da nur eine Seitenbemerkung. Unter dieser Voraussetzung, mit diesem Bericht, mit dieser Ansage, das ist die letzte Chance, jetzt sind wir anonym gegangen, jetzt muss was gehen. Der Aussage, dass ich das unter gleicher Führung hätte machen müssen, möchte ich dezidiert widersprechen. Ich weiss nicht, wie die Debatte heute gelaufen wäre, hätte ich jetzt drei Mal noch eine wissenschaftliche Folgeuntersuchung gemacht, die Führungscharge gleichgelassen und wir hätten etwa ein paar Workshops organisiert. Ich bin nicht sicher, ob wir dann hier nicht noch ganz andere Themen besprochen hätten. Ja, es ist nicht immer angenehm, solche Entscheide zu fällen, ganz im Gegenteil, und es ist ganz sicher kein Wahlkampfwerk, eine solche Entscheidungskaskade fällen zu müssen. Also ich denke, dagegen muss ich mich schon auch verwahren.

Ich möchte im Namen des Regierungsrats aber auch versichern, dass wir den Bericht der GPK und eben auch heute alle angekündigten oder auch noch nicht angekündigten Vorstösse sehr ernsthaft und auch selbstkritisch entgegennehmen werden. Jeder Vorschlag wird natürlich geprüft. Ich möchte auch in aller Transparenz, die wir an den Tag legen, seit diese Sachlage offen ist, auch weiterleben. Ich finde auch die Anregung und das Angebot von Fleur Weibel, weiterhin die JSSK mitzunehmen in den Entwicklungen, sehr wertvoll, weil es ist auch für uns, sowohl für mich als Vorsteherin, aber auch für die neue Polizei, die wir zusammenstellen, wichtig, eine Spiegelung der Massnahmen zu bekommen, vielleicht auch Zusatzideen zu haben, aber vielleicht in etwas geschützterem Rahmen. Ich bin mir absolut bewusst, diese Debatte war wichtig, aber es ist genauso wichtig, dass vielleicht ab dem heutigen Zeitpunkt etwas Ruhe einkehrt, und zwar für meine Mitarbeitenden, für die Polizei.

Sie müssen sich vorstellen, diese eineinhalb Jahre waren heftig für Polizistinnen und Polizisten. Dieser Generalverdacht war omnipräsent, sie wurden bei jeder Gelegenheit angesprochen, ach, du kommst ja aus Basel, bist sowieso Rassist oder



Sexist. Das ist schwierig, den Job aufrechtzuerhalten für die Leute, die hier noch die Stange gehalten haben und den Job weiterhin ausgeübt haben. Und deshalb sage ich, und das ist Teil meiner Fürsorgepflicht, diese Ruhe wünsche ich mir etwas, dass wir weiterarbeiten, auf diesem Weg sind wir. Es ist viel gemacht worden, es muss noch viel gemacht werden, auf diesem Weg sind wir, aber eben zugunsten und für unsere Mitarbeitenden auf eine Art und Weise, dass nicht immer die ganze Öffentlichkeit jede einzelne Massnahme debattiert.

Ich freue mich und ich wünsche mir auch, dass die nächste Gelegenheit, in diesem Rahmen zu berichten das Massnahmenpaket Lohn ist. Wir haben heute über den Spezialbericht geredet, aber der Teil Lohn ist und bleibt auch ein Aspekt. Das ist nicht ein Ablenkungsmanöver. Wir haben die kulturellen Challenges gesehen, wir nehmen uns diesen an, aber in beiden Berichten ist das Thema auch ein Thema. Es bewegt unsere Mitarbeitenden, dass sie da wirklich auch auf eine gute monetäre Lösung Ebene auch gebracht werden für die Herausforderungen, die diese Stadt, dieser Kanton bietet. Da müssen wir eben auch schauen, dass es sich in finanzieller Hinsicht weiterhin lohnt und attraktiv ist, Polizistin oder Polizist zu sein. Danke vielmals für die angeregte Debatte.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Kommissionspräsident Tim Cuénod.

*Tim Cuénod (SP):* Ich habe heute Morgen meiner Hoffnung Ausdruck gegeben, dass es hier nicht ein reines Schwarz-Peter-Spiel werde. Sagen wir, diese Hoffnung hat sich so halb erfüllt, da war der Wunsch sicherlich Vater des Gedankens, aber ich glaube, es war eine facettenreiche Debatte und ist eine facettenreiche Debatte, in der vieles zum Vorschein gekommen ist.

Interessant ist eben, was nicht bestritten wurde, mit Ausnahme einer Feststellung in Bezug auf Martin Roth und das Fehlverhalten wurde, wie ich feststelle, keine unserer Feststellungen und keine unserer Empfehlungen kritisiert. Ich spüre auch einen recht breiten Konsens, dass es nötig ist, die Massnahmen zu treffen, die es braucht, damit der Personalbestand der Kantonspolizei wieder ansteigt. Auch die konkreten Reformen, die wir eingefordert haben, auch im Kulturbereich wurden dann nicht irgendwie kritisiert oder grundsätzlich in Frage gestellt. Es ist mir klar, es gibt bestimmte Reizwörter in der Debatte, auch Missverständnisse, das haben wir heute wieder gesehen, aber ich finde, der Weg, den wir skizziert haben, wurde nicht grundsätzlich bestritten. Wir werden sehen in dem Bericht, den der Regierungsrat dann in anderthalb Jahren veröffentlichen kann, was wirklich alles getan wurde. Für mich ist es heute verfrüht, diesbezüglich ein Fazit zu ziehen. Was man kurzfristig gemacht hat sind Massnahmen, um die Überlastung der Polizei ein wenig zu reduzieren, diese Konsequenz der Wirkungsorientierung, die Vereinheitlichung der Beförderungssystematik, usw., das sind sehr wichtige Schritte, aber zum Beispiel gerade im Kulturbereich wird man zu einem späteren Zeitpunkt sehen, was geschehen ist.

Klar ist auch, Basel-Stadt hat spezifische Probleme, der Unterbestand ist höher als bei anderen Polizeikörpern, es gibt die spezifischen Probleme eines städtischen Polizeikörpers, wie nur wenige in der Schweiz sie das so kennen, und dazu gehören die vielen Einsätze, Ordnungsdienst-Einsätze an Wochenenden wegen Fussballspielen, wegen Demonstrationen und anderem. Die gibt es zwar an manchen Orten auch in anderen Kantonen, aber sie verteilen sich besser. Es ist klar, dass das durchaus attraktiv auch ist für junge Polizisten. In der Stadt ist etwas los, es bewegt sich einiges, aber es ist ja eben gerade kein Zufall, dass gerade viele Polizistinnen und Polizisten, die ins Familienalter kommen, die Basler Kantonspolizei verlassen, auch weil sie sich planbare Arbeitszeiten, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, viele andere Sachen wünschen, dabei zum Teil auch sogar Lohn einbussen in Kauf nehmen. Wir haben Kenntnis von Fällen, die zum Beispiel zur Kantonspolizei Solothurn gewechselt haben. Dorthin wechselt niemand wegen den Löhnen. Aber da sind natürlich die Arbeitszeiten deutlich zuverlässiger.

Zur Geheimhaltung möchte ich doch noch einmal betonen, dass wir dem JSD im Vorfeld den Bericht haben zukommen lassen, um ihm die Möglichkeit zu geben, auf Fehler unsererseits aufmerksam zu machen und auch Stellung zu nehmen. Das JSD hat uns eine Stellungnahme zukommen lassen, die ist in unserem Bericht abgedruckt. Umso befremdeter waren wir oder sind wir ab der jetzt geäusserten Kritik in Bezug auf Geheimhaltung. Ich finde es eigentlich richtig, dass wir Berichte, bevor wir sie dann endgültig verabschieden, noch einmal der regierungsrätlichen Seite schicken, eine Möglichkeit geben zur Stellungnahme, aber es ist natürlich klar, dass diese Praxis in Frage gestellt wird, wenn man dann das Gefühl hat, dass so etwas die Auswirkung ist. Ich finde eigentlich den Dialog zwischen der GPK und dem Regierungsrat, auch wenn wir Kritik üben, sehr wichtig.

Dann zur gemeinsamen Verantwortung und dem Krisenmanagement. Wir haben den Eindruck gehabt, dass man zu lange im kleinen Kleinen der Auseinandersetzung geblieben ist und ein überzeugendes Krisenmanagement lange Zeit gefehlt hat. Das sieht man, wie gesagt, auch im Zeitpunkt, der Unterbestand war schon 2020 beträchtlich, er ist dann 2021, 2022, 2023 jedes Mal stark angestiegen. Wir sagen, dass der Personalmangel in der Risikostrategie des Kantons abgebildet werden sollte und dass das für wichtige Funktionen des Staates entscheidend ist, dass man genügend Personal zur Verfügung hat.

Es gab ein bisschen Irritation wegen einer Aussage von mir, die lautete, HR BS hätte der Kantonspolizei Steine in den Weg gelegt. Ich möchte sagen, wir haben festgehalten, dass die Zusammenarbeit nicht optimal war. Wir wurden vielleicht nicht aktiv Steine in den Weg gelegt, aber was nötig gewesen wäre, ist, dass alle probieren, in einer solchen Krisensituation Steine



aus dem Weg zu räumen, dass man wirklich sieht, dass es eine Krise ist, es fehlen derart viele Leute, jetzt muss man alles tun, um zu verhindern, dass der Unterbestand immer grösser wird.

Zur Kritik an Professor Schefer: Es ist klar, die Vernichtung der Protokolle ist natürlich verheerend, vor allem, weil sie im Vertrag nicht festgehalten wurde. Es kann sein, dass es nötig war, den Polizisten solche Zusicherungen zu machen, dann hätte es anonymisiertere Formen gegeben oder zumindest ein quantitatives Gerüst, um einschätzen zu können, wie ausgeprägt gewisse Probleme sind. Aber man muss schon auch sagen, es gab zum Beispiel eine Befragung des Polizeibeamtenverbandes zum Bericht Schefer und da haben 98% der Antwortenden offenbar gesagt, dass sie mit den Grundaussagen des Berichtes Schefer einverstanden seien. Es ist insofern schon ein Stimmungsbild, aber es war durchaus auch eine nicht unproblematische Übungsanlage, die für Denunziationen und anderes gebraucht werden konnte. Ich denke tatsächlich, dass man hier zumindest eine Sozialwissenschaftlerin oder einem Sozialwissenschaftler hätte beiziehen müssen. Das wurde an anderen Seiten schon gesagt.

Dann zu den Löhnen und vielleicht an die Adresse auch von Beat K. Schaller: Wir haben ja durchaus im Bericht einiges gesagt, nicht nur in Bezug auf die Einstiegsgehälter, sondern auch was die Ordnungsdienste anbelangt, die vielen Zusatzdienste an Wochenenden, dass man da hinschauen muss. Offenbar gibt es zum Teil auch zusätzliche Zulagen hierfür in den anderen Kantonen. Ich denke, das sollte man generell abklären, wie es da aussieht. Darauf haben wir ein starkes Augenmerk als Kommission gelegt. Was wir aber auch gesagt haben aufgrund der Zahlen des Finanzdepartementes, ist, dass wir nicht eine generelle Problematik haben, höhere Polizeioffiziere und langjährige Mitarbeitende der Kantonspolizei sind im Kanton Basel-Stadt auch verglichen mit anderen Korps gut bezahlt. Entsprechend haben wir ja über 45 und vor allem über 50 eine sehr geringe Zahl an Kündigungen.

Zu den Demonstrationen möchte ich folgendes sagen. Wir haben gelobt, dass man eine etwas zurückhaltendere Aufgebotspolitik jetzt verfolgt unter dem neuen Kommandanten. Es ist klar, wenn man da stärker durchgreifen müsste, bräuchte es mehr Personal. Das gibt es zum Teil momentan nicht. Deswegen verstehe ich, dass es auch eine Notwendigkeit gibt für eine zurückhaltende Politik. Man merkt auch, dass man damit auch Kosten sparen kann. Demonstrationen sind bei uns ein strittiges Thema im Kanton. Sie bleiben es auch, es ist nicht an mir, mich hier ausführlich zu äussern, aber ich denke doch, dass Gespräche hier viel dazu beitragen können, Kosten zu sparen in mancher Beziehung.

Was die strukturellen Probleme wie Rassismus und Sexismus angeht, möchte ich ganz konkret werden. Ein befreundeter Polizist, politisch relativ ähnlich gesinnt wie ich, hat mir mal gesagt, er habe keine rassistischen Tendenzen, aber dass es sehr schwierig sei, im Polizeialltag mit Leuten beispielsweise aus Nordafrika einen viel schwierigen Umgang zu haben und dabei keine Vorurteile zu entwickeln. Aber er sei sich bewusst, dass er natürlich nur besonders stark mit problematischen Leuten konfrontiert sei. Und dass man da zum Beispiel sagt, und das ist einer unserer Reformvorschläge, es brauche mehr Supervision zum Beispiel, scheint mir durchaus angebracht.

An Joël Thüring: Die Basis unseres Berichtes war ja nicht nur der Scheferbericht, es waren sehr viele Statistiken, viele Hearings mit Mitgliedern des Polizeibeamtenverbandes, mit einer hinweisgebenden Person, mit externen, mit ehemaligen Mitgliedern der Polizeileitung, mit jetzigen, und da sind schon einige Dinge sehr klar geworden, nämlich dass gerade am Anfang dieser Kündigungswelle der Frauenanteil sehr hoch ist. Zum Beispiel, dass von 2019 bis 2021 50% der Kündigungen von Frauen kamen, obwohl nur etwa 26% der Korpsmitglieder Frauen waren. Die Kulturprobleme sind schon eng verzahnt auch mit den Abgangsproblemen. Es ist nicht das einzige, aber es ist ein wesentlicher Teil.

Es stimmt nicht, dass wir nur mit ehemaligen Mitgliedern der Polizeileitung gesprochen haben, wir hatten auch ein Gespräch mit einer hinweisgebenden Person, die viele Jahre bei der Kantonspolizei gearbeitet hat, und was sie uns zu sagen hatte in Bezug auf konkrete Erlebnisse in Sachen Rassismus und Sexismus war erschütternd. Es ist schon wichtig, dass es Massnahmen gibt, mit denen man versucht, solchen Tendenzen entgegenzuwirken. Man unterstellt dabei aber nicht, dass sämtliche Polizisten davon betroffen sind. Aber es ist klar, dass man in diesem Beruf viele negative Erfahrungen macht, mit vielen problematischen Entwicklungen in der Gesellschaft konfrontiert wird, und es ist wichtig, dass man das dann gut reflektiert und einordnen kann und nicht die Stimmen Oberhand nehmen, die quasi Vorurteile noch schüren.

Dann möchte ich noch etwas zu Martin Roth sagen: Wir haben festgestellt, dass es kein Fehlverhalten personal- und finanzrechtlicher Art gab von ihm und auch von anderen Mitgliedern der Polizeileitung. Wir haben als GPK nicht gesagt, dass es keine Gründe gab für eine Trennung, da hat Lukas Faesch recht, wir haben aber auch nicht gesagt, dass es notwendig oder gar zwangsläufig gewesen wäre. Wir haben uns als GPK zu dieser Frage explizit nicht geäussert, auch weil wir uns nicht in der Lage sahen, auch wenn wir uns einig gewesen wären, hier irgendein präzises Urteil zu fällen.

Wir haben vorher die Zahlen genannt zur Frauenproblematik, die ist offensichtlich, das bestreitet niemand. Der ehemalige Kommandant hat erwähnt, dass sie Auslöser waren für diesen Kulturbericht, es waren ein paar sehr erschreckende Fälle. Der neue Kommandant hat ebenfalls betont, dass es sehr wichtig ist, dass wir den Frauenanteil erhöhen können und Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das heute auch noch bestätigt.

Nun, das waren sehr viele Ausführungen zu unterschiedlichen Themenfeldern, die in der Debatte aufgekommen sind. Ich möchte noch eines sagen. Ich möchte erstens dem JSD, dem Finanzdepartement danken für die transparente und offene



Informationspolitik. Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsprüfungskommission für die Zusammenarbeit danken, dass wir bei einem so strittigen Thema eine einstimmige Zustimmung hinbekommen haben mit Empfehlungen, die heute weitestgehend unumstritten sind. Das ist wirklich keine Selbstverständlichkeit. Und ich möchte mich noch dem Dank von Oliver Thommen anschliessen an die Adresse unserer Kommissionssekretärin Kathrin Pavic, die eine ausgezeichnete Arbeit geleistet hat und viel dazu beigetragen hat, dass wir diesen Bericht nun heute so verabschieden können.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über Eintreten.

#### **Abstimmung**

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008418, 11.03.26 16:28:20]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

auf das Geschäft einzutreten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie sind mit 94 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme auf das Geschäft eingetreten. Eric Weber beantragt auch die Rückweisung an die Kommission. Wir kommen auch da zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**9 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008419, 11.03.26 16:29:01]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Abstimmung zu wiederholen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir starten nochmals. Das System muss 20 Sekunden Zeit haben. Wir versuchen es nochmals.

#### **Abstimmung**

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**2 Ja, 93 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008422, 11.03.26 16:29:44]



### Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Bericht mit 93 Nein-Stimmen und 2 Ja-Stimmen nicht zurückgewiesen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 72 des Berichts und Schlussabstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008424, 11.03.26 16:30:39]

### Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Bericht der GPK zur Kantonspolizei Basel-Stadt wird genehmigt.
  2. Die Feststellungen und Empfehlungen im Bericht der GPK werden in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen.
- Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 94 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme zugestimmt.

## 16.1. Interpellation Nr. 14 Brigitta Gerber betreffend Auszahlung der Arbeitslosengelder – technische Probleme auch in Basel? Was tut der Kanton Basel-Stadt?

[11.03.26 16:30:52, 26.5060.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Auch die öffentliche Arbeitslosenkasse des Kantons Basel-Stadt war bei der Einführung der neuen Software mit technischen Schwierigkeiten konfrontiert. Die Systemumstellung erfolgte schweizweit, da das bisherige System aus den 1990-er Jahren stammte und den heutigen Anforderungen nicht mehr genügte. Die öffentliche Arbeitslosenkasse des Kantons Basel-Stadt hatte bei einem IT-Projekt dieser Grössenordnung mit Anlaufschwierigkeiten gerechnet. Das Ausmass der technischen Probleme in den ersten Wochen des Jahres 2026 fiel jedoch auch hier grösser aus als erwartet.

Zur Abfederung der Umstellung hatte der Bund bereits im Oktober und November 2025 die angemeldeten Versicherten im Rahmen der monatlichen Korrespondenz direkt aufgefordert, die Unterlagen für die Dezemberabrechnung frühzeitig einzureichen. Dies funktionierte bei der öffentlichen Arbeitslosenkasse gut. Zusätzlich informierte die öffentliche



Arbeitslosenkasse proaktiv über verschiedene Kanäle. Persönliche Hinweise bei Neuanmeldungen am Schalter, Informationen im Rahmen des Beratungsgesprächs in den RAV, Hinweise auf der Webseite des Amts für Wirtschaft und Arbeit. Dabei wurde versucht, Transparenz zu schaffen und die Versicherten frühzeitig auf mögliche Verzögerungen hinzuweisen.

Zu Frage 2: Die öffentliche Arbeitslosenkasse des Kantons Basel-Stadt betreut mit ungefähr 4'200 arbeitslosen Personen rund 83% aller Taggeldbeziehenden im Kanton. Die Auszahlungen der Arbeitslosenentschädigungen waren und sind jederzeit sichergestellt. Es kann zu Verzögerungen von wenigen Tagen kommen. Die gesetzlichen Fristen wurden eingehalten. Die Anzahl wie auch die Summe der Auszahlungen für die Monate Dezember, Januar und Februar bewegen sich im Rahmen des Vorjahres. Bei insgesamt rund 4'200 Bezügerinnen und Bezüger waren Anfang Februar 2026 noch 19 Neuanmeldungen aus dem Vorjahr pendent. Die öffentliche Arbeitslosenkasse des Kantons Basel-Stadt hat diese Personen aktiv kontaktiert und individuelle Lösungen gesucht, um die Auszahlungen rasch sicherzustellen. Die weiteren rund 17% aller Taggeldbeziehenden im Kanton Basel-Stadt werden von privaten Arbeitslosenkassen betreut. Die Aufsicht über diese Kassen obliegt dem Staatssekretariat für Wirtschaft SECO.

Zu Frage 3: Wir verweisen hier auf die Ausführung zu Frage 2. Die Bearbeitung der Arbeitslosendossiers sowie die Aufnahme von Neuanmeldungen können derzeit ohne grössere Einschränkungen oder nennenswerte Verzögerung gewährleistet werden. Der Online-Zugang, über welche die Versicherten ihre individuellen Informationen abrufen können, funktioniert aktuell stabil. In den vergangenen Wochen wurden keine Systemunterbrüche mehr verzeichnet. Ausserdem wird der digitale Zugang aktiv gefördert. Vor Ort steht eine spezialisierte Fachperson zur Verfügung, welche bei der Erstellung und Nutzung des Benutzerprofils unterstützt. Zusätzlich wurde ein Online-Tutorial bereitgestellt, das regelmässig in Anspruch genommen wird.

Zu Frage 4: In dringenden Fällen besteht für die öffentliche Arbeitslosenkasse die Möglichkeit, die Bearbeitung eines Dossiers prioritär zu behandeln oder mittels Vorschusszahlungen eine Überbrückung sicherzustellen. Dieses Instrument wurde in einzelnen wenigen Fällen angewendet. Für Situationen mit längerfristigem Unterstützungsbedarf besteht eine etablierte Zusammenarbeit mit der Sozialhilfe. Aufgrund der Systemumstellung ergab sich jedoch kein massgebender Mehrbedarf und keine signifikante Zunahme von Überweisungen an die Sozialhilfe.

Zu Frage 5: Wir verweisen hier auch auf die Ausführung zu Frage 4. Den möglichen Auswirkungen von Verzögerungen auf die finanzielle Situation der Betroffenen wurde von Beginn an besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Ziel war es, Zahlungsausfälle oder längerfristige Verzögerungen zu vermeiden. Eine Verzögerung über mehrere Monate war im Kanton Basel-Stadt nicht zu verzeichnen. Die Mitarbeitenden der öffentlichen Arbeitslosenkasse sowie des Amts für Wirtschaft und Arbeit sind sich der Bedeutung der fristgerechten Auszahlung bewusst und handeln entsprechend umsichtig. Bei Rückfragen oder Unsicherheiten wurden Erklärungen abgegeben und individuelle Lösungen gesucht. Die bestehenden Kontaktkanäle telefonisch, schriftlich sowie vor Ort standen und stehen weiterhin zur Verfügung, um Anliegen rasch aufzunehmen und bei Bedarf zeitnah zu klären. Aufgrund der Probleme bei der Systemumstellung kam es zu einem grossen Mehraufwand bei den Angestellten der Arbeitslosenkasse. Der Regierungsrat bedankt sich bei den Mitarbeitenden für dieses Zusatzengagement.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Brigitta Gerber (BastA):* Ich habe über Mittag die Antwort von Regierungsrat Kaspar Sutter bereits erhalten. Leider hatte ich UVEK-Sitzung und konnte mich dem nicht vertieft widmen. Leider ist meine Rede zwischenzeitlich auch im Computer verschwunden und ich konnte den Computer nicht öffnen.

Ich danke für die Informationen, lese, dass alle Zahlungen zumindest im rechtlichen Bereich gemacht werden konnten. Wie gross dieser rechtliche Handlungsspielraum ist, wird leider nicht gesagt, das hätte mich noch interessiert. Ich kann die Aussage damit nicht ganz überprüfen. Mir wurde aus zwei Quellen zugetragen, dass es zu schwierigen Situationen kam, vor allem bei der einen Person über Weihnachten mit Familie, ich weiss aber nicht, ob sie im November bereits informiert wurde, dass es eben Probleme gab. Wahrscheinlich wurde sie schon informiert, aber vielleicht hat sie das nicht gesehen in dem Newsletter. In einem anderen Fall waren keine Ressourcen vorhanden, um auch nur wenige zusätzliche Tage einfach so überbrücken zu können. Bei dieser Person ist vor allem auch der Betrag nicht so hoch. Hier hatte ich deshalb mehr erwartet in der Konkretisierung.

Wie im angemerkt Artikel erwähnt, hat Genf mit finanziellen Überbrückungen reagiert. Basel hat Probleme mit der IT nicht ähnlich gelöst, sondern ein bisschen anders. Es scheint mir sehr interessant, was da gemacht wurde, aber unter den Umständen kann ich nicht ganz nachvollziehen, wie es denn im Detail dazu kam, dass ich jetzt zwei Geschichten gehört habe. Und so ist mir zu wenig, wenn zum Beispiel von Schwierigkeiten berichtet wird und diese als Anlaufschwierigkeiten bezeichnet werden. Deshalb bin ich auch nicht ganz zufrieden.



Ich werde mich, sobald meine technischen Mittel wieder funktionieren, der ganzen Sache noch etwas vertieft widmen können und komme dann sicher nochmal dazu, die Antworten nachzulesen und mir nochmals Gedanken im Detail dazu zu machen. Ich erkläre mich jetzt als teilweise zufrieden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **16.2. Interpellation Nr. 15 Lukas Faesch betreffend Wechsel der Unterstellung des Zentralen Personaldienstes vom Finanzdepartement zum Regierungskollegium**

[11.03.26 16:38:38, 26.5062.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* In Abwesenheit des Interpellanten beginne ich mit der Beantwortung. Zunächst einleitend:

Die wesentlichen Eckwerte der Organisation der kantonalen Verwaltung sind in der Kantonsverfassung und im Organisationsgesetz festgeschrieben. Die Gliederung der Departemente ist Sache des Regierungsrats. Ein Blick auf das Organisationsmodell zeigt, dass die kantonale Verwaltung bewusst als Linienorganisation über die Departemente aufgebaut ist. Das heisst, der Regierungsrat legt die strategischen Ziele fest und sorgt für die Koordination, während die operative Führung der Verwaltung in den Departementen erfolgt. Diese Struktur stellt sicher, dass Verantwortung, Führung und Umsetzung dort liegen, wo auch die fachlichen Zuständigkeiten bestehen, nämlich in den Departementen.

Das gilt auch für Querschnittsaufgaben wie den Personalbereich. Hier erfolgt die Aufgabenwahrnehmung auf zwei Ebenen, dem zentralen Personaldienst HR BS und den dezentralen Personaldiensten der Departemente. Die Personaldienste der Departemente sind für das operative HR zuständig und verantwortlich. Der zentrale Personaldienst nimmt strategische, konzeptionelle und koordinierende Aufgaben wahr und unterstützt den Regierungsrat bei gesamtstrategischen personalpolitischen Fragestellungen.

Zu Fragen 1 und 2: Der zentrale Personaldienst ist seit Juni 1993 administrativ dem Finanzdepartement zugeordnet. Seither waren deshalb die jeweiligen Vorstehenden für die Vertretung von Personalgeschäften zuständig. Nach einer Entscheidung des Regierungsrats wurden sämtliche bisherigen Stabsstellen des Regierungsrats einem Departement unterstellt und der zentrale Personaldienst folgerichtig im Jahr 2008 fachlich dem Finanzdepartement zugeordnet. Die Bündelung von Querschnittsfunktionen wie Finanzen, Organisation und Personal im Finanzdepartement ist sachlich begründet. Hier besteht die notwendige Fachkompetenz und Systemverantwortung für übergeordnete Personal-, Vergütungs- und Organisationsfragen. Diese Einbettung ermöglicht eine kohärente und finanziell abgestimmte Personalpolitik für die gesamte Verwaltung.

Auch ein Blick in andere Kantone zeigt, dass ausser im Kanton Waadt der zentrale Personaldienst fachlich und administrativ einem Departement, meistens dem Finanzdepartement, unterstellt ist. Das gilt auch für das eidgenössische Personalamt des Bundes. Wie bereits ausgeführt, hat der zentrale Personaldienst eine koordinierende und unterstützende Rolle und keine hierarchisch durchgreifende. Diese Kompetenz ist dem Regierungsrat vorbehalten. Der Regierungsrat kann in einer Direktunterstellung des zentralen Personaldienstes unter den Regierungsrat keinen Mehrwert erkennen. Auch dann würde die operative HR-Verantwortung bei den Departementen bleiben und auch dann hätte der zentrale Personaldienst eine koordinierende und unterstützende Rolle.

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass die Personalführung von Amtsleitenden bei einer Regierungsrätin beziehungsweise einem Regierungsrat und nicht beim Regierungsrat als Gremium liegen soll. Eine Anpassung des aktuellen Organisationsmodells ist deshalb weder notwendig noch zielführend. Die fachliche und organisatorische Unterstellung beim Finanzdepartement als erfahrenes Querschnittsdepartement hat sich bewährt. Der Regierungsrat sieht keinen Anlass, die bestehende Organisationsstruktur zu ändern.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Lukas Faesch (LDP):* Ich wollte keine verwaltungsrechtliche Vorlesung anstossen, aber es war interessant, ging nur an meinem Thema eigentlich etwas vorbei. HR BS sollte ja, wie der Regierungspräsident gesagt hat, kohärent und unterstützend tätig sein. Das war es offenbar nicht. Der Präsident der GPK hat selbst vor ein paar Minuten noch ausgeführt, dass da offenbar Steine im Weg lagen und diese Steine hat niemand weggeräumt, weil es eben keine hierarchische Unterstellung gibt. Und dann bleiben diese Steine einfach liegen.

Die Diskussionen rund um den GPK-Bericht zur Polizei und die verzögerten Lohnerhöhungen haben ein strukturelles Problem offengelegt. Wenn das Finanzdepartement allein über den Zeitplan von Personalgeschäften entscheidet, drohen politische Blockaden oder können drohen. Um das zu verhindern, wäre es sinnvoll, darüber nachzudenken, ob HR BS nicht wieder wie früher dem Gesamtregierungsrat zu unterstellen sei.

Die Forderung ist eigentlich klar, da Arbeits- und Lohnbedingungen alle Staatsangestellten betreffen, sollte die strategische Verantwortung wieder beim gesamten Regierungskollegium sein, wie vor 2008 auch. Bei diesem Vorstoss ging es nicht um administrative Feinheiten, sondern um das Funktionieren unseres Staates. Die Bevölkerung hat einen Anspruch auf eine Verwaltung, die effizient, verlässlich und im besten Interesse der Allgemeinheit arbeitet und nicht nach der politischen Agenda eines einzelnen Departementes. Eine Entpolitisierung des Personalwesens hätte sichergestellt, dass wichtige Anliegen wie die Sicherheit, zum Beispiel Polizei oder Bildung, nicht blockiert werden können. Es ist mir unangenehm, aber ich bin maximal unzufrieden mit der Antwort.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden.

### **16.3. Interpellation Nr. 16 Eric Weber betreffend Fragerecht des Abgeordneten, dass immer mehr bemängelt wird**

[11.03.26 16:44:38, 26.5063.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er will.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich freue mich, dass so viele Regierungsräte hier sind, denn es geht jetzt um die Regierungsräte, die uns Grossräte nicht mehr für voll nehmen. Es stellt für uns Grossräte ein sehr grosses Privileg dar, dass wir dem Regierungsrat direkt ins Gesicht sagen können, was wir wollen, denn der einfache Bürger hat diese Möglichkeit nicht.

Ich habe eine Statistik aufgestellt. Vor 50 Jahren waren 98% der Grossräte zufrieden mit der Antwort der Regierung, vor 40 Jahren 95%, vor 20 Jahren 80%. Die Unzufriedenheit nimmt zu, der Trend ist klar, immer mehr Grossräte sind mit den Antworten auf die Fragen nicht zufrieden. Wir sind nicht in der Sendung Wünsch dir was. Wir Grossräte kontrollieren die Regierung. Regierungsrätin Tanja Soland ist jetzt gegangen, weil ich ihr jeden Tag einen Brief schicke und die Interpellation kommt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Bitte sprechen Sie zur Interpellation, Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich komme schon eigentlich zum Schluss. Ich habe Ihnen gesagt, das Fragerecht von uns sei das höchste Gut, das wir haben. Grossratsdebatten sind oft, ich habe es aus einem Buch abgeschrieben, Scheindebatten, denn sie dienen einzig als Show für den Zuschauer. Es geht schon lange nicht mehr darum, den politischen Gegner mit Argumenten zu überzeugen. Kein Abgeordneter ändert sein Abstimmungsverhalten aufgrund einer Grossratsdebatte.

Ich danke Ihnen, ich bin jetzt gespannt, was die Regierung sagt. Auch ich bin unzufrieden mit den Antworten und ich werde auch weiterhin Fragen stellen. Wir bekommen viel Geld, damit wir in der Regierung kontrollieren.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen zur nächsten Interpellation.

#### **16.4. Interpellation Nr. 17 Franziska Stier betreffend Militärübung Conex 26 im Raum Basel**

[11.03.26 16:47:52, 26.5071.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin ist abwesend. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: Conex 26 ist eine Truppenübung der Territorialdivision 2, welche im Juni 2026 im Raum Nordwestschweiz stattfindet. Die Zuständigkeit für die Übung liegt beim eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS, und dort bei der Armee. Der Kanton Basel-Stadt wird von der Übung nicht direkt tangiert, involviert sind aber einige Partnerorganisationen aus der Region.

Zu Frage 2: Die Übung findet in der Nordwestschweiz statt. Es wird in drei sogenannten Arenen trainiert. Nur eine Arena liegt im Raum Basel, und zwar im Auhafen Birsfelden. Die Trainings dort finden ausserhalb der Bürozeiten und während der Nacht zusammen mit dem Betreiber statt. In Basel-Stadt werden keine weiteren Trainings durchgeführt.

Zu Frage 3: Im Kanton Basel-Stadt sind keine Sperrzonen vorgesehen.

Zu Frage 4: Rund 3'500 Armeeinghörige trainieren gemeinsam mit zivilen Behörden realistische Szenarien wie hybride Bedrohungen, Cyberangriffe und Sabotage. Ziel ist es, die Verteidigungsfähigkeit zu stärken und die Zusammenarbeit mit zivilen Partnern zu überprüfen und zu verbessern.

Zu Frage 5: Ja, es handelt sich um eine Volltruppenübung. An der Übung sind insgesamt sieben Bataillone aus den Bereichen Infanterie, Genie, Rettung, Führungsunterstützung und Logistik beteiligt. Es sind rund 3'500 Armeeinghörige in die Übung integriert, die ihren ordentlichen Dienst im Rahmen eines Wiederholungskurses leisten.

Zu Frage 6: Die Kantonspolizei Basel-Stadt und Rettung Basel-Stadt wurden frühzeitig von der Territorialdivision 2 kontaktiert und eingebunden. Die Berufsfeuerwehr Basel wird sich in der Arena Auhafen Birsfelden an der Übung beteiligen, da sie über eine Leistungsvereinbarung im Zusammenhang mit dem Tanklager Birsfelden verfügt.

Zu Frage 7: Da die Teilnahme an der Übung für die Berufsfeuerwehr Basel einen Mehrwert darstellt, trägt sie den entsprechenden Aufwand selbst.

Zu Frage 8: Da die Übung ausserhalb des Kantons Basel-Stadt stattfindet und diesen nur am Rande tangiert, wird es zur Übung keine Kommunikation seitens Kanton Basel-Stadt geben. Die Zuständigkeit für die Übung und auch für die Kommunikation dazu liegt grundsätzlich beim eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Aufgrund der Abwesenheit der Interpellantin ist die Interpellation erledigt.

#### **16.5. Interpellation Nr. 18 Pascal Pfister betreffend Bedeutung zugewanderter Arbeitskräfte für die Grundversorgung und Funktionsfähigkeit systemrelevanter Branchen**

[11.03.26 16:50:45, 26.5073.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.



*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt. Zu Frage 1: Neben den hier ausgebildeten Arbeitskräften bilden die zugewanderten Arbeitskräfte und auch Grenzgängerinnen und Grenzgänger aus den Nachbarregionen einen zentralen Erfolgsfaktor des basel-städtischen Arbeitsmarkts. Ohne den branchenübergreifenden Beitrag dieser Arbeitskräfte wären Qualität und Umfang von Dienstleistungen und Produkten in der heutigen Form nicht möglich. Gerade auch im Bereich der Spitäler wird die Abhängigkeit von Arbeitskräften aus dem EU-Raum zurzeit und auch in Zukunft als gross bis sehr gross eingeschätzt.

Zu Frage 2: Gemäss Hochrechnung verfügen rund 25% der im Kanton Basel-Stadt erwerbstätigen Personen mit ständigem Wohnsitz in der Schweiz über eine Staatsangehörigkeit aus den EU-EFTA-Ländern. Rund 11% stammen aus Drittstaaten. Beide Anteile liegen damit über dem Schweizer Durchschnitt. Ausländische Arbeitskräfte sind im Kanton Basel-Stadt branchenübergreifend tätig, allerdings mit deutlichen Unterschieden zwischen den Branchen. Im Bereich öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung ist der Anteil vergleichsweise gering. Rund 9% der Beschäftigten verfügen in diesem Bereich über eine EUF der Staatsbürgerschaft und etwa 2% über eine Staatsbürgerschaft aus Drittstaaten. Im Bereich verarbeitendes Gewerbe beziehungsweise Herstellung von Waren, zu dem auch die Pharmaindustrie zählt, sind die Anteile deutlich höher. Dort liegt der Anteil von Personen aus EU-EFTA-Ländern bei rund 36% und jene aus Drittstaaten bei rund 17%. Zudem zeigt eine Auswertung über alle Spitäler im Kanton Basel-Stadt, dass im Jahre 2023 38,3% der Mitarbeitenden eine EU-Nationalität hatten. Für eine vertiefte Übersicht über die verschiedenen Gruppen ausländischer Arbeitskräfte im Kanton Basel-Stadt und der Schweiz verweist der Regierungsrat auf das Arbeitsmarktmonitoring TPK vom Statistischen Amt und den Bericht zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU des Bundes. Die Zahlen zeigen, dass ausländische Arbeitskräfte branchenübergreifend stark im lokalen Arbeitsmarkt verankert sind und die Wirtschaftsleistung Basel-Stadt massgeblich mittragen.

Zu Frage 3. Konkrete Prognosen, wie sich ein Rückgang der Zuwanderung auf die gesamtwirtschaftliche Versorgungsqualität und oder speziell im Gesundheitswesen auswirken würde, bestehen nicht. Bei einem Rückgang der Zuwanderung wäre doch insbesondere im Gesundheitswesen von einer erheblich schwierigen Besetzung von Stellen auszugehen. Dies hätte zwar noch keinen direkten Einfluss auf die Versorgungsqualität, würde aber langfristig den Fachkräftemangel verschärfen und die Gefahr eines Versorgungsengpasses erhöhen. Auch unser internationaler Forschungsstandort ist ohne Zuwanderung nicht denkbar.

Zu Frage 4: Der Regierungsrat sieht Unternehmen, Verbände und Politik gemeinsam in der Pflicht, attraktive Rahmenbedingungen für bestehende und potenzielle Arbeitskräfte zu schaffen, um einem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken. Der Kanton sorgt durch verschiedene Massnahmen für eine bessere Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials. Durch eine familienfreundliche Politik fördert er die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, dies beispielsweise durch Betreuungsbeiträge und Elternzeit. Gleichzeitig fördert er konsequent die berufliche Bildung. So unterstützt der Kanton beispielsweise die Weiterbildung zum eidgenössischen Facharzt in basel-städtischen Spitälern und seit 2009 die Ausbildung von Hausärztinnen und Hausärzten im Rahmen eines Hausarztfördermodells. Zudem investiert der Kanton in die inländische Ausbildung von Pflegepersonal mit der Umsetzung der Pflegeinitiative und dem obligatorischen Ausbildungsfonds der Pflegeheime gemäss Pflegeheimrahmenvertrag.

Zu Frage 5: Die Risiken hängen davon ab, wie stark der Anteil zugewanderner Arbeitskräfte in systemrelevanten Branchen, etwa im Gesundheitswesen, zurückgeht. Ein moderater Rückgang könnte teilweise durch Effizienzsteigerung sowie durch verstärkte Rekrutierung im Inland und zusätzliche Aus- und Weiterbildung kompensiert werden. Allerdings würden diese Arbeitskräfte dann in anderen Branchen oder Regionen der Schweiz fehlen. Ein starker Rückgang der Zuwanderung wäre hingegen kaum zu kompensieren und könnte mittel- bis langfristig zu Qualitätseinbussen in der Gesundheitsversorgung führen. Wirtschaftlich gesehen könnten Institutionen weniger Patientinnen und Patienten behandeln, was zu Einnahmeverlusten und zum Stellenabbau führen könnte. Zudem könnten auch Vakanzen infolge Pensionierung nicht mehr im gleichen Mass besetzt werden. Ein Fehlen ausländischer Fachkräfte würde sich somit negativ auf die Versorgungssicherheit auswirken.

Zu Frage 6: Der demographische Wandel und damit verbundene Fragen zur Versorgungssicherheit und Fachkräftengpässen bleiben eine schweizweite Herausforderung. Massnahmen, um dieser Entwicklung zu begegnen, stellen dadurch nicht zwingend ein spezifisches Bedürfnis des Kantons dar. So hat der Bundesrat am 15. März 2024 beispielsweise eine Gesamtschau zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials verabschiedet. Der Regierungsrat ist sich jedoch der bedeutenden Rolle der ausländischen Arbeitskräfte in Basel-Stadt bewusst und anerkennt, dass einer besseren Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials gewisse Grenzen gesetzt sind. Deshalb setzt sich der Regierungsrat auf nationaler Ebene auch weiterhin für eine offene Volkswirtschaft mit grenzüberschreitender Arbeitskräftemobilität ein. Im Vordergrund steht dabei zurzeit die Ablehnung der Initiative zur 10-Millionen-Schweiz und die Annahme der Bilateralen III.

Zu Frage 7: Wichtig ist die stetige Kommunikation aller Akteurinnen und Akteure gegen aussen und gegenüber den eidgenössischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern. Eine weitere Möglichkeit bieten die gesamtschweizerischen Fachdirektorenkonferenzen und der Dialog mit dem Bundesrat und den Bundesbehörden. Ferner könnte der Kanton Basel-Stadt das Thema gemeinsam mit den Berufsverbänden analysieren und mögliche praxisnahe Lösungsvorschläge entwickeln.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Pascal Pfister (SP):* Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung, mit der ich zufrieden bin. Sie zeigt klar auf die Bedeutung der Zuwanderung für das Funktionieren der Gesellschaft in unserem Kanton. Was mir aber auch auffällt ist, dass es diverse Lücken gibt in der Statistik. Wenn man diese auf das kantonale Niveau herunterbricht und die einzelnen Branchen anschauen will, dann bezieht man sich auf die Noga-Statistik. Da sind wir auf einem sehr hohen Niveau und können deshalb nicht im Detail diese Anteile für einzelne Branchen qualifizieren. Das finde ich schade, da sollten wir zu besseren Informationen kommen.

Sowohl im hoch qualifizierten Bereich ist es wichtig, dass wir Zuwanderung haben. Es zeigt sich die Vernetztheit unseres Wirtschaftsstandortes. Wer sehr viel Geld im Ausland verdient, ist eben darauf angewiesen, diese Netzwerke auch auf der Ebene Arbeitskräfte zu haben, die den Zugang haben zu diesen verschiedenen Märkten. Aber ich möchte insbesondere die Jobs in Erinnerung rufen, von denen man so leichtfertig sagt, dass sie die Schweizer:innen nicht machen wollen. Natürlich machen viele Schweizer:innen diese Jobs trotzdem, aber es gibt dort einen hohen Anteil an Zuwander:innen, sei es in der Alterspflege, in der Logistik, im Bau usw. Diese Branchen sind auch systemrelevant für uns und dort gibt es einen hohen Anteil an Arbeitnehmenden aus dem Ausland.

Selbstverständlich ist es wichtig, dass es flankierende Massnahmen gibt bei der Zuwanderung. Es ist wichtig, damit die Zuwanderung auch in der Bevölkerung Zustimmung findet. Es braucht Wohnschutz, es braucht Lohnschutz und es braucht eben auch die Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials, auch deshalb gibt es die Massnahmen im Bereich der KITAS über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und auf kantonaler Ebene, wo man versucht, das inländische Arbeitskräftepotenzial im Asylbereich zu nutzen. Da gibt es einige Leute, die heute nicht arbeiten können, und das ist schade. Da sollten wir dranbleiben.

Aber Regierungsrat Kaspar Sutter hat es gesagt, es wird nicht reichen, wenn wir das inländische Arbeitskräftepotenzial nutzen, sondern wir sind weiterhin auf die Zuwanderung angewiesen, und deshalb braucht es Integrationsmassnahmen. Wenn diese Menschen hier sind, müssen wir sie auch integrieren. Und wer diese Menschen für alle Probleme verantwortlich macht, hintertreibt diese Integration. Wir müssen diesen Menschen, neben der Tatsache, dass sie wertvolle Arbeitskräfte sind, auch als Menschen mit Anstand begegnen. In Basel-Stadt haben wir eine migrantische Bevölkerung und einen Umgang mit ihr, der ihr Chancen bietet. Das ist ein Erfolgsmodell, und ich bin froh, dass wir zusammen mit der Regierung daran weiterarbeiten können.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **16.6. Interpellation Nr. 19 Tobias Christ betreffend Digitalisierung im Gesundheitswesen – Auswirkungen der Auswahl des neuen Klinikinformationssystems (KIS) des Universitätsspital Basel (USB) Auswirkungen auf die Gesundheitsregion Basel**

[11.03.26 17:00:07, 26.5076.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte.

*Tobias Christ (GLP):* Ich gehe nicht auf die inhaltlichen Details der Interpellation hier ein, das wäre nicht der richtige Ort, aber zur Frage, warum diese Interpellation, geht es doch um ein sehr technisches Thema. Warum nicht einfach eine schriftliche Anfrage und warum überhaupt diese Fragen?

Ich bin nicht sicher, wie dringlich das Thema ist. Ein Teil meiner Fragen kreist darum, wo wir konkret im Moment stehen bei der Neubeschaffung eines Klinikinformationssystems im Universitätsspital Basel. Ich weiss es nicht, ich hoffe, es ist nicht dringend. Ich hoffe nicht, dass wir schon in kurzer Zeit vor vollendete Tatsachen gestellt werden, aber es gibt ein gewisses Unbehagen von meiner Seite. Daher diese Interpellation. Und daher spreche ich auch schon jetzt, um die Chancen zu erhöhen, dass diese Fragen auch gehört werden.



Das andere ist, warum überhaupt diese Fragen, weil ein Teil der Antwort wird einmal mehr sein, das sei, salopp gesagt, nicht unser Problem. Es wird natürlich dann etwas netter gesagt, aber es geht hier um einen operativen Entscheid des Universitätsspitals und das stellt doch niemand in Frage. Ich sage zuallerletzt, das ist absolut richtig, aber dieser Entscheid hat halt recht weitreichende politische Auswirkungen. Auch hier gehe ich jetzt nicht auf Details ein, aber es ist einfach entscheidend für die Digitalisierung, es ist entscheidend für die gesamte Gesundheitsregion, welchen Entscheid das Universitätsspital Basel trifft. Es besteht ein bisschen die Gefahr – und das ist jetzt eine ganz allgemeine Bemerkung und hat nichts konkret mit diesem Projekt, mit dieser Neubeschaffung zu tun und mit den beteiligten Personen dort –, dass verantwortliche Stakeholder, welche die Verantwortung bei solchen IT-Projekten haben, nach unten delegieren, weil sie Angst haben vor diesen Projekten, weil sie ein Unbehagen haben, weil sie sagen, ich verstehe technisch nichts davon. Das ist dann oft die Ausrede nach aussen oder auch nach innen, warum sie das machen. Und es wird ein bisschen verdrängt, welche grosse Wichtigkeit diese Projekte haben, diese Entscheide in diesem Bereich haben. Diese Gefahr besteht halt wirklich auch in diesem Bereich jetzt hier ganz konkret beim Klinikinformationssystem des wichtigsten Spitals hier in der Region.

Daher bringe ich das hier auf das politische Parkett und ich danke schon jetzt für die Antworten der Regierung. Vor zwei Jahren wurden da gute Antworten gegeben und ich wurde damals gehört, hatte ich den Eindruck. Ich hoffe, das ist jetzt auch so und dass man mich nicht mit einer kurzen lapidaren Antwort abspeist im Sinne, dass das uns nichts angehe. Das befürchte ich aber nicht wirklich und ich bedanke mich schon jetzt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen zur nächsten Interpellation.

## **16.7. Interpellation Nr. 20 Nicola Goepfert betreffend Transparenz und OECD-Konformität bei der Verwendung der Mittel aus der OECD-Mindestbesteuerung**

[11.03.26 17:03:29, 26.5077.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Die Einführung der OECD-Mindestbesteuerung stellt für international ausgerichtete Wirtschaftsstandorte eine bedeutende Veränderung der steuerlichen Rahmenbedingungen dar. Der Kanton Basel-Stadt hat mit dem von der Stimmbevölkerung angenommenen Basler Standortpaket ein Instrument geschaffen, um seine Standortattraktivität im Rahmen der internationalen Vorgaben zu sichern. Die im Kanton Basel-Stadt ansässigen Unternehmen leisten mit ihrer hohen Wertschöpfung, ihren Investitionen sowie den zahlreichen Arbeitsplätzen einen zentralen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung, zum Wohlstand und zur Finanzierung öffentlicher Leistungen im Kanton Basel-Stadt und in der Schweiz.

Das Basler Standortpaket zielt darauf ab, wirtschaftliche Aktivitäten in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie Hochtechnologieproduktion im Kanton zu halten beziehungsweise neu anzusiedeln. Gleichzeitig trägt es dazu bei, Arbeitsplätze und Steuererträge langfristig zu sichern. Die Förderinstrumente sind gesetzlich geregelt und transparent ausgestaltet. Sie stehen allen Unternehmen offen, welche die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen.

Zu Frage 1: Die Grundlagen und Kriterien für die Verteilung der Gelder an die Unternehmen ist demokratisch festgelegt, in Gesetz und Verordnung transparent dargelegt. Der Regierungsrat informiert im Rahmen der gesetzlichen Vorgabe über die Umsetzung des Standortförderungsgesetzes. Dabei sind auch die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen zu berücksichtigen. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort auf die Interpellation von Grossrätin Leoni Bolz vom 7. Januar 2026 zur Verteilung der Mittel des Fonds für Innovation sowie Gesellschaft und Umwelt bereits Angaben zur Struktur der Gesuche und zur Verteilung nach Unternehmensgrösse gemacht.

Zu Frage 2: Mit Ausnahme der Forschungsk Kooperation im Bereich Life Sciences werden im Rahmen des Basler Standortpakets keine einzelnen Projekte gefördert.

Zu Frage 3: Mit dem Basler Standortpaket werden, ausser bei den Forschungsk Kooperationen im Bereich Life Sciences, keine Projekte gefördert. Vielmehr können Unternehmen Beiträge für geleistete Aufwände in den Bereichen Forschung, Entwicklung, Hochtechnologie, Produktion sowie Elternzeit und Umwelt erhalten. Die Förderbedingungen und Kriterien sind im Gesetz, in der Verordnung sowie in den publizierten Merkblättern transparent dokumentiert. Das Basler Standortpaket



schaftt also finanzielle Anreize, förderfähige Aktivitäten in Basel-Stadt beizubehalten oder neue in Basel-Stadt anzusiedeln. Der Entscheid liegt bei den Unternehmen.

Zu Frage 4: Bei der Elternzeit wurden zwei Gesuche abgelehnt, da die Einführung der freiwilligen Elternzeit erst im Jahre 2025 erfolgte. Das Betriebsjahr 2025 bildet dann aber die Grundlage für Beiträge im 2026. Die Branche hat hier keine Rolle gespielt.

Zu Frage 5: Der Regierungsrat beachtet bei der Information über Förderentscheide sowohl das Öffentlichkeitsprinzip als auch die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen. Im Rahmen der parlamentarischen Berichterstattung werden die notwendigen Informationen über die Umsetzung des Standortförderungsgesetzes bereitgestellt.

Zu Frage 6: Die Umsetzung des Basler Standortpakets ist mit internationalen Rechtsverpflichtungen konform. Es besteht kein Zusammenhang zwischen Gewinn- und Steuerbeträgen einerseits und den Förderbeträgen andererseits. Das Basler Standortpaket führt auch bei grossen Unternehmen nicht zu einer Neutralisierung der Mehrbelastung durch die Ergänzungssteuer beziehungsweise ab 2026 der Erhöhung des kantonalen Gewinnsteuersatzes.

Zu Frage 7: Die Beiträge beziehen sich ausschliesslich auf förderfähige Aktivitäten wie Forschung und Entwicklung, Hochtechnologieproduktion und weitere Aktivitäten, wie sie im Gesetz definiert sind. Hohe Förderbeiträge erfolgen dort, wo grosse Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten stattfinden.

Zu Frage 8: Der Regierungsrat äussert sich nicht zur Höhe der Vergütungen in privaten Unternehmen.

Zu Frage 9: Mit dem Basler Standortpaket können Beiträge an Personalaufwände im Bereich Forschung und Entwicklung gewährt werden. Es gibt daher keinen Zusammenhang zwischen Förderbeiträgen und Entschädigungen des CEO grosser Unternehmen.

Zu Frage 10: Die Förderbeiträge führen dazu, dass Forschung und Entwicklung trotz internationalem Standortwettbewerb weiterhin im Kanton Basel-Stadt und der Nordwestschweiz stattfinden. Belohnt werden also Substanz und Arbeitsplätze am Standort, nicht Gewinne oder Lohnzahlungen ausserhalb von Forschung und Entwicklung. Der Fokus auf Forschung, Entwicklung und Innovation ist der Kern des Basler Standortpakets und wurde vom Basler Stimmvolk in der Referendumsabstimmung von Mai 2025 bestätigt.

Zu Frage 11: Baut ein Unternehmen innerhalb des Förderperimeters Stellen ab oder schliesst eine Anlage im Bereich Forschung, Entwicklung oder Hochtechnologieproduktion, kann es im Folgejahr für diese weggefallenen Aktivitäten keine Förderung aus dem Basler Standortpaket mehr beantragen.

Zu Frage 12: Das Basler Standortpaket dient dem Ziel, Arbeitsplätze im Bereich Forschung und Entwicklung in der Region zu halten oder hier anzusiedeln. Konkrete Standortentscheide liegen aber mit oder ohne Basler Standortpaket bei den Unternehmen. Die Anreize des Basler Standortpakets sind aus naheliegenden Gründen nur eines von vielen Entscheidungskriterien.

Zu Frage 13: Unternehmensentscheide zur Schliessung von Produktionsstätten für Medikamente werden primär durch betriebswirtschaftliche Faktoren bestimmt. Wenn bei der Finanzierung von Antibiotika der Preis das einzige Kriterium ist, dann ist es nicht erstaunlich, dass sich die Produktion in kostengünstigere Standorte verlagert. Diese Entscheide erhöhen die Abhängigkeit von globalen Lieferketten und wirken sich negativ auf die Versorgungssicherheit in der Schweiz aus.

Zu Frage 14: Der Regierungsrat erkennt in den genannten Beispielen keine Widersprüche. Vielmehr zeigen sie, dass die Schweiz als Produktions- und Forschungsstandort in einem intensiven internationalen Standortwettbewerb steht. Das Basler Standortpaket ist ein wichtiges Instrument, um unter diesen Rahmenbedingungen Innovation, Arbeitsplätze und Steuerträge zu sichern. Es stützt sich auf die gesetzlichen Grundlage, die vom Grossen Rat beschlossen und von der Basler Stimmbevölkerung in einer Referendumsabstimmung mit 63% angenommen wurden.

Zu Frage 15: Der Regierungsrat berücksichtigt bei der Festlegung der jährlichen Zuweisungen an die Fonds den Grundsatz des Haushaltgleichgewichts gemäss § 5k Abs. 3 des Standortförderungsgesetzes. Die konkreten Zuweisungen werden jeweils im Rahmen der Budget- und Finanzplanung festgelegt und unter Berücksichtigung der finanzpolitische Gesamtsituation des Kantons bestimmt. Dabei handelt es sich um Planwerte, die im Rahmen der ordentlichen Budget- und Finanzbeschlüsse des Grossen Rats überprüft und bei Bedarf angepasst werden können. Zudem leisten die Steuern auf Gewinne sowie auf den Löhnen der Mitarbeitenden der Life Sciences-Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung des Kantonshaushalts. Es besteht daher ein breites Interesse daran, die Attraktivität des Standortes für diese Unternehmen zu erhalten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.



*Nicola Goepfert (BastA):* Vielen Dank für die zumindest teilweise Beantwortung meiner Interpellation. Mir scheint, dass der Regierungsrat dieses Gesetz losgelöst von der alltäglichen Realität der Bevölkerung betrachtet. Für wen wird der Standort hier gefördert? Wenn in der Realität Arbeitsplätze gestrichen werden, wenn Medikamente nicht erhältlich sind, wenn die Antibiotikaproduktion in der Region abgebaut wird, dann hat das für die Bevölkerung in Basel reale Folgen. Erst gestern schrieb die BAZ, dass derzeit 550 Medikamente nicht lieferbar seien. Diese Realität scheint der Regierungsrat nicht wahrhaben zu wollen. Diese Entwicklungen können aus meiner Sicht nicht losgelöst vom Standortförderungsgesetz betrachtet werden.

Da ist es unverständlich, wenn gleichzeitig milliardenschwere Konzerne mit Millionenbeträgen und über 80% der Gelder aus dem Fonds subventioniert werden. Natürlich besteht da ein Widerspruch und natürlich macht es zumindest den starken Anschein, dass das Geld vor allem an eben diese Grosskonzerne verteilt wird und nicht an die KMU in Basel und diese keinen gleichwertigen Zugang haben. Und dass der Regierungsrat dann kein Problem zwischen Millionenvergütungen für CEOs und den kantonalen Fördergeldern sieht, finde ich ehrlich gesagt bedenklich.

Nun gut, ich kann nachvollziehen, dass nicht genannt wird, wessen Anträge abgelehnt wurden, aber ich kritisiere, dass nicht benannt wird, an wen konkret wie viel Geld geflossen ist. Da wünsche ich mir vom Regierungsrat mehr Transparenz. Wir haben immer kritisiert, dass mit dem Paket vor allem bestehende Projekte gefördert werden, und das sehen wir noch heute kritisch. Damit wird nicht Innovation gefördert, sondern Bestehendes subventioniert. Da bin ich zumindest froh, dass Unternehmen keine Förderung erhalten können für Aktivitäten, die sie nicht mehr leisten. Wieso werden zum Beispiel nicht Unternehmen grundsätzlich von der Förderung ausgeschlossen, wenn sie in der Region Stellen abbauen? Schlussendlich ist doch das Ziel des Fonds, Arbeitsplätze hier in der Region zu halten.

Und es ist ja schon spannend, dass der Regierungsrat in fast jeder Antwort zu meinen Fragen betont, dass das Ziel der Erhalt beziehungsweise das neue Ansiedeln von Arbeitsplätzen sei und dann keinen Widerspruch darin sieht, dass Unternehmen subventioniert werden, welche gleichzeitig aber Arbeitsplätze in der Region streichen.

Und zur Frage der Schliessung der Antibiotikaproduktion schreibt der Regierungsrat, dass wenn bei der Finanzierung von Antibiotika der Preis das einzige Kriterium ist, es nicht erstaunlich sei, dass sich die Produktion in kostengünstigere Standorte verlagert. Ja, dem stimme ich sogar zu, aber für die hiesige Bevölkerung stellt das ein grosses Problem dar. Da weise ich gerne einmal mehr auf unsere Initiative «Pharma für alle» hin, welche eine Antwort auf dieses Problem bietet. Die Medikamentenversorgung sollte dringend gestärkt werden.

Zum Abschluss noch eine Erwartung bezüglich dem Finanzplan. Ich gehe aufgrund der Antwort davon aus, dass zukünftig ein mögliches Minus im Budget damit ausgeglichen wird, indem die Zuweisung an den Fonds reduziert wird. Andernfalls vermittelt der Kanton irreführend ein Minus im Budget, welches es so nie geben wird. Das erachte ich als problematisch. Ich bin mit der Antwort leider nicht zufrieden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **16.8. Interpellation Nr. 21 Joël Thüring betreffend missachtet Regierungsrätin Esther Keller bei Rekursentscheiden der Freizeitgartenkommission infolge eigener Abwesenheit das Gesetz?**

[11.03.26 17:13:57, 26.5084.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant will nicht begründen.

## **16.9. Interpellation Nr. 22 Stefan Suter betreffend Rattenplage im unteren Kleinbasel und in Kleinhüningen**

[11.03.26 17:14:17, 26.5085.01]



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Ich beantworte die Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat ist sich der Rattenthematik in der Stadt Basel bewusst. Ähnlich wie in anderen Städten an Flüssen oder Seen weist auch Basel eine konstante Population von Ratten auf, dies insbesondere in der Nähe des Rheins. Zudem treten Ratten in Basel, wie in anderen Städten auch, regelmässig an sogenannten Hotspots auf, an denen Menschen unbeabsichtigt durch Hinterlassen von Lebensmittelresten oder Taubenfütterungen zu einem reichlichen Nahrungsangebot beitragen. Das Aufkommen von Ratten ist saisonalen Schwankungen unterworfen und wird durch das Nahrungs- und Wasserangebot, die jahreszeitlichen Temperaturen und die Vermehrungszyklen beeinflusst. Im Sommer 2025 kam es kurzfristig zu einem leichten saisonalen Anstieg der gemeldeten Rattenfälle, darauf wurde entsprechend reagiert. Insgesamt sind die gemeldeten Rattenvorkommen in den letzten Jahren jedoch konstant geblieben. Das Ziel der Dienststellen, die mit der kontinuierlichen Rattenbekämpfung beauftragt sind, liegt vor allem in der Sicherstellung einer niedrigen Rattenpopulation. Eine vollständige Elimination von Ratten in der Stadt wäre nicht realistisch und nur unter unverhältnismässigen Massnahmen überhaupt anstrebbbar.

Zu Frage 2: Das Gesundheitsdepartement koordiniert seit Jahren kontinuierlich das Rattenmonitoring in der Stadt Basel. Dabei wird mit verschiedenen Akteuren und Institutionen zusammengearbeitet. Im Auftrag des Gesundheitsdepartements werden Hotspots an der Birsig, am Rhein, an der Wiese und an anderen exponierten Stellen im Klein- und Grossbasel regelmässig durch zertifizierte Fachfirmen inspiziert. Durch den gezielten Einsatz von Bekämpfungsmassnahmen wird die Rattenpopulation dieser wiederkehrenden Befallsherde im Gleichgewicht gehalten. Das Tiefbauamt steuert zudem die Bekämpfung der Rattenpopulation in der Kanalisation. Werden darüber hinaus Ratten auf der Allmend gesichtet, so nimmt die Fachstelle Stadtgesundheit und Wohnen des Gesundheitsdepartements die Meldungen der Bevölkerung entgegen und leitet Abklärungen und bedarfsentsprechende Massnahmen ein.

Zu Frage 3: Die Fachstelle Stadtgesundheit und Wohnen berät die Bevölkerung unter anderem zum Thema Rattenbefall in privaten Liegenschaften. Betroffene finden Informationsmaterialien zu Ratten auf der Internetseite des Gesundheitsdepartements und können sich auch per E-Mail zu festgelegten Zeiten telefonisch an die Fachstelle wenden.

Zu Frage 4: Mit der kontinuierlichen Kontrolle des Rattenaufkommens in der Stadt Basel wird angestrebt, die Bevölkerung vor potenziellen Krankheitsübertragungen durch Ratten sowie weiteren rattenbedingten Risiken zu schützen. Dabei werden auch rechtliche, Tierschutz- und ökologische Aspekte sowie die Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen verschiedenen Handlungsstufen und Beteiligten berücksichtigt. Eine konkrete Infektionsgefahr besteht vorwiegend dann, wenn Ratten sich bis ins nahe häusliche Umfeld von Menschen ausbreiten und über Ausscheidungen von Ratten eine entsprechende Menge an Keimen zum Beispiel auf Lebensmittel übertragen wird. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass Ratten zwar verschiedenste Keime übertragen können, diese aber nicht automatisch überall verbreitet sind. Daher ist die Gefährdung im Rahmen der allgemeinen Abwasser- und Hygienemassnahmen der Schweiz als gemässigt anzusehen. Wie bereits beschrieben, muss die Beschränkung der Rattenpopulation weiterhin als Priorität gelten, um der Ausbreitung von Gesundheitsrisiken entgegenzuwirken. Eine bedarfs- und bedürfnisgerechte Information der Bevölkerung ist ein weiteres wichtiges Instrument zur Minimierung der Risiken.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Stefan Suter (SVP):* Ich bedanke mich für diese Antwort. Die Situation ist für betroffene Menschen tatsächlich sehr unangenehm. Gerade heute Mittag hat mir eine Frau berichtet, dass eine Ratte bei offenem Fenster in das Haus in die Wohnung hineingegangen ist. Stellen Sie sich vor, sie gehen in die Küche und so weiter, das sind ja schreckliche Dinge, und das hier in unserer Stadt, in unserem Kanton.

Nun, wie gesagt, ich bedanke mich für diese Ausführungen, das Problem wird ja anerkannt. Mir gefällt eigentlich nur ein Satz nicht, es heisst nämlich hier bei Frage 2, dass man mit dem Einsatz von Bekämpfungsmassnahmen die Befallsherde im Gleichgewicht halten wolle. Also ich kann hier eigentlich kein Gleichgewicht sehen, wenn eine Rattenpopulation im Garten ist und die Kinder da spielen, da gibt es kein Gleichgewicht, da müssen die Tiere einfach.

Aber ich bedanke mich für diese Ausführungen und ich bin mit der Antwort auch zufrieden.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **16.10. Interpellation Nr. 23 Raoul Furlano betreffend gravierende Verletzung des zentralen demokratischen Grundrechts erfordert sofortiges Handeln**

[11.03.26 17:20:13, 26.5086.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsräsident Conradin Cramer.

*Regierungsräsident Conradin Cramer:* Zunächst im Sinne einer Vorbemerkung, die für alle drei Interpellationen zum Thema E-Voting gilt, ist es dem Regierungsrat wichtig, ein paar Dinge festzuhalten. Der Regierungsrat trägt die politische Verantwortung für die korrekte Durchführung der Wahlen und Abstimmungen im Kanton. Er hat die Durchführung der Wahlen und Abstimmungen in Basel vollumfänglich an die Staatskanzlei delegiert, auch um sicherzustellen, dass keine politische Einflussnahme auf den Ablauf von Wahlen und Abstimmungen und auf die Ermittlung der Ergebnisse erfolgen kann. Der Regierungsrat nimmt den Vorfall am Abstimmungswochenende vom 8. März sehr ernst. Es zeichnet sich ab, dass die 2'048 elektronisch abgegebenen Stimmen von Auslandschweizer Stimmberechtigten und von Stimmberechtigten mit Behinderungen nicht gezählt werden können. Die politischen Rechte der betroffenen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden dadurch verletzt. Der Regierungsrat bedauert dies ausserordentlich. Auch vor dem Hintergrund des in dieser Sache von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Strafverfahrens können wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Der Regierungsrat hat gestern entschieden, eine umfassende externe Analyse der Umstände und Ursachen des Vorfalls in Auftrag zu geben. Er hat auch entschieden, das E-Voting-Pilotprojekt im Kanton Basel-Stadt bis vorerst Ende dieses Jahres auszusetzen. Und nun zu den einzelnen Fragen.

Zu Frage 1: Von 2017 bis Ende 2026 wurden rund 2'500'000 Franken ausgegeben beziehungsweise budgetiert. Dieser Betrag beinhaltet Sachmittel und Personalkosten. Vor 2017 hatte Basel-Stadt einen Kooperationsvertrag mit dem Kanton Genf, der ein eigenes E-Voting-System betrieb. Die jährlichen Kosten beliefen sich auf rund 90'000 Franken pro Jahr.

Zu Frage 2: Es besteht ein Dienstleistungsvertrag mit der Schweizerischen Post für die Nutzung des E-Voting-Systems. Der Vertrag ist jährlich jeweils per Ende Februar kündbar, er gilt längstens bis Ende Februar 2028. Zudem bestehen zwei Anstellungsverhältnisse für den Betrieb des E-Voting-Systems beim Kanton.

Zu Frage 3: Es ist davon auszugehen, dass abgegebene elektronische Stimmen nicht gezählt werden können und die politischen Rechte der betroffenen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verletzt werden. Der Regierungsrat erachtet diesen Vorfall als sehr ernst.

Zu Frage 4: Der Regierungsrat erachtet die briefliche wie auch die persönliche Stimmabgabe nicht als zu kompliziert, als untauglich oder unzureichend. Die Stimmabgabe per E-Voting vereinfacht allerdings den Auslandschweizer Stimmberechtigten und Menschen mit Behinderungen die Ausübung ihrer politischen Rechte massgeblich. Aufgrund der zunehmenden Digitalisierung in allen Lebensbereichen wäre die elektronische Stimmabgabe vermutlich auch für weitere Stimmberechtigte eine willkommene Ergänzung zur brieflichen und persönlichen Stimmabgabe, vorausgesetzt natürlich, dass die Zuverlässigkeit des Betriebs sichergestellt ist.

Zu Frage 5: Der Regierungsrat hat gestern entschieden, den Testbetrieb der elektronischen Stimmabgabe vorerst bis Ende 2026 auszusetzen. Der Regierungsrat wird eine externe Untersuchung der Umstände und Ursachen im Zusammenhang mit den nicht lesbaren E-Voting-Stimmen in Auftrag geben. Aufgrund der Erkenntnisse aus dieser Untersuchung wird der Regierungsrat dann über das weitere Vorgehen entscheiden.

Zu Frage 6: Die Möglichkeiten für Erleichterungen zugunsten bestimmter Gruppen von Stimmberechtigten sind sehr begrenzt. Bereits heute werden die Abstimmungsunterlagen den Auslandschweizer Stimmberechtigten schon ab der 5. Woche vor dem Abstimmungstermin zugesandt und damit rund eine Woche früher als den im Kanton wohnhaften Stimmberechtigten. Damit ist der gesetzliche Spielraum ausgeschöpft. Für Sehbehinderte ist der Einsatz von Abstimmungsschablonen eine Möglichkeit, die von gewissen anderen Kantonen genutzt wird. Allerdings ist diese Methode nicht kompatibel mit den maschinenlesbaren Stimmzetteln zum Ankreuzen und dem E-Counting, das seit längerem in Basel-Stadt eingesetzt wird. Die Schablonen sind auf die standardisierten Stimmzettel des Bundes ausgerichtet. Die Nutzung der Schablonen wäre für Basel-Stadt mit grösseren Umstellungen verbunden, die sich bei allen Stimmberechtigten auf das Abstimmungsmaterial sowie auf die Auszählung auswirken würden.



Und schliesslich zu Frage 7: Der Regierungsrat legt grossen Wert darauf, die Umstände und Ursachen des Vorfalls vollumfänglich zu kennen. Er wird die Erkenntnisse aus der entsprechenden externen Untersuchung veröffentlichen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Herzlichen Dank für die Beantwortung der Fragen. Ich bin mit der Antwort zufrieden, vor allem mit der Konsequenz, die daraus gezogen wurde, dass nämlich das Projekt vorerst sistiert wird, bis man eine gewisse Sicherheit hat. Eine 100%-ige Sicherheit gibt es nirgends, das ist klar. Ich und meine Partei sind auch nicht gegen ein E-Voting, aber wir sind dagegen, dass Projektgelder gesprochen werden, wenn keine höchstmögliche Sicherheit erreicht werden kann. Das ist uns sehr wichtig.

Was ich nicht so gut finde, auch nach dem Feedback von einigen Auslandschweizerinnen und -schweizer, die mir geschrieben haben, ist die Kommunikation. Diese war schwach. Die Art und Weise, wie wir das erfahren mussten, war ziemlich schräg. Hier kann man sich sicherlich verbessern. Vielleicht geht das auch an die Staatskanzlei mit der Bitte, zukünftig auch auf die Kommunikation zu achten. Kommunikation ist in allen Berufsfeldern das wichtigste, und wenn Fehler passieren, passieren sie meist basierend auf mangelnder oder falscher Kommunikation.

Die Frage, ob der Regierungsrat noch andere Möglichkeiten als das E-Voting sieht, bleibt. Wir haben ja nicht nur Sehbehinderte in unserem Kanton, die Stimmen können auch ausgezählt werden. Ich bedanke mich aber, dass gehandelt wurde, und ich möchte bitten, Sorge zu tragen. Abstimmungen und Wahlen sind die Basis unserer Demokratie. Ich möchte wirklich warnen vor solchen Vorfällen. Es ist unwürdig, dass Aussagen auch von Politikern verbreitet wurden, die gesagt haben, das sei ja nicht so schlimm gewesen. Und das von Personen, die sich für das E-Voting massiv eingesetzt haben, auch für behinderte Menschen. Ich finde das denkwürdig.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **16.11. Interpellation Nr. 24 Luca Urgese betreffend «USB-Gate»: Das Debakel bei der Auszählung der elektronisch abgegebenen Stimmen bei der Abstimmung vom 8. März 2026**

[11.03.26 17:29:06, 26.5087.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Das Wort hat Regierungsrat Conradin Cramer.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Um Wiederholungen zu vermeiden, erlaube ich mir, auf die Vorbemerkungen zur soeben beantworteten Interpellation Nummer 23 zu verweisen. Die konkreten Fragen der Interpellation Nummer 24 beantworte ich namens des Regierungsrats gerne wie folgt.

Zu Frage 1: Es waren drei USB-Sticks betroffen, die mittels eines Pins verschlüsselt waren. Zwei Sticks dienten als Backup-Sticks, falls der hauptsächlich verwendete Stick ausfallen würde. Die Sticks konnten nicht entschlüsselt werden.

Zu Frage 2: Die Sticks werden sicher und mehrfach verschlossen aufbewahrt. Die Back-up-Lösung hat nicht funktioniert, wie bei Frage 1 erwähnt.

Zu Frage 3: Das Problem wurde erstmals am Donnerstag, den 5. März, am früheren Nachmittag festgestellt.

Zu Frage 4: Am Donnerstagnachmittag fand einerseits eine erste Sitzung per Teams gemäss Krisenvereinbarung mit der Bundeskanzlei statt. Teilnehmende waren Vertretungen der Bundeskanzlei, der E-Voting-Kantone und der Post. Andererseits reisten umgehend zwei Spezialisten der Post nach Basel, um vor Ort Support zu leisten.

Zu Frage 5: Alle Kantone verwenden Hardwarekomponenten für die Speicherung der Passwörter zur Entschlüsselung der Urne. Die konkreten Produkte unterscheiden sich teilweise.



Zu Frage 6: Die Post hat aufgrund ihrer IT- und Cybersecurity-Kenntnisse auf Wunsch des Kantons Basel-Stadt vor Ort unterstützt. Die Post war bestrebt zur Lösungssuche beizutragen, auch wenn der Vorfall nicht in Verbindung mit dem von der Post bereitgestellten System steht.

Zu Frage 7: Beim Versuch der Entschlüsselung des Sticks sei es gemäss den heute vorliegenden Informationen einzig darum gegangen, zu kontrollieren, ob der Stick im Hinblick auf die Urnenöffnung am Samstagnachmittag geöffnet und auf das Passwort zugegriffen werden könne.

Zu Frage 8: Die Staatskanzlei hat erwogen, die elektronische Urne zu schliessen, als die Wahrscheinlichkeit ihrer Öffnung am geplanten Termin sehr klein geworden war. Es blieb aber eine, wenn auch geringe Möglichkeit, sie noch öffnen zu können. Da zum fraglichen Zeitpunkt die briefliche oder persönliche Stimmabgabe nur noch für Auslandschweizer Stimmberechtigte in der näheren Umgebung praktisch möglich war, hat die Staatskanzlei entschieden, die elektronische Urne offen zu lassen.

Zu Frage 9: Die Staatskanzlei hat per Medienmitteilung informiert, um möglichst viele Stimmberechtigte zu erreichen. Eine persönliche Kontaktaufnahme mit einzelnen Stimmberechtigten wurde nicht erwogen und wäre nicht praktikabel gewesen.

Zu Frage 10: Es erscheint offensichtlich, dass das Vertrauen in das E-Voting beeinträchtigt wurde.

Zu Frage 11: Der Regierungsrat teilt selbstverständlich die Auffassung, dass alle Stimmen gezählt werden müssen.

Zu Frage 12: Der Regierungsrat setzt den Testbetrieb der elektronischen Stimmabgabe vorerst bis Ende Jahr aus. Er hat überdies dem Grossen Rat beantragt, die Behandlung des Ratschlags über die weitere Finanzierung des E-Voting-Testbetriebs bis auf weiteres auszusetzen. Der Regierungsrat veranlasst eine externe Untersuchung der Umstände und Ursachen des Vorfalls. Aufgrund der Erkenntnisse aus dieser Untersuchung wird der Regierungsrat über das weitere Vorgehen entscheiden.

Zu Frage 13: Diese Entscheidung ist Sache des Bundes, weil es sich bei der Abstimmung um eidgenössische Vorlagen gehandelt hat.

Zu Frage 14: Der Regierungsrat wird die Erkenntnisse aus der erwähnten externen Untersuchung veröffentlichen. Angaben zum Zeitpunkt des Vorliegens der Analyse können wir noch keine machen.

Zu Frage 15: Konkrete operative Entscheidungen über Änderungen der Prozesse und Methoden bei einer möglichen Wiederaufnahme der E-Voting-Möglichkeit in Basel-Stadt können erst nach Vorliegen aller Erkenntnisse getroffen werden.

Zu Frage 16: Am 8. März fanden in Basel-Stadt nur Abstimmungen zu eidgenössischen Vorlagen statt. Der Bundesrat ist für die Erhaltung dieser Abstimmungen zuständig. Gemäss Artikel 13 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte müssen die Abstimmungsergebnisse innerhalb 13 Tagen nach dem Abstimmungstag publiziert werden. Die Publikation muss somit spätestens am Samstag, 21. März erfolgen. Gelingt bis dahin die Entschlüsselung der elektronischen Urne nicht, wovon derzeit leider auszugehen ist, müssen die elektronisch abgegebenen Stimmen als ungültig gezählt werden. Das Abstimmungsergebnis könnte entsprechend erwahrt werden.

Zu Frage 17: Der Regierungsrat hat, wie bereits erleuchtet, entschieden, eine externe Untersuchung der Umstände und Ursachen des Vorfalls zu veranlassen und den Testbetrieb der elektronischen Stimmabgabe vorerst bis Ende dieses Jahres auszusetzen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Luca Urgese (FDP):* Ich danke dem Regierungspräsidenten für die ausführliche Beantwortung meiner Fragen. Was man sagen kann ist folgendes:

Der Vorfall am Sonntag war ein absolutes Debakel. Es war reines Glück, dass keine Wiederholung der Abstimmung notwendig war. Wären wir ein halbes Jahr später gewesen und 30% der Stimmberechtigten von Basel-Stadt hätten bereits E-Voting nutzen können und wir hätten eine kantonale Vorlage gehabt, dann hätten wir einen solchen Fall gehabt. Jetzt ging es «nur» um 2'048 Stimmen. Wir hatten kein knappes Resultat, aber solche knappe Resultate gibt es immer wieder. Wir hatten im Jahr 2017 eine Differenz von 2'357 Stimmen bei einer Mehrwertsteuererhöhung, wir hatten 2015 einen Abstand von 3'649 Stimmen beim Radio- und Fernsehgesetz. Es gibt also Abstimmungen, wo es enorm knapp wird, wo solche Probleme dazu führen können, dass eine Abstimmung wiederholt werden muss. Das können wir uns nicht leisten.

Deshalb sind vor allem die Stimmen irritierend, die sagen, es sei halt noch ein Pilotprojekt, das könne ja halt mal passieren oder es habe am Ende ja nichts ausgemacht. Wenn wir so zu denken beginnen bei Abstimmungen und Wahlen, dann kommen wir in Teufels Küche. In einer Demokratie ist die Integrität des Wahl- und Abstimmungsprozesses von enormer



Bedeutung. Wenn sich Stimmberechtigte nicht darauf verlassen können, dass ihre Stimme gezählt wird, dann schaffen wir Frustration, dann bleiben diese Menschen der Urne fern und dann erodiert das Vertrauen in unsere Institutionen. Da rütteln wir am Fundament unserer demokratischen Institutionen.

Umso wichtiger ist der sofortige Stopp mindestens bis zur Klärung, was genau vorgefallen ist und ich bin sehr froh, dass wir zur Kenntnis nehmen durften, dass der Regierungsrat das auch so sieht. Und nun, da die Staatsanwaltschaft offenbar Hinweise für einen Anfangsverdacht auf Wahlfälschung bekommen hat, wie wir den Medien entnehmen konnte und sofern das stimmt, dann erst recht. Man muss eigentlich sogar so weit gehen zu sagen, wir sollten dieses Experiment mit unserer Demokratie – und meiner Ansicht nach ist E-Voting das nach diesem Flopp – definitiv beerdigen. Es ist und bleibt so, E-Voting ist technologisch eines der komplexesten Unterfangen, schlicht und einfach wegen dem Stimmgeheimnis. Das ist auch immer der zentrale Unterschied zum E-Banking. Dort loggen Sie sich ein, aber dort können Sie genau nachvollziehen, was Sie gemacht haben und was auf Ihrem Konto passiert ist. Das ist bei Wahlen und Abstimmungen unendlich viel komplexer.

Wenn man nun noch mehr Komplexität hineinbringt, wie es Olivier Battaglia in den Medien vorgeschlagen hat, dann wird es sicher nicht einfacher und es gibt ein noch grösseres Risiko für technische Probleme. Auslandschweizer, Auslandschweizerinnen und Menschen mit Behinderung müssen klar eine Möglichkeit haben, aber dort sollten wir nach anderen Lösungen suchen. Der Regierungsrat hat es bereits erwähnt, es gibt Abstimmungsschablonen für Sehbehinderte. In anderen Kantonen auch im Rahmen von Pilotprojekten bewährt sich das. Ich kann nachvollziehen, dass man sagt, im Kanton Basel-Stadt sähen die Stimmzettel etwas anders aus, das ist definitiv eine Herausforderung, aber definitiv weniger komplex als E-Voting. Für Auslandschweizer:innen muss man nach anderen Lösungen suchen, dass sie beispielsweise die Unterlagen elektronisch erhalten und sie diese dann per Post zurückschicken, dann haben wir zumindest einen der beiden Wege, die mit Unsicherheit behaftet sind, gespart. Es gibt Möglichkeiten, man muss einfach gewillt sein, darüber nachzudenken.

Noch zu einzelnen Fragen. Ich habe zur Kenntnis genommen bezüglich Entschlüsselung am Freitag, dass es eine Ausnahmegewilligung gibt für den Kanton Basel-Stadt, dass er die Entschlüsselung am Samstag vornehmen darf, eigentlich darf man das erst am Sonntag. Man hat das der Kontrolle halber bereits am Freitag ausprobiert. Ob das konform ist mit der Ausnahmegewilligung, kann ich an dieser Stelle nicht beurteilen. Dass man erwogen hat, die Urne zu schliessen, als man erkannt hat, dass wir ein Problem haben, dann aber gefunden hat, dass es noch eine Möglichkeit gebe und es deshalb nicht getan hat, kann man auch so zur Kenntnis nehmen. Ich halte den Entscheid spontan für falsch, weil doch auch die Staatskanzlei in ihrer Kommunikation schon recht klar zum Ausdruck gebracht hat, dass es mit allergrösster Wahrscheinlichkeit nicht gelingen werde und deshalb die Auslandschweizer:innen hätten aufgefordert werden müssen, nach Möglichkeit noch an die Urne zu gehen. Da hat man 248 Personen noch zusätzlich frustriert.

Es gibt 30 Stimmberechtigte in unserem Kanton mit Behinderung, die sich für E-Voting angemeldet haben. Der Regierungspräsident hat gesagt, es wäre nicht praktikabel gewesen, diese Personen zu informieren. Ich denke, innerhalb von zwei Tagen 30 Personen zu kontaktieren scheint mir doch noch möglich. Ich bedaure, dass dies nicht gemacht worden ist.

Zur Frage der Annullierung: Meine Frage war, was bei kantonalen Abstimmungen der Fall gewesen wäre. Ich würdige, dass der Regierungsrat den Vorfall sehr ernst nimmt, etwas anderes wäre auch gar nicht auf dem Tisch gewesen, und dass eine umfassende und unabhängige Untersuchung in die Wege geleitet wurde, ist das einzig richtige. Wir werden die Schlussfolgerungen dann zur Kenntnis nehmen. Ich bin der Meinung, man hätte jetzt bereits den Schluss ziehen müssen, E-Voting zu beerdigen, aber wir werden sehen, was im Bericht steht.

Ich hätte mir gewünscht, dass man nicht nur bedauert, was vorgefallen ist, sondern dass man sich auch dazu durchgerungen hätten, sich bei den 2'048 Menschen, deren Stimme nicht gezählt wurde, zu entschuldigen. Das wäre noch ein Schritt weiter gewesen. Ich hätte das angesichts des Vorfalls als angemessen gefunden.

Ich erkläre mich für teilweise zufrieden. Ich bin mit den Antworten zufrieden, mit dem Inhalt der Antworten bin ich aber nur teilweise zufrieden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



### **16.12. Interpellation Nr. 25 Alex Ebi betreffend ungenügende Förderung des Sports und der Sport-Infrastruktur**

[11.03.26 17:41:43, 26.5088.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant ist abwesend.

### **16.13. Interpellation Nr. 26 Christine Keller betreffend alarmierender Legionellenbefunde in öffentlichen Duschanlagen und Alters – und Pflegeheimen**

[11.03.26 17:41:58, 26.5089.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin verzichtet auf eine Begründung.

### **16.14. Interpellation Nr. 27 Annina von Falkenstein betreffend vorgesehene Änderung des Kooperationsvertrags zwischen der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und der Musik-Akademie Basel (MAB)**

[11.03.26 17:42:12, 26.5090.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Der Kooperationsvertrag sieht eine Doppelunterstellung vor. Der Direktor der Hochschule für Musik Basel FHNW ist dem Direktionspräsidenten der FHNW unterstellt. Im Rahmen eines Mandats untersteht er gleichzeitig dem Akademierat der Musik-Akademie. Zur Diskussion steht diese Doppelunterstellung.

Zu Frage 2: Die FHNW möchte die Doppelunterstellung aus personalpolitischen und strukturellen Gründen aufheben. Die zehn Hochschulen der FHNW sollen alle über die gleichen Bedingungen verfügen.

Zu den Fragen 3 und 4: Die FHNW und die Musik-Akademie Basel sind autonom geführte und verwaltete Bildungsinstitutionen. Über die Vor- und Nachteile der geplanten Änderungen kann der Regierungsrat keine informierten Auskünfte geben. Grundsätzlich aber begrüsst er klar und transparent ausgestellte Governance-Strukturen und klar definierte Verantwortungsmöglichkeiten und Zuständigkeiten.

Zu Frage 5: Nein, aus den Änderungen erfolgen keine Mehrkosten.

Zu Frage 6: Nein, der administrative Aufwand wird nicht erhöht.

Zu Frage 7: Die Ausrichtung, die Positionierung und die Finanzierung der Hochschule für Musik Basel FHNW und der Musik-Akademie sind von den personalrechtlichen Änderungen nicht betroffen. Der Regierungsrat sieht keinen Bezug zur Frage der Drittmittelgenerierung.

Zu Frage 8: Dem Regierungsrat sind die Qualität und die Ausstrahlung der Musik-Akademie und der Hochschule für Musik Basel FHNW sehr wichtig. Veränderungen, die die Zukunftsfähigkeit dieser Institutionen zu sichern helfen, steht er wohlwollend gegenüber.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit, zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Vielen Dank für die Beantwortung dieser Interpellation, mit der ich mich für zufrieden erkläre. Das vorweg. Ich schätze es sehr, dass so spontan sehr offen geantwortet werden konnte, insbesondere da wir ja mit der Musik-Akademie mehrere Institutionen unter demselben Dach haben, was durchaus speziell ist von der Organisationsstruktur her und was, wie ich mir vorstellen kann, durchaus auch die Governance-Fragen aufgeworfen hat.

Was für mich noch wichtig wäre oder was ich auch verfolgen werde, ist einerseits, wie die Interessen der Musik-Akademie-Teile, die eben dem Kanton direkt dienen und die nicht unter der Trägerschaft der FHNW stehen, berücksichtigt werden und wie das bis jetzt sehr gut funktionierende Konstrukt so wirklich weitergeführt werden kann, ohne dass Zielkonflikte entstehen, dass mit den vorgesehenen Änderungen dann zwei Personen Verantwortung tragen und doch auch verschiedene Interessen vertreten. Ich kann mir vorstellen, dass das Budgetkonflikte geben könnte, dass das bei der Strategieauslegung zu Diskussionen führen könnte, die schlussendlich Prozesse verlängern und längere Prozesse brauchen mehr Zeit und haben letztendlich dann doch auch immer wieder eine finanzielle Auswirkung. Also zu Frage 5, ob wirklich keine Mehrkosten entstehen, da bin ich gespannt, das werden wir sehen, wir können alle nicht in die Zukunft schauen, ich stelle das vorerst in Frage.

Und auch bei den Drittmitteln, ich glaube, momentan ist das wirklich ein Winning Team, wo man sich ja fragt, ob das jetzt eben gechanget werden soll oder nicht, so oft gemäss dem Sprichwort. Ob das Mäzenatentum, unter dem die Musik-Akademie sehr stark profitieren kann, dann wirklich noch so ganz klar unterschieden werden kann von den Projekten, weil ja gerade die Infrastruktur eben durch die verschiedenen Institutionen genutzt wird, was auch durch die momentan durch eine Person ermöglichte Führung erleichtert wird. So stelle ich mir das auf jeden Fall vor. Daher bin ich gespannt und harre den Dingen, die da kommen und danke dem Regierungsrat für die klare Positionierung zum jetzigen Zeitpunkt und finde das sehr umfassend.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden, die Interpellation ist erledigt.

## **16.15. Interpellation Nr. 28 Lorenz Amiet betreffend peinliche Panne beim e-Voting oder mehr?**

[11.03.26 17:47:18, 26.5091.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Das Wort hat Regierungsrat Conradin Cramer.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Wiederum erlaube ich mir, um Wiederholungen zu vermeiden, auf die Vorbemerkungen zur Interpellation Nummer 23 zu verweisen. Die Fragen der Interpellation Nummer 28 beantworte ich namens des Regierungsrats wie folgt.

Zu Frage 1: Es konnte nicht auf das erforderliche Passwort zur Öffnung der digitalen Urne zugegriffen werden.

Zu Frage 2: Die Schweizerische Post stellt den Kantonen das E-Voting-System zur Verfügung. Es besteht keine Verbindung zwischen dem Vorfall und dem E-Voting-System der Post. Alle E-Voting-Kantone speichern das Passwort auf externen Hardwarekomponenten, konkret auf USB-Sticks. Die Produkte, welche die Kantone einsetzen, unterscheiden sich teilweise. Die Kantone legen die Verschlüsselung ihrer Sticks selbst fest. Die Problematik, den mittels eines Pins verschlüsselten Stick nicht entschlüsseln zu können, betraf nur Basel-Stadt.

Zu Frage 3: 2'048 elektronisch abgegebene Stimmen von Auslandschweizer Stimmberechtigten und angemeldeten Stimmberechtigten mit Behinderung konnten nicht ausgezählt werden.

Zu Frage 4: Am Donnerstag, dem 5. März, am Nachmittag erkannte die direkt zuständige Person in der Staatskanzlei das Problem und informierte die relevanten Personen in der Staatskanzlei. Ich selbst wurde am Freitagvormittag in Kenntnis gesetzt und laufend informiert, mittags erfolgte eine Information an alle Mitglieder des Regierungsrats.

Zu Frage 5: Gemäss den heute vorliegenden Informationen habe man versucht zu kontrollieren, ob der Stick im Hinblick auf die Urnenöffnung am Samstagnachmittag geöffnet und auf das Passwort zugegriffen werden könne.



Zu Frage 6: Die bisherigen Untersuchungen und Analysen haben ergeben, dass das Problem darauf zurückzuführen war, dass nicht auf das Passwort für die Urnenöffnung zugegriffen werden konnte. Bei der Suche nach Lösungen hat die Post auch ihr System geprüft. Sie schliesst einen Cyber-Vorfall aus.

Zu Frage 7: Sowohl Stimmberechtigte, die noch nicht elektronisch abgestimmt hatten, als auch diejenigen, die bereits elektronisch abgestimmt hatten, konnten noch brieflich oder persönlich abstimmen, wenn sie noch über die entsprechenden Stimmrechtsausweise verfügten. Bekannt ist die Anzahl derjenigen Stimmabgaben, die bereits elektronisch abgestimmt hatten und danach auch noch persönlich abstimmten. Es handelt sich dabei um fünf Stimmabgaben.

Zu Frage 8: Von 2017 bis Ende 2026 wurden rund 2,5 Mio. Franken ausgegeben beziehungsweise budgetiert. Dieser Betrag beinhaltet Sachmittel und Personalkosten.

Zu Frage 9: Es erscheint offensichtlich, dass das Vertrauen in das E-Voting durch den Vorfall beeinträchtigt wurde. Inwieweit der Vorfall zu einem Verlust des Vertrauens in das Funktionieren unseres demokratischen Systems führt, scheint schwierig einzuschätzen.

Zu Frage 10: Das kantonale Wahlgesetz ist im vorliegenden Fall von eidgenössischen Abstimmungen nicht anwendbar. Festzuhalten ist, dass die politischen Rechte der betroffenen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verletzt sind, wenn die elektronisch abgegebenen Stimmen nicht gezählt werden können.

Und dann gesammelt zu Fragen 11 bis 15 und auch im Sinne eines vorläufigen Schlussworts des Regierungsrats zur Thematik: Der Regierungsrat nimmt den Vorfall sehr ernst und bedauert ihn ausserordentlich. Er setzt, wie bereits erwähnt, den Testbetrieb der elektronischen Stimmabgabe vorerst bis Ende dieses Jahres aus und hat dem Grossen Rat beantragt, die Behandlung des Ratschlags über die weitere Finanzierung des E-Voting-Testbetriebs bis auf weiteres auszusetzen. Er veranlasst eine externe Untersuchung der Umstände und Ursachen des Vorfalls, über deren Ergebnisse er die Öffentlichkeit informieren wird. Aufgrund der Erkenntnisse aus dieser Untersuchung wird der Regierungsrat über das weitere Vorgehen zum E-Voting entscheiden. Die Prämisse für alle Entscheide wird sein, dass sie unsere direkte Demokratie und das Vertrauen in sie stärken sollen. Für unsere Demokratie ist es von höchster Wichtigkeit, dass alle Stimmberechtigten sich auf das einwandfreie Funktionieren aller Prozesse bei Wahlen und Abstimmungen verlassen können.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Lorenz Amiet (SVP):* Herzlichen Dank für die mündliche Beantwortung dieser Interpellation und die doch sehr präzisen und umfassenden Antworten, die Sie uns heute hier gegeben haben. Luca Urgese hat in seiner ähnlichen Interpellation von einem Debakel gesprochen. Ich brauche das Wort Disaster und ich zitiere meine Schwester, direkt Betroffene. Sie wohnt in England und hat von der Bananenrepublik Kanton Basel-Stadt gesprochen hat.

Vielleicht erinnern Sie sich, was haben wir in der Schweiz gelacht, als es vor 21 Jahren Florida zustande brachte, Stimmen nicht zu zählen, was dann die Wahl des amerikanischen Präsidenten beeinflusst hatte. Wie kann so etwas passieren? Wir haben auch von Bananenrepublik gesprochen und wir haben uns lustig gemacht, es hat an der Fasnacht Schnitzelbänke gegeben und so weiter und so fort. 21 Jahre später sind wir am genau gleichen Ort. Was ist der Unterschied? Der Unterschied ist, die ganze Welt schaut zu, wenn der amerikanische Präsident gewählt wird, wenn Basel-Stadt im Rahmen einer eidgenössischen Abstimmung sein kantonales Resultat ermittelt, nimmt man das Gott sei Dank nicht allzu weit um uns herum wahr. Die Peinlichkeit ist grenzenlos.

Ich bin einigermassen beruhigt, dass es sich nicht um einen Cyber-Vorfall zu handeln scheint. Ich bin aber nicht beruhigt, dass man offensichtlich elementarste IT-Prozesse in diesem Kanton nicht im Griff hat. Ich will ja nicht wissen, wo sonst überall man diese Prozesse nicht im Griff hat. Für mich bleiben auch Fragen offen zum zeitlichen Ablauf. Danke, dass man das detailliert dargestellt hat, aber ob das wirklich die Idee der Sache ist, dass man am Donnerstag und am Freitag Passwörter auf einem Stick testet, die man dann am Sonntag zum Öffnen einer Urne braucht, das lasse ich mal mit einem Fragezeichen stehen.

Weizsäcker, der frühere deutsche Bundespräsident, hat mal gesagt, die Demokratie lebt nicht vom fertigen Gesetz, sondern vom Vertrauen ihrer Bürger. Wir sprechen also von der Grundfeste der Demokratie, wenn der Bürger das Vertrauen in die Systeme, die der Staat ihm zur Ausübung seiner Rechte zur Verfügung stellt, verliert. Ich kürze hier etwas ab, weil ich die Einschätzungen von Luca Urgese durchs Band teile.

Wir haben hier mit der Demokratie gespielt, aber wir haben auch Glück gehabt, weil die Auswirkungen doch begrenzt sind. Ich hoffe sehr, dass das Bewusstsein vorhanden ist bei der Regierung, dass es dieses Mal ein Schlüssel, ein Passwort war, welches zum Debakel geführt hat, aber dass es sehr wohl bei dieser komplexen Technologie das nächste Mal auch etwas



anderes sein kann. Es ist nicht so, dass wenn das nie mehr passiert, dann alles gut ist. Es liegt inhärent in der Thematik von E-Voting, dass vieles schief laufen kann, wie in der Informatik generell vieles schief laufen kann.

Es wurde uns vor Augen geführt, dass es absolute Sicherheit beim E-Voting schlicht nicht geben kann. Aber absolute Sicherheit ist bei Wahlen und Abstimmungen Grundvoraussetzung für das Funktionieren unserer Staatsform, der direkten Demokratie. Ich betrachte deshalb das Ganze nicht als Schuss vor den Bug, sondern als Schuss in den Bug. Es hat Schaden gegeben, aber das Schiff Gott sei Dank schwimmt weiter. Gott sei Dank, geschätzter Regierungspräsident, haben Sie mehr Haare auf dem Haupt als ich. Denn so besteht die Chance, dass die Asche, die Sie sich selbst auf das Haupt gestreut haben, auch liegen bleibt und nicht gleich wieder, wie es bei mir wahrscheinlich würde, herunterfällt.

In diesem Sinne bin ich mit Ihren Antworten teilweise zufrieden und danke Ihnen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Ich schliesse an dieser Stelle die heutige Sitzung. Wir sehen uns nächste Woche wieder um 9 Uhr.

### **Schluss der 5. Sitzung**

17:56 Uhr



## Protokoll

der 6. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 18. März 2026, um 9:00 Uhr

<b>Vorsitz:</b>	<i>Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin</i>
<b>Protokoll:</b>	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
<b>Abwesende:</b>	<i>Zaira Esposito (SP); Melanie Eberhard (SP).</i>

### Verhandlungsgegenstände:

15.	Elfter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 Gesundheitsgesetz, Bericht der GSK.....	2
17.	Motion 1 Andrea Strahm und Konsorten betreffend die Regelung der Stellvertretungen an den Schulen...	4
18.	Motion 2 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Stärkung der Härtefallregularisierung im Kanton Basel-Stadt .....	4
19.	Anzug 1 Joël Thüring und Lukas Faesch betreffend Innenstadt beleben trotz Tramsperrung – temporäre Erleichterungen für Betriebe im Sommer 2026 .....	10
20.	Anzug 2 Joël Thüring und Lukas Faesch betreffend Innenstadt erreichbar halten – Shuttle-Service während der tramfreien Zeit im Sommer 2026 .....	10
21.	Anzug 3 Edibe Gölgeci und Andrea Strahm betreffend finanzielle und strukturelle Absicherung des Basler «Kindernäschts» .....	10
22.	Anzug 4 Lisa Mathys und Konsorten betreffend "S Lied vo de Bahnhöf" – die Schweiz im internationalen Zugverkehr nicht abhängen sondern anbinden .....	14
23.	Anzug 5 Harald Friedl und Konsorten betreffend Optimierung und Kapazitätserhöhung ÖV durch intelligente Lösungen.....	19
24.	Anzug 6 Béla Bartha und Konsorten betreffend Einführung von Doppelstockzügen im S Bahnverkehr der Region Basel .....	19
25.	Anzug 7 Luca Urgese und Konsorten betreffend Prüfung von Quartierparking-Alternativen nach gescheiterter Umnutzung des provisorischen Roche-Parkhauses .....	19
26.	Anzug Balz Herter und Konsorten betreffend Vorbereitung auf Extremwetterereignisse, Schreiben des RR .....	19
27.	Anzug Balz Herter und Konsorten betreffend gemeinsames Wachsen von Bevölkerung und Sicherheit, Schreiben des RR.....	22
28.	Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend "Mobile Polizeiposten in den Quartieren", Schreiben des RR.....	22
29.	Motion Hanna Bay und Konsorten betreffend gerichtliche Überprüfung von freiheitsentziehenden Massnahmen nach Polizeigesetz, Stellungnahme des RR.....	24
30.	Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend berufsmässige Vertretung durch die Interessenverbände an der Schlichtungsstelle und eventuell am Mietgericht, Zwischenbericht des RR ...	27
31.	Motion Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Vertretung in Mietstreitigkeiten, Zwischenbericht des RR.....	33
32.	Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten, Zwischenbericht des RR .....	34
33.	Interpellation Nr. 10 Pascal Messerli betreffend Basel verlottert sicherheitspolitisch: Illegale Demonstrationen und Kostenabwälzung. Zahlen und Fakten jetzt, Schreiben des RR .....	35
34.	Interpellation Nr. 139 Eric Weber betreffend zivile Autos der Basler Polizei und deren Verkauf, Schreiben des RR.....	36



## **Beginn der 6. Sitzung**

Mittwoch, 18. März 2026, 08:59 Uhr

### **15. Elfter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 Gesundheitsgesetz, Bericht der GSK**

[18.03.26 08:59:58, 25.1751.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und wir fahren fort mit Traktandum 15.

Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort für die Kommission hat Christian Moesch.

*Christian C. Moesch (FDP):* Die Gesundheits- und Sozialkommission hat den elften Bericht des Regierungsrates zur Entwicklung von Leistungen und Kosten und Prämien in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung an zwei Sitzungen beraten. Die zentrale Botschaft ist dabei aber wenig überraschend, die Gesundheitskosten steigen weiter an. Die etwas bessere Nachricht dabei ist, dass sie in Basel-Stadt zumindest in 2024 weniger stark gewachsen sind als im schweizerischen Durchschnitt. Mit Ausgaben von rund 5'655 Franken pro versicherte Person im Jahr gehört Basel-Stadt weiterhin zu den teuersten Kantonen der Schweiz und liegt hinter Genf und dem Tessin auf Platz 3. Der schweizerische Durchschnitt liegt rund 1'000 Franken darunter.

Wie erwähnt zeigt sich jedoch, dass das Kostenwachstum in Basel-Stadt moderater ausfällt als im nationalen Vergleich. In den letzten zehn Jahren sind die Kosten im Kanton um rund 22% gestiegen, während der Anstieg in der Schweiz insgesamt bei rund 34% lag. Auch in der jüngsten Entwicklung zeigt sich dieser Trend. Von 2023 auf 2024 sind die Kosten in Basel-Stadt um 2.7% gestiegen, im schweizerischen Durchschnitt hingegen um 4.6%. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Krankenkassenprämien. Für das Jahr 2026, also das laufende Jahr, liegt schweizweit der Anstieg bei durchschnittlich 4.4%, in Basel-Stadt beträgt er hingegen nur 3.1%. Das bedeutet zwar weiterhin steigende Prämien, aber zumindest etwas weniger stark als im Landesdurchschnitt.

Ein besonderes Augenmerk hat die Kommission dieses Jahr auf den Bereich der Spitex und der pflegenden Angehörigen gelegt. Die Zahl der Anbieter ist relativ stabil geblieben, während die erbrachten Leistungsstunden deutlich zugenommen haben. Gleichzeitig gewinnt die bezahlte Angehörigenpflege zunehmend an Bedeutung. Bereits rund 7.5% der Grundpflege werden heute von Angehörigen erbracht, die über Spitex-Anbieter oder kantonale Beiträge entschädigt werden. Diese Entwicklung wird grundsätzlich positiv beurteilt, wirft aber auch Fragen auf, etwa hinsichtlich möglicher Fehlanreize bei privaten Anbietern oder der Entlohnung pflegender Angehöriger. Das Gesundheitsdepartement beobachtet diese Entwicklung entsprechend aufmerksam.

Mit Blick auf die Zukunft wird insbesondere die Reform der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) eine wichtige Rolle spielen. Sie tritt ab 2028 in Kraft und wird die Finanzierung des Gesundheitswesens grundlegend verändern. Die Kommission hat deshalb angeregt, im nächsten Bericht eine vertiefte Analyse zu den Auswirkungen dieser Reform vorzunehmen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, die Gesundheitskosten in Basel steigen weiterhin, allerdings derzeit weniger stark als im schweizerischen Durchschnitt. Basel-Stadt bleibt aber bekanntermassen ein teurer Kanton, doch der Abstand zum Rest der Schweiz hat sich in den letzten Jahren zumindest etwas verringert. Ob sich diese Tendenz auch so fortsetzt, dazu werden wir dann vielleicht noch dieses, ansonsten im nächsten Jahr wieder berichten können.

Die Gesundheits- und Sozialkommission beantragt Ihnen deshalb einstimmig, den vorliegenden Bericht des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat nun Regierungsrat Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Der Grosse Rat hat dem Regierungsrat im Dezember 2014 den Auftrag zur Erstellung eines jährlichen Berichts über die Leistungskosten und Prämienentwicklung sowie über die Massnahmen zur Dämpfung der Gesundheitskosten erteilt. Mit dem vorliegenden Bericht kommt der Regierungsrat diesem Auftrag nun zum elften Mal nach.

Während Basel-Stadt im Jahr 2014 die deutlich höchsten OKP-Kosten pro Kopf aller Kantone aufwies, welche 30% über dem schweizerischen Mittelwert lagen, liegt unser Kanton bei den Kosten nun noch an dritter Stelle hinter den Kantonen Genf und Tessin. Auch der Abstand zum nationalen Durchschnitt hat sich seither um ein Drittel verringert. Die Kosten in Basel-Stadt lagen 2024 noch rund 20% über dem Schweizer Mittel. Das ist viel, das ist hoch, wir sind somit ein teurer Kanton, wie der Kommissionspräsident zu Recht sagt. Das hat strukturelle Gründe, die insbesondere mit der Urbanität unseres Kantons zusammenhängen. Städtische Gesellschaften haben einen hohen Anteil an Ein-Personen-Haushalten und sie haben auch die demografische Entwicklung, den Trend zum Aging früher gemacht. Diesen Zenit allerdings haben wir inzwischen überschritten. Für das Jahr 2026 wurde für den Kanton Basel-Stadt ein durchschnittlicher Anstieg der mittleren Prämie über alle Altersgruppen von 4.2% prognostiziert. Das liegt auch wieder unter dem Schweizer Mittel von rund 4.8%.

Trotz der etwas mildereren Entwicklung von Kosten und Prämien ist Basel-Stadt seit vielen Jahren ein Kanton, der die nationalen Reserven der Krankenversicherer übermässig finanziert. Über die letzten zehn Jahre summierte sich diese Quersubventionierung anderer Kantone auf rund 150 Mio. Franken. Wir haben diesen Punkt verschiedentlich auch in Bundesbern anhängig gemacht.

In diesem Zusammenhang ist auch die vom Bund im vergangenen Herbst durchgeführte Vernehmlassung der Verordnung über den Risikoausgleich in der Krankenversicherung (VORA) hinzuweisen, die auf eine KVG-Revision im Jahr 2024 zurückgeht. Wir haben dort zum Ausdruck gebracht, dass im Ausland wohnhafte Versicherte in den Risikoausgleich miteinbezogen werden müssen, damit wir auch etwas mehr Finanzierungsgerechtigkeit im System der obligatorischen Krankenversicherung erreichen können. Es läuft dazu auch wieder eine Vernehmlassung derzeit, hier geht es jetzt um die Umsetzungsverordnung des EDI und auch in diesem Zusammenhang werden wir darauf drängen, dass Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die bisher separat gerechnet wurden im Risikoausgleich, neu auch in den Arbeitskantonen mitberücksichtigt werden im Risikoausgleich.

Für den diesjährigen § 67-Bericht wurde eine vertiefte Analyse der Leistungs- und Kostenentwicklung im Bereich der Spitex gewünscht. Wir haben das Ihnen präsentiert und die Analyse zeigt, dass der Markt für pflegerische Spitex-Leistungen kontinuierlich wächst. Zwischen 2019 und 2024 stieg das jährliche Leistungsvolumen um durchschnittlich 4.5% auf rund 633'000 Stunden. Es gibt im Kanton auch Anbieter, die sich auf das Modell der Angehörigenpflege spezialisiert haben. Wir schätzen, dass es deren sechs sind. Diese sechs erbrachten 2024 knapp 27'000 Stunden in der Grundpflege, was etwa 7.5% des Gesamtvolumens ausmacht.

Pflegende und betreuende Angehörige, das ist mir wichtig zu sagen, leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Gesundheitsversorgung. Es ist aber so, dass das Modell der Angehörigenpflege in der Spitex, wie es ausgestaltet ist, auch tatsächlich neue Herausforderungen mit sich bringt bezüglich Qualität, Transparenz und Finanzierung insbesondere. Der Regierungsrat hat die Rahmenbedingungen zur Abrechnung solcher Leistungen deshalb per 1. Januar 2026 angepasst.

Wenn wir einen Blick nach vorne machen, dann steht mit der Einführung der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen, es wurde bereits gesagt, ab 2028 ein grösserer Reformschnitt bevor. Die Kantone werden sich dann an sämtlichen Leistungen im Gesundheitswesen beteiligen. Bisher, das wissen Sie, haben wir jeweils nur einen Anteil an den stationären Spitalbehandlungen finanziert. Ab 2032 dann wird in dieses einheitliche Finanzsystem auch die Pflegefinanzierung eingebunden.

Der Bund hat für Basel-Stadt im Jahr 2028 einen Mindestanteil von 26.3% an den Gesamtkosten festgelegt. Es ist zu erwarten, dass im ersten Jahr dies einen leichten Anstieg unserer finanziellen Belastung auslösen wird. In den Folgejahren ist jedoch eher absehbar, dass der vom Bund vorgegebene Mindestanteil in dieser Übergangsphase gemäss aktuellen Schätzungen dann zu einer gewissen Entlastung in unserer Rechnung führen könnte.

Der vorliegende Bericht will in Bezug auf die Kosten- und Prämienentwicklung der letzten Jahre Ihnen einen Überblick geben und die statistischen Informationen liefern, wie sich die Themen entwickeln. Ebenso haben wir viele unserer gesundheitspolitischen Massnahmen erläutert und dokumentiert. Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie dem Antrag der Kommission folgen und unseren Bericht zur Kenntnis nehmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

**Detailberatung** des Grossratsbeschlusses (Seite 8 des Berichts)



Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

### Ergebnis der Abstimmung

**89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008450, 18.03.26 09:12:28]

### Der Grosse Rat beschliesst

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis vom elften Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme zugestimmt.

## 17. Motion 1 Andrea Strahm und Konsorten betreffend die Regelung der Stellvertretungen an den Schulen

[18.03.26 09:12:33, 26.5014.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

## 18. Motion 2 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Stärkung der Härtefallregularisierung im Kanton Basel-Stadt

[18.03.26 09:13:00, 26.5013.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Die SVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Die Motion steht relativ quer in der Landschaft, insbesondere gegenüber den Bestrebungen auf Bundesebene, wo gerade eine Verschärfung in diesem Bereich in Bearbeitung ist. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats hat gerade einen differenzierten Vorschlag gemacht. Es geht darum, Fehlanreize in der Asylpolitik zu reduzieren, aber auch um eine Differenzierung, dass Härtefälle für Familien nicht erst nach acht oder zehn Jahren gestellt werden können, sondern weiterhin nach fünf Jahren. Sowohl der Bundesrat als



auch die Kommission halten jedoch klar fest, dass nach wie vor kein Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung besteht und dass die Anforderungen für Personen ohne Aufenthaltsrecht besonders hoch sind. Das Ziel soll nach wie vor sein, dass die Personen wieder in ihr Heimatland zurückkehren. Wenn dieses Ziel fällt oder dieses Ziel wir nicht mehr verfolgen möchten, dann untergraben wir prinzipiell eigentlich auch unsere eigene Asylgesetzgebung.

Und wenn man jetzt die Forderung der Motion durchliest, dann stehen diese zum einen grossen Teil auch im Widerspruch zur aktuellen Rechtslage und auch zur Haltung des Bundesrats und der Kommission. Wenn man argumentiert, dass der Zugang zu einem Härtefallgesuch verbessert werden soll, dann kann man da ja noch darüber diskutieren und das ja auch argumentieren, wobei jetzt keine Belege vorliegen, dass wir im Kanton Basel-Stadt speziell unzugänglicher seien als andere Kantone. Ich habe jetzt in der Praxis eher erlebt im migrationsrechtlichen Bereich, dass andere Kantone strenger sind als der Kanton Basel-Stadt, aber da hören wir vielleicht noch andere Expertisen am heutigen Tag.

Die Motion geht dann aber noch weiter und verlangt, dass Bewilligungen von Härtefällen aktiv vorangetrieben werden, so dass möglichst viele eine Regularisierung erhalten. Damit möchte man von der Praxis abrücken, wonach grundsätzlich ja kein Anspruch besteht und deshalb kann die SVP-Fraktion hier bei dieser Motion nicht mitmachen. Zudem soll auch der Regierungsrat beim Bund aktiv auf nationaler Ebene sich für Lockerungen einsetzen. Da ist die SVP-Fraktion eher gegenteilig der Meinung, dass der Regierungsrat in der letzten Zeit zu oft versucht hat, auch etwas Bundesrat zu spielen, er sollte sich hier eher zurückhalten mit Fokus auf wesentliche Themen im Sinne des Kantons Basel-Stadt. Es benötigt in diesem Fall also keinen Basler Finish, sondern eine einheitliche Umsetzung des Bundesrechts. Die SVP-Fraktion erachtet zudem die Motion stark auf Bundesebene, aber auch die Vorschläge der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats als richtigen Schritt und bittet Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Bülent Pekerman.

*Bülent Pekerman (GLP):* Im Kern dieser Motion geht es um Menschen, die seit Jahren in Basel-Stadt leben, hier arbeiten, sozial eingebunden sind und oft auch Kinder haben, die hier zur Schule gehen, die aber rechtlich trotzdem in grosser Unsicherheit leben müssen. Für solche Situationen sieht unser Recht bereits heute Härtefallregulierungen vor. Die Motion verlangt also nichts Rechtswidriges oder Revolutionäres. Sie verlangt lediglich, dass ein bestehendes Instrument im Kanton Basel-Stadt transparent, zugänglich und vertrauensbildend angewendet wird. Aus Sicht der GLP-Fraktion eine berechtigte Forderung. Ich möchte dies kurz begründen.

Erstens, die bestehenden rechtlichen Instrumente müssen wirksam zugänglich gemacht werden. Wenn das Bundesrecht Härtefallregularisierungen vorsieht, dann dürfen diese nicht nur theoretisch existieren. Ein Rechtsinstrument, das faktisch kaum erreichbar ist, schafft Unsicherheit statt Ordnung. Gerade in diesem sensiblen Bereich wie dem Aufenthaltsrecht ist Transparenz sehr zentral. Betroffene müssen wissen, ob und unter welchen Voraussetzungen ein Verfahren möglich ist.

Zweitens, Perspektiven sind ein Muss für Integration. Wer seit Jahrzehnten in Basel lebt, arbeitet, Sprachkenntnisse erwirbt und gesellschaftliche Verantwortung übernimmt, darf nicht dauerhaft in einem Zustand der Unsichtbarkeit gehalten werden. Eine verlässliche Härtefallpraxis reduziert Ausbeutung, verbessert die soziale Situation der Betroffenen und stärkt die Integrationswirkung. Das ist nicht nur menschlich sinnvoll, sondern gesellschaftlich auch vernünftig.

Drittens, diese Menschen sind hier faktisch angekommen. Rechtlich leben sie, wie schon erwähnt, jedoch in grosser Unsicherheit. Ein rein repressiver Zugang löst dieses Problem nicht. Die Motion setzt deshalb auf einen pragmatischen Ansatz innerhalb des bestehenden Bundesrechts in enger Zusammenarbeit mit dem SEM.

Und viertens, Vertrauen ist eine Voraussetzung für funktionierende Verfahren. Wenn Regularisierungsverfahren mit Angst und Misstrauen verbunden sind, werden sie ihre Wirkung verfehlen. Die Motion zielt auf eine Praxis ab, die zugänglich und vertrauensbildend ist. Das bedeutet klare Kriterien, verlässliche Abläufe und nachvollziehbare Entscheidungen.

Die GLP-Fraktion unterstützt diese Motion, da sie keinen Widerspruch zwischen Rechtsstaat und Humanität konstruiert, sondern beide Aspekte vereint. Sie fordert keine Sonderregelungen jenseits des Rechts, sondern eine faire, transparente und praktikable Anwendung eines bereits bestehenden Instruments. Darum bitte ich Sie, die Motion zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Amina Trevisan.

*Amina Trevisan (SP):* Mein Vorredner Bülent Pekerman hat schon alles gesagt, ich kann mich dem eigentlich nur anschliessen. Trotzdem werde ich noch ein, zwei Worte dazu sagen. Wenn wir über Sans-Papiers sprechen, sprechen wir nicht über eine abstrakte Gruppe, wir sprechen über Menschen, die mitten unter uns leben. Menschen, die unsere



Wohnungen reinigen, unsere Kinder betreuen, ältere Menschen pflegen oder in Restaurants und auf Baustellen arbeiten. Viele von ihnen leben seit Jahren hier in Basel, ihre Kinder gehen hier zur Schule, ihr Lebensmittelpunkt ist längst hier.

Und trotzdem leben diese Menschen in einer Situation permanenter Unsicherheit. Ohne Aufenthaltsstatus haben sie keine Rechte, sind besonders anfällig für Ausbeuten, wir haben es gehört, und leben mit der ständigen Angst, entdeckt zu werden. Diese dauernde Unsicherheit wirkt sich auf ihre psychische und physische Gesundheit aus. Die Frage ist also nicht, ob diese Menschen hier sind, die Frage ist, wie wir politisch damit umgehen. Die Realität ist, diese Menschen sind Teil unserer Gesellschaft, rechtlich bleiben sie jedoch unsichtbar. Genau für solche Situationen kennt das Bundesrecht die Härtefallregelung. Sie erlaubt es, Menschen zu regularisieren, die seit vielen Jahren hier leben, und für die eine Rückkehr nicht mehr zumutbar ist. Dieses Instrument existiert bewusst, weil die Gesetzgebenden auf Bundesebene anerkannt haben, dass solche Lebensrealitäten entstehen.

Doch wenn wir uns die Praxis in Basel-Stadt anschauen, sehen wir eine deutliche Diskrepanz. Während mehrere tausend Sans-Papiers hier leben, werden nur sehr wenige Härtefallgesuche gestellt und bewilligt. Offensichtlich funktioniert dieser Weg für viele Betroffene in der Praxis nicht. Genau hier setzt diese Motion an, sie verlangt keine Änderung des Bundesrechts, sie verlangt lediglich, dass der Kanton seinen bestehenden Handlungsspielraum nutzt mit transparenten Verfahren und einer Praxis, die Vertrauen schafft. Denn wenn Menschen seit Jahren hier leben, arbeiten und Teil unserer Gesellschaft sind, dann ist eine Regularisierung nicht nur eine Frage der Menschlichkeit, sie schafft auch Rechtssicherheit und schützt vor Ausbeutung.

Und bitte lassen Sie mich eine Abschlussbemerkung anbringen, jeder Mensch hat eine Würde. Es gibt nicht einen Menschen, der mehr Würde hat als jemand anderes.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Nicola Goepfert.

*Nicola Goepfert (BastA):* Ich möchte mich auch bedanken bei den beiden Vorrednern, Bülent Pekerman und Amina Trevisan. Wir unterstützen diese Motion natürlich. Wir von BastA lehnen die Kriminalisierung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus grundsätzlich ab. Sans-Papiers sind keine Kriminellen, sie sind Menschen, die hier leben, arbeiten und Teil unserer Gesellschaft sind. Gemäss Schätzungen leben rund 4'000 Sans-Papiers in Basel. Viele davon seit vielen Jahren, sie haben hier ihren Lebensmittelpunkt. Sie arbeiten in Privathaushalten, der Kinderbetreuung, der Altenpflege, der Reinigung, Gastronomie, Bau, kurz, sie sind wichtig für unsere Stadtgesellschaft, aber sie leben in ständiger Angst und Unsicherheit.

In den letzten drei Jahren erhielten gerade mal 16 Sans-Papiers aus Basel eine Härtefallbewilligung. Bei geschätzt 4'000 Sans-Papiers ist das verschwindend wenig. Und wichtig hier auch anzumerken, trotz den sehr hohen Anforderungen, wie zum Beispiel eine zehnjährige belegte Aufenthaltsdauer, hat das SEM kein einziges Gesuch abgelehnt. Die Diskrepanz zwischen Anzahl der hier lebenden Sans-Papiers und den Gesuchen ist massiv. Und da kommt die Motion ins Spiel. Diese Motion verlangt keine Gesetzesänderung, sondern die konsequente Anwendung bestehendes Bundesrechts. Und da verstehe ich Pascal Messerli nicht genau, wie sie diesem Recht widersprechen soll, wenn die einzige Forderung ist, dass nach diesem gehandelt wird. Denn Härtefallbewilligungen sind im Bundesgesetz vorgesehen. Der Kanton soll lediglich die Einreichung und die Verfahren fördern und vor allem für die Betroffenen zugänglich, transparent ausgestalten, so dass möglichst viele der langjährigen in Basel lebenden Personen eine Regularisierung erhalten können.

Das sollte doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Wir fordern nur, dass Menschen Zugang erhalten zu den ihnen zustehenden Rechten. Da verstehe ich ehrlich gesagt die bürgerliche Ablehnung nicht und ich finde es auch etwas traurig – jetzt hat sich doch noch jemand gemeldet, schön, dass hier doch noch jemand von einer anderen bürgerlichen Partei spricht und nicht sich kommentarlos hinter die SVP stellt. Und da bin ich schon gespannt, was Sie dagegen haben, dass Leute den Zugang zu den Gesetzen, die eigentlich schon bestehen, ermöglicht werden sollen. Wir reden über Menschen, die bereits seit vielen Jahren hier leben, sie sind Teil von Basel, sie verdienen Sicherheit und Perspektive. Es gibt die rechtlichen Möglichkeiten, diese müssen wir nun zugänglich gestalten.

Wir von BastA empfehlen die Annahme der Motion.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Diese wird angenommen.

*Pascal Messerli (SVP):* Nicola Goepfert, in der Motion steht, dass aktiv vorangetrieben werden soll, dass möglichst viele eine Regularisierung erhalten. Wie erklären Sie diesen Widerspruch zum Bundesrecht, wonach eben kein Anspruch auf eine Aufenthaltsbewilligung besteht?



*Nicola Goepfert (BastA):* Ich lese gerne den ersten Satz der Forderungen vor. Die Motionär\*innen bitten den Regierungsrat unter geltendem Bundesrecht. Da geht es darum, dass möglichst viele Menschen Zugang bekommen zu dem geltenden Bundesrecht.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Von meinen Fans sind 80% Ausländer und das will etwas sagen. Ich rede auch mit diesen Ausländern, aber viele davon haben einen Schweizer Pass und die sagen mir auch, Eric, es wird uns einfach zu viel. Es gibt das Wort von Max Frisch, Schriftsteller, weil Sie Vorredner immer von Menschen reden, ich rede jetzt auch von Menschen, Max Frisch hat gesagt, wir riefen Arbeitskräfte, aber es kamen Menschen. Und jetzt kläre ich Sie als Grossrat seit bald 43 Jahren auf. Grosskapitalistische Firmen haben von der Einwanderung profitiert, aber die Folgekosten hat der einfache «Büezer», der einfache Bürger zu zahlen und das sehe ich nicht ein. Ich bin auch gegen diese Motion und die Motion ist nur ein kleines Pünktchen jetzt in diesem Wahlkampf, der uns erwartet zur Abstimmung am 14. Juni, 10-Millionen-Schweiz. Wir hatten die gleiche Abstimmung schon 1970 mit der Schwarzenbach-Initiative.

Wenn von Menschen geredet wird, muss ich das aufnehmen. Der Motionär hat geschrieben, 85% der Sans-Papiers würden arbeiten. Das glaube ich nicht, ich möchte die Statistik sehen. Da wird einfach etwas behauptet und es ist einfach so, für den Aufenthalt in einem fremden Land brauchst du eine Wohnung und einen Job und wenn angeblich von diesen Sans-Papiers 85% arbeiten, warum sind sie dann nicht angemeldet? Das verstehe ich nicht und das muss man wirklich klar benennen, wenn man arbeitet und seinen eigenen Lebensunterhalt bestreitet und nicht abhängig ist von staatlichen Leistungen, dann sollte man doch sich legal anmelden können. Und ich muss einfach das einmal ganz klar festhalten, wir reden hier von illegalen Menschen, die verbotenerweise hier sind. Ich bin kein Jurist, lieber Pascal Messerli, wir reden von Illegalen und illegal bedeutet für mich gegen das Gesetz. Warum haben denn die Leute keine Aufenthaltsrechte? Warum?

Und jetzt nochmal Christoph Hochuli, Sie haben wieder unterschrieben. Und ich darf sagen, wir hatten das Thema schon einmal vor drei, vier Wochen hier im Grossen Rat und ein anderer Grossrat hat gesagt, er sei überrascht, dass Christoph Hochuli als Polizist das unterschreibt. Und was der andere Grossrat gesagt hat, sage ich jetzt auch noch einmal. Christoph Hochuli, ich bin überrascht, dass Sie das als Polizist unterschrieben haben. Das Thema hatten wir schon einmal im Monat Februar, ich glaube vor der Fasnacht. In gewissen Ländern dürften Sie das nicht unterschreiben und wenn ich jetzt Polizeiminister wäre, würde ich Sie vorladen und würde sagen, das gibt eine Abmahnung. Frau Trevisan hat auch gesagt, Kinder in der Schule, aber wie werden denn die Kinder von den Illegalen überhaupt in der Schule angemeldet, wenn die keinen Namen haben? Da frage ich mich auch, wie geht das, wie kann ein Illegaler seine Kinder in der Schule anmelden? In anderen Ländern geht das nicht, in anderen Ländern müssen Sie Wohnsitzbescheinigung, Arbeitsvertrag, Kirchenmitgliedschaft und, und, und vorlegen. Das ist eine Motion, Thema, wie werden die Kinder überhaupt in der Schule angemeldet?

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher ist Olivier Battaglia.

*Olivier Battaglia (LDP):* Die Motionäre haben gefragt, wie wir die Situation der Sans-Papiers in unserem Kanton verbessern können. Doch die Antwort liegt längst vor uns, nicht in der Form von neuen Forderungen, sondern in einer gelebten effizienten Praxis, die wir in Basel ausüben. Ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen und lassen Sie mich darlegen, warum.

Härtefallbewilligungen sind rechtlich als Ausnahmeinstrument konzipiert. Es geht um das Schicksal der Einzelnen, um Aufenthalt, Integration und familiäre Banden. Eine politische Zielsetzung, die auf eine pauschale Maximierung der Regularisierung schießt, widerspricht dem Kern dieses Gesetzes. Wir betreiben in Basel-Stadt keine Mengenpolitik, sondern Einzelfallgerechtigkeit nach klar definierten Kriterien. Oft wird das Genfer Operation Papyrus als Vorbild zitiert, doch Fakt ist, Basel-Stadt pflegt bereits eine vergleichbar liberale Praxis. Unsere Kriterien entsprechen de facto dem Genfer Modell. Sie sind in einem öffentlichen Merkblatt detailliert geregelt und transparent. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, wenn es schon bereits läuft.

Die Forderung nach einer Ausgestaltung ohne begleitende repressive Massnahmen ist rechtlich schlicht nicht haltbar. Das Bundesgericht hat unmissverständlich klargestellt, dass in typischen Härtefällen eine strafrechtliche Sanktionierung zulässig oder sogar angezeigt ist. Wir können uns hier im Saal nicht über ein hochrichterliches Urteil hinwegsetzen. Vielleicht wenn man jetzt noch einmal die Statistik anschaut, es wird oft behauptet, dass bei uns zu wenig passiert. Die Zahlen des Bundes, des SEM zeigen jedoch ein anderes Bild. Basel-Stadt reicht im Verhältnis zu seiner Grösse kontinuierlich Gesuche ein. Wir stehen im interkantonalen Vergleich an der Spitze der humanitären Praxis.



Die Debatte ist nicht neu. Der Anzug Burckhardt zur Legalisierung nach dem Genfer Muster ist 2022 nach mehrmaliger Berichterstattung als erledigt abgeschlossen worden. Eine Wiederaufnahme dieser Grunddebatte ist nicht zielführend. Wer den Sans-Papiers wirklich helfen will, der schützt die bestehende liberale Basler Praxis. Wer diese Motion überweist, produziert nur bürokratische Leerläufe und weckt falsche Hoffnungen, die am Bundesgericht scheitern werden. Ich danke Ihnen für die Ablehnung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Fleur Weibel.

*Fleur Weibel (GRÜNE/jgb):* Vorweg möchte ich kurz auf die Debatte eingehen, die jetzt doch zum Teil ziemlich abwegige Formen angenommen hat und es wundert mich ein bisschen, wie sehr man sich auf die Arbeitsbedingungen von einzelnen Grossrät\*innen hier beziehen kann, ohne dass das von Seiten der Parlamentsleitung kritisiert wird.

Zur Vorlage. Die Fraktion GRÜNE/jgb unterstützt die Motion von Beda Baumgartner. Es ist klar eigentlich, dass wir hier eine einfache Sache fordern. Ich möchte jetzt auch nicht nochmal auf den Inhalt eingehen, das wurde von Bülent Pekerman, von Nicola Goepfert und Amina Trevisan schon gut ausgeführt. Es sind Personen, die hier schon lange in Basel-Stadt leben, sie können auch erst ein Härtefallgesuch einreichen, wenn sie bereits seit zehn Jahren hier wohnhaft sind. Damit kann man ja eigentlich dann auch schon argumentieren, dass es sich eben um Einzelfälle handelt, die hier einfach nach Bundesgesetz ein Härtefallgesuch stellen können müssen. Und das, was mir bekannt ist, jetzt aus der Praxis von Basel-Stadt ist, dass es hier harzt im Prozess und die Motion fordert genau, dass man diesen Prozess in Basel-Stadt anschaut, dass man schaut, wo sind die Stellschrauben, wo es offensichtlich dazu führt, dass das Bundesgesetz nicht so angewendet wird, wie es vorgesehen ist. Und damit bitte ich Sie, diese Motion zu unterstützen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Thomas Widmer-Huber.

*Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP):* Auch ich war ein bisschen irritiert wie Frau Weibel. Das war wirklich ein persönlicher Angriff auf Christoph Hochuli von unserer Fraktion. Das finden wir sehr schwierig. Man kann anderer Meinung sein, aber ich hoffe eigentlich auch oder ich wünsche mir für die Sitzungsleitung ein gutes Abschätzen. Es ist mir bewusst, es ist eine Ermessenssache, wann schreitet man ein, wann nicht. Ich denke, das ist gar nicht so einfach. Ich möchte jetzt nicht direkt kritisieren, aber einfach thematisieren, dass es nicht einfach ist, wann man etwas sagt.

Jetzt zum Sachlichen. Als EVP haben wir intensiv diskutiert. Auch in diesen Themen oder ähnlichen Themen sind wir in manchen Punkten nicht einig mit der BastA und deshalb haben wir natürlich umso intensiver diskutiert. Ein wichtiger Punkt ist für uns, dass es eben um eine Aktualisierung geht im gewissen Sinn. Es geht nicht um eine Anpassung des Bundesrechts oder um eine Liberalisierung, es geht um konkrete Härtefälle, um Menschen in Ausnahmesituationen. Deshalb können wir das Anliegen der Motion unterstützen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Für ein zweites Votum gemeldet hat sich Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich nehme Bezug auf meine Vorrednerin Fleur Weibel. Sie haben etwas zu mir gesagt, ohne meinen Namen Grossrat Eric Weber zu nennen. Und es ist klar, Fleur Weibel, dass ich dazu Stellung nehme. Ich bin Präsident der Liste Ausländerstopp.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Bleiben Sie bitte bei der Sache, Herr Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Trotzdem muss ich Stellung nehmen, was Frau Weibel gesagt hat und ich kann mich kurz fassen, aber das möchte ich sagen. Frau Weibel, ich bin seit 43 Jahren Grossrat und ich bleibe noch weitere 30 Jahre. Fleur Weibel, ich habe nur die Wahrheit gesagt. Ich darf sagen, wo man arbeitet und was auf der Homepage des Grossen Rates steht.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Weber, bleiben Sie bei der Motion. Es geht hier nicht um persönliche Meinungen, sondern um die Motion.



*Eric Weber (Fraktionslos):* Olivier Battaglia hat richtig gesagt, dass das vom Bundesgericht nicht standhalten wird und wie gesagt, es wäre halt schön, wenn auch die Leute, die hier unterschrieben haben von anderen Parteien, sich äussern würden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Daniel Gmür.

*Daniel Gmür (SP):* Ich möchte einfach nur noch betonen, was einige Vorredner\*innen auch schon gesagt haben. Es geht nicht darum, dass wir eine neue Bewilligungsart einführen, dass wir bundesrechtswidrige neue kantonale Regeln einführen. Es geht um Bundesrecht, dass wir Personen, zugegebenermassen nicht in jedem Fall einen Anspruch, aber zumindest eine gesetzliche Grundlage für eine Bewilligung geben. Und die Praxis in den meisten Kantonen und auch in Basel-Stadt setzt diesem gesetzlichen Weg faktische Hürden. Einerseits, weil die Personen nicht wissen, wie und wo sie sich dafür melden können, weil andere Hürden gesetzt werden, weil sie Repressionen zu erwarten haben, wenn sie das Gesuch einreichen, usw. Und es geht nur darum, diese faktischen Hürden abzubauen. Dass man vor diesem Hintergrund das Gefühl hat, dass da Bundesrecht verletzt wird, überrascht mich doch ziemlich. Und dass unsere Praxis mit der Aktion Papyrus vergleichbar ist, ist mit dieser Zahl, dass 16 Gesuche in einem Jahr gutgeheissen wurden, doch sehr abwegig.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat nun der Motionär Beda Baumgartner.

*Beda Baumgartner (SP):* Ich möchte nochmal am Anfang darauf zurückkommen, was die Motion auch wirklich will. Sie haben es jetzt schon oft gehört, aber man muss das, glaube ich, wirklich nochmal konkret betonen. Es geht darum, den Handlungsspielraum, den der Kanton hat, aufgrund von Bundesgesetzen voll auszuschöpfen und diesen betroffenen Personen eine echte Chance zu geben, ihren Aufenthaltsstatus mit unglaublich vielen Voraussetzungen und Kriterien überhaupt regularisieren zu können.

Und ich bin ein bisschen erstaunt, Olivier Battaglia, ich muss wirklich sagen, gewisse Dinge stimmen aus dem Votum einfach nicht. Erstens, niemand hat hier von der Operation Papyrus geredet oder geschrieben, das ist einfach Fakt. Es gab Vorstösse dazu, ja, in der Geschäftsdatenbank des Grossen Rates, aber die sind jetzt nicht Thema. Zweitens, wir seien die humanitäre Spitze. Das tut mir wirklich leid, aber 1 bis 2% von den Härtefallgesuchen insgesamt schweizweit entfallen auf unseren Kanton. Also ich glaube, dass man jetzt sagen könnte, wir sind die humanitäre Spitze, geht mit den Zahlen nicht ganz auf.

Ich finde es auch noch wichtig, es wurde sehr viel gesagt über die erste Forderung der Motion. Es gibt eine zweite Forderung der Motion, die betont auch die Notwendigkeit, und ich bin auch darum froh, dass der Regierungsrat die Motion entgegennehmen will, sich auf Bundesebene für eine entsprechende Praxis und allfällige Verbesserungen auch einzusetzen.

Ich möchte noch etwas Grundsätzliches sagen. Es geht in den Härtefällen darum, sowohl über das Ausländer- und Integrationsgesetz wie auch das Asylgesetz Lebenssituationen von Leuten zu verbessern, von Menschen zu verbessern, die jahrzehntelange Anwesenheit haben in diesem Kanton. Und ich glaube, man kann sich das vielleicht teilweise gar nicht mehr richtig vorstellen, wenn man die Auseinandersetzung hier im Saal hört und sieht und dann in ein Verhältnis setzt mit den realen Zahlen, die bewilligt werden. Und ich glaube, was Nicola Goepfert gesagt hat, ist auch sehr wichtig, das SEM hat allen Gesuchen, die aus Basel-Stadt gestellt wurden, dann weitergeleitet wurden an das SEM, stattgegeben. Das SEM hat aber auch im Kanton Genf, der eine bedeutend grössere Anzahl von Härtefallgesuchen eingegeben hat, eine verschwindend kleine Anzahl von Gesuchen nicht bewilligt. Und diese Diskrepanz, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Diskrepanz mit der bestehenden bundesrechtlichen Gesetzgebung, diese Diskrepanz möchten wir auflösen. Hier möchten wir für ganz wenige Personen von diesen 4'000, ich glaube, das muss man auch als Realität sagen, es werden auch mit einer Verbesserung der Praxis leider nur sehr wenige Personen diese Regularisierung in Anspruch nehmen können, für diese Leute wollen wir einen kleinen Fortschritt erzielen.

Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion und auch im Namen der in diesem Saal sehr viel zitierten humanitären Tradition dieses Kantons, diese Motion zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

## **Abstimmung**

Ja heisst Überweisung, nein heisst Nichtüberweisung.



### Ergebnis der Abstimmung

**62 Ja, 32 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008453, 18.03.26 09:46:08]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben die Motion mit 62 Ja-Stimmen gegen 32 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung überwiesen.

## 19. Anzug 1 Joël Thüring und Lukas Faesch betreffend Innenstadt beleben trotz Tramsperr – temporäre Erleichterungen für Betriebe im Sommer 2026

[18.03.26 09:46:15, 26.5005.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

## 20. Anzug 2 Joël Thüring und Lukas Faesch betreffend Innenstadt erreichbar halten – Shuttle-Service während der tramfreien Zeit im Sommer 2026

[18.03.26 09:46:41, 26.5006.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

## 21. Anzug 3 Edibe Gögeli und Andrea Strahm betreffend finanzielle und strukturelle Absicherung des Basler «Kindernäschts»

[18.03.26 09:47:07, 26.5007.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Anzug wird bestritten von Catherine Alioth.

*Catherine Alioth (LDP):* Sie haben es gesehen auf dem «Chrüzlistich», die LDP-Fraktion lehnt den Anzug ab. Ich begründe. Das Basler «Kindernäscht» ist zweifellos ein attraktives Angebot, doch Sympathie allein ist noch kein ausreichender Grund dafür, dass der Staat dauerhaft Verantwortung übernimmt und neue Finanzhilfen schafft. Basel-Stadt verfügt bereits über



eines der am dichtesten ausgebaute und kostenintensivste Netze an staatlich geförderter Kinderbetreuung in der Schweiz. Kitas, Tagesfamilien und schulergänzende Betreuungsangebote werden mit beträchtlichen öffentlichen Geldern finanziert. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns schon fragen, wo wir eigentlich die Grenze der staatlichen Verantwortung ziehen. Wenn wir jetzt beginnen, auch spontane oder stundenweise Betreuungsangebote dauerhaft staatlich abzusichern, dann öffnen wir eine Tür, die sich kaum wieder schliessen lässt. Es gibt zahlreiche private, gemeinnützige und zivilgesellschaftliche Initiativen im sozialen Bereich. Viele davon leisten wertvolle Arbeit, aber nicht jede gute Idee kann und darf automatisch zu einer neuen staatlichen Daueraufgabe werden.

Gerade das «Kindernäscht» zeichnet sich dadurch aus, dass es ausserhalb der regulären Strukturen agiert, flexibel, unkompliziert und spontan. Wer dieses Angebot nun in das kantonale Betreuungssystem integrieren will, fordert zwangsläufig eine Änderung im Tagesbetreuungsgesetz, eine neue Finanzierung und mehr Bürokratie. Das ist genau der Weg, auf dem aus einer kleinen flexiblen Initiative ein weiterer staatlicher Subventionsbetrieb entsteht. Das aktuelle Tagesbetreuungsgesetz ist erst seit August 2024 in Kraft. Eine erneute Änderung zu diesem Zeitpunkt wäre nicht zielführend. Darüber hinaus ist die Datengrundlage erstaunlich dünn. Wir wissen heute nicht genau, wer das Angebot nutzt, wie häufig es genutzt wird und ob tatsächlich eine strukturelle Versorgungslücke besteht.

Ich frage mich auch, weshalb Sie für dieses Anliegen einen Anzug wählen. Sollte der Anzug überwiesen werden, ist erst im März 2028 mit einer ersten Berichterstattung des Regierungsrates zu rechnen. Danach wird der Anzug je nach Antwort überwiesen, stehen gelassen oder abgelehnt, Sie wissen das. Wie soll das «Kindernäscht» bis dahin und darüber hinaus finanziert werden? Bis fundierte Antworten des Regierungsrates vorliegen und der Grosse Rat darüber beschlossen hat, wird es das Angebot möglicherweise nicht mehr geben.

Dann müssen wir auch über die Finanzen sprechen. Der Kanton steht vor finanziellen Herausforderungen, wir wissen das. Gerade in dieser Situation sollte Zurückhaltung gelten, wenn neue dauerhafte Ausgaben geschaffen werden sollen, erst recht für ein sehr spezifisches Angebot mit begrenzter Reichweite.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, diesen Vorstoss kritisch zu beurteilen und nicht in diese Richtung weiter zu verfolgen. Die LDP-Fraktion ist gegen eine Überweisung dieses Anzuges.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Barbara Heer.

*Barbara Heer (SP):* Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, nicht überraschenderweise, den Anzug natürlich der Regierung zu überweisen. Ich weiss nicht, ob Sie sich erinnern können, gerade letzte Woche haben wir hier intensiv über die Polizistinnen und Polizisten gesprochen. Die GPK hat aufgezeigt, dass die Kündigungswelle nicht zuletzt auch wegen der fehlenden Vereinbarkeit Familie und Beruf für Menschen, die in Schicht arbeiten, stattfindet. Das ist klar, auch der GPK-Bericht hat aufgezeigt, dass wir hier eine strukturelle Lücke haben und gerade eben das «Kindernäscht» mit diesem flexiblen Angebot, eines dieser Angebote ist, dass Schichtarbeit hier im Kanton überhaupt erst möglich macht. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir hier jetzt diesen Anzug überweisen, damit dies eben langfristig ins System der Kinderbetreuung integriert wird.

Unsere Forderung ist auch nicht, dass dies innerhalb des Tagesbetreuungsgesetzes zu erfolgen hat, sondern das kann durchaus auch ausserhalb des Tagesbetreuungsgesetzes sein. Anpassungen auf Gesetzes- und Verordnungsebene sollen dann umgesetzt werden, auch ein Finanzierungsmodell soll ausgearbeitet werden. Auch ist aus unserer Sicht ganz wichtig, dass wir ja im letzten Monat ein Vorgezogenes Budgetpostulat zur kurzfristigen Finanzierungslückendeckung hier überwiesen haben. Die Regierung hat bereits den Auftrag sicherzustellen, dass in dieser Übergangszeit, bis der Anzug beantwortet ist, diese Institution überlebt.

Wir haben eine starke Professionalisierung erlebt in diesem Bereich. Unsere Kitas sind jetzt auf sehr guten Beinen, aber genau die Angebote, die diese unregelmässigen Arbeitszeiten sicherstellen, die sind noch nicht auf so guten Beinen. Bei den Tagesfamilien haben wir einen massiven Rückgang von Familien, die dieses Angebot machen, und jetzt eben haben wir diese Thematik beim «Kindernäscht». Dass die Qualitätsstandards anders sind als bei Kitas, ist für uns klar. Es geht jetzt eben auch darum, dass das konzeptionell geklärt ist, was ist denn genau der pädagogische Auftrag dieser Institution? Wie soll organisatorisch und finanziell das organisiert werden? Wir sind da überzeugt, dass die Fachpersonen im ED diese wichtige konzeptionelle und regulatorische Arbeit gut leisten werden. Also man könnte die Angebote zum Beispiel dann als Kinderhort bezeichnen und eben mit spezifischen angemessenen Anforderungen versehen.

Dass wir hier so intensiv über das «Kindernäscht» diskutieren, ist kein Zufall. Es geht nicht darum, dass das Angebot qualitativ ungenügend ist oder der Bedarf nicht da wäre, sondern es geht hier um eine Form von Care-Arbeit, die einfach nicht in die bestehende Verantwortungs- und Finanzierungslogik passt. Und das ist Ausdruck davon, dass die Verantwortung für die Care-Arbeit immer wieder systematisch abgeschoben wird. Dieses Muster kennen wir aus der Geschichte der Kindertagesstätten, der Tagesfamilien und eben auch des «Kindernäschts» und deshalb ist es so wichtig, dass wir hier jetzt



diesen politischen Auftrag geben. Care-Arbeit ist einfach eine besondere Form von Arbeit, sie existiert in vielfältigen bezahlten Formen und gerade diese Vielfalt ist für die Verwaltung immer wieder schwierig adäquat mitzudenken. Anstatt dass die unterschiedlichen Betreuungsformen bedarfsgerecht reguliert werden, wird dann diese Versorgungslücke immer wieder in den privaten Bereich zurückdelegiert, wie es auch meine Vorrednerin gemacht hat. Und das passiert in Realität halt einfach faktisch auf dem Rücken von Frauen, von Schichtarbeitenden, aber zum Beispiel auch von Vätern, die in der Polizei arbeiten und Vereinbarkeit von Beruf und Familie benötigen.

Ich bitte Sie also deshalb, diesen Anzug zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Claudia Baumgartner.

*Claudia Baumgartner (GLP):* Ich darf hier für die GLP-Fraktion das Votum meiner Kollegin Sandra Bothe-Wenk verlesen. Manchmal zeigt sich Politik an einem ganz konkreten Beispiel, in diesem Fall an einer Betreuungsinstitution in der Innenstadt, in der Kinder spielen, während ihre Eltern arbeiten, Termine wahrnehmen oder schlicht versuchen, ihren Alltag zu organisieren, ohne auf familiäre oder freundschaftliche Unterstützung zurückgreifen zu können. Das Basler «Kindernäscht» ist kein klassisches Kitamodel. Es ist flexibel, spontan und niederschwellig. Genau deshalb passt es nicht sauber ins bestehende Raster, weder ins System des WSU noch in die kantonal mitfinanzierte Tagesbetreuung, deren Richtlinien solche Formen nicht mehr zulassen. Und genau deshalb ist dieser Vorstoss wichtig. Er schafft Raum, um zu prüfen, wie mit solchen zwar staatlich nicht genormten, aber bedürfnisorientierten und pädagogisch ausgerichteten privaten Angeboten künftig umzugehen ist.

Wir sprechen viel über Vereinbarkeit, doch Vereinbarkeit findet nicht nur an fünf Tagen zwischen 7 und 19 Uhr statt. Sie betrifft auch Pflegefachpersonen im Schichtdienst, Verkäufer\*innen am Samstag oder Alleinerziehende ohne familiäres Netz. Für sie gibt es im Kanton Basel-Stadt kein anderes verlässliches, einkommensabhängiges Angebot für kurzfristige Betreuung und zum Beispiel ohne wöchentliche Mindestbelegung von 40% und mehr. Unser Basler System ist so gebaut, dass entweder alles exakt der Norm entspricht oder aber nicht berücksichtigt wird. Private Innovation wird damit faktisch verhindert, weil in diesem sensiblen sozialen Bereich die finanziellen Spielräume fehlen, sei es bei der Institution oder bei den Eltern. Wer nicht ins Schema passt, bleibt draussen.

Der Vorstoss verlangt nichts Radikales. Er verlangt eine Auslegeordnung, eine ehrliche Prüfung, wie ein etwas anderes Angebot strukturell und finanziell gesichert und sinnvoll ins Betreuungsnetz integriert werden kann. Das ist kein Sonderwunsch, das ist kluge Weiterentwicklung und es schafft Raum, damit in Basel-Stadt künftig innovative, pädagogisch wertvolle und bedürfnisorientierte Betreuung möglich bleibt, selbst wenn es nicht exakt der Norm entspricht. Keine Regeln ohne begründete Ausnahmen, darum geht es hier.

Als GLP sind wir überzeugt, ein modernes Betreuungssystem muss unterschiedliche Lebensrealitäten abbilden. Es darf nicht stark formalistisch auf ein einziges Modell ausgerichtet sein. Flexible Lösungen stärken Erwerbstätigkeit, Eigenverantwortung und soziale Teilhabe. Wir sind der Meinung, wer Innovation will, muss die strukturellen Voraussetzungen schaffen und den Mut haben, Spielräume zuzulassen. Darum unterstützen wir diesen Vorstoss.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Lea Wirz.

*Lea Wirz (GRÜNE/jgb):* Wie bereits in der Debatte zum Vorgezogenen Budgetpostulat für die Übergangsförderung fürs «Kindernäscht» im Jahr 2027 ausführlich diskutiert wurde, füllt das «Kindernäscht» eine wichtige Lücke in der Betreuungslandschaft von Basel. Es ist klar geworden, dass der Bedarf an einem solchen flexiblen Angebot sowie die Unterstützung der Bevölkerung gross ist. Es ist die einzige Betreuungseinrichtung für Kinder, die kurzfristig und ohne Voranmeldung spontane stundenweise Betreuung anbietet und dass ein solches Angebot notwendig ist, hat eben diese Debatte vor ein paar Wochen deutlich gezeigt. Insbesondere Familien mit unregelmässigen Arbeitszeiten oder die sich in besonderen Lebenssituationen befinden oder weil ein Elternteil die gesamte Betreuung übernimmt und bei einem Betreuungsgengpass auf sich gestellt ist, bietet das «Kindernäscht» eine manchmal dringlich notwendige Entlastung.

Mit dem vorliegenden Anzug soll nun geprüft werden, wie das «Kindernäscht» bzw. entsprechende Betreuungsangebote strukturell und finanziell sichergestellt werden können und welche Anpassungen es dazu allenfalls auf Gesetzes- oder Verordnungsstufe braucht. Dabei soll auch analysiert werden, welche Familien aus welchen Gründen auf dieses Angebot angewiesen sind und was es allenfalls in einem entsprechenden Konzept noch braucht.

Dieses Anliegen unterstützen wir und ich bitte Sie daher im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Ich staune jetzt schon ein bisschen, dass das so auf die linke Schiene geschoben wird, denn gerade eben sitzt ja der Julian von Daniela Stumpf im Käffeli und wäre ich in ihrer Situation, an ihrer Stelle und müsste mein Enkelkind mitbringen, der ist 20 Monate alt, ich denke nicht, dass Martha eine grosse Freude hätte. Ich wäre sehr froh, könnte ich das Kind im «Kindernäscht» abgeben.

Die LDP verkennt, wenn sie auf die Tagesstrukturen verweist, dass das überhaupt nicht möglich ist, ein Kind so kurzfristig in eine Tagesstruktur zu geben. Sie müssen sich da verpflichten, eine bestimmte Anzahl Tage zu bezahlen. Es ist nicht machbar, dass man sagt, ich habe heute Grossratssitzung, meine Tochter kann das Kind nicht nehmen, ich muss jetzt da eine Lösung finden und ich kann ein 20 Monate altes Kind nicht einfach hier im Vorzimmer lassen.

Wir bitten ja auch nicht, dass das einfach eingeführt werden soll, sondern es ist zu prüfen, wie das «Kindernäscht» dauerhaft gesichert werden kann, welche gesetzlichen Anpassungen notwendig sein sollen und welche Finanzierungsmodelle geeignet sind, diese langjährige Unterstützung zu gewährleisten. Denn man kann das nicht einfach den Nutzer\*innen überlassen, weil das zu teuer würde. Wenn ich dann für ein Kind, das ich eine Stunde, zwei Stunden da lasse, zu viel bezahlen muss, dann wird das prohibitiv. Also wir müssen das jetzt so durchwinken.

Wegen der langen Dauer, ja, Frau Alioth, da haben Sie natürlich vollkommen recht, manches dauert mir hier auch zu lange, aber dann schiebe ich halt eine Motion nach. Also da warte ich nicht bis an den Sankt-Nimmerleins-Tag, wenn die Regierung nicht vorwärts macht, sondern hake nach.

In diesem Sinne vielen Dank dafür, dass Sie das nun überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Silvia Schweizer. Sie wird angenommen.

*Silvia Schweizer (FDP):* Besten Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Ihnen ist schon bewusst, dass wenn Schulsynode ist, dass die Betreuungssituation geregelt ist für alle Kinder? Also man könnte das Kind in der Tagesstruktur abgeben beispielsweise.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Und wenn ich zum Zahnarzt muss?

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Schlusswort hat die Anzugstellerin Edibe Gölgeli.

*Edibe Gölgeli (SP):* Besten Dank nochmals für die ausführliche Debatte. Wir hatten jetzt einige Male die Möglichkeit, darüber zu befinden. Vielleicht so als Schluss, ich möchte nicht nochmal auf die Details eingehen, aber möchte es wirklich nochmal beliebt machen, dass Sie diesen Anzug überweisen sollten, weil es ist tatsächlich so, es ist eine Lücke und dieses Angebot bietet ein niederschwelliger und anschlussfähiger Kinderbetreuungsort. Ich weiss auch vom «Kindernäscht», dass es durchaus sehr schwierig ist im Moment, weil dadurch, dass es viel in den Medien war, wie unsicher die finanzielle Lage ist, sie auch Schwierigkeiten haben für die Rekrutierungen, wer das weiterführen sollte. Dann gibt es die Eltern, die auf so flexible Angebote angewiesen sind, die vielleicht nicht mehr die Gewissheit haben, ob das «Kindernäscht» schliessen sollte und deswegen ist es schon wichtig.

Ich glaube, das, was wir in der Politik machen können, haben wir gemacht. Wir haben ein Budgetpostulat überwiesen, so dass nach diesen späten Geldern, welche für dieses Jahr eingesammelt wurden mit einem Crowdfunding, im kommenden Jahr wenigstens ein Jahr bezahlt wäre. Es ist in der Logik, dass wir auch die Möglichkeit geben, dass diese Institution sich auch nach den Strukturen, welche wir geschaffen haben, entsprechend orientieren kann. Deswegen, besten Dank für die Überweisung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.



### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**66 Ja, 25 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008457, 18.03.26 10:06:15]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Anzug mit 66 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen überwiesen.

## 22. Anzug 4 Lisa Mathys und Konsorten betreffend “S Lied vo de Bahnhöf” – die Schweiz im internationalen Zugverkehr nicht abhängen sondern anbinden

[18.03.26 10:06:22, 26.5015.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Brigitte Kühne.

*Brigitte Kühne (GLP):* Sehr geehrte Frau Grossratspräsidentin, sehr geehrter Herr Statthalter, geschätzte Grossratskolleginnen und Kollegen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nur wenn Sie bestreiten. Es sind auch keine Fraktionssprechenden, sondern Einzelsprechende zugelassen. Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Es freut mich, dass ich als erster da ins Lied vo de Bahnhöf einstimmen darf. Nun, dass ich das nicht tue, liegt nicht einfach nur daran, dass ich nicht besonders gut singe, sondern auch, weil ich tatsächlich die Überweisung dieses Anzugs bestreite. Der Anzug reiht sich ein in Vorstösse, die in diesem Haus eine gewisse Tradition haben, wo die Grenzen zwischen bundesrechtlicher Jurisdiktion und kantonaler zumindest etwas verwischt werden.

Schauen wir uns das Ganze mal im Detail an. Ich zitiere: Wenn der Bund seiner Aufgabe nicht nachkommt, müssen progressive Kantone und Städte in die Bresche springen und Verantwortung übernehmen. Bedeutet das jetzt also, wenn ich das Gefühl habe, dass der Bund seiner Verantwortung hinsichtlich Drohnenabwehr nicht nachkommt, und das kommt er im Moment nicht, dass der Kanton Basel-Stadt hier aktiv werden muss? Also jedes Mal, wenn irgendjemand das Gefühl hat, der Bund macht etwas nicht, was ich gerne hätte, dann machen wir doch mal einen kantonalen Anzug dazu.

Wenn wir die Fragen anschauen, Frage 1 betreffend CO<sub>2</sub>-Reduktionspotenzial. Da gibt es zig Studien dazu, interessante Studien, ich habe auch solche schon gelesen, spannend auch, wie unterschiedlich das von Land zu Land sein kann. Zum Beispiel, dass die Eisenbahn in Frankreich und der Schweiz bedeutend klimaschonender ist als das Flugzeug wegen dem Atomstrom oder dass er zum Beispiel in Belgien, Niederlande, Deutschland, Italien Probleme hat mitzuhalten mit dem Flugzeug und dass es tatsächlich sauberer ist, mit dem Flugzeug nach Sardinien zu fliegen als mit Zug und Fähre. Das sind interessante Betrachtungen, aber für das brauchen wir diesen Anzug nicht. Wie soll der Kanton Basel-Stadt, Fläche irgendwas um die 21 km<sup>2</sup>, aktiv zum Ausbau des internationalen Zugnetzes beitragen? Also sollen wir jetzt tatsächlich den Bau von Bahntrassees im Ausland finanzieren? Ich glaube, es ist sehr klar, dass das nicht kantonale Aufgabe ist.

Eine der nächsten Fragen, wie will man eine direkte Zugverbindung nach London realisieren. Diese Frage habe ich lange vor diesem Anzug schon mal mit einem Vertrauten bei den SBB diskutiert, weil es mich auch interessiert hat. Er hat mir



gesagt, dass die Trasse-Kapazität in Frankreich reichen würde, um 3% der aktuellen Flugpassagiere Schweiz-UK über die Bahn abzuwickeln. Also sprich, es ist nicht einfach eine Frage der Sicherheit und der Kontrollen, es ist auch eine Frage der Kapazität der Trassen in Frankreich. Wie Sie wissen, gibt es da den grossen Knoten Paris und der ist relativ schwierig zu umfahren, also wenn Sie Direktverbindung Schweiz-London wollen, dann müssen Sie ausweichen auf Nebenrouten und die Nebenrouten haben keine Kapazität. Wollen Sie jetzt allen Ernstes, dass der Kanton Basel-Stadt Druck auf die Zentralregierung in Paris macht, dass man zusätzliche Trassen rund um Paris herumbaut? Diese Vorstellung finde ich zumindest absurd.

Und dann ganz am Schluss wird gefordert, dass man die Verantwortlichen im benachbarten europäischen Ausland zur Kooperation aufrufen soll. Viel deutlicher kann man nicht fordern, dass der Kanton Basel-Stadt Aussenpolitik machen soll. Aussenpolitik ist Aufgabe des Bundes, wie es auch in der Verfassung des Bundes klar festgeschrieben steht. In diesem Sinn bitte ich Sie dringend, diesen Anzug nicht zu übernehmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Raffaella Hanauer.

*Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb):* In meinen Augen ist dieser Anzug sehr relevant. Während die nationale Politik auf die Bremse drückt, stellen wir aktuell die Weichen für eine klimafreundliche Verkehrspolitik. Wir haben eine Scope 3-Strategie, die in Erarbeitung ist in der Verwaltung, und wir haben ein grosses Interesse daran und auch eine verfassungsrechtliche Verpflichtung, uns für ein klimafreundlicheres Reisen einzusetzen. Das Reisen mit dem Flugzeug, das stösst Klimagase aus, das wissen wir alle, das Reisen mit dem Zug ist deutlich klimafreundlicher.

Natürlich heisst die verfassungsrechtliche Verantwortung der Klimagerechtigkeit bei uns im Kanton und die Volksabstimmung, die wir hatten zur Klimagerechtigkeit, nicht, dass wir überall in die Bresche springen können, dass wir Gleise im Ausland bauen und alle anderen Akteurinnen und Akteure europaweit aus ihrer klimapolitischen Verantwortung entbinden. Das soll und darf und kann es nicht heissen. Gleichzeitig ist Basel aber Nadelöhr für den internationalen Zugverkehr hier von der Schweiz aus. Wir sind auch ein wichtiger Player hierbei, weil wir eben dieses Nadelöhr bei uns haben. Und Verantwortung übernehmen heisst demnach in den Augen der Fraktion GRÜNE/jgb auch, als Player in dieser Thematik aktiv zu werden. Dies sind wir der Stimmbevölkerung schuldig, die auch gesagt hat, dass sie möchte, dass der Kanton Klimagerechtigkeit ernst nimmt und sein Allermöglichstes dazu beiträgt, dass wir an den Pariser Klimazielen festhalten.

Wir haben also diese Verfassungsziele bei uns im Kanton und wir haben die Ausgangslage, hier ein wichtiger Player zu sein, ein wichtiges Nadelöhr. Wir haben auch Themen, die wir tatsächlich angehen können. Der Ausbau der internationalen Zugverbindungen ist für uns, für die Bevölkerung, die klimafreundlich reisen möchte, und auch für unsere Scope 3-Strategie von Interesse. Wir können beispielsweise auch bei der Verbindung nach London tatsächlich mit einem Ausbau der Infrastruktur hier gewisse Dinge ermöglichen. Wir haben auch eine Vorbildfunktion und eine Verantwortung und dementsprechend bitte ich Sie, den Anzug zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Brigitte Kühne.

*Brigitte Kühne (GLP):* Wir Grünliberalen haben der Resolution betreffend Realisierung des Nachtzuges Basel-Malmö im November 2025 zugestimmt, da wir ein klares Zeichen nach Bern senden wollten. Leider hat der Nationalrat die Gelder für die Nachtzugverbindung Basel-Malmö nicht gesprochen. Gleichzeitig haben wir das Budgetpostulat über 10 Mio. Franken, das in den Grossen Rat von Basel-Stadt eingebracht wurde, ebenso überzeugt abgelehnt, da es nicht Sache des Kantons Basel-Stadt ist, eine spezifische Nachtzugverbindung zu finanzieren.

Der vorliegende Vorstoss, ein Prüfen und Berichten, stellt aber eine einfache und zentrale Frage auf einer anderen, aus unserer Sicht für unseren Kanton richtigen Flughöhe. Welche Rolle soll Basel im internationalen Bahnnetz Europas spielen und wie können wir diese Rolle aktiv sichern. Der trinationale Bahnknoten Basel ist einer der wichtigsten internationalen Verkehrsknoten der Schweiz. Basel ist historisch ein Tor zur Schweiz und eine europäische Drehscheibe. Wenn wir diese Rolle auch in einer klimafreundlichen Mobilitätszukunft behalten wollen, dann müssen wir heute aktiv werden. Es ist entscheidend, dass Basel auch in Zukunft gut an das europäische Bahnnetz angebunden bleibt. Heute sehen wir jedoch eine Schieflage. Während der Flugverkehr weiterhin stark von günstigen Rahmenbedingungen profitiert, sogar massiv indirekt subventioniert wird und mit Dumpingpreisen lockt, geraten internationale Zugverbindungen zunehmend unter Druck. Das erschwert den Umstieg auf klimafreundliche Mobilität, gerade bei innereuropäischen Reisen, wo der Zug eine echte Alternative zum Flugzeug sein kann.



Unsere Bevölkerung hier in Basel-Stadt hat sich mit dem Netto-Null-Ziel 2037 ausdrücklich zu mehr Klimaschutz verpflichtet. Wenn wir dieses Ziel ernst nehmen, müssen wir auch den internationalen Verkehr mitdenken. Ein grosser Teil der klimarelevanten Emissionen entsteht nämlich nicht innerhalb des Kantons, sondern durch Mobilität, insbesondere durch Flugreisen. Für uns Grünliberale ist klar, Klimapolitik und wirtschaftliche Vernunft gehören zusammen. Eine gute internationale Bahnanbindung stärkt nicht nur den Klimaschutz, sondern auch den Wirtschafts- und Forschungsstandort Basel und seine europäische Vernetzung.

Dieser Vorstoss schafft dafür die notwendige Grundlage. Er verlangt vom Regierungsrat, dass er aufzeigt, welche Handlungsmöglichkeiten der Kanton hat und wie wir sie sinnvoll nutzen können. Wir bitten Sie deshalb, diesen Vorstoss an den Regierungsrat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Lorenz Amiet. Diese wird angenommen.

*Lorenz Amiet (SVP):* Frau Kühne, sind Sie mit mir einig, dass Eisenbahnen nur dann wirklich sauberer sind als Flugzeuge, wenn sie mit CO<sub>2</sub>-frei produziertem Strom betrieben werden?

*Brigitte Kühne (GLP):* Ja.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Leoni Bolz.

*Leoni Bolz (SP):* Ich rede gleichzeitig auch für die BastA. Die Schweiz ist weltweit bekannt für ihr dichtes und zuverlässiges Netz des öffentlichen Verkehrs. Der Zugverkehr leistet dabei weit mehr als reine Mobilität. Er verbindet Menschen innerhalb der Schweiz ebenso wie über die Landesgrenzen hinaus und dies auf eine umweltverträgliche Art und Weise.

Umso stossender ist die heutige Ungleichbehandlung der Verkehrsträger. Während der Strassen- und Bahnverkehr zunehmend in die Pflicht genommen werden, leistet der emissionsstarke Flugverkehr bislang keinen angemessenen Beitrag zum Klimaschutz. Im Gegenteil, der internationale Luftverkehr ist weitgehend von Kerosinsteuern und der Mehrwertsteuer befreit. Gleichzeitig erhält die Bahn, obwohl sie ein zentrales Element einer nachhaltigen Mobilität darstellt, vergleichsweise wenig Unterstützung.

Diese Schieflage steht im klaren Widerspruch zu den klimapolitischen Zielen der Schweiz. Mit dem Klimaschutzgesetz, Sie kennen es, sollten wir bis 2050 auf Netto-Null reduzieren. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn auch im Verkehrsbereich ein grundlegendes Umdenken stattfindet. Es reicht nicht, lediglich das Kerosin mit einer neueren umweltfreundlichen Variante auszuwechseln. Es braucht attraktive, wettbewerbsfähige Alternativen zum Flugverkehr, insbesondere auf innereuropäischen Strecken.

Internationale Zugverbindungen und Nachtzüge kommen dabei eine Schlüsselrolle zu. Basel ist als trinationaler Bahnknoten prädestiniert, ein zentraler Bestandteil dieses europäischen Netzes zu sein. Direktverbindungen nach Berlin, Rom, Malmö, London sind bzw. könnten künftig sehr attraktiv sein. Und auch hier nach London, Herr Amiet, auch wenn die Trasse-Kapazität eng ist, ist eine Verbindung angedacht. Wenn ein Wille da ist und Bemühungen unternommen werden, kann auch etwas realisiert werden. Wenn aber alle wegschauen, nicht mit Frankreich verhandeln wollen, weil es allenfalls schwierig sein könnte, ja, da können Sie sicher sein, dann werden wir auch in 50 Jahren noch keine Direktverbindung nach London haben.

Es wäre aber sehr schade, wenn europäische Langstreckenverbindungen die Schweiz bzw. Basel grossräumig umfahren würden. Diese würde nicht nur den Anreiz für die Schweizer Bevölkerung mindern, auf den Zug umzusteigen, sondern auch das touristische Potenzial schwächen. Weniger direkte Verbindungen bedeuten weniger internationale Gäste, die bequem und klimafreundlich nach Basel reisen. Damit wird letztlich auch die Standortattraktivität der Region verringert.

Die Verkehrspolitik ist nicht alleinige Bundeskompetenz. Wir beteiligen uns finanziell an Projekten, wir haben Eigeninteressen und wir haben auch eine Verantwortung. Wenn Basel nicht abgehängt werden will, muss der Kanton im Eigeninteresse proaktiv handeln. Dazu gehören gezielte politische Initiativen, das Anstossen von Verhandlungen mit nationalen und internationalen Partnern sowie die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel. Nur so kann sichergestellt werden, dass Basel auch künftig ein integraler Bestandteil des europäischen Bahnnetzes bleibt. Gleichzeitig ist zu ermitteln, wie gross insgesamt das CO<sub>2</sub>-Reduktionspotenzial ist und wie dieses Potenzial optimal ausgeschöpft werden kann.

Der vorliegende Vorstoss fordert keine vorschnelle Entscheidung, sondern eine sorgfältige Prüfung dieser Punkte. Angesichts der klimapolitischen Verpflichtungen, der strategischen Bedeutung Basels als internationaler Verkehrsknoten und



der wirtschaftlichen Interessen der Region ist ein solches Vorgehen nicht nur sinnvoll, sondern notwendig. Ich bitte Sie, den Vorstoss zu unterstützen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Johannes Barth.

*Johannes Barth (FDP):* Der Anzug «S Lied vo de Bahnhöf» will, dass der Kanton Basel-Stadt aktiv den Ausbau internationaler Zugverbindungen vorantreibt, bis hin zu möglichen kantonalen Finanzbeiträgen, Verhandlungen mit Bahnunternehmen und sogar Sicherheitsinfrastruktur für London-Direktverbindungen. Die FDP teilt das Grundmotiv, internationaler Zugverkehr ist wichtig, ja, aber wir lehnen den Anzug ab, und zwar aus drei einfachen Gründen.

Erstens, die Zuständigkeit und Rollenklärung. Internationaler Fernverkehr ist Bundesaufgabe. SBB, BAF, internationale Abkommen, Trassen, Grenz- und Sicherheitsregime, das liegt nicht in der Kompetenz eines Kantons. Wenn wir anfangen, internationale Linien kantonal mitzufinanzieren oder zu sichern, dann schaffen wir einen Flickenteppich. Reiche Kantone wie wir kaufen sich Verbindungen und andere bleiben zurück. Das ist weder föderal sinnvoll noch marktwirtschaftlich sauber.

Zweitens, Wirkung statt Wunschzettel. Der Anzug verlangt CO<sub>2</sub>-Berechnungen, eine Einbettung in die Scope 3-Strategie und eine Liste kantonomer Hebel. Aber das Reiseverhalten der Bevölkerung lässt sich nicht per Regierungsratsbeschluss steuern und Scope 3 ist gerade dort heikel, wo der Kanton weder Anbieter noch Regulator ist. Klimapolitik ist wichtig, ja, aber sie muss mit Instrumenten erfolgen, die wirklich in der Hand liegen.

Drittens, Prioritäten und Finanzdisziplin. Basel ist bereits gut angebunden und ein zentraler Bahnknoten. Was wir kantonal beeinflussen können, ist vor allem ein leistungsfähiger regionaler ÖV, gute Umsteigebeziehungen, Kapazitäten, Zuverlässigkeit im Alltag. Dafür sollten wir unsere Mittel einsetzen, nicht für potenziell offene, wiederkehrende Subventionen im internationalen Fernverkehr. Unsere Erwartung an den Bund ist klar, er soll seine Verantwortung wahrnehmen. Aber die Antwort darauf ist nicht, dass Basel-Stadt beginnt, nationale Aufgaben zu übernehmen.

Die FDP beantragt deshalb, den Anzug nicht zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Es ist schon richtig, der Zugverkehr ist wichtig, aber er ist viel zu teuer und der Flug ist halt für viele billiger, darum nehmen alle den Flug. Ich habe einmal im Gymnasium gelernt, der Preis macht den Markt, Anfragen und Angebote. Wenn Sie jetzt zum Beispiel von Bulgarien nach Basel fliegen, zahlen Sie 250 Euro hin und zurück und mit der Eisenbahn kostet es 530 Euro hin und zurück. Ich fliege nicht mehr seit 2024, weil ich Angst habe, dass ich abstürze und dann kann ich nicht mehr hier bei Ihnen sein. Also ich nehme die Eisenbahn, auch wenn es teurer ist, aber liebe Frau Bolz, das ist eine Seltenheit. Die jungen Leute, die fliegen, da nimmt keiner mehr die Eisenbahn, Kastenvelo nimmt eh keiner mehr, Velo nimmt auch keiner mehr, wandern tut auch keiner mehr, die jungen Leute fliegen.

Und wie soll ich sagen, ich stelle schon fest, wenn ich das in den Medien beobachte. Da werden immer grosse Reden gehalten für Umwelt und Natur und das geht mir eigentlich zu weit, dass da irgendwie einem alles vorgeschrieben werden soll. Und wenn man dann einmal an den Flughafen Basel-Mulhouse hinausgeht und schaut, diese Leute, die da über die Natur reden, fliegen selber mit dem Flugzeug und das sind Tatsachen.

Ich komme noch zu meinem Vorredner Johannes Barth. Ich finde es immer schön, wenn wir hier eine richtige Debatte führen, aber irgendwie sind die Meinungen schon vorher gemacht und es gibt keine Debatte mehr. Johannes Barth hat richtig gesagt, der Bund ist zuständig. Und das ist so, wir sind ein Kantonsparlament, nicht falsch verstanden, wir sind ein Provinzparlament und für das, was ich hier rede, ist der Bund die schweizerische Eidgenossenschaft zuständig und nicht wir als kleines Kantonsparlament. Und Johannes Barth hat richtig gesagt, durch solche Zwangsmassnahmen lässt sich das Reiseverhalten der Leute nicht steuern. Das stimmt, jeder schaut auf seinen Geldbeutel und wenn es halt billiger ist mit dem Flugzeug, nehmen die Leute das Flugzeug und nicht den Zug. Das ist leider so, das sind Tatsachen. Reden Sie mit jungen Leuten. Meine grosse Tochter ist jetzt mit ihrem Mann nach Japan geflogen und hat gesagt, Papi, ich bin ganz stolz, schätze mal, was das nach Japan hin und zurück kostet, zwei Leute? 1'700 Euro, das sind 1'600 Franken. Da geht keiner mit dem Zug. Das wollte ich einfach mal sagen und ich möchte Sie bitten, wenn Sie hier so Reden schwingen, bitte verzichten Sie selber auf das Fliegen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Sprecherin ist die Anzugstellerin Lisa Mathys.



*Lisa Mathys (SP):* Ich bin sehr dankbar, dass insbesondere auch Brigitte Kühne noch die Standortattraktivitätsfrage erwähnt hat. Ich bin schon etwas erstaunt, dass man auf der bürgerlichen Seite einfach die Standortattraktivität immer nur dann bemüht, wenn es um Unterstützung von Unternehmen oder um Steuerpolitik oder um solche Fragestellungen geht. Ob Basel gut und vollständig ans internationale Zugnetz angebunden ist, das ist ein wesentlicher Bestandteil der Standortattraktivität unserer Stadt und unseres Kantons.

Im November, auch das wurde bereits erwähnt, hatten über zwei Drittel der Mitglieder dieses Rates die Bedeutung des internationalen Zugverkehrs bestätigt, indem eben diese Resolution angenommen wurde und dort ging es ja nur um eine einzige Nachtzugverbindung. Hier in diesem Vorstoss gehen wir jetzt eben mit dem Blick auf das Grosse und Ganze. Und meine Kolleginnen und Kollegen, ich möchte wirklich betonen, dass ich es absolut im Interesse unseres Kantons empfinde, dass sich unsere Regierung dafür einsetzt, dass wir nicht abgehängt werden.

Wir sind hier am Dreiländereck. Lorenz Amiet hat gesagt, was hier verlangt werde, sei Aussenpolitik. Ich stelle da dann einfach das Tram 8 und das Tram 3 in den Raum als Stichwort, das hat Johannes Barth erwähnt, der findet, man sollte nur den Regionalverkehr anschauen als Kanton, aber das ist doch einfach nicht die Realität. Unser Kanton ist in Europa eingebunden, nicht nur bis Lörrach und Mulhouse. Deshalb ist es ein so wichtiges Interesse, dass wir als Kanton dafür zu sorgen versuchen, dass die Politik in Bern nicht so weitergeht, wie sie es bei der Nachtzugfrage entschieden hat, indem man nämlich sagt, man stellt die internationalen Zugverbindungen in der Fragestellung quasi aufs Abstellgleis und konzentrieren uns auf andere Fragestellungen.

Und deshalb finde ich wirklich, dass man nicht sagen kann, dass das nicht im Interesse und nicht in der Aufgabe unseres Kantons ist. Wenn auf Bundesebene Politik gemacht wird, die den Interessen unseres Kantons widersprechen, dann möchte ich unsere Regierung mit Nachdruck darum bitten, Dampf zu machen in Bern, Lobbying zu machen, aufzuzeigen, wie wichtig diese Anbindung für uns Städte ist, aber auch für unsere Region ganz konkret.

Die Frage, wann ist Zugverkehr oder eine Reise umweltverträglich oder umweltfreundlich, wann nicht. Fakt bleibt, der Bahnverkehr ist flächeneffizient, er ist elektrisch, er ist umweltfreundlich. Es gibt Ausnahmen und Lorenz Amiet, wenn Sie jetzt die Fähren nach Sardinien miteinrechnen, dann ist das einfach Bodebautism. Um das geht es nicht, es geht um den interkantonalen Zugverkehr und das Bahnnetz, das im zentralen Interesse auch unseres Kantons und unseres Wirtschaftsstandorts eben liegt.

Ich denke, damit lasse ich es bewenden. Ich erinnere Sie noch einmal gerne daran, dass zwar der Kanton Basel-Stadt an der Landesgrenze aufhört, nicht aber unsere Region. Wir sind Teil eines Ganzen und ich freue mich sehr, wenn wir diesen Auftrag an die Regierung überweisen können.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**56 Ja, 36 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008459, 18.03.26 10:32:23]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Anzug mit 56 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.



**23. Anzug 5 Harald Friedl und Konsorten betreffend Optimierung und Kapazitätserhöhung ÖV durch intelligente Lösungen**

[18.03.26 10:32:30, 26.5016.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

**24. Anzug 6 Béla Bartha und Konsorten betreffend Einführung von Doppelstockzügen im S Bahnverkehr der Region Basel**

[18.03.26 10:32:55, 26.5017.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Auch hier habe ich keine Wortmeldung eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

**25. Anzug 7 Luca Urgese und Konsorten betreffend Prüfung von Quartierparking-Alternativen nach gescheiterter Umnutzung des provisorischen Roche-Parkhauses**

[18.03.26 10:33:19, 26.5018.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

**26. Anzug Balz Herter und Konsorten betreffend Vorbereitung auf Extremwetterereignisse, Schreiben des RR**

[18.03.26 10:33:45, 23.5480.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann. Sie verzichtet. Das Wort hat Balz Herter.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Ich spreche aus Kapazitätsgründen nur einmal zu beiden Anzügen, die nachfolgend auf der Traktandenliste sind. Wir behandeln heute den Antrag des Regierungsrates, zwei für unsere Sicherheit im Kanton zentrale Vorstösse abzuschreiben. Es geht um die Zukunft unserer Feuerwehr. Wir bitten den Grossen Rat eindringlich, diese Anzüge als Arbeitsauftrag stehen zu lassen. Warum tun wir das? Weil in der Realität eine Lücke klafft, die wir nicht ignorieren dürfen.



Ich stütze meine Argumente auf drei Pfeiler; die veränderten Rahmenbedingungen unserer Stadt, die schieren Zahlen der Einsätze und das daraus resultierende Sicherheitsrisiko.

Schauen wir uns unsere Stadt an. Wir müssen aufhören, so zu tun, als sei die Feuerwehrarbeit heute noch dasselbe wie vor 20 Jahren. Die Rahmenbedingungen haben sich dramatisch verschlechtert und das ist kein Geheimnis für jeden, der mit offenen Augen durch Basel geht. Unsere Verkehrspolitik und Stadtplanung haben direkte physische Auswirkungen auf die Hilfsfristen. Wir haben Tramlinien, die auf die Fahrbahn verlegt werden, so dass ein Überholen für Einsatzfahrzeuge so faktisch unmöglich geworden ist. Wir haben auf vielen verkehrsorientierten Strassen Tempo-30-Zonen eingeführt und Fahrspuren verengt. Verstehen Sie mich nicht falsch, das mag verkehrspolitisch so gewollt sein, aber für ein 2,5 Meter breites Löschfahrzeug wird der Weg zum Einsatzort ein Hindernislauf. Wir bauen behindertengerechte Haltestellen mit hohen Randsteinen. Früher konnten die Feuerwehrfahrzeuge im absoluten Notfall über das Trottoir ausweichen. Heute blockieren diese Randsteine das Fortkommen physisch. Dazu kommt die bauliche Verdichtung. Wir bauen in die Höhe, was oft komplexere Einsätze und mehr Personal vor Ort erfordert. Das Resultat ist simpel. Die Anfahrtswege dauern länger, der Stress für die Fahrerinnen und Fahrer steigt und die Hilfsfristen, unser Garant für die Sicherheit, geraten massiv unter Druck. Die Feuerwehr steht im Stau in einer Stadt, weil wir sie verdichtet, verengt und somit verlangsamt haben.

Während die Stadt also enger und komplexer wurde, haben wir bei der Feuerwehr die Ressourcen und die doch eher ungünstigen Standorte der Berufs- und Milizfeuerwehr nicht angepasst, im Gegenteil. Lassen wir die Zahlen sprechen, die uns allen zu denken geben sollen. Seit der letzten grossen Bestandsanpassung vor über 20 Jahren sind die Einsatzzahlen nicht gesunken, sie sind explodiert. Wenn wir die Entwicklung seit 2010 anschauen, verzeichnen wir eine Steigerung der Einsätze um rund 50%. Wir haben also massiv mehr Einsätze, komplexere Anfahrten durch Verkehrsberuhigung, aber ein Personalbestand, der mit diesem Wachstum nicht Schritt gehalten hat, im Gegenteil. Seit Regierungsrat Jörg Schild den Personalbestand der Berufsfeuerwehr aufgrund von Sparmassnahmen reduziert hat, wurde dieser nie mehr angepasst, obwohl unsere Stadt kontinuierlich gewachsen ist in die Breite und auch von der Bevölkerungszahl her.

Das, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist kein Konzept, das man abschreiben kann. Das ist ein Problem, das man korrigieren muss. Was bedeutet das konkret für die Sicherheit unserer Basler Bevölkerung? Ich spreche hier aus eigener Erfahrung und aus vielen sehr ernsten Gesprächen mit den Mitarbeitenden unserer Berufsfeuerwehr. Die Berufsfeuerwehr definiert eine Mindeststärke von zehn Einsatzkräften, um einen sicheren Löschangriff vornehmen zu können, ohne die eigenen Leute zu gefährden. In vielen Fällen und vielen Tagen ist die Wache komplett ausgeschossen, also leer. Wenn dann der zweite grössere Alarm kommt, haben wir ein massives Problem. Der Regierungsrat verweist gerne auf die Milizfeuerwehr als Puffer, aber auch dieses Argument zieht nicht mehr. Wir können ein System, das auf Freiwilligkeit basiert, nicht als Lückenbüsser für eine unterbesetzte Berufsfeuerwehr missbrauchen. Die Miliz kommt auch an ihre Grenzen.

Was passiert, wenn die Wache leer ist? Es greift das sogenannte Freizeitaufgebot. Das klingt technisch, ist aber menschlich eine enorme Belastung. Es bedeutet, dass Männer und Frauen, die ihren verdienten freien Tag haben, die Zeit mit ihren Kindern und ihren Partnerinnen und Partnern verbringen möchten oder einfach zur Erholung nutzen möchten, alarmiert werden und doch in den Dienst beordert werden. Das System fährt auf Verschleiss. Es kompensiert strukturelle Lücken mit dem Pflichtbewusstsein und der Gesundheit der Mitarbeitenden. Wenn der freie Tag ständig zum Abruftag wird, wenn die Dienstplanung zum Glücksspiel wird, dann riskieren wir Burnouts. Wir riskieren, dass uns gut ausgebildete Fachkräfte verlassen, weil diese diesen Druck ihren Familien nicht mehr zumuten möchten.

Der Regierungsrat beantragt die Abschreibung beider Anzüge, weil er Massnahmen eingeleitet habe. Er spricht von Planungen, er spricht von Konzepten. Aber geschätzte Anwesende, ein Konzept löscht noch kein Feuer. Solange diese Planungen nicht im Personalbestand und in der Infrastruktur umgemünzt sind, bleibt das Risiko bestehen. Ein Anzug ist erst dann erledigt, wenn die Wirkung eingetreten ist. Die Verantwortung des Grossen Rates endet nicht bei der Bestellung eines Papiers, sie endet erst, wenn die Sicherheit gewährleistet wird. Wenn wir diese Anzüge heute abschreiben, geben wir das wichtige Instrument aus der Hand, den politischen Druck. Wir signalisieren, der Plan reicht uns. Wenn wir aber stehen lassen, sagen wir, wir schauen hin, bis das Problem gelöst ist.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, unsere Feuerwehrleute riskieren viel für uns. Sie rücken aus, wenn wir schlafen, sie kämpfen sich durch den Verkehr, den wir hier im Saal geplant haben. Das Mindeste, was wir für sie tun können, ist, ihr Anliegen nicht in der parlamentarischen Schublade verschwinden zu lassen, bevor sie wirklich gelöst sind. Ein Stehenlassen dieser Anzüge ist kein Misstrauensvotum gegen den Regierungsrat, sondern ein Treuebekenntnis zu unserer Feuerwehr und zur Sicherheit in unserem Kanton. Es ist der Auftrag an die Regierung, setzt es um, vollständig nachweislich.

Ich bitte Sie daher, lassen Sie uns Verantwortung übernehmen, stimmen Sie gegen die Abschreibung der beiden Anzüge, halten wir diese aufrecht, bis die Massnahmen Realität sind.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als Einzelsprecherin gemeldet hat sich Lisa Mathys.



*Lisa Mathys (SP):* Eigentlich hatte ich kein Votum geplant, es ist mir jetzt aber trotzdem wichtig, mit ein paar Worten zu reagieren auf das, was Balz Herter gesagt hat. Selbstverständlich sehen wir auch, dass das ein wichtiges Anliegen ist, gerade dass man die Personalsituation anschaut, gerade dass man das Wachstum miteinbezieht in die Überprüfung, ob der Personalbestand so reicht. Deshalb, Sie sehen es wahrscheinlich in der Kreuztabelle, haben wir auch entschieden, dass wir den zweiten Anzug stehen lassen wollen.

Beim ersten Anzug sehen wir aber einfach den Mehrwert nicht, ohne das Anliegen wegzureden zu wollen. Sie haben von einem Arbeitsauftrag gesprochen, Herr Herter. Die Fragestellungen im Anzug sind ja, man soll berichten, ob eine Strategie erstellt werden kann, man soll berichten, ob mehr Fahrzeuge beschaffen werden können, man soll berichten, ob weitere technische Geräte angeschafft werden sollen, etc. Und diese Fragen kann man halt mit Ja oder Nein beantworten und dann sind sie beantwortet und dann ist es wie kein Arbeitsauftrag mehr. Deshalb würden wir es begrüßen, dass wenn weitere Schritte oder Forderungen nötig sind, dass man die wie mit einem nächsten Vorstoss adressiert oder da auch vielleicht im guten Einvernehmen mit Stephanie Eymann, ich bin gespannt, was sie jetzt berichten wird, vielleicht kann man das ja so lösen. Aber wir wollten das nicht einfach stehen lassen, wenn es eigentlich beantwortet ist. Uns ist wichtig, die Anliegen des Personals sollen gewährleistet sein. Das ist uns auch wichtig.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Ich habe mich doch auch entschieden, jetzt zu reden, aber auch für beide Anzüge. Ich stimme in ganz grossen Teilen zu, was der Anzugsteller jetzt auch ausgeführt hat. Unsere Feuerwehr ist sehr gefordert, es ist sehr wichtig, dass wir ein gutes Augenmerk haben auf den Personalbestand, auf die wachsenden Herausforderungen. Es ist so, dass die Einsatzzahlen der Feuerwehr klar nach oben zeigen seit Jahren. Wir haben seit 2010 einen Anstieg von rund 32%, das ist viel bei gleichem Personalbestand und ein Rückgang ist derzeit auch nicht absehbar.

Ich komme vielleicht trotzdem darauf, warum wir als Regierung das Abschreiben empfehlen. Lisa Mathys hat es jetzt beim ersten Anzug auch gesagt. Ich denke, hier haben wir Antworten, wir sind hier am Ball, wir schauen laufend, was braucht es an neuen Gerätschaften und beschaffen diese auch entsprechend respektive stellen uns so auf, dass wir bei Extremwetterlagen auch handlungsfähig sind über die Krisenorganisation, über diesen Stab. Ich denke, das sind operative Dinge, die wir hier auch berichten konnten.

Aber ich denke, der andere Anzug, also Traktandum 27, da müssen wir wirklich schauen, dass wir die Entwicklung im Zusammenhang mit dem anhaltenden Wachstum des Kantons Basel-Stadt im Auge behalten. Wir haben eine Bevölkerungszunahme, es wurde gesagt, wir haben eine Verdichtung der Verkehrsentwicklung, wir haben veränderte Rahmenbedingungen, die natürlich eben die Blaulichtorganisationen, insbesondere die Feuerwehr mit ihren grossen Fahrzeugen vor neue Herausforderungen stellt. Es geht aber auch darum, dass wir den personellen Ausbau nicht nur ans Bevölkerungswachstum anbinden, sondern eben auch an die tatsächliche Einsatzentwicklung. Ich habe Ihnen gesagt, das zeigt nach oben. Wir müssen daher diese Bestände auch gut überlegen, was braucht es wirklich in Zukunft. Daran sind wir. Wir sind daran, jetzt wirklich den Personalbestand zu berechnen, wir sind daran, ein Arbeitszeitreglement für die Feuerwehr zu erarbeiten. Diese Dinge sind laufend jetzt in Umsetzung, deshalb ist das eigentlich der Ansatz gewesen zu sagen, wir wollen, dass das abgeschrieben wird, weil diese Arbeiten laufen. Ich habe aber ein Verständnis natürlich dafür, dass Sie sagen, abgeschlossen ist erst dann, wann erledigt. Deshalb kann ich auch mit einem Stehenlassen jetzt beim Traktandum 27 leben.

Wir haben auch, und das ist vielleicht noch das letzte, was ich sagen möchte, vor diesem Hintergrund, also diese ganzen Herausforderungen der Entwicklung der Stadt, hat der Regierungsrat 2024 eine Standortevaluation für eine künftige Zweitstandortstrategie der Berufsfeuerwehr in Auftrag gegeben. Wir wollen dieses Jahr die Ergebnisse auch noch präsentieren. Wir haben da auch geschaut, wie können wir mit der Milizfeuerwehr auch zusammengehen, geht das überhaupt, braucht es da andere Ansatzpunkte, das läuft alles und da können Sie davon ausgehen, dass das dieses Jahr auch erste Ergebnisse zeigen wird.

Das zu meiner Begründung, weshalb wir das abschreiben wollten im Traktandum 27, das hat nichts damit zu tun, dass wir das Thema nicht als wichtig erachten. Wir müssen am Ball bleiben, auch bei der Feuerwehr, was Arbeitsbedingungen und was Personalbestand angeht, weil die Herausforderungen werden nicht kleiner und das ist noch vielleicht der Schluss nochmal zum Traktandum 26, auch Extremwetterlagen, wissen wir, werden zunehmen und das wird unsere Blaulichtorganisationen, insbesondere die Feuerwehren erheblich fordern.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.



### Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Balz Herter.

### Ergebnis der Abstimmung

**57 Ja, 34 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008464, 18.03.26 10:47:37]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Anzug mit 57 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgeschrieben.

## 27. Anzug Balz Herter und Konsorten betreffend gemeinsames Wachsen von Bevölkerung und Sicherheit, Schreiben des RR

[18.03.26 10:47:46, 23.5479.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat bereits für dieses Traktandum votiert, ebenso Balz Herter, der für Stehenlassen ist. Wir kommen damit zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

### Ergebnis der Abstimmung

**5 Ja, 88 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008466, 18.03.26 10:48:39]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Anzug mit 88 Nein-Stimmen gegen 5 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung gemäss Antrag des Regierungsrats stehen gelassen.

## 28. Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend "Mobile Polizeiposten in den Quartieren", Schreiben des RR

[18.03.26 10:48:53, 25.5461.02]



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann. Sie verzichtet. Als Fraktionssprecher für die SVP eingetragen hat sich Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug stehen zu lassen. Ich möchte zuerst mit einer Geschichte anfangen, welche vor ein paar Monaten sich in Riehen zugetragen hat und an mich herangetragen wurde. Eine junge Frau, 20, wohnhaft in Riehen, geht an einem Samstagabend mit ihren Freundinnen aus in der Stadt Basel. Sie kommt gegen Mitternacht mit dem Tram nach Hause. Bereits in ihrer Strasse bemerkt sie eine dubiose Gestalt. Diese dubiose Gestalt verfolgt sie zuerst ein paar Meter, dann kommt sie zu Hause an und sieht, dass die Türe offen steht, es wurde bei ihr eingebrochen. Sie möchte ihre Familie erreichen, sie erreicht ihre Familie nicht. Die Familie hat geschlafen, während die Einbrecher im Haus waren. Sie versucht, ihren Freund zu erreichen, sie versucht, die Polizei anzurufen. Ihr Freund, der im Kanton Aargau, nicht im Kleinbasel oder in Riehen, im Kanton Aargau wohnhaft ist, war schneller bei ihr als die Polizei. Es ging über 35 Minuten, bis die Polizei bei ihr vor Ort war.

Und nein, meine Damen und Herren, das ist keine Polizeikritik. Ich bin der Meinung, dass die Polizei mit diesem Unterbestand, gerade die hart arbeitenden Polizisten extrem viel machen, obwohl sie so wenig zur Verfügung haben. Aber ich muss Ihnen ehrlich sagen, immer wenn ich diese Lappalie höre, es gäbe ja genügend Polizisten zu Fuss, im Auto und es braucht keine mobile Polizeiposten, dann muss ich Ihnen einfach sagen, ich kann dieses Märchen nicht mehr hören. Die SVP Riehen konnte dieses Märchen schon bereits 2012 nicht mehr hören, als man den Polizeiposten nachts und am Wochenende geschlossen hat, und wahr wird diese Aussage auch im 2026 nicht. Ja, rein theoretisch sind Patrouillen effizienter als nur ein Posten oder nur ein mobiler Posten, jedoch ist es halt einfach auch nicht wahr, dass genügend davon existieren.

Wir haben in Riehen, aber auch in Kleinbasel aktuell eine riesige Einbruchserie. Gerade bei diesen Delikten ist die Zahl wieder in die Höhe geschneilt, die Leute sind verunsichert und man tut rein gar nichts für das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Und hier müsste man halt das eine tun und das andere nicht lassen. Es benötigt mehr Patrouillen, darauf muss jetzt kurzfristig endlich ein Schwerpunkt gesetzt werden, dass dieser Missstand mit diesem Unterbestand bei der Polizei endlich behoben wird. Da genügt das aktuelle Lohnpaket der Regierung natürlich nicht und es benötigt auch mobile Polizeiposten für das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Wenn es aktuell zwei mobile Polizeifahrzeuge gibt, dann müsste man sich halt überlegen, ob man hier aufstockt, um die Bevölkerung gerade nach einer solchen grösseren Einbruchserie besser zu informieren. Und man muss sich überlegen, ob stationäre Polizeiposten wie in Riehen wieder 24/7 täglich und am Wochenende auch geöffnet werden, wie das früher immer bestens geklappt hat.

In der aktuellen Situation bei der hohen Kriminalstatistik des Kantons bin ich nicht bereit, diesen Vorstoss kampfflos als erledigt abzuschreiben und ich finde es einmal mehr ein schlechtes Signal der Regierung, dass hier sämtliche sicherheitspolitische Ideen einfach abgewürgt werden. So werden wir die Situation nie verbessern und dann bringt es auch herzlich wenig, wenn der Regierungsrat das Thema Sicherheit in den Legislaturplan aufnimmt, um kurzfristig die Gemüter zu beruhigen. Spätestens bei der nächsten Kriminalstatistik werden wir ja dann sehen, wie erfolgreich die sicherheitspolitische Arbeit des Regierungsrates aktuell ist.

Und vielleicht setzt man hier auch als Gesamtregierung mal den Schwerpunkt auf die Probleme, die wir hier in Basel haben. Es ist nicht die Aufgabe des Regierungsrates, sich am WEF zu beteiligen, es ist auch nicht die sicherheitspolitische Aufgabe des Regierungsrates, den Botschafter von Tadschikistan zu empfangen, aber es wäre sehr wohl die Aufgabe des Regierungsrates, sich für das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung einzusetzen und die Kriminalstatistik zu senken. Dementsprechend sind wir auch der Meinung, müssen wir auch diesen Anzug stehen lassen und hier endlich einmal auch einen Schwerpunkt setzen für die Sicherheit in unserem Kanton. Es kann nicht sein, dass sämtliche Ideen einfach immer nur abgewürgt werden und entsprechend bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Ich nehme gerne auch noch Stellung dazu. Ich finde es schade, dass Sie grundsätzlich alles negieren, was wir regierungsseitig auch aufgleisen. Natürlich ist das eine direkte Kritik auch an der Arbeit der Kantonspolizei, die ich so nicht einfach stehen lassen möchte. Wir haben auch in der Antwort betont, dass es eine Mischung ist aus Massnahmen, die wir brauchen für die Sicherheit in dieser Stadt. Wir haben mobile Infomobile, wir wollen ganz explizit präsenter sein in den Quartieren, da sind wir auch daran, das aufzubauen. Wir haben ein grosses Projekt letztes Jahr hinter uns gebracht mit Sipo+, das genau eben mehr Ressourcen auch auf die Strasse bringen soll und auch gebracht hat. Das ist die Rückmeldung, die ich aus dem Korps auch erhalten habe, dass man eben wieder flexibler ist, auch präsenter sein kann.



Aber einfach jetzt nur zu sagen, mehr Polizeiposten machen mehr Sicherheit, da möchte ich schon auch etwas widersprechen, es ist, wie gesagt, die Mischung. Aber wenn Sie einen Polizeiposten aufhaben, sind das die Leute, die auf diesen Polizeiposten sind. Die kommen da nicht raus und helfen Ihnen irgendwo im Quartier, weil ja dann der Ansatz ist, dass das besetzt sein muss und deshalb bin ich nicht der Meinung, dass man da nur stationär eigentlich aktiv sein soll, sondern eben diese gute Mischung auch aus Polizeipräsenz haben soll.

Und ich widerspreche Ihnen gar nicht, es ist wichtig, präsent zu sein und wir müssen alles daran geben, dass wir wieder einen solchen Bestand haben, der das auch möglich macht, ohne dass ständig Extradienste notwendig sind. Wir machen operativ und organisatorisch im Moment alles, um die Kräfte so zu bündeln, dass sie unserer Bevölkerung direkt zur Verfügung stehen, aber zu sagen, wir machen nichts oder wir hätten kein Augenmerk auch auf Einbruchdiebstähle, das ist einfach falsch. Wir haben einen Schwerpunkt bezüglich Einbruchdiebstählen, der sogar regierungsrätlich festgelegt worden ist. Wir sind uns bewusst, dass das ein grosses Unsicherheitsgefühl auslöst, dass das ganz nahegehende Delikte sind und natürlich nehmen wir das ernst seitens Regierung und schon gar auch von Seiten Polizei.

Deshalb ist es nicht irgendwie ein Zeichen, das Abschreiben, dass wir das nicht als wichtig erachten, sondern dass wir mittendrin sind und auch laufend anpassen, wo haben wir Handlungsbedarf, wo haben wir je nachdem auch Deliktsfelder, die wir anders bewirtschaften müssen, aber wir sind der Meinung, dass Ihr Anliegen auch aufgenommen ist und wir hier einen gesunden Mix aus Massnahmen brauchen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat. NEIN heisst Stehenlassen

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**77 Ja, 11 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008468, 18.03.26 10:57:12]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Anzug mit 77 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgeschrieben.

### **29. Motion Hanna Bay und Konsorten betreffend gerichtliche Überprüfung von freiheitsentziehenden Massnahmen nach Polizeigesetz, Stellungnahme des RR**

[18.03.26 10:57:19, 25.5315.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet auf ein Votum. Gemeldet hat sich Anina Ineichen.

*Anina Ineichen (GRÜNE/jgb):* Die Fraktion GRÜNE/jgb beantragt Ihnen, diese Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen. Die Forderung ist meines Erachtens innert zwei Jahren möglichst so zu erledigen, wie es beantragt wurde. Es ist nicht ein sehr spezifischer Antrag, sondern es ist einfach ein Antrag, eine Regelung einzuführen. Ich sehe nicht, wieso wir das als Anzug überweisen sollten. Es ist eigentlich alles gesagt in der Motion. Vertiefte Überprüfungen kann man auch innerhalb einer Motion erledigen, dazu braucht es nicht zuerst einen Anzug und dann später allenfalls wieder ein Input vom



Parlament, eine Motion daraus zu machen. Es ist eine einfache Forderung, es ist eine Forderung, die schon so existiert in anderen Kantonen und wir können dies nun als Motion überweisen und ich vertraue darauf, dass die Verwaltung dies dann auch so erledigen kann. Der Freiheitsentzug ist eine schwerwiegende Massnahme. Wir sollten hier nicht zu viel Zeit mit Abklärungen verbringen, sondern wir sollten jetzt handeln. Wir haben das mit der Motion in der Hand, überweisen Sie sie als Motion.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Einzelsprecherin ist Hanna Bay.

*Hanna Bay (SP):* Ich habe ein Votum vorbereitet, ich habe hier geschrieben, dass ich mich für die angeregte Diskussion bedanken soll. Vielleicht, ich habe gesehen, Felix Wehrli hat sich jetzt noch eingetragen, ich danke ihm in dem Fall im Voraus. Ich danke aber Ihnen allen oder beinahe allen, dass wir die vorliegende Motion im letzten Herbst klar dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen haben. Ich habe diese Stellungnahme des Regierungsrats auch dann mit Interesse gelesen und ich möchte mit dem Positiven beginnen.

Der Regierungsrat anerkennt, dass freiheitsentziehende Massnahmen einen schweren Eingriff in die persönliche Freiheit darstellen und er sagt auch und er anerkennt explizit, dass eine zeitnahe Überprüfung des polizeilichen Freiheitsentzugs eine hohe rechtsstaatliche Bedeutung hat. So weit, so gut, so weit, so richtig, denn ich habe es schon mehrmals gesagt und ich werde es nicht müde zu betonen, einem Menschen die Freiheit zu entziehen, und ich spreche hier nicht von kurzzeitigen Festhaltungen, sondern von Freiheitsentzügen gemäss Bundesgericht ab etwa sechs bis sieben bis acht Stunden, das ist das stärkste repressive Mittel, welches der Rechtsstaat zur Verfügung hat. Es geht nicht um eine mühsame Polizeikontrolle, es geht nicht darum, ob ich mit einer Parkbusse einverstanden bin oder nicht, sondern es geht darum, dass schneller als heute überprüft werden kann, ob der Entzug meiner Freiheit durch die Staatsgewalt rechtmässig war oder nicht. Dass das sensible Fragen sind, erkennt der Regierungsrat in seiner Antwort selbst.

Ich möchte mit einem aktuellen Beispiel aufzeigen, wieso hier Handlungsbedarf besteht. Es geht um den Fall, der auch in den Medien war. Es geht um den Fall, der auch vor Bundesgericht beurteilt wurde. Die Festhaltung einer Person während zehn Stunden auf einer Polizeiwache im Mai 2024. Die betroffene Person hat sich dann eben versucht, direkt mit juristischen Mitteln gegen diesen Freiheitsentzug zu wehren. Er forderte eine direkte Überprüfung, scheiterte damit bis vor Bundesgericht. Im Anschluss, also im Mai 2025, ein Jahr, nachdem die Freiheit entzogen wurde, hat die Person dann eine Feststellungsverfügung verlangt. Wir sind heute im März 2026. Diese Feststellungsverfügung, die liegt noch nicht vor. Die Polizei schafft es nicht, innerhalb von zwei Jahren eine Verfügung zu erlassen, ob ein Freiheitsentzug rechtmässig war oder nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Beispiel zeigt, die heutigen Verfahren dauern zu lange und es wird der Schwere des Grundrechtseingriffs nicht gedacht. Mehr als zwei Jahre, bis überhaupt eine Überprüfung stattfinden kann, das geht nicht. Und ich bitte euch deshalb, diese Motion nicht als Anzug zu überweisen, sondern ein zweites Mal als Motion. Es muss nicht mehr überprüft werden, es muss gehandelt werden und die Bedenken, welche der Regierungsrat aufbringt, können ohne weiteres in der Ausarbeitung einer konkreten Vorlage adressiert und geklärt werden.

Ich möchte aber dennoch auf die einzelnen Punkte kurz eingehen. Einerseits führt die Regierung aus, dass wenn diese Motion erfüllt wäre, dann müsste die Polizei sicherstellen können von Anfang an, dass sie die Identität der Person, die sie festnimmt, kennt und dass sie den Grund kennt, wieso die Freiheit entzogen wird. Mit Verlaub, dieses Argument, sofern es überhaupt eines ist, lässt mich doch staunend zurück. Ich habe wirklich die Hoffnung, ja, ich habe die Erwartung, dass die Staatsgewalt schon heute rasch benennen kann, wen sie festnimmt und aus welchem Grund. Alles andere, mit Verlaub, das wäre Willkür und das möchte ich niemandem unterstellen.

Zweitens führt der Regierungsrat aus, dass bei der Erfüllung der Motion sorgfältig geprüft werden soll, welches Gericht dann sachlich zuständig ist. Ja, genau das möchten wir. Wir möchten, dass der Regierungsrat, dass die Verwaltung eine Vorlage ausarbeitet, welche diese Frage klärt und das kann ohne weiteres, meine Vorrednerin hat es gesagt, im ordentlichen Verfahren gemacht werden.

Gleiches gilt auch für das dritte Argument, wonach nicht alle Kantone die gleiche Regelung haben. Wir müssen auch nicht etwas für alle Kantone machen, wir müssen eine Regelung schaffen, die in Basel-Stadt funktioniert und das ist keine Hexerei. Die Umsetzung dieser Motion, die ist nicht so schwierig, alle Bedenken, welche der Regierungsrat vorbringt, können im Verfahren beantwortet werden. Es ist aber dringend notwendig, dass wir einen besseren Rechtsschutz gewährleisten und dass wir eine Praxisänderung haben.

In diesem Sinne bitte ich Sie um die Zweitüberweisung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Felix Wehrli.



*Felix Wehrli (SVP):* Ich werde nicht so lange sprechen, aber ich verstehe die Emotionen, die dahinter sind. Die Motion verlangt, dass freiheitsentziehende Massnahmen nach Polizeigesetz künftig einer gerichtlichen Überprüfung unterstellt werden. Das wird ja heute eigentlich auch schon gemacht. Es braucht einfach eine lange Verfahrenszeit, da haben Sie recht, aber es sind gerade immer wieder die Anwälte, die Verfahren verzögern.

Der Regierungsrat hält in seiner Stellungnahme fest, dass das Anliegen grundsätzlich nachvollziehbar ist. Es ist auch für uns nachvollziehbar. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass die damit verbundenen rechtlichen und praktischen Fragen vertieft geprüft werden müssen. Insbesondere betrifft dies die Ausgestaltung eines entsprechenden Verfahrens sowie die Abstimmung mit dem bestehenden Rechtsrahmen. Vor diesem Hintergrund erscheint eine unmittelbare gesetzliche Anpassung im Sinne der Motion zum jetzigen Zeitpunkt nicht angezeigt. Es ist jedoch sinnvoll, das Anliegen zu prüfen.

In Anlehnung an die Stellungnahme des Regierungsrates beantragen wir deshalb, die Motion in einen Anzug umzuwandeln.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Hanna Bay.

*Hanna Bay (SP):* Sie haben meinen Berufsstolz angegriffen. Wenn ich als Anwältin eine Feststellungsverfügung verlange und dann zwei Jahre warte, wieso verlängere ich das Verfahren?

*Felix Wehrli (SVP):* Es betrifft jetzt nicht nur das, es betrifft auch andere Verfahren, die zum Teil jahrelang liegen bleiben, weil die Anwälte immer wieder Einsprachen erheben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Hanna Bay, ich schaue immer auf die Hintergründe, was die Grossräte arbeiten. Ich habe guten Kontakt mit vielen Grossräten, ich weiss auch, was Sie arbeiten, und darum ist diese Motion natürlich klar, weil Sie arbeiten in einer Kanzlei und Sie bringen Ihre Sachen hier ein. Ich muss natürlich die Motion klar ablehnen und ich begründe das und ich darf das in grosser Normalität sagen, Ihre Kanzlei hat vielleicht nicht so viel zu tun, wenn Sie Anzeigen gegen Grossrat Eric Weber machen müssen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet auf ein Votum. Anina Ineichen und weitere beantragen Überweisung als Motion. Wir kommen damit zur Eventualabstimmung.

## **Abstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

## **Ergebnis der Abstimmung**

**38 Ja, 54 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008470, 18.03.26 11:08:15]

## **Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Motion.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben sich mit 38 Ja-Stimmen gegen 54 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung für eine Weiterbehandlung als Motion entschieden.

Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen damit zur Abstimmung.



### Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**52 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008472, 18.03.26 11:09:01]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben sich mit 52 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung für die Überweisung als Motion entschieden.

## 30. Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend berufsmässige Vertretung durch die Interessenverbände an der Schlichtungsstelle und eventuell am Mietgericht, Zwischenbericht des RR

[18.03.26 11:09:09, 20.5485.04]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, die Frist bis am 12. März 2027 zu verlängern. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Ich spreche gleich zu allen drei Traktanden, und zwar zur Frage der Fristverlängerung, die wir beantragt haben seitens Regierungsrates. Wie es jetzt nach «Chrüzlistich» aussieht, wollen Sie diese nicht gewähren und eine Direktzuteilung an die JSSK beantragen.

Alle drei Motionen betreffen die Frage, ob Verbände in arbeitsrechtlichen und mietrechtlichen Streitigkeiten Parteien berufsmässig vor Arbeitsgericht respektive vor der Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten vertreten dürfen. Sprich, es soll eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen werden. Aufgrund der thematischen Nähe hatte der Regierungsrat dem Grossen Rat beantragt, die Behandlungsfristen der Motionen Zappalà, Bernasconi und Baumgartner gleichzuschalten, was dieser in seiner Sitzung vom 24. September 2025 auch beschlossen hatte.

Heute berichte ich zum Stand der Umsetzung und beantrage Ihnen diese Fristverlängerung um ein Jahr bis maximal 12. März 2027. Wie gesagt, eine Mehrheit möchte wohl diese Motionen direkt der JSSK überweisen, hierzu möchte ich gerne etwas ausholen. Die beiden Motionen Bernasconi und Baumgartner liegen uns seit einem Jahr vor, was für ein Gesetzgebungsprojekt eine äusserst kurze Frist ist. Die Motion Zappalà hingegen hat die übliche Bearbeitungsfrist bereits überschritten, das ist so, deshalb teilt der Regierungsrat die Ansicht des Grossen Rates, dass diese Vorlage nun wirklich dringend ausgearbeitet werden soll.

Nun stellt sich aber die Frage, auf welchem Weg das Ziel am besten und schnellsten erreicht werden kann. Ich kann Ihnen dazu versichern, dass wir am Projekt arbeiten und es nun wirklich auch priorisieren. Die aktuelle Planung sieht vor, dass die Erarbeitung der konkreten Gesetzesvorlage unter Einbezug der Gerichte und nach Durchführung einer öffentlichen Vernehmlassung bis im Herbst abgeschlossen ist. Das Ziel ist, dass der Ratschlag noch in diesem Jahr in die Kommissionsberatung gehen kann. Die Fristerstreckung um ein Jahr ist deshalb wirklich als Maximalfrist zu verstehen. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass das Anliegen der Motionen mit dem geplanten Vorgehen am besten erreicht werden kann und eine Überweisung an die JSSK hier keine wesentliche Beschleunigung bringt.

Eine der Gründe für die lange Bearbeitungszeit ist, dass die Umsetzung der Motionen rechtlich komplexer ist, als die konkreten Formulierungsentwürfe vermuten lassen. Lassen Sie mich hierzu vier Punkte herausgreifen.



Erstens, der Einbezug der Gerichte ist notwendig, da die künftige Vertretungsregelung unter anderem von den Gerichten angewendet werden muss und die Formulierungen in den Motionen Bernasconi und Baumgartner nicht telquel übernommen werden können. Insbesondere sollte die künftige kantonale Bestimmung nicht einfach auf Artikel 68 Abs. 2 lit. d Zivilprozessordnung verweisen. Das kantonale Gesetz soll vielmehr selbst festlegen, wer als Verbandsvertretung zugelassen wird respektive welche berufliche Qualifikation in unserem Kanton erforderlich ist. Ohne eine solche Spezifizierung bliebe vorderhand offen, was im Kanton Basel-Stadt unter beruflich qualifiziert zu verstehen ist und es bestünde Rechtsunsicherheit.

Zweitens, dieses Vorgehen drängt sich auch deshalb auf aufgrund eines neueren Bundesgerichtsurteils, ich verweise hier auf den Zwischenbericht, da eine nicht genügend qualifizierte Verbandsvertretung für die vertretene Partei zu erheblichen Nachteilen führen kann. Insbesondere dann, wenn es sich um die schwächere Partei, Arbeitnehmende und Mietende, handelt. Deshalb ist für die Umsetzung der Motionsforderung abzuklären, inwieweit eine Mindestqualifikation von Verbandsvertretern für den Publikumsschutz zu verlangen ist. Denkbar wären zum Beispiel Vorgaben zur Berufserfahrung, das Vorliegen einer Haftpflichtversicherung, eines guten Leumunds etc. Die Gerichte müssen neu voraussetzen können, dass Verbandsvertretungen die erforderlichen Fachkenntnisse mitbringen und fähig sind, die Parteien effektiv zu vertreten. Gleichzeitig soll eine sowohl für die Gerichte und Schlichtungsstelle in Mitstreitigkeiten wie auch die Verbände möglichst einfach umsetzbare Regelung gefunden werden.

Drittens, ausserdem muss eine bundesrechtskonforme Lösung gewählt werden, da das Appellationsgericht Basel-Stadt zur Interpretation von Artikel 68 Abs. 2 lit. d ZPO ausgeführt hat, dass die kantonale Kompetenz zur Legiferierung nur besteht, wenn ein Kanton über spezialisierte Arbeits- und Mietgerichte verfügt. In Basel-Stadt gibt es bisher aber kein Mietgericht. Es stellt sich somit die Frage, ob und inwiefern ein Mietgericht als Spezialgericht legislativ verankert werden muss und ob ein Mietgericht als Einzelgericht den Anforderungen genügt. Es braucht auch hier Rechtssicherheit für die Parteien, dass ihre Urteile vor dem höchsten kantonalen Gericht und dem Bundesgericht Bestand haben.

Und viertens, bisher ist die berufsmässige Vertretung Anwältinnen und Anwälten vorbehalten, also Personen, die im Anwaltsregister eingetragen sind. Soll dies ändern, ist eine Anpassung des Advokaturgesetzes notwendig. Dieses Gesetz dient dem Publikumsschutz und betrifft eine Vielzahl von Personen und Verbänden, weshalb die Durchführung einer öffentlichen Vernehmlassung sachgerecht erscheint.

Mit der Fristerstreckung ermöglichen Sie uns, eine Vorlage zu präsentieren, die diese Punkte berücksichtigt. Wie bereits erwähnt, sind entsprechende Arbeiten im Gang und deren Abschluss vor Fristende angestrebt. Würden die Motionen heute an die JSSK überwiesen, würde dies nichts an der Komplexität der Themen und den formellen Vorgaben ändern. Wie Sie wissen, müssen Regierungsrat und Verwaltung mit den bestehenden Personalressourcen eine Vielzahl von fristgebundenen Geschäften, politischen Aufträgen und Verfahren bearbeiten, müssen Abhängigkeiten beachten und notgedrungen auch Priorisierungen vornehmen. Rückblickend hat sich nun gezeigt, dass wir die Priorität der Motionen ursprünglich anders und damit auch falsch eingeschätzt haben. Diese Message des Grossen Rates ist beim Regierungsrat und den zuständigen Stellen angekommen.

Im Sinne einer möglichst effizienten und zielführenden Erfüllung der Motionen möchte ich Ihnen nochmals empfehlen, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und die Fristerstreckung zu gewähren.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als erste Fraktionssprechende für die BastA hat sich eingetragen Patrizia Bernasconi.

*Patrizia Bernasconi (BastA):* Ich danke Ihnen zuerst sehr, dass Sie oder die grösste Mehrheit von Ihnen in Ihren Fraktionssitzungen dem Antrag von Luca Urgese und mir auf Überweisung der Motion Zappalà, Bernasconi und Baumgartner direkt an die JSSK gefolgt sind und folgen werden. Ich möchte diese Anträge auf Zurückweisung von allen drei Motionen im Namen meiner Fraktion und auch im Namen der GRÜNEN/jgb einfach kurz begründen.

Zuerst geht es um die Motion von Andreas Zappalà. Diese wurde vor fünf Jahren stillschweigend zur Weiterbehandlung an den Regierungsrat überwiesen. Der Regierungsrat hatte viel Zeit, die Motion umzusetzen. Dann in der letzten Septembersession haben wir auf Antrag des Regierungsrates die Erledigung der Motion um sechs Monate verschoben, damit sie mit den Motionen Bernasconi und Baumgartner behandelt werden könnten. Wir haben dieser Frist zugesprochen, da wir zuversichtlich waren und fest damit gerechnet haben, dass der Regierungsrat nach diesen sechs Monaten den Ratschlag über die drei Motionen veröffentlicht, was jetzt aber nicht der Fall ist. Das Thema liegt aber seit langem in der Pipeline. Wir sehen keinen Grund, noch ein weiteres Jahr zuzusprechen.

Ich spreche ab jetzt über alle drei Motionen gemeinsam, da der Regierungsrat diese nun gebündelt hat und bei allen drei Motionen gleich argumentiert. Die Motion wurde vom Regierungsrat zuerst als rechtlich unzulässig erklärt, was wir klar widerlegt haben, indem wir aufgezeigt haben, wie die berufsmässige Vertretung von Verbandspersonen in 17 Kantonen



bereits Realität ist und dass dies dort überhaupt kein Problem darstellt. Es ist einfach geregelt. Gerichtsurteile, zum Beispiel aus dem Tessin, unterstützen unser Anliegen. Selbst das Bundesgerichtsurteil, das der Regierungsrat jetzt ins Feld führt, bestätigt indirekt die Zulässigkeit. Doch stattdessen das mal endlich anzuerkennen und vorwärtszumachen, bläst er einen zwei Sätze langen Nebenaspekt aus einem zehneitigen Urteil zu einer Staatsaffäre auf. Das Bundesgerichtsurteil verlangt gar nichts von dem, was jetzt Frau Eymann alles aufgezählt hat, und das ist alles juristische Rabulistik. Der Regierungsrat zweifelt plötzlich an der Professionalität der Verbände, obwohl diese während Jahren erfolgreich vor Schlichtungsstellen und Gerichten aufgetreten sind, ohne dass es jemals Kritik an ihren Kompetenzen gab.

Ja, reden wir mal über Kompetenzen. Es ist nicht so, dass bei Anwältinnen und Anwälten alles perfekt läuft. Ich habe früher an der Schlichtungsstelle schon mehrmals erlebt, wie spezialisierte Anwälte, sagen wir mal im Erbrecht, plötzlich in Mietrechtsfragen unterwegs waren und dabei manchmal danebenlagen. Und trotzdem vertrauen wir ihnen, wieso das, weil sie haften. Ja, die Verbände haften aber auch, genau wie Anwältinnen und Anwälte. Also wo ist das Problem? Für uns ist das Vorbringen dieses Bundesgerichtsurteils letztlich nur ein Vorwand, um dieses Anliegen auf die lange Bank zu schieben. Interessant an diesem Urteil, das auf den 12. August datiert ist, ist, dass es seit dem 10. September öffentlich ist. Der Regierungsrat hätte also genügend Zeit gehabt, um diesen Aspekt in einen Ratschlag einzubauen.

Ein weiterer Aspekt für die Überweisung an die JSSK ist, dass die Umsetzung dieser Motion gar nicht so schwierig ist, da bereits eine Formulierung vorhanden ist, angelehnt am Zürcher Gesetz. Dafür braucht es also kein Jahr. Eine Vernehmlassung ist aus unserer Sicht gar nicht notwendig, denn die JSSK kann Hearings führen mit den sozialen Partnern, mit dem Gericht und selbstverständlich kann auch der Regierungsrat seine Überlegungen vor der Kommission einfließen lassen, die er sicher bereits vorbereitet hat und davon gehen wir aus.

Zum Schluss zur Erinnerung. Ich habe es bereits erwähnt, es geht hier nicht um eine Revolution, sondern um die gesetzliche Verankerung einer langjährigen Praxis, die von den sozialen Partnern im Miet- und Arbeitsrecht befolgt wurde. Diese Praxis wurde von den Gerichten und Schlichtungsstellen anerkannt, bis ein Entscheid des Appellationsgerichts hier ein jähes Ende setzte. Unser Ziel ist es ganz einfach, dieser bewährten Praxis eine gesetzliche Basis zu geben. Nicht mehr, nicht weniger.

Und zu gutem Schluss. Der Regierungsrat hat genug Zeit gehabt. Die Argumente liegen auf dem Tisch, die einfache Formulierung auch, die Motionen sind rechtlich zulässig, die Praxis bereits erprobt, die Verbände handeln seit Jahren verantwortungsvoll, die Motionen werden in gleichen Massen von den sozialen Partnern getragen. Lassen Sie uns dieses Anliegen endlich heute und nicht in einem Jahr vorandrängen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und für Ihr Vertrauen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Luca Urgese.

*Luca Urgese (FDP):* Auch ich beantrage Ihnen, alle drei Vorstösse gleichermaßen der JSSK zu überweisen und auch ich spreche zu allen drei Vorstössen gleichzeitig. Ich glaube, man kann nicht ernsthaft bestreiten, dass die Verbände, hier sprechen wir ja primär vom Mieterverband, vom Hauseigentümergebiet, von Gewerkschaften und Arbeitgebervertretungen, dass diese in der Lage sind, die Interessen ihrer Mitglieder kompetent zu vertreten. Das hat sich über viele Jahre gezeigt, es war bewährte Praxis, da gibt es auch diverse Erfahrungsberichte, auf die man sich stützen kann. Die Vertreterinnen und Vertreter, die dort auftreten, sind mit ihren Themengebieten bestens vertraut und können da entsprechend die Anliegen angemessen vertreten.

Das ist auch der Grund, wieso man in der Zivilprozessordnung diese Möglichkeit überhaupt gesetzlich verankert hat, dass man die Möglichkeit vorgesehen hat, dass beruflich qualifizierte Vertreterinnen und Vertreter das machen können, sofern die Kantone das vorsehen. Und darüber diskutieren wir ja, soll der Kanton Basel-Stadt hier eine entsprechende Grundlage schaffen. Und dieser Passus, beruflich qualifizierte Vertreterinnen und Vertreter, stellt sicher, dass es eben kein «Jekami» ist, also nicht jede und jeder kommen kann und da plötzlich Personen vor Gericht oder vor der Mietschlichtungsstelle vertreten kann. Das wurde übrigens auch vom Bundesgericht anerkannt, also wenn man sich den Entscheid ansieht, der in der Stellungnahme des Regierungsrates referenziert wurde, steht auch drin, Verbandsvertretungen bringen die erforderlichen Fachkompetenzen mit und sind befähigt zur effektiven Vertretung. Der Entscheid hat sich mehr damit befasst, braucht es da noch irgendwelche Kriterien, um den Publikumsschutz sicherzustellen. Aber im Grossen und Ganzen wurde anerkannt, die Verbände, die können das.

Jetzt nehmen wir zur Kenntnis, der Regierungsrat, obwohl es ja nun schon relativ lange dauert, Patrizia Bernasconi hat ja den Ablauf ein bisschen geschildert, der Regierungsrat anerkennt inzwischen, dass er das machen möchte. Vielleicht ein bisschen widerwillig, aber doch immerhin, der Respekt gegenüber dem Entscheid des Parlamentes. Und die Frage ist jetzt, brauchen wir jetzt noch eine öffentliche Vernehmlassung. Und währenddem unser geschätzter Nachbarkanton Baselland ja zu jeder Gesetzesänderung zwingend eine öffentliche Vernehmlassung durchführen muss, ist das bei uns ja nicht der Fall. Bei uns sind Vernehmlassungen eher selten und bei uns macht man Vernehmlassungen dann, wenn man das Gefühl hat, es ist eine umstrittene Frage, wo man jetzt diverse Interessengruppen auch anhören muss. Und das ist jetzt hier wirklich nicht



der Fall. Der Vorstoss kommt ja von den betroffenen Verbänden selber, also um diese Verbände anzuhören, muss man keine öffentliche Vernehmlassung machen, da weiss man schon, wo sie positioniert sind. Und ja, natürlich, es gibt noch andere Verbände, die da auch betroffen sind, dazu gehört namentlich die Advokatenkammer, dazu gehören sicherlich auch die Gerichte, das hat Regierungsrätin Stephanie Eymann richtig gesagt, auch die sollte man entsprechend einbeziehen, aber das kann man ja in der Kommissionsberatung machen. Selbstverständlich darf die JSSK die Advokatenkammer und auch die Gerichte begrüessen und ihre Meinung entsprechend einholen, also das ist jetzt wirklich kein Problem und nur für das müssen wir also keine öffentliche Vernehmlassung durchführen.

Jetzt diskutieren wir über, wie komplex ist jetzt eigentlich diese Gesetzesänderung. Ich gehöre jetzt auch eher zu denen, die sagen, so furchtbar komplex ist das jetzt auch wieder nicht. Ja, es stellen sich ein paar rechtliche Fragen, die man beantworten muss. Wie ist das mit der Haftungsfrage, selbstverständlich müssen Verbände da dann auch Haftpflichtversicherungen abschliessen, aber ja, wir haben jetzt doch zahlreiche Kantone, die das jetzt schon seit vielen Jahren machen, wo es auch entsprechende Formulierungen gibt, auf die man sich stützen kann, also da muss man jetzt wirklich auch das Rad nicht neu erfinden. Und selbstverständlich sind auch wir der Meinung, dass es ganz am Schluss dann vor Bundesgericht Bestand haben muss. Es ist ja völlig klar, dass wir da nicht ein Gesetz am Schluss formulieren wollen, das nicht funktioniert. Aber auch dafür genügt es, wenn wir das jetzt direkt der JSSK entsprechend überweisen, die ja nicht bei null beginnen muss. Wir gehen davon aus und erwarten auch, dass der Regierungsrat die Vorarbeiten, die da geleistet wurden, und auch davon gehe ich aus, dass sie geleistet wurden, sonst wäre man nicht in der Lage, jetzt bald eine Vernehmlassung in die Wege zu leiten, dass diese Vorarbeiten der Kommission zur Verfügung gestellt werden.

Also wir sind wirklich der Meinung, es ist jetzt nach all diesen Verlängerungen höchste Zeit, da jetzt vorwärtszumachen. Ich gebe zu, es geht darum, auch zeitlich jetzt ein bisschen Druck zu machen, damit es nicht nochmal verlängert wird und dann je nachdem, was in der Vernehmlassung rauskommt, gibt es dann wieder Argumente für eine Verlängerung, sondern dass man jetzt wirklich konkret an die Gesetzesarbeit herangeht und dafür gibt es die Möglichkeit, dass wir einen solchen Vorstoss oder solche Vorstösse direkt der Kommission überweisen können, und das möchten wir hier entsprechend tun. Irgendwann ist man einfach so weit, dass man sagt, gut, wenn es so lange dauert, müssen wir das Heft halt selber in die Hand nehmen und deshalb der entsprechende Antrag und ich danke Ihnen, wenn Sie diesem Antrag in diesem Traktandum und den folgenden zwei entsprechend folgen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Helena Meyer.

*Helena Meyer (SP):* Ich schliesse mich grundsätzlich meinen Vorrednern an und versuche mich kurz zu halten, auch weil es heute mein erstes Votum ist. Heute entscheiden wir nicht über die materielle Umsetzung dieser Motion, wir entscheiden, wie wir mit ihr weiterfahren. Die zentrale Frage ist, verlängern wir die Frist oder führen wir das Geschäft jetzt in die vertiefte Beratung in die JSSK. Ich spreche mich klar dafür aus, dass das Geschäft an die JSSK überwiesen wird, anstatt die Frist beim Regierungsrat erneut zu verlängern. Wir haben es mehrmals gehört, der Regierungsrat hatte mehr als genug Zeit, es ist jetzt Zeit zu handeln.

Die Motion ist im Kern klar, Mietende und Vermietende sollen sich an der Schlichtungsstelle durch Interessenverbände vertreten lassen. Das fordern Interessenverbände von beiden Seiten, also Vermieter und Mieter. Das Ziel ist, eine kostengünstigere Vertretung durch Vertrauenspersonen der Verbände zu ermöglichen. Das Problem ist, dass gerade Personen, die keinen Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege haben, weil sie knapp ein bisschen zu viel verdienen, der bekannte Mittelstand, aber ihnen das Geld fehlt, sich anwaltlich vertreten zu lassen, hier abgedeckt werden können durch Fachpersonen von Verbänden. Das sind nicht einfach irgendwelche Laien, das sind Fachmenschen, die sich ausschliesslich mit dem Mietrecht befassen und so den Zugang zu dem Schlichtungsverfahren vereinfachen. Und wichtig ist auch, wenn diese Fachpersonen dabei sind, diese tragen auch zur Sachlichkeit bei und schliesslich auch zu tragfähigeren Lösungen, zu schnellen Lösungen und entlasten so auch schlussendlich die Gerichte.

Der Regierungsrat hat hierzu bereits Abklärungen vorgenommen. Wie gesagt, gibt es mittlerweile diesen neuen Bundesgerichtsentscheid, so neu ist er mittlerweile auch nicht mehr. Die Konsequenz ist, wo wir aufpassen müssen, dass wenn eine Person nicht anwaltlich vertreten ist, aber von einem Interessenvertreter vom Verband, das Gericht dann in seiner Unterstützung zurücktrifft. Das ist heikel und das bedarf einer vertieften Überprüfung. Diese Fragen liegen aber auf dem Tisch. Es ist klar, wo die Probleme liegen. Das braucht nicht mehr neue Abklärungen, da schliesse ich mich meinem Vorredner an. Gerade deshalb überzeugt mich eine weitere Fristerstreckung nicht. Was wir jetzt brauchen, ist eine vertiefte Beratung und diese ist genauso möglich in der JSSK mit der Einbeziehung der Verbände, aber viel schneller, wie es der Regierungsrat gemacht hat. Zugleich ermöglicht die Beratung, die offenen Fragen gezielt voranzutreiben und dass wir schnell eine rasche Entscheidungsgrundlage haben.



Es geht heute nicht darum, das Ergebnis vorwegzunehmen, sondern einfach, was der nächste Schritt, der beste Schritt in Richtung einem schnellen Ergebnis ist und das ist für mich klar die Überweisung an die JSSK. Deshalb bitte ich Sie, dem zuzustimmen und die Angelegenheit der JSSK zu übertragen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Bruno Lötscher-Steiger.

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Ich darf Ihnen auch im Namen der Fraktion Mitte-EVP beantragen, der Überweisung dieser drei Motionen, ich spreche gerade für die drei Motionen, an die JSSK zuzustimmen. Ich stimme in allen Punkten meinen Vorrednerinnen und Vorrednern überein. Nur in einem bin ich natürlich etwas skeptischer. Ich glaube nicht, dass grundsätzlich die JSSK schneller sein wird. Da habe ich durchaus auch meine Bedenken, weil die Arbeit gemacht werden muss. Es ist eher ein Unmutszeichen, ein Bezeugen einer Unmut, die mich dazu bewegt zu sagen, wir überweisen dieses Geschäft nun an die JSSK.

Es ist im Kern ein einfaches Geschäft. Es ist im Kern ein Geschäft, das Vorbilder hat in der Schweiz und wir tun so, als ob wir in Basel das Rad neu erfinden müssten. Wir müssen uns kurz bevor die Frist abläuft noch daran erinnern, dass wir vielleicht noch eine öffentliche Vernehmlassung machen müssen. Da hätte man längst Zeit gehabt, solche Überlegungen anzustellen und zu tun. Das ist es, was mich dazu bewegt. Denn die Frage, die sich hier stellt, ist ja nicht wirklich eine schwierige oder eine neue, sondern eigentlich haben wir diese Praxis in Basel jahrzehntelang gelebt. Wir haben jahrzehntelang die Verbände an den Gerichten gehabt, die Verbände haben immer hervorragende Leute geschickt in die Gerichtsverhandlungen und wir haben sehr profitiert vom Fachwissen der Verbände.

Jetzt gibt es natürlich gewisse Ängste, die da sagen, ja, vielleicht radikalisiert sich zum Beispiel der Mieterverband zurzeit und kann man dann mit dem Mieterverband noch vernünftig diskutieren. Im Kanton Genf ist das tatsächlich schwierig geworden. Ich glaube aber nicht, dass das auch in Basel so sein muss und im Übrigen auch Anwältinnen oder Anwälte können manchmal schwierig sein in Verhandlungen. Manchmal ist es auch ihre Aufgabe, das zu sein. Ich kenne Anwaltskonstellationen, wenn diese beiden Anwältinnen oder Anwälte aufeinandertreffen, in Mietfragen beispielsweise, dann fliegen regelmässig die Fetzen. Also da ändert sich nichts daran. Aber die Anwältinnen und Anwälte haben das in Basel immer gekannt, diese Thematik. Wir haben es eigentlich einfach vergessen im Einführungsgesetz zur neuen ZPO zu erwähnen, dass wir diese Praxis in Basel weiterführen wollen und wir haben auch jahrelang, obwohl das nicht im EG ZPO drinnen gewesen ist, diese Praxis an den Gerichten weitergeführt, bis es dann irgendwann irgendjemand gemerkt hat, Halt, wir haben ja diese Bestimmung gar nicht geschrieben.

Das müssen wir jetzt nachholen. Das ist nicht so kompliziert, das ist viel einfacher, als es dargestellt worden ist, aber noch einmal, ich glaube nicht, dass wir wesentlich schneller sein werden, aber ich denke, es ist auch ein richtiges Signal an die Verwaltung, dass man solche Dinge nicht immer auf die lange Bank schieben soll, sondern an die Hand nehmen soll und an die Arbeit gehen soll und das erledigen soll. Die JSSK ist in der Lage, das zu tun, weshalb ich Sie noch einmal bitte, diesen Anträgen zuzustimmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als Einzelsprecher eingetragen hat sich David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Als Vizepräsident der JSSK darf ich ja nicht bezüglich der Kompetenz der JSSK widersprechen, aber ich glaube, ganz so einfach, wie es hier verkündet wird, ist es eben doch nicht. Ich schaue mal ins Advokaturgesetz, § 4 Berufsmässige Vertretung. Da heisst es; Vor Gerichten des Kantons Basel-Stadt ist nur befugt, wer in einem kantonalen Anwaltsregister eingetragen ist. Das müssen wir dann anschauen. Aber ich will nicht sagen, dass es nicht überwindbar ist, aber da steht zum Beispiel in Abs. 3; Im Verfahren vor der Steuerrekurskommission ist zur berufsmässigen Vertretung zugelassen, wer handlungsfähig ist. Das ist sehr breit, das ist ja hier nicht gewünscht, aber der zweite Satz heisst; Für diese berufsmässige Vertretung gelten die für die Anwältinnen und Anwälte anwendbaren Berufsregeln sinngemäss. Also die Berufsregeln nach dem Bundesgesetz gelten sinngemäss.

Ich glaube, was auch immer wir für eine Lösung hier finden, das muss auch sein und das ist vor allem bezüglich Interessenkonflikten sehr wichtig. Ich meine, die politischen Verbandsinteressen auf beider Seite können im Widerspruch sein zu den Interessen, die in einem konkreten Fall für Klientinnen oder Klienten vertreten werden. Das kann man nicht einfach unter den Tisch wischen, wie es hier teilweise geschieht. Und eben die Frage, wir haben überhaupt keine spezialisierten Miet- und Arbeitsgerichte, ist auch nicht ganz so einfach. Also das muss jetzt auch von der, wenn es so weit kommt, von der JSSK sorgfältig angeschaut werden. Da bin ich mit Bruno Lötscher einig, das wird nicht schneller sein, als es jetzt die Verwaltung erledigen würde und wir werden auch die Mitarbeit der Verwaltung brauchen.



Und vielleicht noch zum Abschluss, ein Teil von Ihnen fordert ja parlamentarische Initiativen. Wenn Sie jetzt hier überweisen, dann zeigen Sie, dass es völlig unnötig ist, die parlamentarische Initiative einzuführen. Wir haben sie durch diesen Weg der Überweisung an eine Kommission. Also da könnte man sich auch einigen Aufwand auch in dieser Umfrage des Ratsbüros sparen. Aber ich glaube, es gibt schon einige recht heikle Probleme und das nächste wird ja sein, dass die Baurekurskommission auch noch gefordert ist.

Und Sie müssen ja auch mal überlegen, es gibt schon ganz enge mietrechtliche Kompetenz auch bei Personen, die keine juristische Ausbildung haben. Also immer das Problem, als Anwältin, als Anwalt ist man geschult, ein bisschen breiter das anzuschauen und ja, das ist ein gewisser Unterschied und die Ausbildung als Anwältin und Anwalt braucht doch eine gewisse Zeit und ein gewisses Beharrungsvermögen. Und wenn Sie sagen, ja, ich habe mal ein Jahr beim Hauseigentümerverband oder beim Mieterverband gearbeitet, ob jetzt das wirklich ausreicht und was wir da als nachweisbare Voraussetzungen fordern wollen, das ist auch nicht einfach.

Und dann sind es immer die einzelnen Personen, die vertreten, nicht der Verband als solcher, das kennen wir bei uns nicht, dass ein Verband als solcher vertritt. Wir haben ja auch die Möglichkeit, über die gemeinnützigen Organisationen nach BGFA zu gehen, aber da muss diese Person auch eine Anwaltsausbildung haben und alle Anforderungen für das Register erfüllen. Wir haben auch Voraussetzungen mit der Berufshaftpflichtversicherung. Da hat Frau Bernasconi einfach gesagt, ja, wir haben auch eine Haftpflichtversicherung, aber wird das nachgeprüft? Das wird bei Anwältinnen und Anwälten nachgeprüft. Also bei allem, Sie müssen auch an den Publikumschutz denken und ich glaube, es wird einiges zu denken geben für die JSSK, auch für diese, die das jetzt kleinreden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann. Sie verzichtet. Es wurde ein Antrag gestellt von Patrizia Bernasconi, Luca Urgese und weitere, die Motion an die JSSK zu überweisen.

Wir kommen damit erst zur Abstimmung der Fristerstreckung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Fristerstreckung bis am 12. März 2027 gemäss Antrag Regierungsrat. NEIN heisst keine Fristerstreckung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**0 Ja, 88 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008474, 18.03.26 11:40:25]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

keine Fristerstreckung

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben sich mit 88 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen für keine Fristerstreckung entschieden.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Überweisung an die JSSK.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung an die JSSK, NEIN heisst Überweisung an den Regierungsrat.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**89 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008476, 18.03.26 11:41:23]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**



Überweisung an die JSSK.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben sich mit 89 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung für die Überweisung an die JSSK entschieden.

### **31. Motion Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Vertretung in Mietstreitigkeiten, Zwischenbericht des RR**

[18.03.26 11:41:32, 24.5209.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, die Frist bis am 12. März 2027 zu verlängern. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann. Sie verzichtet. Der Antrag wurde bereits gestellt von Patrizia Bernasconi, Luca Urgese und weiteren, auch hier den Antrag an die JSSK zu überweisen.

Auch hier kommen wir zuerst zur Abstimmung über die Fristerstreckung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Fristerstreckung bis am 12. März 2027 gemäss Antrag Regierungsrat. NEIN heisst keine Fristerstreckung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**1 Ja, 87 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008478, 18.03.26 11:42:40]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

keine Fristerstreckung

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Hier haben Sie sich mit 87 Nein-Stimmen, einer Ja-Stimme und 2 Enthaltungen für keine Fristerstreckung entschieden.

Wir kommen nun zur Abstimmung Überweisung an die JSSK.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung an die JSSK, NEIN heisst Überweisung an den Regierungsrat.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**87 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008480, 18.03.26 11:43:22]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Überweisung an die JSSK



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Auch hier haben Sie sich bei 87 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 2 Enthaltungen für die Überweisung an die JSSK entschieden.

### **32. Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten, Zwischenbericht des RR**

[18.03.26 11:43:31, 24.5208.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Auch hier beantragt der Regierungsrat, die Frist bis am 12. März 2027 zu verlängern. Auch hier verzichtet Regierungsrätin Stephanie Eymann auf ein Votum.

Wir kommen auch hier aufgrund des Antrags zur Abstimmung wegen Fristerstreckung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Fristerstreckung bis am 12. März 2027 gemäss Antrag Regierungsrat. NEIN heisst keine Fristerstreckung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**1 Ja, 86 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008482, 18.03.26 11:44:32]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

keine Fristerstreckung

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Auch hier haben Sie sich mit 86 Nein-Stimmen, einer Ja-Stimme und 2 Enthaltungen für keine Fristerstreckung entschieden.

Wir kommen nun zur Überweisung an die JSSK.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung an die JSSK, NEIN heisst Überweisung an den Regierungsrat.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**86 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008486, 18.03.26 11:46:38]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Überweisung an die JSSK

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Auch hier haben Sie sich mit 86 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 3 Enthaltungen für die Überweisung an die JSSK entschieden.



### **33. Interpellation Nr. 10 Pascal Messerli betreffend Basel verlottert sicherheitspolitisch: Illegale Demonstrationen und Kostenabwälzung. Zahlen und Fakten jetzt, Schreiben des RR**

[18.03.26 11:46:46, 26.5044.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Pascal Messerli (SVP):* Diese Interpellationsbeantwortung zeigt exemplarisch auf, wie stark die sicherheitspolitische Verlotterung in diesem Kanton bereits vorangeschritten ist. Diese Interpellationsbeantwortung ist eine Bankrotterklärung gegenüber dem Rechtsstaat, schockierend und beängstigend. Über 600 unbewilligte Demos in den letzten Jahren, durchschnittlich mehr als eine Demo pro Woche. Seit dem schrecklichen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 über 50 unbewilligte, häufig antisemitisch motivierte Demos von Pro-Palästina-Organisatoren.

Das Schockierende in dieser Geschichte ist aber nicht nur diese hohe Anzahl an unbewilligten Demos, sondern auch die Tatsache, dass sie darüber hinaus faktisch bei keinen kriminellen Aktivitäten rund um Demonstrationen dokumentiert sind. Sie haben keine Ahnung, wie viele Polizisten in den letzten Jahren bei solchen Demos verletzt wurden und dann wundern Sie sich noch, weshalb wir einen derartigen Unterbestand haben. Sie haben keine Ahnung, wie viele zivile Personen verletzt wurden und wie viele Sachschäden in der Innenstadt entstanden. Sie lassen die Bevölkerung und das Gewerbe im Regen stehen. Sie haben auch keine Ahnung, wie viele antisemitische Vorfälle es während diesen Demos in den letzten Jahren gab, obwohl in anderen Vorstössen immer versprochen wird, dass antisemitische Fälle in diesem Kanton konsequent dokumentiert werden. Sie lassen auch die jüdische Glaubensgemeinschaft im Stich. Sie haben des Weiteren keine Ahnung, wie oft der öffentliche Verkehr lahmgelegt wurde, es ist Ihnen offensichtlich auch egal. Anders als von der Regierung kommuniziert, wird bei Demos offensichtlich nicht mehr das 3D-Modell angewendet, Dialog, Deeskalation, Durchgreifen, sondern nur noch das 3N-Modell. Wir machen nichts, wir wissen nichts und es interessiert uns auch nicht. So lese ich diese Interpellationsbeantwortung.

Und als wenn das nicht schon schlimm genug wäre, tun Sie alles dafür, um die pragmatische Anti-Chaoten-Initiative der SVP zu verhindern. Sie schrecken auch nicht davon ab, falsche Tatsachen zu suggerieren und Unwahrheiten zu verbreiten. Im Bericht zur Anti-Chaoten-Initiative behaupten Sie nämlich, es sei heute schon möglich, gewisse Polizeikosten im Zusammenhang mit Demonstrationen in Rechnung zu stellen, jedoch sei die Ermittlung der Störer, Verursacher oder Täter oder wie Sie es auch immer nennen wollen, schwierig. Aber wenn ich dann nachfrage, wie oft Sie denn von dieser Möglichkeit seit 2018 schon Gebrauch gemacht haben, bleiben Sie wieder bei dem Standpunkt, wie schwierig es ist, diese Täter zu ermitteln, ohne auf ehrliche Art und Weise die Zahl Null zu nennen.

Und dann schreibe ich konkrete Beispiele in diese Interpellation hinein, bei zehn Demonstrationen, wo Personalien aufgenommen wurde, wo es zu Festnahmen kam, wo es sogar zu strafrechtlichen Gerichtsprozesse kam, wo der Sachverhalt absolut erstellt ist und Sie behaupten immer noch, es sei grundrechtlich nicht möglich, die Täter zu identifizieren. Das liegt daran, dass Sie hier die Polizeikosten nicht in Rechnung stellen können, weil Sie offensichtlich keine gesetzliche Grundlage dafür haben. Genau das wollen wir mit unserer Anti-Chaoten-Initiative erreichen. Aber hören Sie doch auf, ständig zu behaupten, die Täter können nicht identifiziert werden, wenn ich Ihnen zehn Beispiele nenne, wo die Täter ja identifiziert wurden. Oder wenn Sie nicht wissen, wie man Tätern nachgeht, wie man Täter sucht, dann gehen Sie in den Kanton Bern, wo aktuell nach 100 Personen gesucht wird, auch mit öffentlicher Fahndung. Also hören Sie doch auf, solche falschen Tatsachen zu suggerieren, das ist einfach nicht wahr, was Sie hier sowohl im Bericht der Anti-Chaoten-Initiative wie auch hier in der Interpellationsbeantwortung suggerieren.

Und eigentlich müsste ich ja jetzt zufrieden sein, weil diese Antworten genau aufzeigen, wie dringend die Anti-Chaoten-Initiative der SVP nötig ist, aber diese Interpellationsantwort ist derart schlecht, dass ich mich wirklich in keiner Art und Weise für befriedigt erklären kann. Und ich sage Ihnen zum Abschluss noch eines, sollte im Abstimmungsbüchlein geschrieben stehen, dass Sie bereits jetzt Polizeikosten in Rechnung stellen, obwohl Sie es nicht tun, dann können Sie sicher sein, dass eine Abstimmungsbeschwerde eingereicht wird.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



### **34. Interpellation Nr. 139 Eric Weber betreffend zivile Autos der Basler Polizei und deren Verkauf, Schreiben des RR**

[18.03.26 11:51:58, 25.5589.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Die Fragen wurden nicht beantwortet. Ich werde neu mit einer Interpellation kommen und es ist natürlich schon ein starkes Stück, wenn die Fragen nicht beantwortet werden. Es gibt immer mehr Juristen, die sagen, Eric Weber, Sie haben recht. Es ist wirklich ein Skandalfall bei der Polizei und ich habe es entdeckt.

Wie viele sogenannte abgeschriebene Fahrzeuge wurden in den letzten zehn Jahren, sprich von 2016 bis 2025, verkauft? Sie sprechen in der Antwort von einer tiefen dreistelligen Zahl. Ich nehme deshalb an, dass wir zwischen 100 und 200 Fahrzeugen ausgehen dürfen oder sind es sogar mehr als 200? Wann war der Systemwechsel (Datum), auf welchen Sie sich berufen? Welche zwei Systeme wurden benutzt? Gibt es für die veräusserten abgeschriebenen Fahrzeuge Eurotax-Bewertungen, welche vor der Veräusserung eingeholt wurden? Wie hoch ist die Differenz der Veräusserungserlöse zum Eurotax-Wert in den letzten zehn Jahren zu Ungunsten des Kantons Basel-Stadt? Also zum Nachteil der Steuerzahler. Werden die jeweiligen Eurotax-Bewertungen und die Verkaufsverträge der Finanzkontrolle unterbreitet? Jemand muss ja Chef sein bei der Finanzkontrolle. Stimmt es, dass wie im Kanton Zürich ausgemusterte Fahrzeuge der Kantonspolizei Basel-Stadt an den Korps nahestehenden Personen für 10'000 Franken unter dem effektiven Wert, das heisst, jeweils viel zu günstig verschertelt werden?

Ich habe vorhin kurz Regierungsrätin Stehanie Eymann angesprochen, das sind Sachen, die man klären muss.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Mit Blick auf die Uhr und dass das Traktandum 35 doch etwas länger Zeit braucht, wünsche ich Ihnen jetzt guten Appetit.

Vorab aber noch eine Information betreffend Nachtsitzung. Wir haben uns entschieden, dass wir keine Nachtsitzung machen werden.

#### **Schluss der 6. Sitzung**

11:55 Uhr



## Protokoll

der 7. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 18. März 2026, um 15:00 Uhr

<b>Vorsitz:</b>	<i>Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin</i>
<b>Protokoll:</b>	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär</i> <i>Sabine Canton, II. Ratssekretärin</i> <i>Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
<b>Abwesende:</b>	<i>Zaira Esposito (SP), Melanie Eberhard (SP), Sandra Bothe-Wenk (GLP).</i>

### Verhandlungsgegenstände:

35.	Motion Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend Überarbeitung des Stipendiensystems und Vorschusszahlungen, Stellungnahme des RR .....	3
36.	Anzug Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Infrastruktur für Schwimmunterricht an der Primarschule, Schreiben des RR.....	7
37.	Motion Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Erhöhung des Freibetrags für Stipendienbezügerinnen und -bezüger, Stellungnahme des RR .....	9
38.	Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend Stärkung der demokratischen Werte in der Volksschule: Entflechtung des Sammelbereichs «Ethik, Religionen, Gemeinschaft», berufliche Orientierung, Klassenstunde, Schreiben des RR.....	12
39.	Anzug Anouk Feurer und Konsorten betreffend Antisemitismusprävention an allen Sekundarschulen, Schreiben des RR.....	12
40.	Interpellation Nr. 9 Sasha Mazzotti betreffend neues Lehrpersonenportal ehemals Volksschulportal, Schreiben des RR.....	17
41.	Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Veloführung Birköpfli - Lehenmatt, Schreiben des RR .....	18
42.	Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Veloverbindung Friedrich-Miescher-Strasse - Burgfelderstrasse, Schreiben des RR .....	20
43.	Anzug der Bau- und Raumplanungskommission betreffend Bahn-Anbindung der St. Jakobshalle bei Grossanlässen, Schreiben des RR .....	22
44.	Interpellation Nr. 145 Laetitia Block betreffend Bäumlhofstrasse in Fahrtrichtung Stadt noch immer gesperrt, Schreiben des RR .....	22
45.	Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Bericht des RR.....	23
46.	Motion Beat K. Schaller und Konsorten für eine sichere Kreuzung bei der Heiliggeistkirche, Zwischenbericht des RR.....	25
47.	Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Velofurt - Pilotversuch in Basel, Schreiben des RR .....	26
48.	Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Konzessionierung von Miet-E-Fahrzeugen, Schreiben des RR.....	27
49.	Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Veloführung an der Kreuzung Am Wiesengriener – Weilstrasse, Schreiben des RR .....	27
50.	Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend politische Rechte für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung, Zwischenbericht des RR .....	28
51.	Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wahlmaterial-Kakophonie, Schreiben des RR .....	29
52.	Motion Oliver Thommen und Tim Cuénod betreffend ein Konzept für Geschichte und Erinnerungskultur im öffentlichen Raum, Stellungnahme des RR.....	33
53.	Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend Einrichtung eines runden Tisches für LGBTI-Anliegen, Schreiben des RR.....	34



54.	Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Wissen schaffen und austauschen: Was ist los im Kleinbasel und was braucht es, Schreiben des RR .....	34
55.	Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend ein Rathaushof mit Aufenthaltsqualität, Schreiben des RR .....	35
56.	Interpellation Nr. 138 Johannes Sieber betreffend die Rekrutierung von Journalist:innen für die Kommunikation der Regierung und Verwaltung, Schreiben des RR .....	35
57.	Interpellation Nr. 2 Eric Weber betreffend verschärfte Regeln für die Unterschriften für die Grossrats-Wahlen vom 22. Oktober 2028, Schreiben des RR .....	35
58.	Interpellation Nr. 11 Annina von Falkenstein betreffend Korrespondenztonalität und Portopolitik des Kantons, Schreiben des RR .....	36
59.	Interpellation Nr. 13 Joël Thüring betreffend Auswirkungen des EU-Unterwerfungsvertrages auf Sozialhilfe, kantonale Kompetenzen und berufliche Qualifikationen, Schreiben des RR .....	37
60.	Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Halbierung der Handänderungssteuer, Stellungnahme des RR .....	38



## Beginn der 7. Sitzung

Mittwoch, 18. März 2026, 15:00 Uhr

### 35. Motion Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend Überarbeitung des Stipendiensystems und Vorschusszahlungen, Stellungnahme des RR

[18.03.26 15:00:11, 25.5298.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zu unserer heutigen Nachmittagssitzung.

Wir fahren fort mit Traktandum 35. Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Der Regierungsrat beantragt Ihnen, die vorliegende Motion nicht zu überweisen, denn im Kanton Basel-Stadt entstehen keine Zahlungslücken für Stipendiatinnen und Stipendiaten. Vorauszahlungen sind also weder notwendig noch praktikabel. Sie würden den administrativen Aufwand vervielfachen und falsche Anreize setzen. Unser Stipendiensystem unterscheidet sich von anderen kantonalen Lösungen. In Basel-Stadt zahlt das Amt für Ausbildungsbeiträge die erste Tranche bereits vor Beginn der Ausbildung aus. So stehen die nötigen Mittel in der Regel schon zur Verfügung, wenn die hohen Anfangskosten anfallen. Auch später entstehen keine Zahlungslücken, da die Stipendiatinnen und Stipendiaten frühzeitig aufgefordert werden, ihr Gesuch zu erneuern.

Verzögerungen in den Antragsbehandlungen können entstehen, wenn Unterlagen für den rechtskonformen Abschluss eines Stipendienantrags fehlen. Dies kommt durchaus vor, ist aber die Ausnahme. Fehlen Unterlagen von Dritten, nimmt das Amt bereits heute wo immer möglich Einsicht in die kantonalen Register. Sind die nötigen Informationen auf diese Weise nicht zu beschaffen, etwa weil sie in den anderen Kantonen oder im Ausland liegen, kann die vom Regierungsrat eingesetzte Kommission für Ausbildungsbeiträge einen Härtefallentscheid treffen. Bei Zeitdruck kann das sogar in Zirkularverfahren oder per Präsidialentscheid geschehen, damit die Auszahlung rechtzeitig erfolgt. Damit erübrigt sich die Diskussion um Vorauszahlungen in Fällen, wo Informationen zu einem Stipendiengesuch unverschuldet fehlen. Fehlen Informationen, die die Stipendiatin oder der Stipendiat selbst beschaffen kann, würden Vorauszahlungen einen falschen Anreiz setzen. Die Rückförderung von zu viel ausbezahlten Stipendiengeldern würde in einem Vorschussystem zudem extrem teuer, personalintensiv und ineffizient. Sichergestellt allerdings ist, dass sogar im Fall einer selbstverschuldeten Verzögerung die Betroffenen Sozialhilfe beziehen können. Sie sind nicht auf private Kredite, übermässige Erwerbsarbeit oder das Hinauszögern von Stipendienplänen gezwungen, wie es im Motionstext steht.

Der Regierungsrat hält unser kantonales Stipendienwesen für leistungsfähig und effizient. Es ist also ausgestaltet, dass es gerade nicht zu automatischen Ablehnungen oder verspäteten Auszahlungsentscheiden kommt. Das Amt für Ausbildungsbeiträge unternimmt zudem kontinuierlich Anstrengungen, die Stipendienadministration zu vereinfachen und die Bearbeitungszeiten zu kürzen. So wird der Prozess aktuell vollständig digitalisiert und mit anderen kantonalen Abläufen vernetzt.

Wir bitten Sie aus diesen Gründen, diese Motion nicht zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Als erster für die BastA eingetragen hat sich Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (BastA):* Ich werde mich in meinem Votum nun zu dieser und auch gerade noch zur übernächsten Motion äussern, beide betreffend das kantonale Stipendienwesen. Wir von BastA unterstützen beide Anliegen und wollen beide erneut als Motion überweisen. Wir sind überzeugt, dass wir grundsätzlich bei der Gewährung von Stipendien und auch in der Abstimmung zwischen den Ämtern, besonders zwischen dem Amt für Ausbildungsbeiträge und der Sozialhilfe uns noch verbessern können. Aber, da gebe ich Regierungsrat Atici recht, es ist nicht alles schlecht, aber da gibt es doch noch genügend Luft nach oben.



Wir nehmen beide Motionen auch als Anlass, dass der Regierungsrat einerseits das Gewünschte der Motionen umsetzt, dort, wo es möglich ist, und andererseits die Gelegenheit nutzt, eine Harmonisierung der Bestimmungen und eine Optimierung der internen Abläufe voranzubringen. Denn da gäbe es durchaus noch Verbesserungen. Wie gesagt, in meinem beruflichen Alltag erlebe ich grosse Herausforderungen in der Begleitung von jungen Erwachsenen, besonders auch in der Sicherstellung der finanziellen Unterstützung. Da holpert es regelmässig und erfordert einen hohen administrativen Aufwand, der nicht nur die jungen Erwachsenen überfordert, sondern teilweise auch die Mitarbeitenden auf den Beratungsstellen und den zuständigen Ämtern. Ohne Unterstützung von Angehörigen oder halt eben von sozialen Einrichtungen kommt man kaum durch diesen administrativen Dschungel.

Die Forderung der Motion Furlano, dass Erstanträge prioritär behandelt werden sollen, finden wir wichtig. Dies garantiert die finanzielle Sicherheit und dies ist besonders bei jungen Erwachsenen, die sich durch Ausbildung gerade eben von der Sozialhilfe ablösen können, entscheidend. Denn wenn es hier zu Lücken kommt, aus welchen Gründen auch immer, besteht das Risiko, sich zu verschulden. Dies müsste nicht sein, wären die Abläufe unkomplizierter und weniger bürokratisch. Dass bei bestehenden Stipendien nach einer Vorprüfung bereits bewilligte Unterstützungsleistungen, also es wurde schon mal geprüft, als Vorschüsse ausbezahlt werden können, um Unterstützungslücken zu vermeiden, sehen wir ebenfalls als praktikabel an, um rasch und unkompliziert reagieren zu können.

In der Beantwortung der Regierung wird so oft, wenn es um Ansprüche für Unterstützungsleistungen geht, als allumfassende Lösung neu die Digitalisierung präsentiert. «eSozial» als die Lösung zu präsentieren, ist meines Erachtens aber eher ein wenig realitätsfern. Viele junge Menschen sind überfordert, nicht weil sie keine Ahnung hätten mit digitalen Prozessen, sondern weil sie Unterstützung brauchen, um im behördlichen Dschungel, das ist halt einfach ein bisschen komplex hier in unserer Stadt, der Zuständigkeiten und Ansprüchen sich zurechtzufinden. Wer das bezweifelt, darf sich gerne bei der Jugendberatungsstelle der JuAr erkundigen. Die Regierung schreibt ja selber in der Motionsantwort, dass es weitere Verbesserungen braucht, um die Effizienz zu steigern oder unnötige hohe Schwellen zu reduzieren. Also da ist man ja schon dran. Deshalb kann ich überhaupt nicht verstehen, dass Sie die Motion ganz ablehnen. Als Grund die teilweise rechtliche Unzulässigkeit zu nennen, erscheint mir dann dabei sehr formalistisch und dies hätte zumindest aus meinem Erachten in einen Anzug dann enden müssen.

Nun noch zur Motion von Frau von Falkenstein. Sie fordert eine Erhöhung des Freibetrags bei Stipendienbezüger\*innen. Dies erachten wir auch als sehr sinnvoll. Eine Erhöhung von Freibeträgen reduziert den finanziellen Druck auf Studierende, die neben dem Studium einer Arbeit nachgehen müssen. Nicht alle stammen aus einer Herkunftsfamilie, die ein Studium einfach so mitfinanzieren können oder stehen aus anderen Gründen eh schon seit längerem auf eigenen Füßen. Zudem müsste es langsam bekannt sein, dass mit 25 Jahren Ausbildungen selten beendet sind und so die elterliche Pflicht der Erstausbildung gar nicht mehr gegeben ist. Alles wird teurer und somit ist es nicht anders als logisch, dass der Freibetrag beim Stipendienwesen angepasst wird.

Die Antwort der Regierung liest sich zudem so, dass sie das Anliegen eigentlich sehr wohl unterstützt, aber es gerne allgemein anwenden möchte. Dagegen haben wir gar nichts einzuwenden, dies können Sie gerne bei der Umsetzung der Motion so anwenden. Dies stärkt zudem auch die finanzielle Situation von Careleavern. Dort besteht auch ein politischer Auftrag, welcher aus meiner Sicht in der Realität bis anhin kaum bzw. sehr ungenügend umgesetzt wurde. Zudem möchte ich Sie daran erinnern, dass wir den Vermögensfreibetrag bei der Sozialhilfe ebenfalls erhöht haben. Auch damals lehnte die Regierung dieses Vorhaben ab, obwohl es einen grossen armutspräventiven Effekt hatte, welcher schlussendlich von der schweizerischen SKOS sogar dann übernommen wurde.

Und jetzt möchte ich noch der Liberal-Demokratischen Fraktion etwas ans Herz legen. Ich schätze Ihr Engagement für unkomplizierte Unterstützung von jungen Personen in der Berufsbildung sehr, deshalb unterstützen wir auch beide Motionen, ich wäre Ihnen aber sehr dankbar, wenn Sie zukünftig auch Vorstösse, die eine Verbesserung der sozialen Ausgangslage für Armutsbetroffene fordern oder bei der Umsetzung von Ergänzungsleistungen für Familien, dies dann in Zukunft ebenfalls unterstützen würden. Schliesslich hat Ihre ehemalige Parteipräsidentin während der diesjährigen Armutstagung der Caritas klar zum Ausdruck gebracht, dass Armut ein Problem darstellt, dem ernsthafter begegnet werden muss in Zukunft und deswegen lege ich Ihnen das noch ans Herz.

Besten Dank für die Zweitüberweisung der beiden Vorstösse als Motion.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.

*Sasha Mazzotti (SP):* Ich spreche auch zu beiden Motionen. Basel-Stadt zahlt die Stipendien anders als in anderen Kantonen. Das beschreibt der Regierungsrat ja auch in seiner Stellungnahme. Das heisst, dass die meisten Stipendienbezüger\*innen das Geld bereits vor Studienbeginn erhalten. Dadurch ist eine Vorauszahlung nicht angebracht. Natürlich, es könnte Fälle geben, wo das nicht funktioniert. Vielleicht haben sie die Unterlagen nicht rechtzeitig eingegeben



oder die Eltern unterstützen sie hier nicht. Das kann zu Härtefällen führen, ja. Wie der Regierungsrat mit diesen Härtefällen umgeht, mit der Regelung, das geht aus der Stellungnahme nicht wirklich hervor, da gebe ich Ihnen recht.

Wegen dieses Punktes unterstützen wir, dass das Anliegen weitergebracht wird, und dafür plädieren wir, dass aus der Motion ein Anzug gemacht wird und wir das weiterhin als Anzug behandeln. Damit kann der Regierungsrat eine Härtefallregelung erarbeiten und falls es das bereits gibt, dann auch darüber berichten. Zudem kann der Regierungsrat dann in zwei Jahren darüber berichten, welche Wirkung mit den beiden erwähnten Massnahmen zur Prozessvereinfachung erzielt worden sind. Unser Stipendienwesen funktioniert recht gut. Die Gefahr, dass der Prozess verkompliziert wird und dass es zu mehr administrativem Aufwand kommt, wollen wir nicht riskieren.

Zur Motion von Falkenstein. Ich kann verstehen, dass die Motionärin findet, die Regierung gehe wenig auf ihre Argumente ein in der Motion. Im Bericht anerkennt der Regierungsrat, dass die Höhe des Freibetrags angeschaut werden soll. Die Regierung weist ja in ihrer Stellungnahme auch auf eine Problematik hin, nämlich den Einbezug der Lernenden und nicht nur die Fokussierung auf Studierende, die mitberücksichtigt werden soll. Das kann der Regierungsrat auch als Weiterbehandlung als Anzug machen.

Die Fraktion der SP sieht die Problematik und ist überzeugt, dass die betreffenden Stellen und die Regierung dies auch erkannt hat und handeln wird. Darum plädieren wir, dass beide Motionen Furlano und von Falkenstein weiter als Anzug behandelt werden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

*Jenny Schweizer (SVP):* Die SVP-Fraktion folgt der Regierung und möchte die Motion nicht überweisen. Der Regierungsrat legt klar dar, dass er die geforderte Priorisierung bereits durchführt und die Antragstellenden für Stipendien, die es am dringendsten brauchen, prioritär behandelt. Zudem achtet er auch darauf, dass die bemängelten Zahlungslücken nicht entstehen, indem er die bereits erfassten Bezüger vorzeitig mit einem entsprechenden Formular informiert und ihre Unterlagen so nur zu vervollständigen sind und einzureichen sind. Und daher kann einer Verschuldung, wie Herr Bolliger sie aufgeführt hat, eigentlich zuvorkommen werden.

Nun gibt es natürlich sicher einige Verzögerungen, aber Vorschüsse zu gewähren, erscheint uns ein falsches Signal zu sein. Würden Vorschüsse ausbezahlt, die sich später als nicht gerechtfertigt herausstellen, würde eine zu grosse Maschinerie von Verwaltungsaufwand nach sich ziehen, um das zu Unrecht ausbezahlte Geld wieder einzutreiben. Wir haben bei dem Thema Direktabzug der Steuern vom Lohn das überwiegende Argument gehört, dass gerade junge Menschen sich das Geld nicht so einteilen können oder wollen, also keine Rückstellungen bilden und ohne direkten Steuerabzug in eine Schuldenfalle laufen. Genau hier könnte das Gleiche passieren. Wenn Antragstellende Geld vorbeziehen, könnten sie es im Falle eines ungerechtfertigten Gesuches nicht mehr zurückbezahlen, weil ausgegeben, und würden sich somit ebenfalls verschulden. Dem wollen wir auf keinen Fall Hand bieten.

Zusammengefasst kann mit der Antwort der Regierung festgestellt werden, dass unser Stipendiensystem bereits speditiv unterwegs ist und die geforderten Anpassungen dieser Motion im ganzen Mechanismus hinderlicher sind, als dass sie allen Beteiligten nützen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Raoul Furlano.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Danke vielmals den Vorrednern und den Vorrednerinnen. Oliver Bolliger hat technisch viel gesagt, hat uns etwas ans Herz gelegt, ich weiss nicht, wie viel ich an mein Herz heranlasse, aber vielleicht ist das etwas, wir werden sehen.

Die vorgeschlagene Lösung der Regierung hingegen, die geht mir einfach viel zu wenig weit. Sie will ausschliesslich, wie ich es richtig verstanden habe, also nicht von Ihnen heute, sondern was Sie geschrieben haben, ausschliesslich auf die Digitalisierung und eine Vereinfachung der Stipendienberechnungen setzen und das ist mir einfach nicht genug, weil wir den tatsächlichen Bedürfnissen der Studenten, Studierenden, Studentinnen gerecht werden müssen. Sogenannte Vorschusszahlungen wären eine dringend benötigte Flexibilität im ganzen Prozess, es wäre eine schnelle Unterstützung für Studierende in einer finanziellen Notlage, wie auch Oliver Bolliger gesagt hat, was eben auch vorkommt. Nicht alle haben ein Zuhause, die sie unterstützen können.

Und mit der jetzigen bürokratischen Hürde oder mit den verschiedenen bürokratischen Hürden, die bestehen, ist das ziemlich schwierig. Und wir wissen das alle, ich muss keine Beispiele nennen, dass die Digitalisierung ganz allein die bestehenden Engpässe in der Stipendienvorgabe nicht löst und eine direkte und schnelle finanzielle Hilfe durch Vorschüsse den



Studierenden Sicherheit und auch Planung ermöglichen kann. Und da bin ich viel weniger skeptisch als meine Kollegin Jenny Schweizer, die hier Bedenken hat, dass das zu einem Schuldenfall führen könnte. Die Beträge sind ja auch nicht so riesig, dass man sich gerade ein Auto davon kaufen kann oder sonst etwas, wo man vielleicht in Versuchung kommt.

Zudem zeigt die Erfahrung, wir haben uns ja auch erkundigt, wie das in anderen Kantonen ist, und schauen Sie einmal ein bisschen rüber, nicht so weit weg im Kanton Aargau funktioniert das wunderbar. Und da muss ich schon sagen, wir hier mit der Alma Mater in unserem Zuhause und die Aargauer sind uns voraus, da habe ich dann schon ein bisschen Mühe.

Darum plädieren wir voll auf die Motion und hoffen, dass wir auch von der SP ein paar überzeugen können, dass wir auf dieser Motion bleiben. Übrigens, Frau Mazzotti, ich komme gar nicht draus, Sie haben gesagt, Sie wollen das gerne als Anzug stehen lassen und dass die Regierung das noch prüft und macht. Das ist ja genau das, was die Motion verlangt. Machen Sie doch die Motion und dann können Sie das erfüllen. Ich komme nicht draus, das müssen Sie mir vielleicht dann noch einmal erklären. Also bitte gerne auf die Motion.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Ich habe in meinem Votum versucht zu erklären, wo wir im Stipendienwesen stehen. Wir sind schweizweit tatsächlich beispielhaft. Wir gewährleisten auch hohe Stipendienbeiträge. Was wir nicht wollen, wir wollen nicht ohne gute Vorprüfung einfach Gelder verteilen. Diese Vorschüsse, falls es nicht stimmt, nachher zu verlangen, das wird uns dann noch mehr Geld kosten und es wird auch nicht einfach sein. Daher verstehe ich es nicht tatsächlich, warum man hier mit einer Motion will, ohne richtige Überprüfung einfach Gelder zu verteilen. Härtefälle werden ja von der Ausbildungsbeitragskommission genau angeschaut und auch bewilligt. Daher bitte ich Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen und falls es vor allem im Bereich Härtefälle noch etwas gäbe, dass wir das auch noch genau anschauen können.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sasha Mazzotti beantragt Überweisung als Anzug. Oliver Bolliger und weitere beantragen Überweisung als Motion.

Wir kommen damit zur Eventualabstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Umwandlung in einen Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**56 Ja, 35 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008491, 18.03.26 15:20:40]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Wiederholung der Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Umwandlung in einen Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**57 Ja, 37 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008493, 18.03.26 15:21:18]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion in einen Anzug umzuwandeln.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 57 Ja-Stimmen gegen 37 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung sich für eine Umwandlung in einen Anzug entschieden.

Weiterbehandlung als Anzug. Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Anzug. NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**82 Ja, 12 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008495, 18.03.26 15:22:09]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 82 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung diese Motion als Anzug dem Regierungsrat überwiesen.

## **36. Anzug Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Infrastruktur für Schwimmunterricht an der Primarschule, Schreiben des RR**

[18.03.26 15:22:21, 21.5424.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Der Schwimmunterricht gehört in Basel-Stadt zum Sportunterricht und ist obligatorischer Bestandteil des Lehrplans 21. Alle Schülerinnen und Schüler sollen bis zum Ende ihrer Primarschulzeit sicher schwimmen lernen. Damit die Primarschulen diesen Auftrag erfüllen können, müssen genügend Schwimmflächen in der Nähe der Schulstandorte zur Verfügung stehen. Wie in der letzten Anzugsbeantwortung ausgeführt, stehen für den obligatorischen Schwimmunterricht der Primarschulen zehn schuleigene Schwimmhallen zur Verfügung. Diese bieten genug Kapazitäten für den Schwimmunterricht aller Primarschulklassen. Auch die prognostizierte Anzahl Schülerinnen und Schüler bis zum Kalenderjahr 2040/41 kann mit den zur Verfügung stehenden Schwimmflächen abgedeckt werden.

Wie Sie jedoch richtig angemerkt haben, sind diese Schwimmhallen nicht gleichmässig über die Stadt verteilt, was längere Anreisen für einzelne Primarschulstandorte bedeutet. Diese Situation möchten wir verbessern und prüfen aktuell im Rahmen des Ausbaus eines Primarschulstandorts den Bau einer neuen Schwimmhalle. Wir werden dazu bald kommunizieren.

Vor dem Hintergrund, dass bereits jetzt genug Schwimmflächen für die prognostizierte Anzahl Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stehen und der Bau bzw. die Nutzung weiterer Schwimmflächen aktuell geprüft werden, bitten wir Sie, den Anzug Stefan Wittlin und Konsorten abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Erster Fraktionssprecher ist Stefan Wittlin für die SP.



*Stefan Wittlin (SP):* Im Namen der SP-Fraktion wie auch der Fraktionen GRÜNE/jgb und BastA beantrage ich, den Anzug betreffend Infrastruktur für Schwimmunterricht an der Primarschule erneut stehen zu lassen. Ich möchte mich bedanken beim Regierungsrat für die erneute Berichterstattung und auch Regierungsrat Atici für die mündlichen Erläuterungen heute.

Der Regierungsrat führt in der Beantwortung die Prognosen der Schüler\*innenzahlen bis 2040/41 detailliert aus und kommt zum Schluss, dass auch langfristig genügend Kapazität für den Schwimmunterricht an den Primarschulen vorhanden sei. Dies ändert aber nichts am Problem der zu langen Wege. Vor und nach jeder Schwimmlektion wird wertvolle Zeit für den Weg hin und zurück aufgewendet, die eigentlich für den Unterricht vorgesehen wäre. Besonders gross ist das Problem in den Quartieren im Grossbasel West, wo es nach wie vor nur eine einzige Schwimmhalle gibt, jene der Primarschule St. Johann.

Dieses Problem hat auch der Regierungsrat erkannt. Die in Aussicht gestellten Lösungsansätze sind aber noch sehr vage. Der Regierungsrat erwähnt in einem einzigen Satz, dass derzeit im Rahmen einer Machbarkeitsstudie der Bau eines weiteren Schulschwimmbads geprüft würde. Diese Massnahme ist sehr begrüssenswert. Wir möchten den Regierungsrat bestärken, hier dranzubleiben und die Planung voranzutreiben. Und wir sind bereit, auch grössere Investitionen mitzutragen, um im Grossbasel West zusätzliche Schwimmhallenkapazitäten zu erstellen. Der Regierungsrat stellt auch die bestehende Schwimmhalle des Felix Platter Spitals in den Raum. Als ergänzende Option ist dies prüfenswert, aber das Bad ist sehr klein und darf die Notwendigkeit neuer Infrastruktur nicht in Frage stellen.

Um die Forderung aufrechtzuerhalten, dass im Grossbasel West ein neues Schwimmbad geplant und gebaut wird, bitten wir Sie, heute diesen Anzug nochmals stehen zu lassen. Wir sind gespannt auf die Kommunikation, die uns Herr Atici bereits angekündigt hat, und freuen uns auf die weiteren Schritte.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als Einzelsprecherin eingetragen hat sich Sasha Mazzotti.

*Sasha Mazzotti (SP):* Es steht in der Antwort, der Regierungsrat hält die An- und Rückfahrt für verhältnismässig. Hält die Regierung es auch für verhältnismässig, dass zwischen 19 bis 38 Lektionen normalen regulären Unterrichts pro Semester ausfallen? Das ED hat die Problematik erkannt, ich hoffe, dass das Finanzdepartement, welches auf dem Reissbrett manchmal Sachen ausrechnet, dies auch erkennt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici. Er verzichtet. Wir kommen damit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat. NEIN heisst Stehenlassen

### **Ergebnis der Abstimmung**

**2 Ja, 90 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008497, 18.03.26 15:28:30]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben sich mit 2 Ja-Stimmen gegen 90 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung für Stehenlassen entschieden.



### **37. Motion Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Erhöhung des Freibetrags für Stipendienbezügerinnen und -bezüger, Stellungnahme des RR**

[18.03.26 15:28:40, 25.5299.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Der Regierungsrat beantragt Ihnen, die vorliegende Motion als Anzug zu überweisen. Es ist mir wichtig, Ihnen die Gründe dafür nochmals darzulegen. Viele der anderen Kantone richten kleinere Stipendien als Basel-Stadt aus und verlangen von den Stipendiatinnen und Stipendiaten eine ergänzende finanzielle Eigenleistung. Bei uns ist dahingehend das Prinzip der Chancengerechtigkeit stärker verankert. In Basel-Stadt wird die Höhe des Stipendiums grundsätzlich so berechnet, dass die Aus- oder Weiterbildung in der für sie vorliegenden Zeit ohne zusätzliche Erwerbsarbeit absolviert werden kann. Das maximale Stipendium ist also vergleichsweise hoch, entsprechend tief ist der Freibetrag angesetzt.

Der Regierungsrat anerkennt in seiner Stellungnahme aber, dass der aktuell gültige Freibetrag von 6'000 Franken im Jahr in gewissen Fällen einschränkend wirken kann. Stipendiatinnen und Stipendiaten sind im aktuellen System bezüglich Studentenort und Wohnort nicht ganz frei. Ebenso gibt es Fälle, in denen Elternbeiträge nicht einbringbar sind. Hier setzt der Freibetrag von 6'000 Franken ebenfalls unerwünschte Hürden. An der Stelle einer pauschalen, deutlichen Anhebung des Freibetrags, wie es die Motion verlangt, schlagen wir vor, die bestehende Freibetragspraxis im Rahmen einer Gesamtüberprüfung zu analysieren. Dies erlaubt es uns, die Wirkung einer Praxisänderung genauer zu analysieren und unerwünschten Folgeeffekten angemessen zu begegnen.

Wir bitten Sie aus diesen Gründen, diese Motion als Anzug zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Erste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Anouk Feurer.

*Anouk Feurer (GRÜNE/jgb):* Die Fraktion GRÜNE/jgb begrüsst, dass der Regierungsrat den Handlungsbedarf bei den Freibeträgen der Stipendienbezüger\*innen anerkennt. Die Analyse der Regierung bestätigt eigentlich genau unsere Punkte, wir haben es gerade gehört, das aktuelle System schränkt die Wohnform ein und behindert die Kompensation fehlender Elternbeiträge.

Gerade deshalb bleiben wir aber dabei. Wir wollen dieses Anliegen als verbindliche Motion überweisen. Die Gründe liegen auf der Hand. Der aktuelle Freibetrag von 6'000 Franken pro Jahr ist schlicht aus der Zeit gefallen. Er deckt bei einem Basler Mindestlohn gerade einmal 6,5 Wochen Arbeit ab. Wer also in den Semesterferien einmal arbeitet, hat seinen Freibetrag direkt aufgebraucht. Das setzt ein falsches Signal. Statt Eigeninitiative zu unterstützen, wirkt das aktuelle System wie eine Bremse für engagierte Studierende.

Ein besonders kritischer Punkt sind aber auch die Pflichtpraktika. Wer nach dem Bachelor ein sechsmonatiges Praktikum absolvieren muss, sprengt diese 6'000 Franken-Grenze direkt zwangsläufig. Das stellt dann Studierende vor eine sehr absurde Wahl. Entweder sie suchen gezielt nach einem unbezahlten Praktikum, was es tatsächlich gibt, was den Grundsatz der freieren Entlohnung massiv torpediert, oder sie müssen ihr Pensum künstlich drosseln. Beides ist bildungspolitisch absolut unsinnig und auch einfach lebensfremd.

Und lassen Sie uns vielleicht auch gerade noch mit den Vorurteilen aufräumen, Stipendien seien ein Anreiz, um nichts zu tun. Finanzielle Unsicherheit ist erwiesenermassen ein massiver Stressfaktor. Falls Sie das auch schon einmal erlebt haben, wissen Sie, dass das die psychische Gesundheit gefährdet und dementsprechend auch den Studienerfolg. Niemand ist gerne abhängig. Die meisten Studierenden wollen diese Eigenverantwortung übernehmen und so schnell wie möglich auf eigenen Beinen stehen. Zudem ist das System bereits heute sehr streng. Stipendien sind an die Promotionsordnung geknüpft und sind auch auf die Regelstudienzeit begrenzt. Wer die Leistung nicht bringt, verliert den Anspruch. Der Fokus auf den Abschluss ist also gesetzlich bereits garantiert und bringt genügend Druck mit sich.

Der Regierungsrat argumentiert, dass hohe Stipendien ein zügiges Studium ohne Erwerbsanteil ermöglichen sollte. Das klingt ja theoretisch sehr gut, ignoriert aber auch zwei Realitäten. Die Berufserfahrung ist heute nicht mehr ein Nice-to-have für einfach Spass, sondern wirklich auch eine Voraussetzung für einen guten Berufseinstieg. Ausserdem müssen viele Studierende arbeiten, um die Lücken der elterlichen Unterstützung zu schliessen.



Zur Form der Überweisung. Der Regierungsrat möchte das Thema in eine Gesamtüberprüfung parken, das ist mein Eindruck, und wir finden, dass dieses Problem aber schon heute sehr akut ist. Eine Motion hindert ja den Regierungsrat keineswegs daran, auch Lernende in die Lösung miteinzubeziehen, im Gegenteil, das würden wir uns sowieso erhoffen. Würde der Regierungsrat diese Motion direkt umsetzen wollen, könnte er das auch sofort und mit einer einfachen Verordnungsanpassung tun. Dass der Regierungsrat sich einen unverbindlichen Anzug wünscht, zeigt, dass er nicht gewillt ist, dieses Anliegen dringlich umzusetzen und das finde ich persönlich sehr schade. Eine Motion gibt deshalb diesem Anliegen die nötige Dringlichkeit und Verbindlichkeit. Deshalb bittet Sie die Fraktion GRÜNE/jgb um die Überweisung dieses Vorstosses als eine Motion.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprecherin ist Annina von Falkenstein für die LDP.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Vielen Dank für die angeregte Diskussion, die wir auch schon bei der Motion, jetzt Anzug meines Fraktionskollegen hatten, und für die vielen Argumente. Ich möchte einen Schritt zurückmachen und zuerst kurz über die Definition einer Motion sprechen. Eine Motion setzt man ein für eine verbindliche Forderung oder für das Fordern, dass der Regierungsrat oder die Verwaltung Massnahmen ergreift. Das vorweg.

Der aktuelle Freibetrag von 6'000 Franken ist eine Einschränkung, das haben wir gehört. Er deckt sechs Wochen beim Mindestlohn ab und dazu haben sehr viele Studierende etwa 20 Wochen Semesterferienzeit. Durchaus nicht alle haben in dieser Zeit Aufträge, die es zu erfüllen gibt. Das Budget für Ferien oder Reisen, das ist auch bekannt, ist sehr oft bei dieser jungen Klientel beschränkt, das heisst, es bleibt auch viel Zeit zum Nichtstun, in der vielleicht nicht alle nur auf gute Ideen kommen oder auch nicht alle sich einfach freiwillig engagieren möchten, was schön ist, aber was man auch nicht erwarten darf.

Mir ist wichtig zu betonen, dass die Forderung in der Motion eingegrenzt ist. Es geht um eine Erhöhung, aber auch darum, dass weiterhin das Vollenden des Studiums in der Regelzeit gewährleistet werden soll. Deswegen geht es mir vor allem um diese Grenzbereiche, wo eben eine Person sich entscheiden muss, nehme ich dieses Praktikum und erfahre eine Stipendienkürzung, weil ich gerade ein bisschen über den Grenzbetrag komme, oder muss ich irgendein anderes Praktikum suchen, das schlechter bezahlt oder gar nicht und bin so eingeschränkt. Was Fakt ist, diese Personen sind eingeschränkt.

Wir haben vorher das Wort Chancengerechtigkeit gehört und ja, meine Damen und Herren, das haben wir in dieser Situation nicht. Es bräuchte deswegen wirklich eine Anpassung des Betrags und ich sage nicht, er muss verfünffacht werden, aber eine sorgfältige Betrachtung und Anpassungen, damit eben diese Personen auch frei wählen können, wo sie das Praktikum machen und dass nicht der Lohn oder eben der kleine Lohn oder gar kein Lohn das Kriterium dafür sind, was die Personen aussuchen. Und deswegen, Mustafa Atici hat es gesagt, die Chancengerechtigkeit, die ist hier nicht erfüllt. Das müsste korrigiert werden. Wir verbinden es zurück mit der Definition der Motion. Es ist also eigentlich eine verbindliche Forderung und es müssen Massnahmen ergriffen werden.

Dann haben wir von der Berufsbildung gelesen, das ist mir sehr wichtig, dass das auch mitbetrachtet wird. Auch dort setzt die Motion jetzt keine Leitplanken so eng, dass der Regierungsrat nicht auch gleich dieses Thema abhandeln könnte und dort für eine angemessene Regelung sorgen könnte. Wir haben auch gelesen in der Stellungnahme, und das finde ich auch brisant, dass es Lücken von Elternbeiträgen gibt und dass mit einer Anpassung der Regelung diese noch besser aufgefüllt werden könnten respektive durch Erwerbstätigkeit die Lücken geschlossen werden können. Was aber nur dann möglich ist, wenn es unter dem Strich sich verbessern soll und diese Lücken aufgefangen werden, wenn eine Person nicht eine Stipendienkürzung erfährt, durch dass sie mehr arbeitet. Weil das ist dann schlussendlich so ein bisschen Huhn/Ei und es schiebt sich einfach von links nach rechts und die Frage ist, möchte ich durch Wirtschaftsleistung Geld bekommen oder durch den Staat und ich glaube, viele sind sich sicher oder sind wir einig hier drin, dass es sich meistens lohnt, wenn das Geld erwirtschaftet wird, weil man dann auch in den Sozialwerken abgebildet ist, Sicherheit erfährt, später keine Lücken hat. Auch das macht durchaus Sinn, hier zu handeln und Massnahmen zu ergreifen und für das wäre das Mittel eine Motion.

Noch kurz zur SVP, die vorher angetönt hat, dass viele junge Menschen Mühe mit Geld haben und mit dem Budget. Ich glaube, das Erwirtschaften von einem Lohn, durch das man eben nicht so eng im Korsett ist, das hilft. Man kann dann das Budget einteilen. Es ist ein anderer Bezug zu einem Lohn wie zu einem Stipendium. Das Stipendium ist wichtig für eine gute Bildung, aber ein Lohn, der macht einen richtig stolz und das macht etwas mit jungen Menschen, wenn sie etwas verdienen und sie lernen auch und es gibt auch viele Support-Tools. Ich erfahre, dass vielmehr über Geld gesprochen wird und über Budgetierung und finde das auch sehr positiv, dass das ein Thema ist bei den Jungen, auch wenn man sagt, man spricht grundsätzlich nicht über Geld in der Schweiz. Das ändert sich, das ist gut so und deshalb finde ich, dass eigentlich dieses Argument genau ein Argument dafür ist, dass man diese Motion hier als Motion belassen sollte und sie nicht einfach beerdigen sollte. Weil die SVP meiner Auffassung nach steht für das Leistungsprinzip und dafür, dass man sich einbringen soll und sich einen Weg bauen soll und nicht schlussendlich sich einfach halt dann ergibt und sagt, ich nehme den Stipendienbetrag und ein kleines Praktikum, damit ich keine Kürzungen erfahre. Also das würde ich mir nochmal überlegen.



Lange Rede, kurzer Sinn, es sind sehr viele Ansätze in der Stellungnahme des Regierungsrats drin, die Handlungsbedarf aufweisen und das begrüsse ich auch sehr, dass hier so transparent berichtet wurde. Ich finde einfach, dass durch das der Handlungsbedarf entdeckt wurde und nicht nur Analysen notwendig sind, sondern auch konkrete Verbesserungen, die auch aufgedeckt wurden, eben genau die Motion das richtige Instrument ist, um diesen Vorstoss weiter zu behandeln. Und wir haben die Tendenz oder der Regierungsrat hat die Tendenz, dass sehr viele Motionen einfach zu Anzügen gemacht werden, weil es dann ein bisschen weniger pressant ist und man es vielleicht ein bisschen eher in der Schublade nochmal unten einräumen kann. Und ich finde, gerade bei einem wichtigen Thema, wo es um Chancengerechtigkeit geht, um junge Menschen geht, sollte diese Verbindlichkeit beibehalten werden.

Wir hatten das schon einmal, als es um die Leistungen für das U-Abo und die FHNW ging, da wollte auch ein Anzug gemacht werden und da ging hier ein Ruck durch die Reihen und wir haben das schlussendlich als Motion überwiesen. Ich würde mir heute für die jungen Menschen und für die Chancengerechtigkeit, sei es in der Berufsbildung, sei es bei Personen mit Lücken in den Elternbeiträgen, sei es für Studierende, die gerne ihre Semesterferien nutzen wollen, um Erfahrung zu sammeln und auf dem Berufsmarkt mehr Chancen zu haben, dass wir heute entscheiden, dies bei einer Motion zu belassen. Es könnte knapp werden und deshalb appelliere ich wirklich an Sie, überlegen Sie sich nochmals, was Sie sich vergeben, wenn Sie hier auf Anzug gehen und was Sie bewirken könnten in absehbarer Zeit, wenn Sie das heute als Motion überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (BastA):* Jetzt nur noch kurz, meine Vorredner haben alles klar dargelegt, aber es ist mir wirklich ein Anliegen, dass dieser Vorstoss nun wirklich als Motion überwiesen wird und nicht als einen Anzug, und zwar aus sozialpolitischer Sicht. Und ich kann da nicht ganz verstehen, wieso die SP hier auf Anzug geht, weil das ist eigentlich sonnenklar, es ermöglicht vielen grösseren Spielraum, jungen Menschen, die an der Schwelle oft sind zur Sozialhilfe, dass sie dort eben nicht mehr zurück müssen, wenn sie einen höheren Freibetrag haben. Deshalb kann ich das wirklich nicht nachvollziehen, weshalb die SP hier auf Anzug geht.

Vielleicht ein kleines Beispiel aus der Praxis. Junge Menschen, die eine Ausbildung beginnen, aber vorher in der Sozialhilfe sind, also kaum haben sie die Ausbildung begonnen mit einem Lehrvertrag, fängt der Druck an bzw. es ist klar, es geht auf Ablösung von der Sozialhilfe, Anmeldung beim Stipendienamt, etc., Krankenkasse, allenfalls noch Mietzinsbeiträge, also an drei Stellen muss ich hier einen Antrag stellen, damit ich dann irgendwie von der Sozialhilfe abgelöst werden kann. Und nehmen wir mal an, diese Person lebt aus irgendwelchen Gründen alleine und nicht in einer WG und nicht bei den Eltern zu Hause, dann bin ich darauf angewiesen, dass ich vielleicht nebenan noch ein bisschen arbeiten kann.

Weshalb hier nicht der Freibetrag erhöht wird, kann ich wirklich nicht nachvollziehen und ich plädiere wirklich allen, auch aus sozialpolitischer Sicht, hier auf Motion zu gehen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Anouk Feurer und weitere beantragen Überweisung als Motion.

Wir kommen damit zur Eventualabstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug. NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**44 Ja, 47 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008499, 18.03.26 15:44:02]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Motion.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben sich mit 44 Ja-Stimmen gegen 47 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung für eine Weiterbehandlung als Motion entschieden.

Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

**38. Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend Stärkung der demokratischen Werte in der Volksschule: Entflechtung des Sammelbereichs «Ethik, Religionen, Gemeinschaft», berufliche Orientierung, Klassenstunde, Schreiben des RR**

[18.03.26 15:44:25, 23.5628.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici. Er verzichtet. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

**39. Anzug Anouk Feurer und Konsorten betreffend Antisemitismusprävention an allen Sekundarschulen, Schreiben des RR**

[18.03.26 15:44:59, 23.5570.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Das Erziehungsdepartement erachtet die Bekämpfung von Antisemitismus als sehr wichtig. Seit dem Terroranschlag vom 7. Oktober 2023 sind die Schulen dazu angehalten, antisemitistische Vorfälle dem Generalsekretariat des Erziehungsdepartements zu melden. Diese Meldungen werden vom Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) geprüft. Dadurch haben wir einen Überblick und können auf dieser Grundlage entscheiden, ob weitere Massnahmen ergriffen werden müssen.

Die Auswertungen zeigen, dass an den Schulen seit Sommer 2024 nur noch vereinzelt Meldungen eingegangen sind. Unseren Schulen stehen verschiedene Präventionsprogramme zur Bekämpfung von Antisemitismus zur Verfügung. Neben dem im Anzug genannten Programm LIKRAT bietet beispielsweise das Jüdische Museum Führungen zum Nahostkonflikt für Sekundarschulen an. Zudem können Sekundarschulen die Ausstellung «Mensch, du hast Recht(e)!» besuchen. Dort setzen sich die Schülerinnen und Schüler ebenfalls mit Diskriminierungsformen wie Antisemitismus auseinander. Bei Bedarf können die Schulen zusätzlich Workshops zum Thema Antisemitismus buchen. Generell ist es in der Verantwortung der Schulen, bei einer Zunahme antisemitistischer Vorfälle geeignete Massnahmen zu prüfen. Dieses Vorgehen hat sich bewährt.

Vor dem Hintergrund, dass das Erziehungsdepartement antisemitische Meldungen an Schulen gesamthaft erfasst und bei Bedarf geeignete Massnahmen prüft, erachten wir es nicht als sinnvoll, ein einziges Präventionsprogramm als obligatorisch zu erklären. Die Schulen sollen weiterhin die Möglichkeit haben, je nach Diskriminierungsform geeignete Massnahmen zu ergreifen. Daher bitte ich Sie, den Anzug Anouk Feurer abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Erste Fraktionssprecherin für die BastA ist Brigitta Gerber.



*Brigitta Gerber (BastA):* Wir denken, das Projekt LIKRAT ist ein tolles Projekt und soll auch gefördert werden. Trotzdem sind wir für Abschreiben. Warum? Ich muss kurz ausholen. Mein Sohn schliesst demnächst die Sek 1 ab und ich kann Ihnen berichten, dass bereits vor dem Terroranschlag am 7. Oktober Nazi-Lieder im Klassenzimmer gesungen wurden, Bilder mit Hitler in den Klassenchats zirkulierten, in sozialen Medien verbreitet wurden, Swastikas und Pimmels überall hingeschmiert wurden. Ja, von den Lehrkräften oft nicht richtig erkannt, Kinder und Eltern auf das Behandeln der Thematik beim zweiten Weltkrieg in der dritten Klasse dann getröstet wurden, Chats aber dann doch geschlossen wurden. So ein bisschen ein Stimmungsbild.

Eine spontane Umfrage bei den Lehrkräften haben gezeigt, dass Manosphere-Äusserungen, rechtsextremistische Attitüden in den Schulen, wenn nicht als antisemitisch direkt geäussert, nicht als antisemitisch gezählt werden. Sie sind aber oft Teil rechtsextremer, allgemein rassistischer, diskriminierender Äusserungen und Verhalten, der ganzen Wulst von Manosphere, Anti-LGBTIQ, Hass und Hetze, Sie hören es immer wieder in den Medien auch immer wieder präsentiert, und oftmals ist das gar nicht mehr so leicht zu trennen. Das Ansteigen der Anzahl antisemitischer Übergriffe und Äusserungen hat sicher zugenommen, ich frage mich jedoch, ob sie davor teilweise auch nicht erkannt wurden. Dass die Zahl von Angriffen auf jüdische Kinder im Kontext des 7. Oktober gestiegen ist, ist so, die Zahlen zeigen es klar, aber die allgemeinen Hass und Hetze gesellschaftliche Haltung darum herum, ist schon länger virulent.

Bei solchen Geschehnissen genügt allein, in diesem Fall die jüdische Religion kennenzulernen, unserer Meinung nach nicht ganz. Eine Einbettung wäre hier sehr wichtig. Zwei Bereiche sind dabei zentral. Erstens, wir sind klar der Meinung, dass der Unterricht zu den Religionen auf der Primarebene wie in Zürich professionell und säkular sein muss. Und damit ist nicht gemeint christliche Ökumene und Kursangebote der beiden christlichen Kirchen mit etwas Beigemüse muslimischer, hinduistischer und jüdischer Feiertage. Nein, es müssen entsprechende Lehrmittel zur Verfügung gestellt werden. Wir haben das in diesem Rat schon einmal versucht durchzukriegen und der Vorstoss, deshalb haben wir Stehenlassen gefordert, wäre durchaus sinnvoll gewesen. Aber ja, Sie wollten ihn abschreiben.

Im Kanton Zürich wurde vor über zehn Jahren das Schulfach Religion und Kultur eingeführt. Der Unterricht ist konfessionell neutral und vermittelt in erster Linie kulturkundliches Grundwissen über die verschiedenen Weltreligionen, Judentum, Christentum, Islam, Hinduismus, Buddhismus. Gemäss Zürcher Lehrplan wird das Richtziel eine Kompetenz im Umgang mit religiösen Fragen und Traditionen angestrebt, die in vier Aspekten entfaltet wird, Wahrnehmung, Wissen und Verstehen, Orientierung, Verständigung. Ein ganzes Potpourri von spannendem Wissen für die Zukunft unserer Kinder. Dazu gibt es ein Lehrmittel. Wichtig ist, dass der Zeitpunkt früh genug liegt.

Zweitens sind wie gesagt die Trennlinien zwischen Rechtsextremismus, Manosphere, etc. auf der Sek 1-Ebene nicht so eindeutig. Wir sind der Meinung, viele antisemitische Diskriminierungen sollten in einem Gesamtkontext bearbeitet werden, wie dies die Regierung ja offensichtlich auch vorhat. Siehe in ihrer Antwort betreffend Vorstoss von Fleur Weibel.

In der nun angedachten Gesamtstrategie schreibt sie, im Rahmen der Umsetzung der Motion Fleur Weibel soll den verschiedenen Dimensionen von Rassismus Rechnung getragen und auf Antisemitismus im Speziellen eingegangen werden. Die Strategie soll zudem eng mit der Bundesstrategie zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus im Dezember 2025 verabschiedet abgestimmt werden. Allerdings nur andeuten, lieber Regierungsrat, genügt uns nicht. Deshalb sind wir der Meinung, der Kanton muss so schnell wie möglich eine Gesamtstrategie vorlegen. Dabei kann sicher auch ein tolles Programm wie LIKRAT und andere in das Paket der Sekundarschule eingeplant und aufgenommen werden. Die Anzustellenden haben uns klar gezeigt, wie dringlich die Lage ist.

Wir sind zur Kenntnisnahme und Abschreibung, weil uns dieser Vorstoss angesichts der Lage zu wenig weit geht. Ein Projekt wie LIKRAT ist dabei wichtig und soll ein Teil des Massnahmepaketes sein, aber nicht allein. Die Projektwahl ist vielfältig und an die Problematiken angepasst. (Dazu scheint uns das Projekt auch etwas zu klein. Die Schülerinnen sind ja noch Minderjährige und auch nicht professionell.) Also von daher einfach noch mehr und bitte schnell.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug stehen zu lassen aus unterschiedlichen Gründen. Zum einen, wir haben es auch in den letzten Tagen aus den Medien immer mal wieder gehört, haben wir nach wie vor seit dem schrecklichen Anschlag am 7. Oktober 2023 eine sehr hohe Fallrate an antisemitischen Fällen. Das ist jetzt nicht zurückgegangen. Wir haben diese Fälle zum Beispiel auch im Internet und es gibt auch viele junge Menschen, welche das Internet konsumieren, entsprechend werden auch die Schulen in Zukunft davon nicht verschont und basierend auf diesem Aspekt sind wir nicht bereit zum jetzigen Zeitpunkt einen derartigen Anzug abzuschreiben.

Wir sind auch der Meinung, dass das Kernanliegen des Anzuges auch nicht wirklich erfüllt ist. Der Regierungsrat sieht es nicht als nötig, das LIKRAT-System für obligatorisch zu erklären. Ob es jetzt nur dieses LIKRAT-System benötigt oder



andere präventive Massnahmen, ja, das sei dahingestellt, aber wenn wir jetzt diesen Anzug abschreiben, dann haben wir eigentlich gar nichts Wirkliches in der Hand.

Und wir sind auch bei einer anderen Auffassung beim Begriff Prävention. Also Prävention soll nicht erst ergriffen werden, nachdem etwas passiert ist, sondern Prävention soll generell betrieben werden, damit eben keine antisemitischen Vorfälle passieren und nicht erst nachdem ein Vorfall passiert ist, dass man dann sagt, jetzt wenden wir gerade in dieser konkreten Klasse vielleicht das LIKRAT-System an nach unserem Ermessen. Also das ist auch aus unserer Sicht der falsche Aspekt von Prävention.

Der weitere Punkt, warum wir für Stehenlassen sind, ist ein formeller Grund. Wir haben verschiedene Vorstösse aktuell hängig. Das ist mal der Anzug von Frau Weibel, es ist der Anzug von Herrn Karger, es ist dieser Anzug, es ist auch mein Anzug, der einen Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus fordert, sowohl präventive als auch repressive Massnahmen, und da erwarten wir vom Regierungsrat ein Gesamtpaket und dieses Gesamtpaket soll halt dann auch in einem Ratschlag kommen, damit auch alle Anzüge behandelt werden. Es macht sehr wenig Sinn, wenn wir jetzt die Forderungen von einzelnen Anzügen abschreiben und entsprechend sollte man auch diesen Anzug stehen lassen, was die SVP-Fraktion beantragt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Philip Karger.

*Philip Karger (LDP):* Die Antworten der Regierung verfehlen den Sinn des Anzugs. Entweder sie hat dessen Bedeutung nicht verstanden oder sie wollte sie nicht verstehen. Anouk Feurer bezog sich ausdrücklich auf die Sekundarstufe, doch die Antwort listet präventive Möglichkeiten für alle Schulstufen auf. Die Grundrechte, wie sie in der Bundesverfassung und den kantonalen Volksschulgesetzen formuliert sind, sind uns bekannt. Gefragt wurde jedoch, ob Präventionsprogramme in den Lehrplan der Sekundarstufe aufgenommen werden können. Genau diese Frage beantwortet die Regierung nicht.

Die Regierung erwähnt den Antisemitismusbericht der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus aus dem Jahr 2024, in dem ein Rückgang der Meldungen festgestellt wird. Unerwähnt bleibt jedoch der entscheidende Nachsatz, das Niveau der Meldungen lag 2024 jedoch konstant massiv höher als vor den Terroranschlägen der Hamas auf Israel 2023. Der letzte Woche erschienene Bericht für das Jahr 2025 zeigt einen massiven Anstieg des Online-Antisemitismus, das ist ja nur eine Verschiebung in die Online-Welt. Hinzu kommt eine hohe Dunkelziffer, weil viele Vorfälle aus Scham oder Angst nicht gemeldet werden.

Es ist also keineswegs so, wie der Regierungsrat es darstellt. Antisemitische Vorfälle sind gestiegen und müssen dringend bekämpft werden. Am besten tut man dies bei der Jugend, und zwar auf Sekundarstufe. Jeder antisemitische Vorfall ist einer zu viel. Viele jüdische Bürger Basels fühlen sich hier unwohl. Angesichts des Iran-Kriegs ist zudem kaum zu erwarten, dass der Antisemitismus abnimmt, eher wird die Zahl der Meldungen noch mehr steigen. Das zeichnen die Anschläge letzter Woche in Holland, Belgien und Norwegen.

In diesem Anzug geht es um Prävention, doch die Regierung antwortet lediglich mit den Fallzahlen der Schweiz. Sie erwähnt auch die Möglichkeit, in Basel Meldungen zu machen und die freiwilligen Präventionsprogramme. Das ist grundsätzlich positiv, aber Freiwilligkeit ist hier der falsche Ansatz. Solche Angebote werden nur von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern genutzt, die sich bereits mit Antisemitismus auseinandersetzen. Gerade dort, wo Prävention am dringendsten nötig ist, werden die Angebote nicht angenommen.

Die Idee hinter dem Anzug ist es, eine feste Prävention einzurichten. Darauf geht die Regierung nicht ein. Auch andere Minderheiten und Ethnien sind von Hass betroffen. Warum also nicht das eine tun und das andere nicht lassen? Ein Präventionsprogramm muss sich schliesslich nicht auf den Antisemitismus beschränken. Ein gutes Konzept, so es denn einmal steht, kann bei Bedarf auch auf andere Minderheiten angewendet werden.

Für eine gute Antisemitismusprävention bitte ich Sie daher, auch im Namen der LDP, den Anzug stehen zu lassen und der Regierung Zeit zu geben, ein Konzept zu erstellen, das an allen Sekundarschulen angewandt wird.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Es gibt eine Zwischenfrage von Eric Weber. Diese wird nicht angenommen. Nächste Einzelsprecherin ist Anouk Feurer.

*Anouk Feurer (GRÜNE/jgb):* Der Regierungsrat beantragt in seinem Bericht, den vorliegenden Vorstoss abzuschreiben. Während ich in einem Punkt der Regierung recht gebe, sind wir, die Fraktion GRÜNE/jgb und die SP, trotzdem der Ansicht, dass dieser Vorstoss stehen gelassen werden muss. Wir anerkennen die Bemühungen des Erziehungsdepartements, sehen aber entscheidende Punkte, die vor einer Abschreibung geklärt werden sollten.



Ich möchte dem Regierungsrat in einem Punkt ausdrücklich recht geben. Es ist ordnungspolitisch schwierig, für eine einzelne Religionsgemeinschaft ein verpflichtendes isoliertes Präventionsprogramm in den Lehrplan zu verankern, während man dies für viele andere Gruppen eben nicht tut. Universale Prävention stösst an ihre Grenzen, wenn sie nicht in ein Gesamtkonzept eingebettet ist. Genau hier liegt aber der Grund, weswegen wir den Vorstoss noch nicht abschreiben möchten. Wie wir gehört haben, wird aktuell eine Gesamtstrategie gegen Rassismus und Antisemitismus erarbeitet. Wir möchten diese Strategie und dann die daraus resultierenden Massnahmen abwarten, bevor wir dieses Anliegen hier abschreiben.

Was mich beim Lesen des Berichts aber irritiert hat, ist die Verwechslung von Prävention und Intervention. Es sei den Schulen überlassen, bei einer Zunahme von antisemitischen Vorfällen geeignete Massnahmen zu überprüfen. Einerseits halte ich es grundsätzlich für den falschen Ansatz, nur reaktiv zu handeln. Eine Prävention muss strukturell und proaktiv greifen, damit es eben bestenfalls gar nicht erst zu Vorurteilen und Vorfällen kommt. Andererseits ist eben das Eingreifen nach Vorfällen eine Intervention und keine Prävention.

Und wenn, wie im Bericht vorgeschlagen, nach antisemitischen Vorfällen in einer Klasse dann ein Programm angefordert wird und das zum Beispiel eben LIKRAT sein sollte, das würde sich überhaupt nicht eignen, denn bei LIKRAT kommen gleichaltrige jüdische Kinder in eine Klasse und es ist pädagogisch höchst fragwürdig, ein jüdisches Kind in eine Klasse zu schicken, in welche es schon zu antisemitischen Vorfällen gekommen ist. Logischerweise kann es nicht die Aufgabe von potenziell Betroffenen sein, in einer solchen Atmosphäre Aufklärungsarbeit zu leisten und schon gar nicht die Aufgabe von Kindern und Jugendlichen. Wir brauchen neben den Notfallmassnahmen, welche das ED in einem Leitfaden vorgestellt hat, auch eine verlässliche Strategie, die den Schutz von Betroffenen ins Zentrum stellt. Und bevor wir die Massnahmen der Gesamtstrategie kennen, möchte ich diesen Anzug nicht abschreiben.

Deshalb bitten Sie die Fraktionen GRÜNE/jgb und SP, diesen Anzug stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich bin gerade unterwegs gewesen mit zwei TikTok-Kindern, denen ich Essen bezahlt habe.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Weber, reden Sie bitte zum Thema.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich bin zufälligerweise jetzt gerade wieder zurückgekommen. Sie haben es gesehen, ich bin hier reingekommen und habe gerade das Wort Hitler von Brigitta Gerber gehört. Sie hat gesagt, jüdische Kinder und da habe ich gedacht, eine spannende Geschichtsdiskussion. Und ich möchte Ihnen wirklich einmal ans Herz legen, meine Damen und Herren, was hier die Hintergründe sind. Wir holen ja die Konflikte in unsere Länder hinein. Wir reden hier über Prävention, wir reden über Antisemitismus, aber wenn man ehrlich ist und wirklich tief in sich hineingeht, dann weiss man, von wo die Probleme kommen.

Ich kann mich kurz fassen, aber ich möchte das sagen, jeden Samstag ist vor dem Hauptbahnhof in Hannover eine Palästina-Demo, in Berlin auch. Ich war dort auch dabei, um zu schauen, und auch in Basel haben wir diese Demos und wir holen die Konflikte hier rein und es wird nicht besser. Der Vorredner Philip Karger hat gesagt, der Antisemitismus ist gestiegen. Philip Karger hat auch richtig gesagt, durch den Iran wird das noch mehr. Die Schweiz müsste eigentlich neutral sein, aber wir holen mit der Masseneinwanderung die Konflikte in unser Land.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Reden Sie zum Thema, Herr Weber, das ist sonst der erste Ordnungsruf.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich weiss, aber zum Thema, ich bin überrascht als Mensch, Journalist und Grossrat, Herr Karger hat gesagt, es habe Anschläge jetzt in Holland und Belgien gegeben. Die Zwischenfrage wurde nicht angenommen, ich habe ihn gefragt und er hat gesagt, ja genau, ich weiss es auch nicht, ich muss nachschauen. Ich lese alle Zeitungen von Anfang an bis Ende, es ist mir neu, wenn Herr Karger sagt, es habe einen Anschlag gegeben jetzt vor einer Woche in Holland und Belgien. Darum muss ich sagen, wenn man die Zeitungen liest, steht überall, es könnte demnächst einen Anschlag in der Schweiz geben und davor habe ich Angst. Holland, Belgien ist mir egal, ich bin sehr selten dort. Darum habe ich gesagt, die Schweiz ist im Blickpunkt, vor Anschlägen habe ich immer Angst.

Ich komme zur letzten Vorrednerin, Anouk Feurer. Sie sagt Prävention, sie sagt, jüdisches Kind in einer Klasse geht nicht oder hat Probleme, weil es halt viele andere dort hat, die andere Religionen haben, aber ich glaube, Anouk Feurer, Sie haben vergessen zu sagen, die jüdischen Kinder haben ja Privatschulen. Und nach meiner Berechnung in Basel, und das



darf man sagen, ist es so, gehen 95% der jüdischen Kinder in ihre jüdische Privatschule und nicht in die öffentliche Schule. Das wollte ich einfach mal sagen. Da werden einfach Sachen behauptet, die ich einfach richtigstellen muss. Und ich kann Ihnen sagen, irgendwie wird das ja immer mehr. Ich bin jetzt wirklich ein Realist und vielleicht kann das auch Mustafa Atici erklären und sagen, der Anteil, ich habe es jetzt gelesen, von Muslimen wird einfach grösser und das ist so. Und dann wird der Antisemitismus steigen und das sind statistische Zahlen, dass halt eine muslimische Familie mehr Kinder hat. Ich finde das toll, Kinder zu machen. Ich habe auch mehrere Kinder und dann ist das halt ein Mehrheitsverhältnis, das entscheidet, und ich passe mich auch dem Mehrheitsverhältnis an. Ich gehe auch in die muslimische Kirche und hole mir dort die Zeitungen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Weber, Sie reden wiederholt nicht zum Thema. Das ist ein Ordnungsruf.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich informiere mich, ich gehe in die muslimische Kirche und nehme mich diesen Problemen an. Ich sitze nicht nur selber im Grossen Rat, ich gehe überall hin und schaue mir das an, weil ich nur das glaube, was ich selber sehe.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Einzelsprecher ist Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Es ist immer sehr schade, wenn ein Rechtsextremer beim Thema Antisemitismusprävention das letzte Wort hat. Deswegen bin ich nochmals hier und bitte Sie, das so zu überweisen, wie das Frau Feurer gemacht hat und bitte Sie, dem zuzustimmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Eric Weber hat sich für ein zweites Votum gemeldet.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Was Sie gesagt haben, das letzte Wort, geht nicht, ich habe das letzte Wort. Ich bin seit 43 Jahren Grossrat. Ich weiss nicht mal Ihren Namen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Weber, wir sprechen jetzt zum Thema.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Er hat gesagt, er wolle das letzte Wort haben, nicht ein Rechtsradikaler. Ich habe nichts mit Rechtsradikalismus zu tun, ich war mit der PdA zusammen, die Partei der Arbeit mit den Kommunisten. Wer mich kennt, weiss, ich bin anständig.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Herr Weber, ich bitte Sie, zum Thema zu reden.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich gehe an meinen Platz, aber ich habe das letzte Wort und das lasse ich mir nicht bieten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Thomas Widmer-Huber.

*Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP):* Es liegt auf der Hand, wer das letzte Wort haben soll. Es können natürlich noch andere kommen, aber es macht Sinn, dass irgendjemand anderes das letzte Wort hat und so wünsche ich Ihnen eine gute Abstimmung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Regierungsrat Mustafa Atici verzichtet auf ein weiteres Votum. Wir kommen damit zur Abstimmung.



### Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat. NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Pascal Messerli.

### Ergebnis der Abstimmung

**10 Ja, 81 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008503, 18.03.26 16:10:15]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Anzug mit 10 Ja-Stimmen gegen 81 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung gemäss Antrag Pascal Messerli dem Regierungsrat überwiesen.

## 40. Interpellation Nr. 9 Sasha Mazzotti betreffend neues Lehrpersonenportal ehemals Volksschulportal, Schreiben des RR

[18.03.26 16:10:27, 26.5043.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Sasha Mazzotti (SP):* Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Die Antworten werfen jedoch grundlegende Fragen auf. Der Regierungsrat begründet die Einführung des aktuellen Lehrpersonenportals hauptsächlich mit dem Zeitdruck aufgrund des Endes des Vorgängers InfoMentor. Die Begründung überzeugt leider nicht. Warum? Bereits 2019 wurde die zuständige Fachstelle ICT Medien sowie die Volksschulleitung darüber informiert, dass InfoMentor nicht weiterentwickelt wird und sich das Produkt am Ende seines Lebenszyklus befindet. Basel-Stadt hatte somit nicht zwei, wie in der Beantwortung behauptet wird, sondern fünf Jahre Zeit, eine Nachfolgelösung sorgfältig zu evaluieren und vorzubereiten. Wenn trotz dieser Vorlaufzeit ein System ohne umfassende Evaluation, ohne echte Pilotphase, ohne systematische Nutzerbefragung eingeführt wird, dann handelt es sich nicht um ein Problem des Zeitdrucks, dann handelt es sich, um es wohlwollend auszudrücken, um ein Problem der Planung und der Organisation. Wegen eines Zeitdrucks, der in Realität nicht bestand, wurde verzichtet, bewährte Lösungen aus anderen Kantonen systematisch zu prüfen. Warum eigentlich? Andere Kantone sind hier nämlich schon weiter, man könnte ja auch Synergien nutzen.

Hinzu kommt, dass der Support gerade in der Stresszeit, wo Lernberichte erstellt werden mussten, nicht funktioniert hat und schwer erreichbar war. Ich denke, wir sind uns hier einig, digitale Werkzeuge im Bildungs- und sämtlichen anderen Bereichen müssen Prozesse vereinfachen und die Anwenderinnen und Anwender entlasten. Statt auf bestehende und bereits eingesetzte Systeme zurückzugreifen oder zumindest eine vorhandene Übersicht aus dem Jahr 2020 zu möglichen Alternativen zu berücksichtigen, wurde eine eigene kantonale Lösung entwickelt. In der heutigen digitalen Landschaft, in der vielerorts erprobte Fachsysteme existieren, ist dieses Vorgehen einfach nicht nachvollziehbar.

Nun bin ich gespannt auf die Beantwortung der schriftlichen Anfrage zum selben Thema, was da erzählt wird. Meinem Votum entnehmen Sie, dass ich mit dieser Antwort nicht zufrieden bin und ich hoffe, die Regierung ist es ebenfalls nicht.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



#### 41. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Veloführung Birsköppli - Lehenmatt, Schreiben des RR

[18.03.26 16:13:47, 21.5832.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* In dieser Situation sagt jetzt ein Bild oder sagen zwei Bilder mehr als tausend Worte und deshalb bitte ich den Parlamentsdienst, das Bild hier einzublenden. Man sieht hier sehr genau, um welche Stelle es sich handelt, der dieser Anzug thematisiert, der hier wünscht, dass hier künftig Veloverkehr zugelassen ist gemeinsam mit dem Fussverkehr. Ich glaube, Sie sehen hier mehrere Faktoren, weshalb der Regierungsrat Sie wirklich bittet, diesen Anzug abzuschreiben und nicht stehen zu lassen.

Sie sehen die Situation, der Weg ist heute sehr schmal. Für diejenigen, die heute finden, in der Solitude hätten wir keine gute Situation, bitte stellen Sie sich vor, wie das hier wäre, wenn Velofahrende und Fussgänger\*innen hier unterwegs sind. Es kommt hinzu, Sie sehen auch die Brücke da, wo der Weg unten durchführt, das ist zu tief, auch da bräuchte es massive Eingriffe.

Jetzt können Sie natürlich sagen, verbreitern wir diesen Weg, aber das ist nicht so einfach. Wir sind in der Uferzone, das bedeutet, wir haben Gewässerschutz. Im südlichen Teil dieses Weges ist eine Naturschutzzone. Ich habe mich etwas gewundert, dass Teile der Grünen hier offensichtlich auch offen sind, also spätestens bei Gewässerschutz und Naturschutzzone sollte es bei Ihnen in den Ohren klingeln, und wenn Sie jetzt denken, ja, da kann man doch mal beide Augen zudrücken, das sind nicht nur kantonale Gesetzgebungen, sondern eben auch nationale. Und dieses Parlament hier überweist mir regelmässig Biodiversitätsvorstösse, wir sollen Biotopverbundsachsen stärken, bloss keine Eingriffe in solche Achsen und genau solche Achsen sind eben wichtig und sollten wir respektieren, auch wenn es um den Veloverkehr geht.

Wir haben schon einen Präzedenzfall, und zwar im Bereich des St. Jakob, da gibt es bereits einen relativ breiten Weg unter der Brücke durch, da sind auch wir der Meinung, dass man den künftig nutzen sollte, und schon dort stossen wir an gewisse Grenzen mit dem Gewässerschutz. Ich mag mir gar nicht ausmalen, wie kompliziert es wäre, diesen Weg hier zu öffnen und wie gesagt, auch dann wäre er noch sehr schmal für eine Benutzung mit zu Fuss Gehenden und Velofahrenden.

Ich glaube, wie gesagt, diese Bilder sagen einiges. Es gibt parallele Alternativrouten, die müssen wir noch verbessern, da sind wir uns einig, die sind natürlich nicht gleich bequem, wie es so ein Veloweg da unten durch wäre, aber Sie sehen die Schwierigkeiten hier respektive ich halte das für nicht genehmigungsfähig, eine Anpassung dort und deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diesen Anzug nicht stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Erster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Christoph Hochuli.

*Christoph Hochuli (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat beantragte im Jahr 2024, den vorliegenden Anzug stehen zu lassen, was wir dann auch taten. Nochmals zur Veranschaulichung der Forderung des Anzugs. Das Birsköpflweglein führt vom Birsköppli, rechts auf dem Plan, unter der Brücke der Zürcherstrasse durch bis zur Birsstrasse. Die Verbindung zwischen dem Birsköpflweglein und dem Nasenweg könnte mit einem Veloweg gelöst werden, welcher in der Birsstrasse parallel zum Trottoir geführt würde. Bei der Verzweigung Birsstrasse-Nasenweg würden die Velofahrenden neben dem Fussgängerstreifen die Fahrbahn zum Nasenweg überqueren. Dann fahren sie weiter durch den Nasenweg in die Lehenmattstrasse und auf dem dortigen Velostreifen in Richtung St. Jakob.

Nun will der Regierungsrat den Anzug abschreiben, ohne den geforderten Velo- und Fussweg zu bauen. Er schrieb, dass der Veloweg wegen Gewässerschutz, Naturschutz, Wegbreite und Brückenhöhe nicht umsetzbar sei. Ich kann die Argumente nur teilweise verstehen und ich denke, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, ein Veloweg.

Zur Kritik der Brückenhöhe und zum Gewässer- und Hochwasserschutz. Der Fuss-Veloweg müsste, wie in meinem Anzug geschrieben, etwas tiefer gelegt werden, damit man unter der Brücke der Zürcherstrasse mit dem Velo durchfahren kann. Die Birs würde durch diesen Weg aber nicht tangiert oder gar verschmälert. Zum Vergleich, an der Wiesendamm-Promenade im Bereich der Freiburgerbrücke gibt es einen Veloweg mit je einer Spur in beide Richtungen und nebenan einen Fussweg. Dieser Weg führt unter mehreren Brücken durch und hat teilweise eine ähnliche Höhe zwischen Fahrbahn und Brücke. An ein paar wenigen Tagen im Jahr wird das Birsköpflweglein vermutlich wegen Hochwasser gesperrt werden müssen, genau wie der Weg an der Wiesendamm-Promenade. Das funktioniert dort ganz gut. An diesen wenigen Tagen müssen



Velofahrende wie zu Fuss Gehende eine andere Route wählen, wie dies an der Wiesendamm-Promenade ebenfalls der Fall ist.

Zur Kritik der Wegbreite. Wenn das Birskopfweglein verbreitert würde, könnten die Velofahrenden ohne Behinderung der zu Fuss Gehenden zirkulieren. Es hat an diesem Ort neben der Birs genügend Platz, um eine Verbreiterung des Weges auszuführen. Allenfalls wäre für den Abschnitt unter der Brücke der Zürcherstrasse auch eine Auskragung mit Stützen denkbar. So würde der Gewässerschutz nicht tangiert. Das Badweglein neben dem Gartenbad Bachgraben ist ein gutes Beispiel dafür, wo die Koexistenz von Velo- und Fussverkehr auf einem gemeinsamen Weg sehr gut funktioniert. Der Regierungsrat schrieb zudem in seiner Stellungnahme, stattdessen sollen die bestehenden Alternativrouten entlang der Farnsburgerstrasse, Lehenmattstrasse bzw. entlang der Birsfelderstrasse verbessert werden. Es würde mich sehr interessieren, was genau damit gemeint sein soll. Für weniger geübte Velofahrende und Kinder sind diese Routen, welche die stark befahrene Zürcherstrasse überqueren, nämlich sehr unattraktiv und gefährlich.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen. Unser Stehenlassen soll eine Aufforderung an den Regierungsrat sein, diesen gemischten Fuss-Veloweg zwischen dem Birsköppli und der Birsstrasse zu bauen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Jérôme Thiriet.

*Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb):* Es ist effektiv so, wie es Frau Keller gesagt hat, in der Fraktion GRÜNE/jgb sind wir uns nicht ganz einig geworden, was wir mit diesem Anzug machen wollen. Auf der einen Seite haben wir einen Teil, der sagt, die Veloverbindung Richtung Joggeli oder vom Joggeli her kommend an den Rhein oder dann auch ins Kleinbasel rüber ist eine Katastrophe aktuell. Also wer sie kennt, die Kreuzung dort, Zürcherstrasse unter der Autobahn durch, wo das Tram kommt und vier Autospuren, ist eigentlich für Velofahrende sehr unangenehm und unsicher zu überqueren.

Das hat Christoph Hochuli auch schon gesagt, es wird in der Anzugsbeantwortung zwar versprochen, dass man diese Verbindungen verbessert, aber wir sehen nicht, dass man dort irgendwie den ganzen Verkehr und die Trams wegnimmt und eine saubere, schöne Überfahrt für die Velofahrenden gewährleisten kann, sondern wir sehen es effektiv als eine viel elegantere und einfachere Lösung, wenn man das dort in dem Fall entflechtet. So wie es auch vorgesehen ist bei der Joggeli-Kreuzung beim Stadion zwischen Gartenbad und Stadion, wo man dort unten durchgeht. Das hat aber Esther Keller jetzt auch schon angedeutet, dass das offenbar auch noch nicht umgesetzt werden kann. Und dort hat man ja das effektiv gemacht, dort ist ein Veloweg unten durch geteert.

Diesem Teil der Fraktion ist es wirklich ein Anliegen, dass man das noch einmal intensiv prüft. Christoph Hochuli hat es auch gesagt, man könnte den Weg ein bisschen tiefer legen, das muss man wahrscheinlich sowieso machen wegen der Brückenhöhe, man könnte eine Auskragung machen, so, dass dort der Naturschutz nicht tangiert wird. Es ist uns aber bewusst, und da spricht dann der andere Teil der Fraktion, dass es ein sehr heikler Bereich ist und dem Teil der Fraktion ist der Naturschutz in diese Naturschutzzone im Ufergebiet von der Birs wichtiger, als dass man dort auf Biegen und Brechen probiert, den Mischverkehr zu machen auf dem Weg, und will den Anzug entsprechend abschreiben.

Insofern sind wir offen und hatten einen kleineren Konflikt in der Fraktion. Dies zur Erklärung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als Einzelsprecher eingetragen hat sich Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich mache es ganz kurz. Ich fahre natürlich dort mit dem Velo selber oft einmal durch und nachdem ich heute Morgen erfahren habe, dass man jetzt auf der Hauptverkehrsachse Velospuren machen will, habe ich ein bisschen Angst, dass wenn man dort an diesem Weg nicht weiterarbeiten zu versucht, dass man am Schluss wahrscheinlich noch eine Autobahnspur sperrt und dort einen Velostreifen daraus macht. Darum würde ich das gerne unterstützen, dass man das jetzt noch einmal prüft und würde auch meine Fraktion auffordern, dass man vielleicht hier das noch einmal stehen lässt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich gelte wirklich nicht als velofeindliche Person, ich glaube, da sind wir uns einig. Was man hier aber sagen kann oder generell, wir können dem Velo nicht alles unterordnen. Es gibt Ziele, die haben Sie hier drin uns mit auf den Weg gegeben und wie gesagt, gerade solche Dinge wie Biotopverbund oder auch Gewässerschutz, also Schutz von Natur hat hier drin regelmässig einen hohen Stellenwert. Und deshalb darf ich nochmal hinweisen, eine Verbreiterung dieses Wegs, das ist kein kleiner Eingriff. Überlegen Sie sich nochmals, wie breit die Solitude ist, wie gross die



Konflikte dort sind, wie stark man diesen Weg verbreitern müsste, um ähnliche Konflikte zu vermeiden und ich denke, dann haben Sie auch die Antwort, ob es Sinn macht, hier die Regierung zu beauftragen, das vertiefter abzuklären.

Wie gesagt, die Interessen hier, die Interessenslage, auch die nationale Interessenslage, es handelt sich hier nicht nur um kantonale Gesetzgebung, sondern eben auch um nationale, scheint mir relativ klar. Der Regierungsrat bittet Sie deshalb, diesen Anzug als erledigt abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Christoph Hochuli

### Ergebnis der Abstimmung

**45 Ja, 44 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008509, 18.03.26 16:26:05]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 45 Ja-Stimmen gegen 44 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen den Anzug gemäss Antrag Regierungsrat abgeschrieben.

## 42. Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Veloverbindung Friedrich-Miescher-Strasse - Burgfelderstrasse, Schreiben des RR

[18.03.26 16:26:17, 21.5769.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Als erster Fraktionssprecher eingetragen hat sich für die SP Jean-Luc Perret.

*Jean-Luc Perret (SP):* Ich spreche auch für die BastA-Fraktion und ich dachte auch für die GRÜNE/jgb, aber jetzt sehe ich hier Raffaella Hanauer, also dann nehmen Sie es als SP- und BastA-Votum.

Vor zwei Jahren stand ich bereits hier und habe betont, dass es um das Schliessen einer Lücke im Basisroutennetz geht, und habe gefordert, die Verbindung rechtzeitig bereitzustellen und habe darauf hingewiesen, dass ohne konkrete Umsetzung schöne Ziele folgenlos bleiben. Ich erwähnte damals die Bedeutung dieser Verbindung zwischen dem heutigen Bürgerspital-Areal mit dem Rehab und den künftigen Wohn- und Arbeitsgebieten im Umfeld der Burgfelderstrasse und des Bachgrabens. Ich sagte, dass bereits absehbar ist, dass sich dort viele Menschen bewegen werden und dass es unsere Aufgabe sei, die entsprechenden Verkehrsbeziehungen rechtzeitig bereitzustellen. Ich zeigte auch den Ausschnitt des Teilrichtplans Velo und legte dar, weshalb die vorgeschlagenen Varianten für die Velofahrenden nicht überzeugen. Ich erwähnte die Möglichkeit einer Velorampe und forderte eine ernsthafte Prüfung dieser Option, da ein Augenschein vor Ort eine realisierbare Lösung ohne grössere Eingriffe nahelegt.

Nun, nach zwei Jahren liegt jetzt die Antwort vor, die kurz und knapp festhält, dass in der Zwischenzeit nichts passiert ist. Das war damals natürlich nicht die Idee des Stehenlassens. Mindestens eine vertiefte Prüfung hätten wir schon erwartet. Neu hinzu gekommen ist einzig das Argument, dass diese Verbindung im überarbeiteten Teilrichtplan nicht mehr enthalten sein werde, dem Teilrichtplan, auf den wir auch seit letztem Herbst warten. Deshalb möchte ich hier auch noch die Hoffnung



ausdrücken, dass nicht alle Verbindungen, die baulich gewisse Herausforderungen mit sich bringen, stillschweigend aus der Planung gestrichen werden. Im Gegenteil hoffe ich, dass auch an anderen Stellen tatsächlich Verbesserungen für den Veloverkehr umgesetzt werden, sofern sie den Sinn machen.

Wir bitten Sie deshalb, den Anzug noch einmal stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Sprecher für die Mitte-EVP ist Christoph Hochuli.

*Christoph Hochuli (Mitte-EVP):* Im Jahr 2024 haben wir den vorliegenden Anzug entgegen dem Antrag des Regierungsrats stehen gelassen. Dies entsprach einem Auftrag an den Regierungsrat, den geforderten Veloweg zu bauen. Nun lehnt der Regierungsrat diese Veloverbindung aber trotzdem wieder ab und will sie kurzerhand aus dem Teilrichtplan Velo rauswerfen, wo sie nämlich festgeschrieben ist. Diese Veloverbindung ist deshalb so wichtig, weil sie eine sichere und attraktive Alternative zum gefährlichen Luzernerring darstellt. Diese Veloroute verbindet das nördliche St. Johann mit Allschwil-Bachgraben und auch mit Saint-Louis. Ich habe die Situation vor Ort angeschaut und bin überzeugt, dass dieser Velo- und Fussweg dort als Brücke, also auf Stützen gebaut werden könnte und so wären die Freizeitgärten nur marginal am Rand betroffen.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie im Namen der Mitte-EVP-Fraktion, den Anzug stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb) ist Raffaella Hanauer.

*Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb):* Dieser Anzug ist eigentlich eine ziemliche Absurdität, weil grundsätzlich ist die Verbindung schon im Teilrichtplan drin, sie sollte also eigentlich schon vorgesehen sein. Nichtsdestotrotz wurde sie nicht geplant und daher dieser Anzug. Und jetzt möchte man den Anzug abschreiben, weil man sagt, dass die Verbindung, die ursprünglich eigentlich im Teilrichtplan schon wirklich lange vorgesehen ist, nicht sinnvoll sei. Ich finde diese Verbindung nach wie vor sinnvoll, die Fraktion sieht das genauso, deshalb möchten wir stehen lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher ist Roger Stalder für die SVP.

*Roger Stalder (SVP):* Die SVP-Fraktion bittet Sie, das abzuschreiben. Wenn halt etwas nicht geht, dann geht es nicht und was für uns gar nicht in Frage kommt, dass man dort Freizeitgärten opfern würde für eine Rampe, wo vielleicht höchstens ein Jérôme Thiriet hinaufkommt, Steigung 18 bis 20% und hinunter hat man etwa 60 km/h und das wollen wir nicht. Und ich glaube, der Ausbau dort ist sehr gut. Auch wenn man jetzt sieht, eigentlich hat man eine Autobahn, vom Spalentor bis zur Burgfeldergrenze kann man durchrasen ohne Auto. Also es gibt keinen Grund, das auch noch zu machen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Hier verhält es sich etwas anders als beim vorigen Anzug. Hier, glaube ich, sprechen weniger rechtliche Gründe dagegen. Ich glaube, Herr Grossrat Hochuli, so einfach, wie Sie das beschreiben, dass man einfach ein paar Stützen baut und die Freizeitgärten dann dort bleiben könnten, da müssen wir ganz realistisch sein, das ist nicht möglich. Wenn, dann müssten zumindest für die Bauzeit diese Gärten weg und auch sonst, Sie müssen sich immer überlegen, immer wenn Sie mit Rampen argumentieren, irgendwo kommen sie runter und das sind ziemliche Bauwerke, das ist nichts Kleines, was Sie hier fordern. Auch ein Unterschied zu vorhin ist, oder hier sehe ich jetzt gerade nicht, weshalb Sie mit Sicherheit argumentieren, Sie können diese Wege, diese Umfahrung nehmen, Sie können durch die Milchsuppe fahren und dort den Weg hinauffahren.

Letzter Grund, Sie müssen einfach sehen, wir können nicht alles gleichzeitig machen. Ich habe eine gewisse Anzahl Personen bei mir, die an solchen Projekten arbeiten. Das hier ist ein komplexes Projekt. Das ist nicht mit ein bisschen Markierung gemacht, das ist nicht mit ein bisschen Signalanlagen anpassen gemacht, das ist ein grösseres Projekt an einer Stelle, wo wir denken, es gibt andere Stellen in der Stadt, die wirklich dringlicher sind und die sicherheitsrelevanter sind. Und Sie können uns natürlich weiterhin einfach alle Velovorstösse überweisen und hoffen, dass wir alle gleich schnell vorantreiben können. Es ist aber nicht so. Wir haben, nochmals, eine begrenzte Anzahl Personen, die arbeiten und ich



möchte gerne, dass diese Personen an Projekten arbeiten, die rasch eine Verbesserung bringen und an Knoten, die sicherheitsrelevant sind.

Deshalb bittet Sie die Regierung, auch diesen Anzug abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Jean-Luc Perret

### **Ergebnis der Abstimmung**

**33 Ja, 59 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008511, 18.03.26 16:34:03]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben den Anzug mit 33 Ja-Stimmen gegen 59 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung stehen gelassen.

## **43. Anzug der Bau- und Raumplanungskommission betreffend Bahn-Anbindung der St. Jakobshalle bei Grossanlässen, Schreiben des RR**

[18.03.26 16:34:12, 14.5675.06]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

## **44. Interpellation Nr. 145 Laetitia Block betreffend Bäumlhofstrasse in Fahrtrichtung Stadt noch immer gesperrt, Schreiben des RR**

[18.03.26 16:34:35, 25.5598.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Laetitia Block (SVP):* Ich möchte mit dem Positiven beginnen. Auf meine Interpellation hin wurden im Januar Informationen online angepasst und die Anwohner wurden mit einem Schreiben über die Verlängerung der Sperrung bis Ende März, also um drei Monate, rasch informiert. Für die schnelle Reaktion möchte ich der zuständigen Regierungsrätin herzlich danken.



Damit hat sich es dann aber schon mit dem Positiven. Aktuell, zwei Wochen vor der Wiedereröffnung, sofern diese Terminangabe dieses Mal stimmt und eingehalten werden kann, ist es noch etwas schlimmer. Ich bin heute Morgen bei der Baustelle durchgefahren oder eben nicht durchgefahren, sondern hingefahren und aktuell stehen jetzt noch neu grosse Schilder, die auf die Umstellung auf eine Einbahnstrasse in der Allmendstrasse hinweisen. Diese Umstellung ist angekündigt per 8. April. Die Autofahrer sind maximal verwirrt, es sieht so aus, als könnte man nun weder geradeaus noch links noch rechts fahren. Mit dieser Umstellung hätte man wirklich noch etwas warten müssen, diese wenigen Wochen, dass es nicht noch mehr verwirrt, es ist ein richtiger Schilderwald.

Nun gut, kommen wir zu den Antworten der Regierung. Ich kann es leider nicht anders sagen, aber die Antworten der Regierung sind hier eine Fülle von billigen Ausreden. Erstens wird gesagt, es handelt sich um eine grosse, komplexe Baustelle und bei solchen Baustellen ist die Planbarkeit sehr schwierig. Ja, es war eine grosse Baustelle, sie mag auch ihre Tücken haben, aber es ist kein Aeschenplatz oder Bankverein und es wurde ja eben die ganze Strasse gesperrt, es ist nur der Bus durchgefahren. Entsprechend war es ja einfacher.

Dann wird das schlechte Wetter als Ausrede genommen. Als drittes wird angegeben, es hat Verzögerungen aufgrund verspätet angemeldeter Interessen an Fernwärmeanschlüssen gegeben, die erst im Laufe der Arbeiten angemeldet wurden. Dann wird noch bemerkt, dass es deutlich mehr Anschlüsse gab, die erneuert werden mussten als geplant, und schliesslich werden die Verzögerungen bei der Lieferung und häufige Niederschläge, also nochmals Wetter, als Grund angegeben.

Frau Regierungsrätin, ich habe während meinem Studium auf Baustellen gearbeitet. Ich habe gesehen, wie diese arbeiten und wie die Abläufe sind und wie die Planbarkeit sind. Mit diesen Eventualitäten kann man planen, Verspätungen kann man aufholen, insbesondere wenn es so eine lange Baustelle ist, da muss man solche Dinge einfach mitberücksichtigen. Die Planung hier war einfach schlecht und die Kommunikation auch. Die angegebenen Gründe erachte ich einfach als billige Ausreden, vorgeschobene Gründe, welche diese schlechte Planung, schlechte Vorbereitung, schlechte Ausführung und zusätzlich diese schlechte Kommunikation verschleiern sollen. Und es ärgert mich, weil wir werden hier für dumm verkauft. Ich möchte kurz auf diese fünf Gründe eingehen, die ich vorher genannt habe, die in der Antwort genommen werden.

Erstens, zur Komplexität. Es handelt sich um eine lange, gerade Strasse, die zudem gesperrt wurde. Es gab keine Umgestaltung, es gab keine grossen Kreuzungen, es war eigentlich eine nicht so komplexe Baustelle. Nicht komplex, Ausrede.

Zweitens, Wetter und Planbarkeit. Dass es schlecht Wetterperioden gibt, ist bekannt, völlig normal, muss mitberücksichtigt werden und es ist eine Selbstverständlichkeit, dass man das in der Planung mitberücksichtigt und dass das, genau Schlechtwetter, am Ende einer Baustelle dazu führen soll, dass es zu so langen Verzögerungen kommt, ist schlicht nicht ernst zu nehmen. Zudem, Klimaerwärmung, wenn es wärmer ist, friert der Boden weniger oft. Es ist also so, dass man hier länger bauen kann.

Drittens, die Fernwärmeanschlüsse. Also hier hat man schlecht kommuniziert, hat man hier keine Fristen gesetzt, bis wann man das anmelden muss? Also auch hier, da ist doch etwas schief gegangen, das ist doch keine Begründung für eine Verspätung. Auch diese deutlich mehr Anschlüsse, die erneuert werden mussten, da hat man schlecht vorbereitet. Man kann doch nicht so überrascht werden, dass es zu einer derartigen Verschiebung kommt. Drei Monate ist nicht wenig und auch die Lieferengpässe, sorry, das ist einfach eine Ausrede, auch das muss einfach miteingeplant werden, wenn man frühzeitig hier plant.

Also ich bin hier nur teilweise sehr bedingt zufrieden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **45. Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Bericht des RR**

[18.03.26 16:40:12, 24.5396.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Als Fraktionssprecher eingetragen hat sich Daniel Albietz für die Mitte-EVP.



*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Michael Hug und ich haben diese Motion eingereicht, weil wir aus der Praxis immer wieder dasselbe hörten. Das BGI ist für Architekt\*innen, Planer und Bauherrschaften zur Blackbox geworden. Man weiss nicht, wer zuständig ist, muss jedes Mal von vorne erklären, was man vorhat, und es fehlt die verlässliche Ansprechperson, die ein Projekt kennt und begleitet und auch mit den Gegebenheiten des betreffenden Quartiers vertraut ist.

Das Gebietsprinzip respektive dessen Beibehaltung hätte genau dieses Problem gelöst. Seine Abschaffung war unter dem Eindruck des akuten Personalmangels als Sofortmassnahme nachvollziehbar, aber als sich die Personallage entspannte, geschah nichts. Deshalb haben wir politisch eingegriffen, auch wenn uns bewusst war, dass wir damit tief ins operative Geschäft der Verwaltung eingreifen.

Der Regierungsrat hat nun auf die Motion reagiert und Massnahmen ergriffen. Das erkennen wir an. Aus Gesprächen mit der Branche, mit Planenden, Architekten und Bauherrschaften wissen wir aber, dass die Massnahmen, so wie sie jetzt angelegt sind, nicht vollständig überzeugen. Drei Punkte stechen hervor.

Die erste Massnahme, nämlich die durchgängigen Beratungen, sichert die Kontinuität der Ansprechperson nur bis zur Einreichung des Baugesuchs. Was die Praxis aber braucht, ist Kontinuität während des gesamten Verfahrens, von der ersten Vorbesprechung bis zum rechtskräftigen Entscheid. Das war die Erwartung, die aus Branchenkreisen formuliert wird und sie ist im Bericht des Regierungsrats nicht eingelöst.

Zweitens, die Spezialisierung für komplexe Vorhaben und für Gebiete mit besonderen Rahmenbedingungen, beispielsweise das Bruderholz oder die Landgemeinden, ist zwar erwähnt, aber nicht verbindlich festgelegt. Genau dort ist die Expertise aber besonders entscheidend.

Drittens, das Change-Projekt mit externer Begleitung ist angelaufen, aber es fehlen Zeitplan und messbare Ziele. Wann sehen wir Ergebnisse und wer überprüft sie.

Dazu kommt ein grundsätzlicheres Problem, das mir aus der Branche gemeldet wird. Es fehlt nach wie vor an Offenheit und Transparenz im Bewilligungsverfahren. Planende und Bauherrschaften wissen oft nicht, wo ihr Gesuch steht und wann mit einem Entscheid zu rechnen ist. Das führt zu Verunsicherung, unnötigem Aufwand und Leerläufen. Eine Baubehörde sollte sich als Dienstleisterin verstehen, die Planen und Bauen ermöglicht. Das ist heute leider noch nicht überall spürbar.

Und dann etwas Grundsätzliches. Die Gebietszuteilung ist in einer Stadt unserer Grösse ein effizientes und gutes Prinzip und ich möchte darauf hinweisen, dass eben auch schon in anderen Ämtern vom Gebietszuteilungsprinzip abgewichen wurde und ich meine eben nicht nur zum Vorteil. Das Betreibungsamt hat früher auch gebietsweise zugestellt und irgendwann hat jemand entschieden, dass jetzt nicht mehr die Zustellung nach Gebieten erfolgt, sondern nach Schuldern und ihren Nachnahmen. A bis F, Sonderzeichen und Zahlen, ist ein Team, dann Nachnahmen G, H, J bis O ist das zweite Team und das dritte Team sind die Nachnahmen P bis Z. Und das hat dazu geführt, dass nun eine Person Zustellungen machen muss von Chrischona bis zum Bruderholz, je nachdem, was für einen Nachnamen eine Person hat. Und das führt zu Vermehrung von Wegzeiten und diese Zeit fehlt dann für die Spezialaufgaben wie Recherchen und Nachforschungen. Also hier war die Abkehr vom Gebietszuteilungsprinzip aus meiner Sicht suboptimal.

Zusammengefasst, wir stellen uns nicht gegen die Abschreibung der Motion, dies zur Beruhigung an die Baudirektorin, wir stellen uns nicht dagegen, nicht weil wir vollständig befriedigt wären, sondern weil die zuständige Regierungsrätin eine Richtung eingeschlagen hat, die wir konsequent begleiten werden. Ein Festhalten an der Motion würde uns formell tatsächlich in eine schwierige Lage bringen. Die Organisation der Verwaltung bleibt Sache des Regierungsrats, das ist richtig. Aber wir halten für das Protokoll fest, wir erwarten, dass die Kontinuität der Ansprechperson künftig das gesamte Verfahren umfasst, von der ersten Vorbesprechung bis zum rechtskräftigen Entscheid. Zweitens, wir erwarten, dass das Change-Projekt konkrete und überprüfbare Ergebnisse liefert. Drittens, wir behalten uns vor, erneut mit einem parlamentarischen Vorstoss aktiv zu werden, sollte die Umsetzung hinter den Erwartungen zurückbleiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Daniel Hettich.

*Daniel Hettich (LDP):* Im letzten Votum zu dieser Motion habe ich einige Punkte kritisiert und mich über das BVD ausgelassen. Es gab in der Zwischenzeit Bemühungen vom BVD, ein wenig etwas zu verbessern, aber eigentlich ist das Resultat für mich oder für uns immer noch nicht zufriedenstellend. Es fehlt leider immer noch an einer Bereitschaft, Kritik entgegenzunehmen und gemeinsam Lösungen zu suchen. Da wird gemauert, gesperrt, die Motion als rechtlich nicht zulässig erklärt. Man macht es sich einfach, ja, so tickt das halt dort. Aber auch das BVD muss sich bewegen und sich immer den neuen Situationen anpassen und das geht nur im Austausch und in der Bereitschaft dazu.

Sicher, das Bewilligungsverfahren wird immer komplizierter und es dauert leider immer länger und sicher ist der Grosse Rat an dieser Situation nicht unbeteiligt mit immer neuen Auflagen, die eine Ordnung oder ein Gesetz nach sich ziehen. Irgendwann werden wir vor lauter Auflagen und Gesetzen kaum noch bauen können, die Kosten werden kaum noch



bezahlbar sein. Das zeigt sich ja schon im immer teurer werdenden Wohnungsbau. Ja, eigentlich droht eine Blockade, aber vielleicht braucht es das dann, dass sich etwas ändert. Man kann die Motion abschreiben, denn sie führt nicht zum Ziel.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Vielen Dank auch für die Voten und für die Anerkennung, dass gewisse Massnahmen ergriffen wurden. Das ist tatsächlich so. Wir haben uns mit den Fachverbänden an einen Tisch gesetzt und nach Lösungen gesucht. Das Gebietsprinzip ist heute nicht mehr in der gleichen Form sinnvoll wie früher. Es sind einfach mehr Bauinspektoren, Bauinspektorinnen, es gibt mehr Leute, die Teilzeit arbeiten. Ich glaube, Sie hätten nicht so Freude, wenn Sie eine Architektin wären und im Neubad einreichen möchten, und es sind die beiden Personen, die dort für das Gebiet zuständig sind, gerade überlastet. Man ist zu wenig flexibel, man kann nicht gut reagieren, also die Gebietszuständigkeit in dieser starren Form macht wenig Sinn.

Was aber Sinn macht, und ich bin froh, dass Sie mich da, Herr Albiets, darauf aufmerksam gemacht haben, dass das in der Beantwortung nicht ganz klar ist, es ist so, dass wir natürlich nach Möglichkeit nicht nur in den Vorberatungen, sondern auch nachher, wenn das Baugesuch eingereicht wird, und von da aus sowieso bis zum Schluss, die gleiche Person einsetzen. Wir machen das auch in absolutem Eigeninteresse. Es kostet viel Zeit, wenn sich eine Person wieder in ein Baugesuch einlesen muss, also deshalb, wir haben nicht nur neu jetzt sichergestellt, dass in den Vorberatungen diese Durchgängigkeit besteht, sondern nach Möglichkeit auch nachher. Mit der Einführung des digitalen Baubewilligungsverfahrens, das ist erst zwei Monate her, haben wir jetzt einen entscheidenden Schritt gemacht, dass das schneller vorwärtsgeht, auch transparenter ist. Ich denke, da werden wir die Effekte sehr bald spüren.

Justierungen nehmen wir laufend vor und es ist auch klar, wir möchten eine gewisse Spezialisierung beibehalten. Wenn jemand schon einen Laborbau gemacht hat, ist es sinnvoll, dass diese Person den zweiten und den dritten Laborbau auch macht oder auch in einem gewissen Gebiet tätig gewesen ist, sich in Riehen auskennt, usw., das sind alles Faktoren, wie wir die Fälle zuteilen. Die Fälle werden nicht zufällig zugeteilt, also 32 bekommt jetzt Bauinspektor Nummer 3, sondern der Fall wird angeschaut und der Person, die sich am meisten eignet und natürlich auch frei ist, die Kapazität hat, zugeteilt. Also da sind wir ständig dran.

Parallel dazu, Sie haben auch, Herr Hettich, die Komplexität des Baubegehrens nicht nur in Basel, sondern in der ganzen Schweiz angesprochen. Das ist ein Arbeitsstrang, den wir weiterverfolgen. Letzte Woche hat ein sehr interessanter Anlass des SIA Basel stattgefunden zum Thema Gebäudetyp E, also experimentelles oder einfaches Bauen, da wurden verschiedene Lösungswege skizziert. Auch die BRK beschäftigt sich ja mit diesem Thema und ich denke, da müssen wir dranbleiben, denn sogar schweizweit gibt es eine Taskforce, wie man Bauen wieder einfacher machen soll, weil wir sonst Mühe haben, den benötigten Wohnraum in der ganzen Schweiz, in allen Städten zu erstellen. Und wir möchten ja nicht, dass zu viel weiterhin die grüne Wiese zugebaut wird, also Verdichtung ist wirklich ein wichtiges Stichwort.

Sie sehen, ich bin mir absolut bewusst, dass nach wie vor Handlungsbedarf besteht, auch beim BGI bleiben wir an den Prozessen dran und verbessern, was wir immer können, und auch an den materiellen Gesetzen werden wir weiterhin arbeiten und Vorschläge bringen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben.

#### **46. Motion Beat K. Schaller und Konsorten für eine sichere Kreuzung bei der Heiliggeistkirche, Zwischenbericht des RR**

[18.03.26 16:50:18, 23.5272.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Als erster Fraktionssprechender für die SVP eingetragen hat sich Beat K. Schaller.



*Beat K. Schaller (SVP):* Der «Chrüzlistich» ist eindeutig, ich möchte aber doch noch ein paar Worte zuhanden der Regierung verlieren. Zwei Jahre Zeit, um einen weiteren Bericht vorzulegen, wir erwarten allerdings, dass da wirklich alle Fragen beantwortet werden. Wir verlangten eine gesamtheitliche Beurteilung für alle Verkehrsteilnehmer, ist in dieser Antwort nicht ersichtlich. Ein Lösungsvorschlag ja, tatsächlich, die Regierung hat kurzfristig reagiert, eine Teileinbahnstrasse eingeführt, aufgezeigt, dass das zu einer Verbesserung der Sicherheit führt. Wir anerkennen diese kurzfristige Massnahme, auch wenn ich selbst von den Autorealisten kräftig Haue bekommen habe, aber das ist der Preis, den man zahlt für Engagement. Die dritte Forderung, Miteinbezug der Bevölkerung ist noch nicht erfüllt, dann aber der verbindliche Terminplan, der gefordert wird, da wird es abenteuerlich, da wird sogar noch der Umbau der Margarethenbrücke verwendet und eingesetzt, um eine Verzögerung zu rechtfertigen.

Es dauert halt in diesem Departement schon alles sehr, sehr lange. In der ersten Version meines Manuskripts hatte ich einen Satz, ob nicht vielleicht BVD für Bau- und Verzögerungsdepartement steht. Ich habe mich entschieden, diesen Satz nicht zu sagen und viel lieber das Positive zu erwähnen. Ja, das BVD hat das Anliegen der Motion aufgenommen, anerkennt, dass es sich um eine Kreuzung mit grossem Gefahrenpotenzial handelt, ist an einer Vorstudie für die Thiersteinerallee, soll im 2026 abgeschlossen sein, dann werde auch noch die Bevölkerung inbegriffen sein.

Das tönt gut, also wie gesagt, es ist richtig, dass wir die Frist erstrecken. Wir erwarten aber von der Regierung in zwei Jahren viel konkretere Aussagen, speziell über den Terminplan und dort, wo möglich, auch konkrete Massnahmen an der Kreuzung zur Verbesserung der Sicherheit vor allem und ganz speziell für die Fussgänger und ich danke Ihnen, wenn Sie zustimmen für die Fristerstreckung.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Vielleicht nur ganz kurz. Vielen Dank, Herr Schaller, ich verstehe Ihre Ungeduld. Ich denke aber, wir sind uns einig, dass Sie auch von unserem Departement erwarten, dass wir im Grossen denken, dass wir die verschiedenen Baustellen, die im Gundeli stattfinden, dass wir die koordinieren, denn jedes Mal, wenn wir eine Tramschiene anfassen, bedeutet das ein Tramunterbruch für längere Zeit und ich denke, Sie würden schimpfen, wenn wir einen Ratschlag oder eine Baustelle präsentieren würden und die verschiedenen Abhängigkeiten beispielsweise mit dem IWB-Abzweiger oder der Neugestaltung der Güterstrasse, wenn wir das nicht miteinander koordinieren würden. Ich glaube, da wären Sie auch der Meinung, dass wir das nicht tun sollten. Deshalb haben wir kurzfristige Massnahmen ergriffen und die langfristigen Planungen möchten wir mit den anderen Baustellen abstimmen und bitten deshalb um die Fristerstreckung um zwei Jahre, um dann auch konkreter werden zu können.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Frist um zwei Jahre zu verlängern.

### **47. Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Velofurt - Pilotversuch in Basel, Schreiben des RR**

[18.03.26 16:54:45, 22.5120.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Als erste Fraktionssprechende eingetragen hat sich Raffaella Hanauer.

*Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb):* Ich beantrage im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, hier stehen zu lassen bei diesem Anzug, dies, weil wir der Ansicht sind, dass es unzureichend dargelegt wurde, dass tatsächlich kein geeigneter Ort für einen solchen Pilot im Kanton Basel-Stadt gefunden werden konnte und weil wir auch der Ansicht sind, dass bei der Peter Merian-Brücke, dort bei dieser Überführung, dass man dort durchaus hätte genauer prüfen können, zumal auch die Sichtweiten verändert



werden mit der künftigen Überführung dort, ob nicht dieser Pilot dort umgesetzt werden kann. Faktisch ist ja schon eigentlich eine solche vortrittsberechtigte Velofurt dort in Betrieb, weil so viele Velofahrende dort die Strasse queren, dass sie faktisch tatsächlich Vortritt haben. Daher hätten wir uns gefreut, wenn man hier tatsächlich ein bisschen mehr versucht hätte, und beantragen Stehenlassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Regierungsrätin Esther Keller verzichtet. Wir kommen damit zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Raffaella Hanauer

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**73 Ja, 18 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008517, 18.03.26 16:57:06]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 73 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen den Anzug abgeschrieben.

### **48. Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Konzessionierung von Miet-E-Fahrzeugen, Schreiben des RR**

[18.03.26 16:57:23, 19.5282.05]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

### **49. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Veloführung an der Kreuzung Am Wiesengriener – Weilstrasse, Schreiben des RR**

[18.03.26 16:57:46, 21.5739.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.



## 50. Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend politische Rechte für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung, Zwischenbericht des RR

[18.03.26 16:58:09, 21.5475.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Gemeldet hat sich als Fraktionssprecher Oliver Thommen für die GRÜNE/jgb.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Leider ist der Regierungsrat nicht da oder besser gesagt, «nur» in Form von Frau Keller. Deswegen möchte ich Ihnen einfach zwei Dinge mit auf den Weg geben. Sie verlangen eine Fristverlängerung von zwei Jahren. Wir haben vor ein paar Monaten hier Ihr Programm bezüglich Einbindung von Menschen mit Behinderung diskutiert bis 2029. Das sind von mir aus gesehen drei Jahre. Ah, jetzt ist er da. Sie können ja den Anfang noch mitnehmen. Das sind drei Jahre. Wir verlängern die Frist um zwei Jahre, aber in dem Programm für die Stärkung der Rechte mit Behinderung ist diese Motion gar nicht drin oder diese Forderung. Das heisst, sie kommen in zwei Jahren sowieso wieder und verlangen nochmals eine Verlängerung dieses Punktes. Deswegen ist es etwas absurd, dass wir heute beschliessen, die Motion stehen zu lassen.

Dann hätte ich noch eine Frage an den Regierungspräsidenten. Es wird eben gesagt, dass man zuerst abwarten muss, korrekterweise, bis die Stimmrecht 16-Frage geklärt ist und meine Frage hier wäre, wenn es dann eine Abstimmung darüber gibt, wird es dann zwei Abstimmungen darüber geben? Also wird einmal darüber abgestimmt, zuerst über das Stimmrecht 16 und danach über das Stimmrecht für Menschen mit Behinderung oder gedenkt der Regierungsrat, dies in einem Mal zu machen, was ich grundsätzlich falsch fände, weil das dann vermischt würde. Und bisher war der Regierungsrat hier nicht sehr klar, wie das Vorgehen hier wäre, weil wenn dem nicht so ist, dass das zusammenkommt, sehe ich eigentlich keinen Grund, weil hier sehr grosse Einigkeit im Rat besteht, dass der Regierungsrat innerhalb eines Jahres eigentlich eine Vorlage an den Grossen Rat machen könnte, die man zur Abstimmung bringen könnte. Da könnte das Volk jetzt nach sechs Jahren dann langsam endlich entscheiden und das mit dem Stimmrechtsalter 16 können wir uns immer dann noch für das Jahr 2028 aufheben, weil vorher kommt es ja wahrscheinlich sowieso nicht.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als Einzelsprecher eingetragen hat sich Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich beantrage, dass wir keine Fristverlängerung um zwei Jahre machen. Das ist ein ganz gefährliches Thema betreffend politische Rechte für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung. Ich habe jetzt gelesen, dass die Leute elektronisch abgestimmt haben, auch mit psychischer Behinderung, und dass das nicht geklappt hat. Sie haben es auch in der Zeitung gelesen, also es ist ein ganz heikles Thema. Auch ich habe Erfahrungen mit dieser Geschichte, Rechte für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung, das wirft man mir auch immer vor, aber ich weise das zurück. Ich möchte also den Antrag stellen, keine Fristverlängerung um zwei Jahre und dass die Sache von Oliver Thommen abgeschrieben wird.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrat Conradin Cramer.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir gestaffelt die Stimmbevölkerung entscheiden lassen müssen über die verschiedenen vorgeschlagenen Änderungen betreffend die Verfassungsbestimmung. Wir hatten, als die Motion, über die wir jetzt sprechen, für politische Rechte für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung eingereicht wurde, bereits zwei Motionen hängig. Die eine war diejenige für das Ausländerstimmrecht, die dann ja zur Ausarbeitung eines Ratschlags führte und zu einer Volksabstimmung im November 2024. Im Anschluss daran haben wir uns an die Ausarbeitung des Ratschlags für die zweite damals schon überwiesene Motion, nämlich Stimm- und Wahlrechtsalter 16 gemacht. Dieser Ratschlag liegt Ihnen seit letztem Herbst vor. Er ist derzeit in Vorberatung durch die Justiz- und Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates. Und dann im Anschluss, wenn auch dieser Ratschlag durch den Grossen Rat beraten wurde und wenn der Grosse Rat zustimmt zum Ratschlag, dann eine Volksabstimmung über die Verfassungsänderung angesetzt und durchgeführt werden konnte, dann werden wir uns an die Ausarbeitung einer Verfassungsänderung für das Stimm- und Wahlrecht für Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung machen.

Das dauert lange, zugegeben, wir reden hier von Verfassungsänderungen und wir haben uns seitens Regierungsrat bis jetzt mit Ihrer Zustimmung dafür entschieden, dass wir das konsequent machen und nicht parallel an den verschiedenen



Verfassungsänderungen arbeiten. Man könnte wohl auch parallel arbeiten, das würde allerdings die Sache komplizieren, weil man ja dann nie weiss, an welcher Version der gültigen Verfassungsbestimmung man gerade arbeitet und welche man dann der Stimmbevölkerung vorlegen will. Deshalb glaube ich schon, dass es aus Respekt vor der Beständigkeit der Verfassung und vor allem vor der Einheit der Materie als doch eisernen Grundsatz, gerade wenn es um politische Rechte geht, angemessen ist, dass wir hier entsprechend gestaffelt vorgehen und das braucht, weil es nichts Längeres gibt im Verfahren als eine Verfassungsänderung, entsprechend Zeit.

Deshalb müssen wir hier nochmals mit einer Verlängerung kommen, nochmals um zwei Jahre, Ihnen den Antrag stellen, die Frist für die Erfüllung dieser Motion zu verlängern. Inhaltlich ändert das nichts am Entscheid des Grossen Rates und am Auftrag an den Regierungsrat, einen entsprechenden Ratschlag auszuarbeiten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um zwei Jahre gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst keine Fristverlängerung gemäss Antrag Eric Weber.

### Ergebnis der Abstimmung

**92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008522, 18.03.26 17:06:12]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme die Fristerstreckung um zwei Jahre verlängert.

## 51. Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wahlmaterial-Kakophonie, Schreiben des RR

[18.03.26 17:06:21, 23.5602.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Erster Fraktionssprechender ist Oliver Thommen für die GRÜNE/jgb.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Ich kann hier auch im Namen von BastA sprechen und bitte Sie, diesen Anzug stehen zu lassen. Der Grund ist einfach, das Mittel, dass man einfach alle Menschen, die stimmberechtigt sind, einmal anschreibt und sie bekommen alle Unterlagen zur Verfügung gestellt. Ich hatte einmal bis jetzt die Chance im Kanton Basel-Stadt und das war bei den Bürgergemeinderatswahlen. Ich habe das sehr geschätzt und ich denke, dass es viele Menschen auch schätzen, wenn wir uns ein bisschen selbstdisziplinieren mit dem Versenden von Wahlmaterialien. Ich denke, meine Erfahrung zumindest als Kampagnenplaner in Riehen zeigt einfach, dass es auch eine selbstdisziplinierende Wirkung hat, dass man die Leute nicht die ganze Zeit auch im Briefkasten noch belästigt.

Ein Punkt zum Argument des Regierungsrats, dass das viel zu teuer wäre für die Parteien. Wenn man die Rechnung macht, die er hier anstellt, dann würde man bei acht Parteien, die an diesem Versand teilnehmen würden, also das heisst, alle Fraktionen hier, wir haben noch eine Partei mehr, wahrscheinlich wären es neun, dann wären wir bei 14'000 Franken pro teilnehmende Partei an diesem Versand, was es kosten würde. Ich gehe davon aus, dass es vielleicht sogar noch die eine oder andere mehr wäre, weil wenn Sie einen Versand bei der Post machen, der an alle Haushalte geht, kostet das 20'000



Franken. Also jede Partei wäre blöd, das nicht zu machen, weil sie würde 6'000 Franken sparen oder könnte sie irgendwie anders investieren. Die Bürgerinnen und Bürger hätten einen Vorteil, weil sie alles gebündelt erhalten würden. Vielleicht einzig ein Punkt, den ich mir selber auch nicht überlegt habe, aber jetzt als Rückmeldung erhalten habe, ist, dass natürlich der Nachteil da wäre, dass dann nur diejenigen, die stimmberechtigt sind, die Wahlunterlagen oder die Wahlflyer der Parteien erhalten würden und alle anderen nicht. Aber ich denke, es gibt genug andere Wege, wo diese Personen auch mit den Wahlinformationen in Kontakt kommen würden.

Wir bitten Sie also, diesen Anzug stehen zu lassen und den Regierungsrat hier nochmals zu arbeiten.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich darf auch nicht nur für die SVP-Fraktion, sondern auch für die Fraktion der Liberaldemokraten und die Fraktion Mitte-EVP sprechen. Ich bitte Sie, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und diesen Vorstoss von Herrn Thommen abzuschreiben. Es hat tatsächlich bei der Erstüberweisung auch in unserer Fraktion Unterstützung gegeben dafür, dass wir uns das einmal vom Regierungsrat überprüfen lassen. Wir haben gefunden, die Antwort des Regierungsrates ist sehr plausibel und wir sind auch der Ansicht, dass der Mehrwert letztlich auch für die Parteien nicht sonderlich gross ist.

Der Regierungsrat führt in seiner Antwort, in seiner Stellungnahme aus, was es auch für Restriktionen dann gäbe für die Parteien, wenn man einen solchen standardisierten Versand durch den Kanton hätte. Es wäre ja, ich nehme an, das sieht Thomas Thommen auch so, nicht ganz so wie in der Gemeinde Riehen, wo dann irgendwie je sechs eifrige Helferinnen und Helfer am Morgen einmal in einem Saal um die Tische laufen, um dann dieses Wahlmaterial einzupacken, sondern das müsste angesichts der Menge, wir reden hier doch von aktuell, glaube ich, 92'000 Stimmberechtigten, eine organisierte Verteilung oder eine organisierte Einpackaktion sein, die nicht durch die Parteien organisiert werden könnte.

Und dann gäbe es nebst diesem Aufwand, den wir dem Kanton übertragen, da kann man der Meinung sein, der Kanton soll das machen respektive in Auftrag geben, dass das gemacht wird, gibt es weitere Einschränkungen. Der Regierungsrat teilt das mit in seiner Stellungnahme. Es gäbe Auflagen betreffend das Format dieser Wahlunterlagen, wahrscheinlich auch bezüglich der Grösse, also wie viele Seiten eine solche Broschüre, ein solcher Flyer haben sollte. Und dann sind wir dann schon sehr in einem Bereich, in dem wir finden, wo der Kanton Vorgaben machen müsste, die wir dann nicht mehr unbedingt gutheissen könnten.

Herr Thommen hat die Kosten angeführt. Das ist tatsächlich so, das kostet etwa 20'000 Franken, ein solcher Versand über die Post. Sie müssen diesen Versand ja aber nicht machen, sie sind selbstverständlich frei, auch andere Wege zu beschreiten, Sie können es selber verteilen, es gibt auch auf dem Markt noch andere Anbieter, zugegebenermassen nicht ganz so zuverlässige wie die Post, das ist klar, aber wir sind ja hier nicht gebunden, das als Partei zu machen. Die Parteien sind eigenständig und selbstverantwortlich, wie sie ihre Wahlpropaganda unter die «Leute» bringen sollen, deshalb halten wir diesen Mehrwert für sehr gering.

Und ich muss auch tatsächlich sagen, ich weiss nicht, Herr Thommen, ob Sie mit dieser Idee am Schluss des Tages mehr Menschen erreichen. Ich persönlich habe ein wenig das Gefühl, und da bin ich nach so vielen Jahren Parteiarbeit vielleicht auch ein bisschen desillusioniert, diese Flyer werden dann halt schon auch sehr oft einfach aus dem Brief- oder Milchkasten direkt ins Altpapier geworfen, sofern sie denn überhaupt vom Briefkasten den Weg in die eigene Wohnung finden. Und wenn man das dann in einem solchen Couvert bekommt, weiss ich nicht, ob dann einfach das Couvert quasi 1:1 ins Altpapier wandert. Ich glaube nicht, dass dieser Versand im Kanton über ein Couvert des Kantons dann letztlich die Demokratie fördert und das Interesse an der Demokratie steigen würde.

Und der letzte Punkt, das hat Herr Thommen ja selber auch als Schwäche dieses Vorstosses nun angegeben, Sie würden natürlich tatsächlich mit diesem Versand an alle Stimmberechtigten letztlich all jene ausschliessen, die nicht stimmberechtigt sind im Kanton Basel-Stadt, die natürlich diese Unterlagen oder diese Flyer dann auch erhalten. Wenn man es weiterhin mit der Post oder mit jemand anderem Privaten verteilen lässt, werden diese dann nicht mehr bedient. Ob das dann zur Demokratie beiträgt, weiss ich nicht. Ich könnte mir vorstellen, dass der eine oder andere durchaus auch Interesse daran hat, diese Unterlagen zu sichten, der nicht hier im Kanton Basel-Stadt stimmberechtigt ist, aber zum Beispiel bereits auf dem Weg dazu in einem Einbürgerungsverfahren sich befindet.

Deshalb glauben wir, ist der Mehrwert nicht sonderlich gross, der Aufwand für den Kanton doch erheblich und ich glaube, die Staatskanzlei hat in Bezug auf Wahlen organisieren noch die eine oder andere grössere Pendezenz zu erledigen. Ich würde jetzt ungern der Staatskanzlei noch weitere Aufgaben in diesem Bereich zuteilen. Deshalb, halten wir doch an unserem bewährten System fest. Letztlich haben Sie auch andere Wahlunterlagen, die Sie in Ihrem Briefkasten finden werden, denn jeder einzelne Kandidat, jede Kandidatin kann ja trotzdem auch noch einen Flyer in ihrem Wahlkreis verschicken lassen.



Wir bitten Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und den Anzug heute abzuschreiben. Die Zwischenfragen nehme ich gespannt an.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Daniel Seiler als erster.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich weiss nicht, ob Sie ein bisschen Angst haben, dass es am Schluss Einheitsbrei gibt, wenn es am Schluss das gleiche Format geben würde. Also das finde ich ein bisschen eine einfache Ausrede. Finden Sie das nicht?

*Joël Thüring (SVP):* Der Regierungsrat argumentiert unter anderem so in seinem Anzug und ich kann das bis zu einem gewissen Grad unterstützen, aber es überrascht mich, David Seiler, dass gerade Sie sich da jetzt so dagegen wehren. Sie sind doch jemand, der sehr dafür ist, dass der Staat möglichst wenig organisiert und wenig Vorschriften macht. Deshalb sollte das Abschreiben in Ihrem Interesse sein.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Wäre die Zuteilung einer bewältigbaren Aufgabe nicht im Sinne moderner Pädagogik aufbauend und motivierend für die Staatskanzlei?

*Joël Thüring (SVP):* Ich weiss nicht, das müsste vielleicht der Regierungspräsident im MAG mit der Staatsschreiberin einmal klären.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Brigitte Gysin als Einzelsprecherin.

*Brigitte Gysin (Mitte-EVP):* Ich möchte gerne ergänzend zum Votum von Joël Thüring kurz noch die Perspektive einer eher kleineren Partei mit nicht so grossen finanziellen Mitteln sprechen. Im Votum von Oliver Thommen klang es für mich, als wäre es ja selbstverständlich, dass alle einen Postversand machen und darum dumm wären, jetzt bei einem solchen Versand nicht mitzumachen. Ich möchte sagen, für eine kleine Partei ist ein Postversand so im Abwägen, wo investiert man das Geld, eher etwas, was wir bisher zum Beispiel als EVP nicht gemacht haben. Das heisst, wenn aber jetzt so ein gemeinsamer Versand besteht, dann muss man ja doch offen sagen, dann wäre man tatsächlich dumm, nicht mitzumachen, aber nicht, weil es billiger ist als anders, sondern einfach, wenn man da nicht im Couvert ist, ist man wahrscheinlich dann für jene, die es nicht direkt ins Altpapier wandern lassen, irgendwie gar nicht richtig dabei bei diesen Wahlen. Und ich zweifle darum auch, dass andere Parteien, die nicht hier im Grossen Rat sind und noch kleiner sind, dann die Möglichkeit haben, sich dabei zu beteiligen, denn zu den Versandkosten kommen ja dann auch noch die Druckkosten. Wir haben als EVP noch nie 90'000 Flyer gedruckt. Es ist heutzutage nicht allerwelts teuer, aber es ist doch auch ein Posten, ein Faktor, der zu bedenken ist. Das heisst, ein Stück weit wird vielleicht damit auch eine andere Ungleichheit geschaffen, wenn ein solcher Versand erfolgt. Darum bitte ich auch, abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als Einzelsprecher eingetragen hat sich Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Wenn man sich das ein bisschen überlegt, bekomme ich grosse Angst bei diesem Vorstoss von Oliver Thommen. Stellen Sie sich vor, Herr Thommen, Sie haben ja gesagt, rechtsradikaler Grossrat, mein Prospekt wird dann abgelehnt wegen Rassismus und mein Prospekt ist nicht im Couvert. Stellen Sie sich einmal vor, Oliver Thommen, was wir uns dann für Probleme einhandeln würden, wenn die Regierung sagt, von dieser Partei der Arbeit kommt es nicht rein, weil das angeblich zu links ist, und von Eric Weber kommt es auch nicht rein, weil das angeblich rassistisch ist. Was passiert dann? Also da bauen wir dann Sachen auf, die wir gar nicht wollen. Das wollte ich einfach sagen.

Und Oliver Thommen, Sie haben gesagt, die Leute würden sich belästigt fühlen, wenn sie da so einen Wahlflyer im Briefkasten haben. Mein Gott, dann dürfen Sie keinen Briefkasten haben, Oliver Thommen. Ich habe ein Postfach. Also wir dürfen den Antrag Oliver Thommen nicht stehen lassen. Ich bin jetzt froh, heute habe ich Sie kennengelernt.



Zu Joël Thüring, meinem Lieblingspolitiker, er hat auch richtig gesagt, abschreiben. Die Einpackaktion ist zu teuer und dann ist ja die Frage, wer darf oben liegen? Ich würde dann sagen, der dienstälteste Grossrat, Eric Weber, darf oben liegen. Wenn Sie das auspacken, das ist so ein dicker Stapel, 30 Heftchen, wer darf dann oben liegen? Ist es die Liste 1? Ich weiss gar nicht, wer die Liste 1 ist, ich glaube, das war die PdA. Ich weiss es nicht. Wer darf oben liegen, solche Fragen kommen. Ich habe die Erfahrungen, Oliver Thommen, fünf Mal gewählt, drei Mal nicht gewählt, das sind acht Grossratswahlen gewesen, und da habe ich die Erfahrung. Das wollte ich noch sagen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Über die Sinnhaftigkeit eines solchen gemeinsamen Wahlversands kann man geteilter Meinung sein. Ich kann einfach aus der Erfahrung als Einwohner in Riehen berichten, es ist nicht so, dass man dann nur dieses Couvert bekommt, sondern man bekommt noch ganz viel anderes, was ich jeweils mit grossem Interesse natürlich dann studiere.

Das ist aber nicht die Argumentation des Regierungsrats, es steht uns ja auch nicht zu, Ihnen zu erklären, wie Sie Wahlkampf am besten machen sollen. Wir argumentieren ja recht formell und stellen fest, dass wir nach der jetzigen Verfassungs- und Gesetzeslage keine Möglichkeit sehen für eine Art von staatlicher Parteienfinanzierung und die Finanzierung eines solchen gemeinsamen Versands wäre eine Parteienfinanzierung. Das führt dazu, und das wurde auch nicht bestritten, dass die Vollkosten dieses Versandes von den teilnehmenden Parteien zu tragen wären. Wir haben da so Kostenschätzungen Ihnen aufgeschrieben. Meine Vermutung ist, dass der Kanton das jetzt nicht unbedingt am günstigsten macht von allen möglichen Anbietenden. Dass Sie das trotzdem dem Kanton anvertrauen wollen teilweise, das erfüllt mich mit Dankbarkeit in das Vertrauen in die Effizienz unseres Kantons, dennoch darf man sich schon fragen, ist denn das eben jetzt in der Lage, wo wir keine gesetzliche Parteienfinanzierung kennen, eine staatliche Aufgabe, diesen Versand zu koordinieren. Wenn das Konzept so überzeugend ist, dann steht ja den Parteien auch frei, sich da zusammenzutun und eben möglicherweise das sogar noch günstiger bewerkstelligen zu können, als es der Kanton mit all den Anforderungen, die er erfüllen müsste, könnte. Das ist der Hauptgrund, dass der Regierungsrat sich jetzt ein drittes Mal, wir hatten ja schon Anzüge 2008 und 2014, gegen dieses Anliegen wehrt, einer staatlich koordinierten Versandaktion vor den Wahlen.

Ein weiterer Grund ist auch ein inhaltlicher, es würde sich dann die Frage stellen, inwieweit der Kanton verpflichtet ist, die Inhalte von Wahlflyern zu prüfen, was da die Kriterien sind. Da sind wir in seichtem Gewässer und in den Untiefen der Auslegung. Das würde möglicherweise dann auch wieder Anfechtungen geben und dann sind die Wahlen schon vorbei. Also das ist alles nicht ganz so einfach. Das ist übrigens auch der Grund, warum, und das wurde heute gar nicht thematisiert, ist aber auch Teil des Vorschlags des Anzugs, das ist auch ein Grund, dass der Regierungsrat gegen eine Verknüpfung der Parteiwebseiten mit den Wahlzetteln ist über einen QR-Code, weil wir einfach der Meinung sind, der Wahlzettel muss ganz neutral sein und darf auch nicht indirekt Links erhalten zu Parteiwebseiten. Deshalb auch diese Idee, die natürlich günstiger zu haben wäre, sieht der Regierungsrat nicht als tauglich an und bittet Sie deshalb, den Anzug abzuschreiben.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Oliver Thommen.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**33 Ja, 62 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008529, 18.03.26 17:23:43]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 62 Nein-Stimmen gegen 33 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung den Anzug stehen gelassen.



## 52. Motion Oliver Thommen und Tim Cuénod betreffend ein Konzept für Geschichte und Erinnerungskultur im öffentlichen Raum, Stellungnahme des RR

[18.03.26 17:23:52, 25.5321.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen. Der Regierungspräsident verzichtet auf ein Votum. Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Im Namen der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, auf diese Motion nicht einzutreten und sie heute als erledigt abzuschreiben. Wenn man die Stellungnahme des Regierungsrates liest, das habe ich getan, dann muss man eigentlich feststellen, dass der Regierungsrat ja in dieser Motionsbeantwortung festhält, dass er diese Idee im Rahmen der Umsetzung des neuen Kulturleitbildes versucht umzusetzen. Weshalb nun der Regierungsrat möchte, dass ihm die Motion zur Erfüllung überwiesen wird, obschon er ja bereits zugesagt hat, dass er in diesem Bereich auch einen Schwerpunkt im neuen Kulturleitbild setzen will, erschliesst sich der SVP-Fraktion nicht.

Wir sind in dieser Thematik grundsätzlich offen, wir möchten dies aber dann im Rahmen der Diskussion über das Kulturleitbild, wir haben ja hier eine Vernehmlassung, die abgeschlossen ist und nun beim Regierungsrat zur Ausarbeitung oder zur weiteren Bearbeitung vorliegt, wir möchten diese Diskussion im Rahmen des Kulturleitbildes dann führen, weil wir schon auch ein bisschen aufpassen müssen, dass wir von einer Erinnerungskultur nicht in eine von linker Seite leider auf dieser Welt sehr gängigen Schuldkultur übergehen. Und das ist natürlich vielleicht auch ein bisschen Teil des Gedankens Einzelner, die diesen Vorstoss unterschrieben oder unterstützt haben. Wir haben, der Regierungsrat schreibt dies ja auch in seiner Stellungnahme, diverse Vorstösse überwiesen an den Regierungsrat zu Themen, wo wir der Ansicht sind, wo das Parlament der Ansicht war, dass es sinnvoll ist, wenn hier auch im öffentlichen Raum eine entsprechende Information stattfindet. Aber wie nun in diesem weitergefassten, doch sehr breit formulierten Thema der Geschichte und Erinnerungskultur im öffentlichen Raum dann gearbeitet werden soll, soll doch bitte wirklich im Rahmen dieser Diskussion über das Kulturleitbild weiter diskutiert werden.

Deshalb diese Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen, erscheint uns daher nicht notwendig zu sein. Wir bitten den Regierungsrat auch im Rahmen dann des bald wahrscheinlich endgültig vorliegenden Kulturleitbildes das durchaus auch dahingehend zu bedenken, dass wir nun nicht den gesamten öffentlichen Raum zu einer historischen Stätte machen, dafür, glauben wir, gibt es dann auch andere Möglichkeiten respektive auch neuere Formen und es braucht hier sicherlich auch eine gewisse Toleranz gegenüber dem, wie man vielleicht früher gelebt hat und wie man heute lebt und dann auch vielleicht dort nicht mit dem allzu grossen Mahnfinger durch die Geschichte laufen muss.

Wir bitten Sie deshalb, diese Motion heute als erledigt abzuschreiben im Wissen, dass der Regierungsrat ja im Rahmen des Kulturleitbildes das Anliegen von Oliver Thommen und Tim Cuénod entsprechend auch schon aufgenommen hat oder sicher noch vertieft auch aufnehmen wird.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* David Jenny hat sich als Fraktionssprecher eingetragen.

*David Jenny (FDP):* In aller Kürze, ich glaube, das Argument mit dem Kulturleitbild kann hier nicht ziehen, denn das Kulturleitbild nehmen wir einfach zur Kenntnis oder nicht zur Kenntnis, da können wir nicht etwas Einzelnes machen und da können wir auch keinen Auftrag dem Regierungsrat erteilen. Also ich glaube, wir müssen schon nicht sagen, wir können es irgendwo anders diskutieren, wir diskutieren es hier und jetzt. Wir haben uns entschieden, das nochmals zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Regierungspräsident Conradin Cramer hat das Wort.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Tatsächlich rennt die Motion offene Türen ein und das ist ja auch durchaus gut so. Der Regierungsrat will ohnehin ein entsprechendes Konzept ausarbeiten. Er wird das im Kulturleitbild, das allerdings ja auch noch nicht beschlossen ist vom Regierungsrat, festhalten. Das Kulturleitbild wird Ihnen ja dann auch zur Kenntnisnahme unterbreitet, kann also hier auch diskutiert werden. Klarerweise ist aber natürlich ein zusätzliches Signal via Motion des



Grossen Rates nochmals eine klare demokratiepolitische Unterstützung für das Anliegen und stärkt es deshalb und deshalb bitte ich Sie auch namens des Regierungsrats, die Motion zur Erfüllung zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen zur Abstimmung. Joël Thüring beantragt Nichtüberweisung der Motion.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Motion. NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**81 Ja, 10 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008531, 18.03.26 17:30:14]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben die Motion mit 81 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

### **53. Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend Einrichtung eines runden Tisches für LGBTI-Anliegen, Schreiben des RR**

[18.03.26 17:30:23, 22.5023.03]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

### **54. Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Wissen schaffen und austauschen: Was ist los im Kleinbasel und was braucht es, Schreiben des RR**

[18.03.26 17:30:45, 23.5651.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Gemeldet hat sich Fleur Weibel als Fraktionssprechende für die GRÜNE/jgb.

*Fleur Weibel (GRÜNE/jgb):* Ich möchte nur kurz etwas dazu sagen. Wir beantragen ja ebenfalls, den Anzug abzuschreiben. Dies nicht, weil wir das Anliegen nicht sinnvoll fänden, die Massnahmen, die im Kleinbasel im Moment umgesetzt werden oder auch in Zukunft umgesetzt werden, dass die nicht auch wissenschaftlich begleitet werden könnten. Aus unserer Sicht ist nach wie vor sehr vieles unklar. Wir nehmen aber zur Kenntnis, dass der Regierungsrat offensichtlich überhaupt kein Interesse daran hat, sich auf das Anliegen einzulassen oder wissenschaftliche Erkenntnisse miteinzubeziehen und aus



diesem Grund scheint es uns auch nicht sinnvoll, den Anzug jetzt nochmal stehen zu lassen, da, wie gesagt, keinerlei Offenheit seitens Regierungsrat besteht. Das Einzige, was ich irgendwo nicht so ganz verstehe an der Antwort des Regierungsrates, abgesehen davon, dass Sie schon alles wissen und deshalb kein Interesse an weiteren Massnahmen haben, ist, warum Sie zwei Jahre gebraucht haben für die Beantwortung dieses Anzugs. Das wäre sicher auch schneller gegangen, da wahrscheinlich von Anfang an klar war, dass sich die Regierung nicht darauf einlässt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

**55. Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend ein Rathaushof mit Aufenthaltsqualität, Schreiben des RR**

[18.03.26 17:32:43, 23.5592.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

**56. Interpellation Nr. 138 Johannes Sieber betreffend die Rekrutierung von Journalist:innen für die Kommunikation der Regierung und Verwaltung, Schreiben des RR**

[18.03.26 17:33:04, 25.5590.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Johannes Sieber (GLP):* Ich kann es kurz machen, ich bin mit der Antwort zufrieden und ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, dem Regierungsrat zu danken für sein Engagement gegen die unsägliche Halbierungsinitiative, die kürzlich zum Glück abgelehnt wurde.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

**57. Interpellation Nr. 2 Eric Weber betreffend verschärfte Regeln für die Unterschriften für die Grossrats-Wahlen vom 22. Oktober 2028, Schreiben des RR**

[18.03.26 17:33:51, 26.5022.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.



*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich bin mit der Antwort nicht einverstanden. Ganz kurz, zwei Sätze. Einmal heisst es, Name, Vorname und Unterschrift muss man selber schreiben, aber die Strasse darf jemand anders schreiben. Und dann ist es ganz gefährlich, wenn so etwas nur online ausgefüllt werden darf, da sehe ich eine grosse Gefahr, das wollte ich sagen. Ich bin überrascht, dass in zwei Jahren schon wieder Wahlen sind. Man müsste eigentlich eine Legislaturperiode auf fünf Jahre machen, das wäre besser, oder wie im Stadtrat München auf sechs Jahre.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **58. Interpellation Nr. 11 Annina von Falkenstein betreffend Korrespondenztonalität und Portopolitik des Kantons, Schreiben des RR**

[18.03.26 17:35:12, 26.5045.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Ich nehme es vorweg, ich bin mit der Antwort teilweise zufrieden. Wie gewohnt werden natürlich nur genau die Fragen beantwortet, die man stellt und nicht weiter, aber eben wie gewohnt müsste ich langsam wissen, dass ich immer noch die Folgefrage stellen muss für sämtliche Eventualitäten.

Verschiedene Punkte dazu. Was die Tonalität der Schreiben anbelangt, ist es gut zu hören, dass das koordiniert wird und auch periodisch überprüft wird. Dennoch gibt es dort immer wieder Fälle, die einfach ein bisschen Fragezeichen aufkommen lassen, so zum Beispiel, wenn bei einer Stiefkindadoption das erste Zeilen des Briefs ist, dass sofort die Geburtsurkunde zugestellt werden muss, ohne irgendein vorhergehendes kurzes Gratulieren dazu, dass das jetzt geklappt hat, wohlwissend, dass solche Prozesse sehr, sehr lange dauern können. Da fände ich, es wäre einfach angebracht und würde auch das Vertrauen und irgendwie die empathische Verbindung stärken in den Kanton. Nicht, dass das zwingend notwendig wäre, es macht das Zusammenarbeiten aber sicher leichter.

Ein anderes Beispiel, dass von der Stadtgärtnerei etwas rund um eine Bestattung gemahnt wird, bevor überhaupt je die Rechnung eingegangen wurde, dann schlussendlich die Frist zwar entsprechend gesetzt wird, die Mahnung aber trotzdem wieder gestellt wird, bevor die Frist abgelaufen ist. Das sind einfache Dinge, die machen es schwierig zu verstehen, wie da gearbeitet wird und man fühlt sich nicht ganz ernst genommen, weswegen ich hier jetzt einmal nachgefragt habe.

Dann kommen wir zum Thema Porto. Da wäre es schön gewesen, vielleicht eine kritische Selbsthinterfragung, wie viel der A-Post-Korrespondenz auch via B-Post hätte versendet werden können. Dazu ein Beispiel, dass die Rechnung für eine Parkkarte für ein vom Kanton vermietetes Parking am Tag nach der Abholung der Karte schon eintrifft, weil sie A-Post versendet wurde. Ja, ich denke, dass 50 Franken nicht liquiditätsrelevant sind für den Kanton und entsprechend auch B-Post ausreichend gewesen wäre. Ebenso bei den Einschreiben. Es gibt seit ein paar Jahren A-Post Plus, mit dem man auch tracken kann, wo ein Schreiben steckt, das ein bisschen weniger kostet als das Einschreiben. Auch da wäre es interessant gewesen, ob der Kanton das geprüft hat und wie viel man damit einsparen könnte.

Ich hoffe einfach sehr, dass eben dieses «Kleinvieh macht auch Mist» auch beim Kanton beachtet wird, auch wenn die dezentrale Organisation es natürlich schwieriger macht, Standards durchzusetzen und auch zu kontrollieren. Dennoch bin ich überzeugt, dass man auch bei den vermeintlich kleinen Positionen Sparpotenzial hat, was es uns nachher wieder erlaubt, bei den grösseren Positionen auch ab und zu grosszügig zu sein.

Von dem her, ich bin dankbar für die Antwort, aber mit dem Inhalt der Antworten nur teilweise zufrieden.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



## 59. Interpellation Nr. 13 Joël Thüring betreffend Auswirkungen des EU-Unterwerfungsvertrages auf Sozialhilfe, kantonale Kompetenzen und berufliche Qualifikationen, Schreiben des RR

[18.03.26 17:38:31, 26.5047.01]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Joël Thüring (SVP):* Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Leider muss ich feststellen, die Antworten vermögen nicht zu überzeugen. In mehreren zentralen Punkten bleiben sie ausweichend, relativierend oder schlicht unkonkret. Aus diesem Grund erkläre ich mich mit der Antwort des Regierungsrates bereits vorweg nicht zufrieden.

Der Regierungsrat schreibt in seiner Einleitung, dass er den EU-Unterwerfungsvertrag ausdrücklich begrüsse. Das überrascht nicht, in Basel-Stadt scheint man bekanntlich zu glauben, dass alles, was aus Brüssel kommt, eine gute Idee sei. Meine Interpellation hatte jedoch nicht zum Ziel, eine europapolitische Grundsatzdebatte zu führen. Mir ist bewusst, dass es der Regierungsrat lieben würde, sich regelmässig auf Hochglanzbildern mit Vertretern der EU zu präsentieren und nach Brüssel pilgern zu dürfen. Ich habe aber konkrete Fragen gestellt, welche Risiken ergeben sich für unseren Kanton und für unsere Bevölkerung. Und gerade auf diese Fragen bleibt der Regierungsrat erstaunlich vage.

Zum Beispiel im Bereich der Fragen zur Sozialhilfe. Der Regierungsrat bestätigt, dass das neue Daueraufenthaltsrecht zu zusätzlichen Sozialhilfefällen führen kann. Gemäss den vom Bund zitierten Studien wird schweizweit mit tausenden zusätzlichen Sozialhilfebezügern pro Jahr gerechnet, mit erheblichen Mehrkosten für den Steuerzahler also. Und wir reden hier von gesamtschweizerischen Zahlen. Basel-Stadt gehört aber bekanntlich zu den Kantonen mit einer besonders hohen Sozialhilfequoten und gerade deshalb wäre es naheliegend gewesen, zumindest abzuschätzen, was diese Entwicklung für unseren Kanton bedeuten könnte, wie sich hier die Kosten in der Zukunft entsprechend steigern würden. Doch genau das will der Regierungsrat nicht tun. Stattdessen heisst es sinngemäss, man könne keine robusten Aussagen machen. Mit Verlaub, Herr Regierungspräsident, wenn man ein politisches Projekt wie diesen EU-Unterwerfungsvertrag so enthusiastisch unterstützt, sollte man zumindest bereit sein, sich auch mit seinen möglichen Kosten auseinanderzusetzen.

Ein zweiter Punkt betrifft den Föderalismus. Der Regierungsrat argumentiert, die föderale Ordnung werde durch das Vertragspaket nicht geschwächt. Wenn Rechtsakte künftig faktisch in Brüssel vorbereitet werden und die Schweiz verpflichtet ist, diese dynamisch zu übernehmen, dann stellt sich sehr wohl die Frage nach der demokratischen Mitsprache. Die direkte Demokratie und der Föderalismus sind kein Detail unserer Staatsordnung, sie sind das Fundament der Schweiz und genau dieses Fundament gerät ins Wanken, wenn immer mehr Recht ausserhalb unseres demokratischen Systems entsteht.

Ein dritter Punkt meiner Interpellation betrifft die beruflichen Qualifikationen. Der Regierungsrat versucht, hier zu beruhigen und argumentiert, der Qualitätsschutz werde sogar gestärkt, unter anderem durch den Zugang zum europäischen Binnenmarkt-Informationssystem. Das mag auf den ersten Blick plausibel klingen, gleichzeitig bedeutet die Übernahme der entsprechenden EU-Richtlinien aber auch, dass Berufsreglementierungen künftig regelmässig auf ihre Vereinbarkeit mit europäischen Vorgaben überprüft werden müssen. Das kann sehr wohl zu einem Druck führen, bestehende Schutz- und Qualitätsstandards, eigentlich ein Kernanliegen der Linken, zu lockern.

Meine Damen und Herren, das ist genau das Grundproblem dieses EU-Unterwerfungsvertrages. Es geht um die dynamische Übernahme von EU-Recht, Recht, das in Brüssel entsteht, aber in der Schweiz gelten soll. Damit verschiebt sich die politische Entscheidungsgewalt schrittweise weg von den demokratischen Institutionen unseres Landes und von der Bevölkerung hin zu Brüsseler EU-Technokraten, die sich keinen Wahlen stellen müssen und in Hinterzimmern Deals beschliessen können. Man kann das beschönigend Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen nennen oder man nennt es, wie die SVP beim Namen, eine Unterwerfung an die EU-Rechtsordnung. Dabei ist die Schweiz erfolgreich geworden, weil sie souverän, föderal und direktdemokratisch organisiert ist. Diese Stärken sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Aus diesem Grund erkläre ich mich mit der Antwort des Regierungsrates nicht befriedigt.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



## 60. Motion Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Halbierung der Handänderungssteuer, Stellungnahme des RR

[18.03.26 17:43:19, 25.5255.02]

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Ich möchte Ihnen wirklich nochmals ans Herz legen, diese Motion nicht zu überweisen. Nein, nicht nur ich, der gesamte Regierungsrat. Die Handänderungssteuer ist eine sinnvolle Steuer und sie trifft mehrheitlich juristische Personen, die Verkäufer. Das macht Sinn. Natürliche Personen sind privilegiert. Wenn sie familieninterne Übertragungen haben, sind diese steuerfrei, selbstgenutztes Wohneigentum wird nur mit 1,5% besteuert, und in der Regel ist es der Verkäufer, der steuerpflichtig ist.

Wir haben Ihnen die Zahlen geliefert. Sie sehen, das fand ich auch interessant, es sind nur 60% der Steuereinnahmen von juristischen Personen. Was wir festgestellt haben, ist, dass es anscheinend Verkäufer gibt, die den natürlichen Personen sagen, sie wollen die Steuer teilen. Das ist natürlich nicht die Idee, vielleicht müsste man sich fragen, ob man dort einhängt. Aber was Sie jetzt machen, die Steuer halbieren, wird das nicht ändern. Das wird vor allem die juristischen Personen entlasten und unseren Haushalt belasten mit etwa 25 Millionen und ich sehe nicht ein, was der Grund dahinter ist. Obwohl die Bodenpreise massiv angestiegen sind, ist die Handänderungssteuer, also der Ertrag daraus, nicht massiv angestiegen. Das ist ein Thema, welchem wir auch nachgehen. Es gibt anscheinend gewisse Steuerlücken bei uns, welche es in anderen Kantonen nicht gibt. Das betrifft aber auch juristische Personen.

Ich denke, wir haben viele Vorstösse von Ihnen, viele Themen, welche Steuerreduktionen betreffen, wo man darüber reden kann, und wir werden diese Vorstösse auch beantworten, aber diesen hier bitte ich Sie wirklich nochmals, nicht zu überweisen. Hier verlieren Sie 25 Millionen und ich weiss ehrlich gesagt nicht, welche Botschaft dahintersteht.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als erster Fraktionssprecher für die FDP eingetragen hat sich Luca Urgese.

*Luca Urgese (FDP):* Wenn man die Stellungnahme des Regierungsrates liest, dann sieht man zwei Dinge. Die Anzahl der Handänderungen ist relativ konstant, so in einer gewissen Schwankungsbreite, doch die Einnahmen auf der anderen Seite, die sind deutlich angestiegen. Was der Vergleich ebenfalls aufzeigt, der Kanton Basel-Stadt gehört bei der Handänderungssteuer zu den teuersten Kantonen. Es gibt mehrere Kantone, auch das können wir der Stellungnahme entnehmen, die keine Handänderungssteuer kennen. Zürich, Zug, Schwyz, Glarus, Schaffhausen, Aargau, Uri und das Tessin, all diese Kantone kennen keine Handänderungssteuer und haben auch verstanden, wieso eine solche Steuer wenig sinnvoll ist.

Wir haben in diesem Fall keinen realisierten Mehrwert. Für das ist ja die Grundstückgewinnsteuer da, das ist nicht die Bemessungsgrundlage der Handänderungssteuer, und es gibt, das steht auch explizit drin, keinen Zusammenhang zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Auch das ist hier nicht das Thema, obwohl das eigentlich so der verfassungsmässige Grundsatz ist, wenn es um Besteuerung geht. Ich habe es bereits bei der Erstüberweisung gesagt, der Kanton macht bei der Handänderungssteuer die Hand auf, einfach weil er es kann, weil man mit seiner Liegenschaft nicht aus dem Kanton flüchten kann.

Die Regierungsrätin hat soeben gesagt, wenn ich es richtig verstanden habe, es ist eine sinnvolle Steuer, weil es wenige Leute trifft. Das ist das Gegenteil einer sinnvollen Steuer. Eine sinnvolle Steuer hat eine breite Bemessungsbasis und tiefe Steuersätze. Die Handänderungssteuer betrifft relativ wenig Personen, seien sie natürlich oder juristisch, und hat jetzt, wie ich es eben gesagt habe, im schweizweiten Vergleich relativ hohe Steuersätze. Das Gegenteil einer sinnvollen Steuer. Sie hat, und diese Diskussion haben wir bei der Erstüberweisung eingehend geführt, nichts zu tun mit Spekulation. Die spielt hier überhaupt keine Rolle, sie wurde eingeführt, bevor die Grundstückgewinnsteuer eingeführt wurde. Das ist die Steuer, wo es um Spekulation geht, wo auch je weniger lang man die Liegenschaft behält, desto höher der Steuersatz ist. Das ist genau die Wirkung, die man dort erzielen will. Man will verhindern, dass es zu Spekulation kommt, man will dort einen Anreiz setzen, dass man eben die Liegenschaft länger behält. Dort geht es um Spekulation, hier klarerweise nicht.

Es ist eine sehr alte Steuer, wir konnten die Anzahl der Stellungnahme entnehmen, das ist ein alter Zopf, ein sehr alter Zopf. Man könnte so weit gehen und sagen, der gehörte eigentlich abgeschnitten. So weit gehen wir hier nicht. Der Motionär macht mit der Halbierung aus meiner Sicht einen sehr moderaten Vorschlag und den möchten wir unterstützen und bitten Sie deshalb, diese Motion als Motion zu überweisen.



*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Als nächster Fraktionssprecher für die SP eingetragen hat sich Ivo Balmer.

*Ivo Balmer (SP):* Ich kann es kurz machen und auch für viele hier drin im Saal sprechen. Die pauschale Halbierung der Handänderungssteuer, wie hier vorgeschlagen, löst kein einziges Problem auf unserem Immobilienmarkt. Ich glaube, hier hat der Regierungsrat eine gute Antwort geliefert. Sie macht etwas, das ist richtig, nämlich dass sie Immobilienunternehmen weiter entlastet mit dieser Abgabe. Aber was sie sicher nicht tut, selbstnutzende und neue zukünftige private Eigentümer\*innen in unserer Stadt begünstigen.

Der Regierungsrat legt klar, dass Verkaufspreise eben nicht durch Steuern bestimmt werden auf dem Immobilienmarkt. Der Immobilienmarkt ist archetypisch ein Anbietermarkt. Und was passiert da? Die Preise werden durch die maximale Zahlungsbereitschaft der Akteur\*innen bestimmt. Das heisst, senken Sie die Handänderungssteuer, würde deshalb sicher nicht das zu günstigeren Immobilienpreisen führen. Vielmehr würde sich schlicht diese Verkaufsgewinne, die noch als Steuer abgeführt werden, sich hin zu den Verkäufer\*innen verschieben, weil sie genau die Verkaufspreise um diese Beiträge erhöhen. Und das ist der zentrale Punkt, diese Vorlage entlastet nicht die Käuferinnen und Käufer, sondern sie begünstigt jene, die bereits privilegierte Vermögenswerte haben und sie jetzt leistungslos monetarisieren. Und da, lieber Luca Urgese, ist genau ein Teil der Steuergerechtigkeit vorhanden. Es sind Gewinne, die über Vermögenswerte, über diese Verkaufspreise abgeführt werden. Das heisst, wir reden über eine Gruppe, die über Vermögen verfügt.

Auch fiskalpolitisch muss man hier sagen, für was werden dann diese 24 Millionen gebraucht, die wegfallen würden mit einer Halbierung. Ich meine, diese Einnahmen finanzieren öffentliche Leistungen, das ist Verkehr, Schule, Infrastruktur, etc. und genau auch von diesen Infrastrukturen, wer profitiert davon? Es sind eben genau auch die bestehenden Gebäudeeigentümer\*innen in unserer Stadt. Das heisst, wenn das fehlt, dann müssen das alle bezahlen und nicht mehr diejenigen bezahlen, die ja von diesen steigenden Bodenpreisen profitieren, auch von den Investitionen, von uns allen, von der öffentlichen Hand.

Hinzu kommt, das wurde auch schon schön ausgeführt, die Privilegierung von selbstgenutztem Wohneigentum haben wir heute schon. Das sind diese 1,5%, die für Menschen gelten, wenn sie länger als sechs Jahre in unserem Kanton wohnen möchten und dieses neu erworbene Eigentum auch benutzen. Es gibt sogar überhaupt keine Handänderungssteuer, wenn das innerhalb von Familien passiert. Und deshalb verstehe ich überhaupt nicht, weshalb das jetzt irgendetwas mit Wohneigentumsförderung für Private zu tun haben sollte. Was wir hier machen würden, wenn es zu dieser Halbierung kommt, dann privilegieren wir genau die 60%, die explizit ausgewiesen sind, nämlich Immobilienunternehmen.

Und jetzt, Tanja Soland hat es ausgeführt, mich hat es auch überrascht, weshalb gibt es dann überhaupt noch 40% Private, die diese Handänderungssteuer bezahlen? Ein Punkt kann da liegen, dass wir ein Vollzugsdefizit haben. Diese Gesetzesgrundlage, die wir kennen, dass die ausgenutzt wird, dass die 1,5% gar nicht bei den Käufer\*innen eingespart wird, sondern dass sie dann noch diese 1,5% der Käufer\*innen übernehmen. Ein Punkt.

Und ich glaube, was wir nicht vergessen dürfen, und ich habe ein bisschen in meiner Lieblingsstatistik gegraben, die unser Kanton jährlich herausgibt, das sind diese statistischen Grundlagen über diese Transaktionen, da findet man etwas Interessantes. Wer verkauft heutzutage viele Immobilien? Das sind Private. Wir haben dort den Shift. 2000 gab es noch bei Mehrfamilienhäusern, und das sind nicht Stockwerkeigentumswohnungen, das sind Mehrfamilienhäuser, Wohnungen mit mehr als einer Wohnung, 2000, Volkszählung, waren noch 53% der Immobilieneigentümer\*innen in unserem Kanton Private. Wenn man jetzt die neuen Zahlen vom Bundesamt für Statistik anschaut, dann sind wir genau noch bei 39%. Und genau da kommt es dazu, dass eben diese Immobilienunternehmen, die erwerben von diesen Privaten zu diesen hohen Preisen diese Wohnungen.

Ich würde hier zusammenfassend klar sagen, von dieser Halbierung profitieren wenige Immobilienunternehmen, bezahlen werden wir das am Schluss alle, gerade auch die Eigentümer\*innen. Und wenn wir wirklich etwas gegen steigende Wohnkosten oder auch für erschwingliches Wohneigentum machen möchten, dann müssen wir andere Stellschrauben drehen und sicherlich nicht diese Steuer halbieren, weil diese Steuer, die ist relevant und nochmals gesagt, sie wird ja genau auch für Infrastruktur ausgegeben. Am Schluss wird irgendjemand dafür zahlen und ich glaube, für das bietet die SP, und ich glaube auch, da spreche ich für viele der grünen Parteien und auch für die BastA, das ist für uns wirklich ein No-Go. Und sollte, und ich möchte das wirklich hier nochmals explizit machen, diese Handänderungssteuer wirklich halbiert werden, dann wäre das für uns ein Punkt, um mit einem Referendum diese Frage zu stellen. Machen wir es nicht jetzt, überweisen wir das nicht und suchen gemeinsam nach Lösungen, um selbstgenutztes Wohneigentum zu fördern. Aber so nicht.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Bruno Lötscher-Steiger.



*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Besten Dank zunächst für die sehr sorgfältige Abklärung des Regierungsrates. Ich habe die sehr gut gefunden, sehr fundiert und die bildet eine gute Grundlage. Danke auch für das Votum von Ivo Balmer, das wie gewohnt eloquent gewesen ist. Grundsätzlich bin ich immer der Meinung, dass wir keine Angst vor der Bevölkerung haben müssen. Wenn also das Volk dann entscheiden sollte, dann wäre das mir recht, weil das Volk solche Fragen tatsächlich auch mitentscheiden soll. Wir vertreten hier das Volk, wir reden hier anstelle des Volkes, also dürfen wir auch mal einen ersten Versuch machen.

Ich glaube, es ist richtig, diese Halbierung vorzunehmen. Tanja Soland hat gefragt, was soll der Sinn sein, warum wollen wir denn das machen. Es wurde gezeigt, die Steuer ist eine alte Steuer, ich glaube, etwa 1880 eingeführt, aus einer Zeit, wo es halt die relevante Steuer, nämlich die Grundstückgewinnsteuer, noch nicht gegeben hat. Bei der Einführung der Grundstückgewinnsteuer hat man schlicht übersehen, dass diese Transaktionssteuer, weil die damals noch gar nicht so viel Ertrag gebracht hat, jetzt überflüssig geworden ist. Also die Notwendigkeit oder das Bedürfnis des Staates, hier an diesen Transaktionen irgendwie mitzuwirken für die Allgemeinheit, mitzuverdienen für die Allgemeinheit, empfinde ich als verständlich, dieses Bedürfnis ist aber weggefallen.

Dann hat man in den 90er-Jahren diese Steuer mal angeschaut, weil damals die Finanzlage des Kantons total schief war. Wir hatten 300, 400 Mio. Franken Defizite pro Jahr und alle Departemente haben alle solche Positionen angeschaut und man ist damals selbstverständlich zum Schluss gekommen, bei dieser Situation möchten wir eigentlich diese Steuer beibehalten. Wir können uns das nicht leisten. Damals war der Steuerertrag 24 Millionen. Steuern sollten eigentlich nur erhoben werden dort und dann, wenn das Volk klar Ja dazu gesagt hat. Ich kann davon ausgehen, dass zu diesen rund 24 Millionen im Jahre 1993, 1994 man durchaus Ja gesagt hat, aber nicht zu 60, 70, 80 Millionen, wie es jetzt ist. Niemand hat voraussehen können, was hier für eine gigantische Entwicklung stattfindet.

Das Abschöpfen der Gewinne findet über die Grundstückgewinnsteuer, nicht über die Handänderungssteuer statt. Und hier denke ich, liegt eben auch eine demokratische Komponente in diesem Vorstoss, das war für mich eines der Anliegen auch, dass eben der Staat Steuern dort erhebt, wo die Bevölkerung das auch wirklich mitgetragen hat und mitträgt. In diesem Umfang hat die Bevölkerung das nicht getragen. Wir haben das erkannt bei anderen Situationen, bei der kalten Progression, die schneiden wir unterdessen regelmässig weg, damit das nicht ins Unendliche steigt, nur weil man irgendwann einmal Prozentsätze geregelt hat. Hier haben wir es nicht gemacht. Hier gehen wir eigentlich nur zurück auf das, was wir demokratisch legitimiert tatsächlich erheben sollten und erheben dürfen. Deshalb habe ich auch nicht die Abschaffung beantragt, sondern die Halbierung, gerade auch aus demokratischen Überlegungen.

Inhaltlich ist es sowieso richtig, sich mit dieser Steuer etwas politisch auseinanderzusetzen. Es ist falsch, dass wir diese noch haben. Richtig ist, dass diese Kantone, die sie abgeschafft haben, eigentlich systematisch korrekt oder richtig gedacht haben, richtig gehandelt haben von der Systematik her, von der Steuersystematik her. Und dann sind wir erst noch der Kanton mit Neuenburg mit dem Abstand höchsten Betrag. Das macht für mich nun gar keinen Sinn mehr. Also wenn wir schon sehen, dass wir eine Entwicklung haben, die so nicht voraussehbar gewesen ist, und wir noch den höchsten Betrag haben, weshalb wir nicht auf einen Betrag gehen, der bei allen anderen Kantonen, die das noch kennen, in etwa der Massstab ist, nämlich die Hälfte von dem, was wir jetzt verlangen.

Also es ist nichts Revolutionäres, es gibt die Möglichkeit, dass die Menschen, die Häuser, Liegenschaften erwerben wollen, etwas günstiger dazu kommen. Ich bin anders als Sie wohl der Meinung, dass das hier eben relevant ist. Selbst wenn Sie mit den Banken sprechen über die Hypothek, da wird die Handänderungssteuer in der Regel nicht auf die Hypothek geschlagen. Da wird am Schluss der Käufer noch überrascht mit der Handänderungssteuer und die ist jetzt, wie habe ich gesehen, 48'000 Franken im Schnitt pro Transaktion. Vielleicht macht man halb/halb, das ist häufig, aber die Höhe pro Transaktion ist so ausgewiesen. Das macht viel aus in einem Budget, das sowieso in der Phase, wo man eine Liegenschaft kauft, eng und knapp ist.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, es ist ein richtiger Schritt, ich bin überzeugt, es ist ein richtiger Schritt. Wir machen etwas Positives auch auf dem Liegenschaftsmarkt. Und vielleicht ein Satz, nicht alle juristischen Personen, die Liegenschaften haben, sind Immobilienspekulanten. Juristische Personen können auch aus anderen Gründen Liegenschaften haben, also da glaube ich nicht, dass man sagen kann, nur weil es juristische Personen sind, dürfen wir über Grundsätze des Steuerrechts eher hinwegsehen und tiefer in die Tasche greifen, als das eigentlich ursprünglich gedacht ist.

Ich bitte Sie deshalb, und ich darf das auch im Namen der SVP machen, der Zweitüberweisung dieser Motion im Namen der Mitte-EVP zuzustimmen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Einfach noch zwei Bemerkungen. Die Handänderungssteuer, sie wächst nicht in den Himmel. Wenn Sie die Tabelle genau anschauen, sehen Sie, dass es einen Ausschlag nach oben gab, welcher gewisse



grosse Transaktionen betraf, und jetzt geht es wieder nach unten, sie pendelt dann also wieder ein. Und es ist nicht nur Neuenburg, welcher einen hohen Steuersatz hat, sondern auch Genf und Genf hat die gleiche Situation wie wir, sehr wenig Boden. Die Handänderungssteuer sollte natürlich auch eine kleine Lenkungswirkung haben, sie ist nicht vollkommen unnütz.

Aber ich sage Ihnen jetzt einfach, um was es geht im Kern. Sie können jetzt heute entscheiden, Sie möchten hier bei der Handänderungssteuer 25 Millionen weniger einnehmen. Das können Sie finden, wenn das für Sie der wichtigste Bereich ist. Danach werden wir dann die Diskussion haben, wo wir das einsparen und/oder wir erhöhen die Steuern bzw. ich kann Ihnen sagen, wir sollten eigentlich den Krankenkassenprämienabzug wieder anpassen, das ist so vorgesehen, dass wir dort wieder mit einem Geschäft kommen, aber das lassen wir dann wohl lieber sein. Wenn es Ihnen das Wichtigste ist, die Handänderungssteuer aus systematischen Gründen anscheinend zu kürzen, dann machen Sie das. Ich würde Ihnen empfehlen, dass andere Geschäfte, wie zum Beispiel den Krankenkassenprämienabzug, welcher wirklich unsere gesamte Bevölkerung entlastet, welcher es auch notwendig hat, würde ich jetzt vorziehen und ich würde auch kein Sparpaket im Moment sehen. Es gibt wirklich hier keinen Druck für niemanden, diese Steuer zu reduzieren.

Daher bitte ich Sie im Namen des gesamten Regierungsrates, die Motion nicht zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Wir kommen damit zur Abstimmung. Luca Urgese und weitere beantragen Überweisung als Motion. Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung gemäss Antrag Regierungsrat.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**47 Ja, 48 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0008540, 18.03.26 18:06:48]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion nicht zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:* Sie haben mit 47 Ja-Stimmen gegen 48 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen die Motion nicht überwiesen. Wir sind somit am Ende unserer heutigen Sitzung.

#### **Schluss der 7. Sitzung**

18:07 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3  
25.5592

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:18:31

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission (Nachfolge Andrea Strahm, Mitte/EVP)

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	30	13	11	11	11	6	6	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	11	11	11	6	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3  
25.5592

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:19:43

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission (Nachfolge Andrea Strahm, Mitte/EVP)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	30	13	11	11	10	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	13	11	11	11	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4  
26.5031

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:21:00

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	30	13	11	11	10	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	13	11	11	11	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5  
26.5032

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:22:51

Geschäft

Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	30	13	11	11	10	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	13	11	11	11	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6  
26.5033

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:24:08

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf, Mitte/EVP)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	30	13	11	11	10	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	13	11	11	11	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7  
26.5034

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:25:33

Geschäft

Wahl von zwei Mitgliedern der Petitionskommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf und Thomas Widmer-Huber, Mitte/EVP)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	30	13	11	10	10	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	11	10	11	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7  
26.5034

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:26:27

Geschäft

Wahl von zwei Mitgliedern der Petitionskommission (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf und Thomas Widmer-Huber, Mitte/EVP)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	30	13	11	11	10	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	13	11	11	11	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8  
26.5035

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:27:42

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	29	13	10	11	11	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	10	11	11	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
26.5036

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:29:01

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	29	13	11	11	11	5	6	5	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	11	11	11	5	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10  
26.5037

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 09:30:16

Geschäft

Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Franziska Roth, SP)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ent
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	28	13	11	11	11	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	13	11	11	11	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11  
25.1463

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 10:12:09

Geschäft

«Reorganisation der Strafverfolgung (ReoS)»: Zwischenbericht nach Abschluss der Initialisierungsphase, Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für die Konzeptphase, Ausgabenbericht des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	30	13	11	11	11	6	5	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	11	11	11	6	5	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11  
25.1463

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 10:12:56

Geschäft

«Reorganisation der Strafverfolgung (ReoS)»: Zwischenbericht nach Abschluss der Initialisierungsphase, Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für die Konzeptphase, Ausgabenbericht des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	90	30	12	11	10	10	6	6	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	30	12	11	10	10	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11  
25.1463

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 10:13:58

Geschäft

«Reorganisation der Strafverfolgung (ReoS)»: Zwischenbericht nach Abschluss der Initialisierungsphase, Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für die Konzeptphase, Ausgabenbericht des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	30	13	11	11	10	6	6	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	11	11	10	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11  
25.1463

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 10:14:53

Geschäft

«Reorganisation der Strafverfolgung (ReoS)»: Zwischenbericht nach Abschluss der Initialisierungsphase, Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit für die Konzeptphase, Ausgabenbericht des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht abgestimmt
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	30	13	11	11	11	6	6	3	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	30	13	11	11	11	6	6	3	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	0	0	0	2	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	1	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12  
25.0542

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 10:24:33

Geschäft

Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB); Genehmigung der Jahresrechnung 2024; Partnerschaftliches Geschäft, Bericht der IGPK UKBB

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht abgestimmt	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	28	12	10	11	11	6	6	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	13	10	11	11	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13  
25.1393

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 11:23:35

Geschäft

Rahmenausgaben für die Wiederbeschaffung der Fahrzeuge der Stadtgärtnerei zur Erreichung des Netto Null Ziels 2030, Ratschlag des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht abgestimmt	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ent
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Meyer Helena (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Ent	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Grabner Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	32	16	4	1	4	0	0	4	3	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Abgestimmt	35	17	4	1	4	0	0	4	4	1	0
Nicht abgestimmt	59	11	9	10	7	11	6	2	2	0	1
Nicht anwesend	6	3	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13  
25.1393

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 11:24:25

Geschäft

Rahmenausgaben für die Wiederbeschaffung der Fahrzeuge der Stadtgärtnerei zur Erreichung des Netto Null Ziels 2030, Ratschlag des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	38	0	13	10	0	9	0	6	0	0	0
Nein	50	29	0	0	11	0	4	0	6	0	0
Ent	5	0	0	1	0	2	1	0	0	1	0
Abgestimmt	93	29	13	11	11	11	5	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13  
25.1393

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 11:25:31

Geschäft

Rahmenausgaben für die Wiederbeschaffung der Fahrzeuge der Stadtgärtnerei zur Erreichung des Netto Null Ziels 2030, Ratschlag des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ent
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	57	29	0	0	11	5	6	0	6	0	0
Nein	31	0	13	9	0	3	0	5	0	1	0
Ent	6	0	0	2	0	3	0	1	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	11	11	11	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 15  
25.5579

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 11:38:54

Geschäft

Vorgezogenes Budgetpostulat 1 Claudio Miozzari Erziehungsdepartement, Volksschulen, Transferaufwand (Young Carers)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	77	30	7	1	11	11	6	5	6	0	0
Nein	13	0	3	9	0	0	0	1	0	0	0
Ent	3	0	3	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	10	11	11	6	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16  
25.5571

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 11:48:27

Geschäft

Vorgezogenes Budgetpostulat 2 Béla Bartha betreffend Erziehungsdepartement, Abschreibungen Kleininvestitionen und Kleininvestitionen (Sofortmassnahmen Gesundheitsschutz an Schulen)

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	53	30	0	0	11	0	6	0	6	0	0
Nein	40	0	13	11	0	10	0	6	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	11	11	10	6	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	1	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 17  
26.5003

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 15:07:52

Geschäft

Vorgezogenes Budgetpostulat 3 Edibe Gögeli und Andrea Strahm betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Kindernäschtl)

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gögeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	59	26	0	3	10	8	6	0	6	0	0
Nein	26	0	12	8	0	0	0	6	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	87	26	12	11	10	9	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	0	2	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	3	1	0	2	0	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 19  
25.5543

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 16:54:58

Geschäft

Motion 2 Beda Baumgartner und Konsorten betreffend endlich gleich lange Spiesse im gewerblichen Personentransport

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	67	28	4	2	11	10	6	0	6	0	0
Nein	23	0	7	9	0	0	0	6	0	1	0
Ent	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	13	11	11	10	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	3	0	0	1	1	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 20  
25.5544

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 17:16:58

Geschäft

Motion 3 Franziska Stier und Konsorten betreffend grundrechtskonformen Internetzugang in der Administrativhaft

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	59	28	0	2	11	7	6	0	5	0	0
Nein	27	0	12	7	0	2	0	5	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	87	28	12	9	11	9	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	9	3	0	2	1	1	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 21  
25.5545

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 17:38:22

Geschäft

Motion 4 Nicola Goepfert und Konsorten betreffend Gewährung einer unentgeltlichen Rechtsvertretung ab 10 Hafttagen für alle Haftarten bei fehlenden finanziellen Mitteln

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ent
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	55	28	0	0	11	4	6	0	6	0	0
Nein	31	0	13	8	0	4	0	6	0	0	0
Ent	3	0	0	1	0	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	28	13	9	11	10	6	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	3	0	2	1	1	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 22  
25.5546

Abstimmungsdatum

04. Februar 2026 17:56:00

Geschäft

Motion 5 Heidi Mück und Konsorten betreffend Kinderrechte umsetzen: Für ein Verbot ausländerrechtlicher Administrativhaft für Minderjährige im Kanton Basel-Stadt

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nicht anwesend	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	55	28	0	1	11	3	6	0	6	0	0
Nein	31	0	13	7	0	5	0	6	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	28	13	8	11	9	6	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	3	0	2	1	2	1	1	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1

## Anhang B

### Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

<u>Tagesordnung</u>	<u>Komm.</u>	<u>Dep.</u>	<u>Dokument</u>
1. Kantonale Volksinitiative "für die Einrichtung eines Sammlungszentrums im Rundhofgebäude der Messe Basel (Sammlungszentrum-Volksinitiative)", Bericht der WAK	WAK		24.1910.03
2. Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zur Kantonspolizei Basel-Stadt	GPK		26.5029.01
3. Elfter Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 Gesundheitsgesetz, Bericht der GSK	GSK	GD	25.1751.02
4. Kantonale Volksinitiative «für mehr Natur & Biodiversität (Biodiversitätsinitiative)», Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen		BVD	25.1737.01
5. Kantonale Volksinitiative "Für mehr Geld im Portemonnaie (Kaufkraft-Initiative)" », Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen		FD	25.1540.01
6. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Veloführung an der Kreuzung Am Wiesengriener - Weilstrasse, Schreiben des RR		BVD	21.5739.03
7. Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Konzessionierung von Miet-E-Fahrzeugen, Schreiben des RR		BVD	19.5282.05
8. Anzug Karin Sartorius und Konsorten betreffend Velofurt - Pilotversuch in Basel, Schreiben des RR		BVD	22.5120.03
9. Motion Beat K. Schaller und Konsorten für eine sichere Kreuzung bei der Heiliggeistkirche, Zwischenbericht des RR		BVD	23.5272.03
10. Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Bericht des RR		BVD	24.5396.03
11. Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wahlmaterial-Kakophonie, Schreiben des RR		PD	23.5602.02
12. Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Wissen schaffen und austauschen: Was ist los im Kleinbasel und was braucht es, Schreiben des RR		PD	23.5651.02
13. Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend Einrichtung eines runden Tisches für LGBTI-Anliegen, Schreiben des RR		PD	22.5023.03
14. Anzug Oliver Thommen und Konsorten betreffend ein Rathaus Hof mit Aufenthaltsqualität, Schreiben des RR		PD	23.5592.02
15. Anzug Claudia Baumgartner und Konsorten betreffend übermässige Vermehrung von Freigängerkatzen / Tierwohl für Streunerkatzen, Schreiben des RR		GD	21.5630.03
16. Anzug der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Analyse zu den aktuellen Steuerabzügen im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR		FD	21.5708.03
17. Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nutzung des Horburg-Parkings als Quartierparking, Schreiben des RR		FD	24.5032.02
18. Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend «LGBTI-Label» für Basel-Stadt, Stellungnahme des RR		FD	25.5410.02
19. Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend Stärkung der demokratischen Werte in der Volksschule: Entflechtung des Sammelbereichs «Ethik, Religionen, Gemeinschaft», berufliche Orientierung, Klassenstunde, Schreiben des RR		ED	23.5628.02
20. Anzug Anouk Feurer und Konsorten betreffend Antisemitismusprävention an allen Sekundarschulen, Schreiben des RR		ED	23.5570.02

21.	Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend bundesgerichtskonforme, arbeitsrechtliche Einbettung des UberEats-Anbieters; Änderung der kantonalen Handhabung, Stellungnahme des RR	WSU	25.5412.02
22.	Anzug Daniel Albietz und Konsorten betreffend "Die Region Basel fit für Wasserstoff machen", Schreiben des RR	WSU	23.5340.02
23.	Motion Andreas Zappalà und Konsorten betreffend berufsmässige Vertretung durch die Interessenverbände an der Schlichtungsstelle und eventuell am Mietgericht, Zwischenbericht des RR	JSD	20.5485.04
24.	Motion Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Vertretung in Arbeitsstreitigkeiten, Zwischenbericht des RR	JSD	24.5208.03
25.	Motion Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Vertretung in Mietstreitigkeiten, Zwischenbericht des RR	JSD	24.5209.03

### Überweisung an Kommissionen

26.	Zuwahl gemäss § 29 GOG im Sinne einer temporären Erhöhung der Pensen von lic. iur. Anita Heer, Dr. Eva Bachofner, lic. iur. Johannes Vontobel und lic. iur. Sara Lehner aufgrund der gesundheitlichen Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit eines Präsidiumsmitglieds am Zivilgericht Basel-Stadt, Ratschlag des Gerichtsrats	JSSK	GerR	26.5019.01
27.	Erhöhung des Pensums des Präsidiums des Gerichts für fürsorgerische Unterbringungen von 50 % auf 70 %	JSSK	GerR	26.5070.01
28.	Ausgabenbewilligung Ersatzbeschaffung E-LKW	UVEK	ED	26.0103.01
29.	Ausgabenbewilligung für eine Finanzhilfe in Form eines Investitionsbeitrags zum Umbau und zur Sanierung unter Erhalt des historischen Charakters der Liegenschaft St. Johans-Vorstadt 48	BRK	BVD	26.0190.01
30.	Petition P509 «Innere Wettsteinallee: Keine Einbahnstrasse – kein totales Fahrverbot!»	PetKo		26.5074.01

### An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

31.	Motionen:			
1.	Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Stärkung des Bereichs Menschenhandel bei der Kriminalpolizei, beim Fahndungsdienst und bei der Staatsanwaltschaft im Rahmen des Projekts ReoS			26.5051.01
2.	Andrea Strahm und Konsorten betreffend Verbot des Verkaufs von pyrotechnischen Gegenständen an Private			26.5067.01
3.	Andrea Strahm und Konsorten betreffend Verbot des Abbrennens von pyrotechnischen Gegenständen durch Private			26.5066.01
4.	Laurin Hoppler und Oliver Thommen betreffend die Nutzung freierwerdender Räumlichkeiten für Kommissionen und Fraktionen des Grossen Rates			26.5072.01
32.	Anzüge:			
1.	Michael Graber und Konsorten betreffend Tramdepot Eglisee aus dem Dornröschenschlaf wecken			26.5052.01
2.	Julia Baumgartner und Konsorten betreffend faire Honorare für professionelle Kulturschaffende			26.5055.01
3.	Jenny Schweizer und Konsorten betreffend Beschilderung des Schulstandortes Gartenstrasse Sek I			26.5056.01
4.	Lisa Mathys und Konsorten betreffend Verschlechterung der Umsteigebeziehung von Bus 80 und 81 am Aeschenplatz			26.5064.01
5.	Michael Graber und Konsorten betreffend Feuerwerks-Littering			26.5065.01

### Kenntnisnahme

33.	Rücktritt von Fleur Weibel als Mitglied der Finanzkommission per 10. März 2026			26.5057.01
-----	--	--	--	------------

34.	Schriftliche Anfrage Niggi Rechsteiner betreffend Klimaziele erreichen durch Anreize für energetische Sanierungen auch nach der Abstimmung zur Abschaffung des Eigenmietwerts, Schreiben des RR	FD	25.5477.02
35.	Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend neues Steuerrechnungsmodell, statt Steuerinkasso auf die Unternehmen abwälzen (stehen lassen), Schreiben des RR	FD	23.5348.03
36.	Schriftliche Anfrage Tobias Christ betreffend Förderung der agilen Verwaltung durch den Einsatz von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz, Schreiben des RR	PD	25.5484.02
37.	Anzug Brigitte Kühne und Raffaella Hanauer betreffend «Superblocks» in Basel (stehen lassen), Schreiben des RR	PD	22.5420.03
38.	Anzug Edibe Gölgeci und Konsorten betreffend Offenlegung der Finanzierung von Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees (stehen lassen), Schreiben des RR	PD	21.5320.04
39.	Nachrücken im Grossen Rat – Christophe Haller anstelle von Erich Bucher, Schreiben des RR	PD	26.5028.02
40.	Schriftliche Anfrage Nicola Goepfert betreffend Bestandesaufnahme der Bekämpfung von Menschenhandel, Schreiben des RR	JSD	25.5502.02
41.	Schriftliche Anfrage Melanie Eberhard betreffend Schwangerschaftsberatungsstelle, Schreiben des RR	GD	25.5504.02
42.	Schriftliche Anfrage Luca Urgese betreffend Abhängigkeit der Spitäler und Betreuungseinrichtungen im Kanton Basel-Stadt von Fachkräften aus dem EU-Raum, Schreiben des RR	GD	25.5500.02
43.	Schriftliche Anfrage Beda Baumgartner betreffend den Stopp der Finanzierung der vorbereitenden Kurse für Sprachzertifikate in Englisch und Französisch, Schreiben des RR	ED	25.5522.02
44.	Schriftliche Anfrage Hanna Bay betreffend Kommunikation der Schulen bei getrenntlebenden Eltern, Schreiben des RR	ED	25.5507.02
45.	Schriftliche Anfrage Philip Karger betreffend Elias Frank-Haus in Basel, Schreiben des RR	PD	25.5521.02
46.	Schriftliche Anfrage Thomas Widmer-Huber betreffend barrierefreie Kommunikation für gehörlose und hörbehinderte Menschen an öffentlichen Schaltern im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	PD	25.5503.02
47.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Sozialleistungsmissbrauch eindämmen, Schreiben des RR	WSU	25.5557.02
48.	Schriftliche Anfrage Daniel Albietsch betreffend Dekarbonisierungsstrategie des Euroairport (EAP) Basel-Mulhouse und insbesondere Ersatz dieselbetriebener Ground Power Units (GPU), Schreiben des RR	WSU	25.5530.02
49.	Schriftliche Anfrage Sandra Bothe betreffend faire Chancen sichern: Zuständigkeiten und Handlungsbedarf bei Altersdiskriminierung im Erwerbsleben im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	WSU	25.5517.02
50.	Schriftliche Anfrage Beda Baumgartner betreffend Mindestlohn, Arbeitsverträge und Uber-Stand der Dinge, Schreiben des RR	WSU	25.5506.02
51.	Schriftliche Anfrage Luca Urgese betreffend Netto-Null-Bürokratie für Unternehmen im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	WSU	25.5501.02
52.	Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend Stärkung der Plakatsammlung Basel (stehen lassen), Schreiben des RR	ED	22.5021.03
53.	Anzug Kaspar Sutter und Konsorten betreffend familiengerechte Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen (stehen lassen), Schreiben des RR	ED	17.5195.07
54.	Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend Kreislaufwirtschaft vorantreiben (stehen lassen), Schreiben des RR	WSU	21.5747.03